Dienstag, 3. April 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 80 - 14. W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

POLITIK

Terror: Drei Palästinenser haben gestern in der Innenstadt Westjerusalems ein Blutbad angerichtet. 48 Menschen wurden verletzt, als die Terroristen Handgranaten in die Menge schleuderten. Einer von ihnen wurde von Soldaten erschossen, die beiden anderen konnten gefaßt werden.

Eklat: Nach der Verhaftung von vier Mitarbeitern der südafrikanischen Waffen-Ankaufsfirma Armscor in Großbritannien rief Pretoria seinen Botschafter in London zurück. Den Südafrikanern wird der Versuch vorgeworfen, das Waffenembargo zu durchbrechen.

Rüstung: Das erste mit Marschflugkörpern ausgerüstete sowjetische U-Boot ist einsatzbereit, meldet die japanische Presse.

Analyse: Europa befindet sich auf einem unaufhaltsamen Abstieg, meint das US-Nachrichtenmagazin „Newsweek". Als Gründe nennt es wirtschaftliche und wissenschaftliche Stagnation, politisches Unbehagen und den Geburtenrückgang. (S. 10)

München: Das Ergebnis der Stichwahl um das Amt des Oberbürgermeisters wurde um 0,2 Prozent zugunsten des Verlierers Kiesl (CSU) korrigiert. Damit kam er auf 41,9, sein SPD-Herausforderer Kronawitter auf 58,1 Prozent. (S. 4)

Spitzengespräch gefordert: Die IG Metall will „ohne jede Vorbedingung" mit den Abeitgebern nach den ergebnislos abgebrochenen Tarifverhandlungen über die 35-Stunden-Woche verhandeln. Die Arbeitgeber hatten ein solches Gespräch bereits Anfang Dezember angeboten. (S. 10)

Kießling-Nachfolger: General Hans-Joachim Mack (56), neuer deutscher Stellvertreter des NATO-Oberbefehlshabers General Rogers, hat gestern in Mons (Belgien) seinen Dienst angetreten. (S. 10)

Kolumbien: Nach fast drei Jahrzehnten blutiger Gewalttaten soll am 28. Mai ein Waffenstillstand zwischen den Streitkräften und der bedeutendsten linksgerichteten Guerrilla-Organisation, der FARC, in Kraft treten.

Honduras: Als ein Sieg der politischen über die militärischen Kräfte des Landes wird die Entmachtung des Chefs der Streitkräfte, General Alvarez, betrachtet. Alvarez soll einen Putsch geplant haben. Obwohl Honduras seit Ende 1981 eine Zivilregierung hat, galt er als der „starke Mann" im Land. (S. 5)

Heute: Treffen der Nuklearen Planungsgruppe der NATO in Cesme (Türkei). – Europäische Volkspartei gibt in Rom Programm für Europa-Wahlen bekannt.

ZITAT DES TAGES



„Wir wirken durch unsere regelmäßigen Hinweise auf das begangene Unrecht nicht unerheblich auf das Rechtsbewußtsein in der DDR ein."

Oberstaatsanwalt Carl Hermann Retemeyer, *Chef der Zentralen Erfassungsstelle* von „DDR"-Gewaltakten in Salzgitter FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Ölvorräte: Eine flexiblere Ölbevorratungspolitik fordert die Internationale Energieagentur (IEA) in Paris. Schon bei kleineren Versorgungsstörungen sollen gemeinsame Rückgriffe auf die Ölvorräte (derzeit einem Verbrauch von 92 Tagen entsprechend) möglich sein. (S. 11)

Konjunktur: Die Produktion im verarbeitenden Gewerbe stieg im Februar gegenüber Januar um 0,5 Prozent. Im Baugewerbe ging sie um 5 Prozent zurück. (S. 11)

Deutsche Hypothekenbank: Für 1983 soll wieder eine Dividende von 18 Prozent gezahlt werden. Wegen des durch die Erhöhung der Risikovorsorge geringeren Jahresüberschusses (10,5 Millionen DM) entfällt jedoch der im Vorjahr gezahlte Bonus. (S. 13)

BMW: In das neue Werk in Regensburg, für das gestern der Grundstein gelegt wurde, sollen bis 1991 etwa 1,3 Milliarden DM investiert werden. (S. 10)

Börse: Die deutschen Aktienmärkte konnten sich zum Wochenbeginn behaupten. WELT-Aktienindex 150,3 (150,7). Am Rentenmarkt lagen öffentliche Anleihen freundlich. Dollar-Mittelkurs 2,5863 (2,5900) Mark. Goldpreis je Feinunze 387,20 (387,25) Dollar.

KULTUR

Alarich: Bei Cosenza in Kalabrien ist möglicherweise das Grab des Westgotenkönigs Alarich I. entdeckt worden, der nach der Eroberung Roms im Jahre 410 starb. Die Fundstätte in der Nähe des Zusammenflusses von Busento und Caronte wurde unter strenge Polizeibewachung gestellt. (S. 3)

Barzini: Im Alter von 75 Jahren starb in Rom der Schriftsteller, Journalist und ehemalige Parlamentarier Luigi Barzini. Mit seinem bekanntesten Buch, „Die Italiener" (1964), festigte er seinen Ruf als führende Autorität auf dem Gebiet der Geschichte und Kultur seines Landes.

SPORT

Fechten: Die 15jährige Anja Fichtel aus Tauberbischofsheim belegte beim Offenbacher Florett-Turnier Platz zwei. Es gewann die Französin Modaine. (S. 8)

Motorsport: Das englische Formel-1-Team Tyrrell soll offenbar mit Porsche-Turbomotoren ausgerüstet werden, verlautete aus dem Renngeschäft.

AUS ALLER WELT

Selbstmorde: Mit 25 202 Selbstmorden erreichte Japan im vergangenen Jahr einen Nachkriegsrekordstand.

Tierschutz: Mit einer zu einem Riesenband zusammengeklebten Liste von 1,7 Millionen Unterschriften wollen die Gegner von Tierversuchen morgen das gesamte Regierungsviertel in Bonn umringen. Damit soll gegen die ihrer Ansicht nach unzureichende Novellierung des Tierschutzgesetzes protestiert werden. (S. 22)

Wetter: Schnee- oder Regenschauer. 3 bis 7 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Stoltenberg soll seinen Plan für Steuerreform nachbessern

Am 3. Mai weiteres Koalitionsgespräch / Forderungen von Verbänden

HEINZ HECK, **Bonn**

Finanzminister Stoltenberg wird wahrscheinlich sein Steuerreformkonzept ändern müssen. Jetzt zeichnet sich eine Gesamtreform bereits von 1986 an ab. Damit würde vor allem den Forderungen der FDP und des CSU-Vorsitzenden Strauß Rechnung getragen. Stoltenberg hatte dagegen diesen Zeitpunkt nur für die Verbesserung des Familienlastenausgleichs mit etwa fünf bis sieben Milliarden Mark vorgesehen, die Tarifkorrektur mit rund 20 Milliarden dagegen erst ab 1988. Regierungssprecher Boenisch: Details seien noch nicht entschieden.

Die Spitzen der Bonner Koalition von CDU/CSU und FDP hatten sich gestern in einem nahezu fünfstündigen Gespräch vor allem mit den umstrittenen Punkten in Stoltenbergs Steuerreformkonzept befaßt. Dazu gehört neben dem Termin des Inkrafttretens vor allem die Frage, ob – wie von Stoltenberg vorgeschlagen – von den 25,4 Milliarden Mark Entlastung bei der Lohn- und Einkommensteuer rund 45 Prozent durch Steuererhöhung und Abbau von Steuervergünstigungen kompensiert werden sollen. Entscheidungen hat es allerdings noch nicht gegeben.

An dem Gespräch haben unter anderem die drei Parteivorsitzenden Kohl, Strauß und Genscher, die Fraktionsvorsitzenden Dregger (CDU/CSU), Mischnick (FDP) und der Chef der CSU-Landesgruppe, Waigel, Staatsminister Jenninger, Wirtschaftsminister Lambsdorff und Stoltenberg teilgenommen.

SEITE 3:
Stoltenberg steht in der Koalition ein Poker bevor

Während des Treffens haben sich wieder Organisationen und Verbände zur Steuerreform geäußert. Die Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU) fordert statt einer Steuererhöhung zur Finanzierung der Reform den Verkauf weiterer Bundesbeteiligungen, die Beseitigung von Freibeträgen und Steuervergünstigungen sowie eine bessere Erfassung von risikolosen Kapitaleinkünften. Dabei müsse der Gedanke einer Quellensteuer auf Zinsen „emotionsfrei" diskutiert werden, betont die ASU in ihrem gestern veröffentlichten Jahresbericht. ASU-Vorsitzender Leicht fordert – wie die FDP – die Gesamtreform zum 1. Januar 1986.

Auch die Deutsche Steuergewerkschaft (DStG) lehnt eine Erhöhung der Verbrauchsteuern oder der Mehrwertsteuer zur Teilfinanzierung der Steuerreform ab. Ihr Vorsitzender Hagedorn betonte am Montag in Bonn, die Neuordnung müsse durch einen schrittweisen linearen Abbau aller steuerlichen Vergünstigungen finanziert werden. Die 1984 durch Steuervergünstigungen entstehenden Einnahmeausfälle bezifferte er mit rund 49 Milliarden Mark. Auch Hagedorn plädierte dafür, Tarifreform und Änderung des Familienlastenausgleichs „in einem Guß" zu verwirklichen. Mittelfristiges Ziel der Reform müsse ein durchgehend progressiver Tarif sein, der bei etwa zehn Prozent beginne und ohne Sprünge gleichmäßig bis zum Spitzensteuersatz ansteige.

Shultz schließt baldigen Gipfel aus

„Sowjets reagierten frostig auf jüngste US-Initiativen für bessere Beziehungen"

DW. **London**

Die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion sind nach Ansicht des amerikanischen Außenministers Shultz „sehr kalt". Shultz schloß deshalb in einem gestern in der Londoner „Times" veröffentlichten Interview ein baldiges Gipfeltreffen zwischen US-Präsident Ronald Reagan und dem Generalsekretär der sowjetischen KP Tschernenko aus. Grundsätzlich würde Präsident Reagan nach den Worten von Shultz ein Treffen mit Tschernenko begrüßen, allerdings, so der US-Außenminister nur, „wenn es gut vorbereitet werden kann und die Chance bietet, daß etwas Handfestes dabei herauskommt."

In dem Interview ging Shultz auch ausführlich auf die amerikanische Politik gegenüber dem Nahen Osten, Lateinamerika und kurz auf die Beziehungen zu den europäischen Partnern ein. Dabei zeigte er sich enttäuscht, daß die Europäer die Intervention amerikanischer Truppen auf Grenada nicht unterstützt hätten. Dagegen verneinte Shultz die Ansicht, daß das Vertrauen der Europäer in die Führung der Vereinigten Staaten abgenommen habe oder, daß Washington begonnen hätte, sich auf Kosten der Europäer der pazifischen Region zuzuwenden. Der Chef des State Departments gab jedoch zu, daß es in den „komplexen" amerikanisch-europäischen Beziehungen „Belastungen und Anspannungen" gäbe.

Auf das Verhältnis zu Moskau angesprochen sagte Shultz, die Sowjetunion hätte die jüngsten amerikanischen Initiativen zu einer Verbesserung des Verhältnisses zwischen den Supermächten frostig aufgenommen. Dabei bezog er sich vor allem auf ein Angebot Präsident Reagans, mit dem Kreml über den Abbau von Nuklearwaffen zu verhandeln. Shultz machte Moskau für den Stillstand der Genfer Verhandlungen über die Reduzierung von Nuklearwaffen verantwortlich. Dabei betonte der US-Außenminister, daß Washington in den INF-Verhandlungen in Übereinstimmung mit seinen europäischen Verbündeten gehandelt habe.

Zum Nahen Osten sagte Shultz, er glaube nicht, daß der Rückzug der amerikanischen Einheiten aus Beirut das Ansehen der Vereinigten Staaten und ihre Beziehungen zu den gemäßigten arabischen Ländern beeinträchtigt hat. Die US-Soldaten hätten ihren ursprünglichen Auftrag erfüllt, meinte er. Die Vereinigten Staaten hätten sich vor dem Abzug vor der Frage befunden, „ihre militärische Präsenz erheblich auszuweiten ... oder die Aufstellung unserer Verbände zu verändern." Vehement wandte sich Shultz gegen die Versprechen der demokratischen Präsidentschaftsbewerber Mondale und Hart, die amerikanische Botschaft in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen. Dies würde die amerikanisch-arabischen Beziehungen erheblich belasten, meinte Shultz.

Für die fortgesetzten Spannungen in Lateinamerika machte Shultz Moskau und Havanna schuldig. Gleichwohl seien auch wirtschaftliche Unterentwicklung und politische Unterdrückung schuld an der Instabilität dieser Länder. Daher konzentriere sich die US-Hilfe vorwiegend auf wirtschaftliches Gebiet, sagte Shultz.

Beirut bringt Moskau ins Spiel

Premier Wazzan spricht mit Kreml-Botschafter Soldatow / Israel: Angriffe auf Terroristen

DW. **Beirut/Jerusalem**

Nach dem Abzug der multinationalen Friedenstruppe aus Beirut ist die libanesische Regierung von Präsident Amin Gemayel offenbar bereit, auch die Sowjetunion bei der Suche nach einer Stabilisierung des Landes einzubeziehen. Dabei wird nach amtlichen Angaben aus Beirut auch die Unterstützung Moskaus für einen Abzug der israelischen Truppen aus dem Süden Libanons angestrebt. Der amtierende Ministerpräsident Wazzan teilte mit, er sei am Wochenende mit dem sowjetischen Botschafter in Libanon Alexander Soldatow zusammengetroffen.

Die libanesische Regierung müsse sich jetzt bei anderen Großmächten um Hilfe bemühen, nachdem es den Vereinigten Staaten nicht gelungen sei, Israel zum Abzug seiner seit 1982 in Südlibanon stationierten Truppen zu bewegen. Beobachter nehmen jedoch an, daß Beirut versuchen will, durch bessere Beziehungen mit der Sowjetunion seine Position gegenüber *Damaskus zu stärken, das* seinerseits auf die militärische Unterstützung Moskaus angewiesen ist.

Die Sowjetunion hat ebenfalls ihr Interesse an einer Einwirkung in Libanon bekundet. In Beirut traf gestern der stellvertretende Abteilungsleiter für Aussenbeziehungen im Zentralkomitee der KPdSU, Karen Brutens mit dem libanesischen Aussenminister Elie Salem zusammen. Gegenstand des Gesprächs war nach Mitteilung libanesischer Regierungsstellen „die neue Rolle, die die Sowjetunion in Libanon spielen könnte, sowie die zukünftige Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern". Brutens, der sich auf Einladung der libanesischen KP im Lande aufhält, soll heute Präsident Gemayel treffen.

Nach dem Treffen mit Botschafter Soldatow sagte Premier Wazzan, seine Regierung habe sich wiederholt vergeblich an die USA gewandt, um Israel zum Abzug seiner Truppen aus Libanon zu bewegen. „Nun schlagen wir eine neue Seite auf, und wir müssen aus all unserer Freundschaft in der internationalen und der arabischen Welt Nutzen ziehen", sagte *Wazzan im libanesischen Rundfunk.* Gleichzeitig machte Israel deutlich, daß es nicht gewillt ist, Angriffe auf seine in Südlibanon stationierten Einheiten hinzunehmen. Erstmals seit sieben Monaten griff israelische Artillerie am Wochenende Stützpunkte palästinensischer Freischärler in der von Syrien kontrollierten Bekaa-Ebene an. Nach Angaben des Armeesprechers in Tel Aviv bombardierten israelische Truppen zwei Stellungen, die als Hauptquartier von „Terroristenorganisationen" dienten.

Der Angriff vom Wochenende wurde mit „zunehmenden anti-israelischen Attentaten" begründet, die in den letzten Wochen aus dem von der syrischen Armee kontrollierten Sektor von Freischärlern unternommen worden waren. Nach israelischen Angaben sind allein im vergangenen Monat bei 32 Angriffen gegen israelische Soldaten nahe der israelisch-syrischen Waffenstillstandslinie zwei israelische Soldaten getötet und 32 weitere verletzt worden.

Am selben Tag öffnete die israelische Armee die seit Mitte vergangener Woche geschlossene Straßenverbindung zwischen dem israelisch besetzten Südlibanon und dem Rest des Landes.

Staatssekretär im Schnee gesucht

dpa/DW. **Bonn/Luxemburg**

Heftige Schnee- und Regenfälle haben am Montag nicht nur zu einem Verkehrschaos in der Bundesrepublik Deutschland geführt, sondern auch den Beginn einer Sitzung des Finanzministerrates der Europäischen Gemeinschaft in Luxemburg erheblich verzögert. Die Finanzminister aus Großbritannien, Italien und Griechenland konnten nicht rechtzeitig in dem Großherzogtum landen. Auch der Leiter der Bonner Delegation, Staatssekretär Hans Tietmeyer, saß in der Eifel in Schneewehen fest und wurde per Hubschrauber gesucht.

Auf den Autobahnen in der Bundesrepublik Deutschland kam der Verkehr vor allem in den Mittelgebirgen stundenlang völlig zum Erliegen. Nur Autofahrer, deren Wagen mit Schneeketten ausgerüstet waren, konnten passieren. Die Wetterämter gingen davon aus, daß die Schneefälle auch heute anhalten werden, nur im Küstengebiet und in Nordwestdeutschland lockerte sich die Bewölkung auf.

Der Straßenverkehr war besonders auf den Autobahnen in den Höhenlagen von Eifel, Hunsrück und Westerwald behindert. Über Rundfunk wurden die Autofahrer immer wieder aufgefordert, Rastplätze anzusteuern, um Räum- und Streufahrzeugen den Weg frei zu machen. Von der Autobahn A 48 zwischen Koblenz und Trier wurde am Vormittag gemeldet: „Die Fahrbahn ist zu." Hier, wie auch auf der Autobahn Frankfurt–Köln, blockierten querstehende Lastwagen den Verkehr. Verantwortlich für den plötzlichen Wetterumschwung ist nach Auskunft der Meteorologen, daß skandinavische Kaltluft mit einem Tiefdruckgebiet über dem Golf von Genua „zusammengeprallt" ist.

Eine Wetterbesserung sei vorerst nicht in Sicht. Es müsse weiter mit Schnee und Schneeregen bis in die Niederungen und mit Temperaturen nur knapp über null Grad gerechnet werden. Die Offenbacher Meteorologen rechnen damit, daß die skandinavische Kaltluft bis zu den Alpen vorrückt. Dies würde bedeuten, daß auch im Flachland die Temperaturen nachts nur knapp über null Grad liegen werden. Auf der Zugspitze lagen am Montag 3,30 Meter Schnee. In Berlin und auf den Transitstrecken lief der Verkehr reibungslos.

DER KOMMENTAR

Hoch und Tief

PETER DITTMAR

Das schöne Wetter hilft zu allem." Goethe hat das gesagt. Bei welchem Wetter, wissen wir nicht. Aber so recht zeitgemäß will uns dieses Dichterwort heute nicht dünken. Der alte Bundesbahn-Werbespruch „Alle reden vom Wetter . ." liegt uns schon näher, auch wenn wir uns dem kategorischen „. . . Wir nicht!" augenblicklich nicht anzuschließen vermögen.

Die zum Verlegenheitsthema degradierten himmlischen Hochs und Tiefs haben eine ungewöhnliche Aktualität bekommen. Man darf vom Wetter reden. Selbst in Bonn. Und wenn man beiläufig fallenläßt, daß es in München „saumäßig" sei, muß man nicht der Nachfrage gewärtigen: „Meinen Sie den Wahlausgang?"

Selbst eine Beziehung zwischen den permanenten Niederschlägen und den Folgen für die Landwirtschaft ist zulässig, ohne daß sofort der Verdacht keimt, man habe nicht das rechte Verständnis für die Brüsseler Nächte europäischer Agrarminister. Überhaupt wird einem erst jetzt, wo vom Wetter als Wetter zu reden lohnt, klar, wie sehr dieses Begriffsfeld für blumige Politreden mißbraucht wird.

Wenn jemand von der Großwetterlage spricht, dann meint er gewöhnlich nicht das, was das Satellitenbild im Fernsehen mitzuteilen in der Lage ist – falls man es zu entziffern vermag. Da wird eher der Status quo als ein Faktum hingestellt, den zu beeinflussen menschliche Kräfte angeblich übersteigt. Und die „neue Eiszeit", die so mancher auszumachen glaubt, soll uns das Gruseln vor den kalten Winden aus dem Osten lehren, vor denen es angeblich keinen anderen Schutz als die unterwürfige Freundschaft mit den Windmachern gibt.

Bei so viel Wetter-Mißbrauch ist es verständlich, daß die Götter der Winde und des Regens (in deren Zuständigkeit in unseren Breiten natürlich auch der Schnee gehört) einmal zeigen, daß sie auch um ihrer selbst willen einen Gesprächsstoff abzugeben vermögen. Nur den Meteorologen bekommt das nicht recht. Sie wirken ein wenig wie die Beschwichtigungspolitiker, die den Schrecken verkleinern, indem sie uns erzählen, woanders sei es noch viel schlimmer.

Es mag ja stimmen, daß der Januar und der Februar zu warm waren und das Aprilwetter schließlich einen sprichwörtlich schlechten Ruf habe, den der Monat verteidigen müsse. An das Gute gewöhnt man sich schnell. „Der Schnee ist eine erlogene Reinlichkeit." Auch das hat Goethe gesagt. Und er hat es nicht politisch gemeint. Das immerhin können wir heute nachempfinden.

Bauwirtschaft: Einigung auf Vorruhestand

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Vom 1. April an wird es für die rund eine Million Arbeitnehmer in der Baubranche 3,3 Prozent mehr Lohn geben. Auf diesen Kompromiß haben sich die Tarifparteien – die IG Bau-Steine-Erden und die beiden Arbeitgeberverbände der Baubranche – in ihrer vierten Gesprächsrunde geeinigt. Auch in der umstrittenen Vorruhestandsregelung wurde bei der letzten Frankfurter Runde eine Kompromißlösung gefunden: Beide Seiten einigten sich darauf, daß man sobald die geplante gesetzliche Regelung für das vorzeitige Ausscheiden aus dem Erwerbsleben in Kraft ist, eine Vorruhestandsregelung festlegen will. Sie soll dann am 1. Januar 1985 in Kraft treten.

Kommt diese Vorruhestandsregelung – und da sind beide Seiten optimistisch – soll die geltende Wochenarbeitszeit (40 Stunden) bis zum 31. Dezember 1988 unverändert bleiben. Die 40-Stunden-Woche wird also nach dieser Lösung ein Jahr länger festgeschrieben, als im bisherigen Vertrag. Darüberhinaus hat man sich darauf verständigt, daß der Rahmentarifvertrag – immer vorausgesetzt, die Einigung in der Vorruhestandsregelung wird wie erwartet gefunden – frühestens zum 31. Dezember 1987 gekündigt wird. Die IG Bau zeigt sich mit dem erreichten Abschluß der Tarifverhandlungen zufrieden; die Zustimmung zum Kompromiß in der Großen Tarifkommission am Montag nachmittag sei einstimmig gewesen, so ein IG-Bau-Sprecher.

Dollinger: Doch Bußgeld für Gurtmuffel

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Bundesverkehrsminister Werner Dollinger will die Gurtmuffel jetzt doch mit einem Bußgeld bestrafen. Der Grund: Die Autofahrer sind der seit 1976 bestehenden gesetzlichen Pflicht, den Sicherheitsgurt anzulegen, nur unzureichend nachgekommen. Nach einer Untersuchung der Bundesanstalt für Straßenwesen lag die Anschnallquote in der vergangenen Woche auf Bundesautobahnen bei 81, auf Landstraßen bei 62 und auf Innerortsstraßen bei 47 Prozent. Damit wurde im Querschnitt nur eine Quote wie im Herbst von 58 Prozent erreicht. Daher will Dollinger alsbald den Entwurf einer Rechtsverordnung vorlegen, die für den Fall des Nichtanlegens des Sicherheitsgurts ein Verwarnungsgeld von 40 Mark vorsehen soll.

Ein höheres Verwarnungsgeld hat Dollinger mit Blick auf den bürokratischen Aufwand abgelehnt. Denn ein Verwarnungsgeld von bis zu 40 Mark kann an Ort und Stelle von Polizeibeamten erhoben werden und wird nicht in das Verkehrszentralregister in Flensburg eingetragen. Überdies hat der Minister an die Automobilindustrie appelliert, verstärkt Einrichtungen in den Autos einzubauen, die optisch oder akustisch an das Anlegen des Sicherheitsgurtes erinnern.

Dieser Entschluß ist Dollinger schwergefallen, weil er staatliche Zwangsmittel generell nicht für den besten Weg hält, um die Verkehrsteilnehmer zu verantwortungsbewußtem und rücksichtsvollem Verhalten anzuhalten. Allerdings haben seine Appelle bisher keinen Erfolg gezeigt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kronagewitter

Von Herbert Kremp

Die Gründe sind so bayerisch wie das Bier. Es war nicht das „Wetter", es waren nicht säumige Wintersportler, es war auch nicht die Politik der Bundesregierung in Bonn, was Oberbürgermeister Kiesl vom Podest holte – es war das „Kronagewitter". Bei der reinen Personenwahl, die am Wochenende stattfand, siegte der Bewerber, der mehr Anklang fand und es den Münchnern deshalb leichter machte, mehrheitlich so zu wählen, wie sie es mit Ausnahme von 1968 immer getan hatten, nämlich sozialdemokratisch. Daß die SPD früher weitaus besser abgeschnitten hat als heute – Hans Jochen Vogel erreichte bei seiner letzten Wahl in München 78 Prozent – sollte man dabei nicht vergessen.

Die Sozialdemokraten werden jetzt zunächst einmal auf die Kommunalpolitik setzen. Beim Parteitag im Mai in Essen, bei den saarländischen Kommunalwahlen einen Monat später, schließlich bei den Wahlen in Berlin. Es ist möglich, daß sie „von unten" aufholen. Dies setzt allerdings die Kurskorrektur zur Mitte voraus. Kronawitter, der ja als eine Figur der politischen Mitte gilt, war von seiner wildgewordenen Münchener Partei einmal als „nicht vermittelbar" bezeichnet und fallengelassen worden. Sein Comeback ist also nicht nur der Sieg eines „g'standenen Mannsbilds", sondern auch ein Sieg über die selbstinduzierte Wirrnis seiner Partei. Ob die Linken dort wirklich Ruhe geben, wird man sehen.

Peter Glotz übertreibt mächtig, aber zielbewußt, wenn er die Entscheidung von München als „eine große symbolische Wahl" bezeichnet. Dafür hat die CSU zu gut abgeschnitten. Die Partei bekam freilich einen Dämpfer auf ihre allzu große Selbstsicherheit. Ein Trendsignal ginge von München aber nur dann aus, wenn die CSU die Schuld für den Verlust der Stadt bei diesen oder jenen Leuten und Verhältnissen suchte, nur nicht bei sich selber. Dann könnte sich der Eindruck festsetzen, daß sie zusätzlichen Urlaubs von der Macht bedarf.

Nur eine Wachablösung?

Von Günter Friedländer

Die überraschende Absetzung des Generals Gustavo Alvarez Martinez, des starken Mannes in Honduras, und der Abgang anderer Generale schuf Verwirrung vor allem in den USA. Der General galt als der Architekt der Abkommen, die die gemeinsamen Mannöver ermöglichten und, wie vermutet wurde, den USA militärische Stützpunkte in Honduras geben sollten. Die Gerüchte häuften sich, daß Alvarez über den Kopf des Präsidenten Roberto Suazo Cordoba hinweg mit den USA unterhandle, und Befürchtungen wurden laut, Honduras könne Opfer eines neuen Kolonialismus werden.

Die ersten Sturmzeichen kamen vor zwei Wochen, als der honduranische Außenminister Edgardo Paz Barnica in einem Interview mit der costaricanischen Zeitung „La Nacion" erklärte, ständige ausländische militärische Stützpunkte seien in Honduras undenkbar. Weder gebe es sie noch werde es sie je geben. Es sei Ziel der Regierung, die Beziehungen mit Nicaragua zu verbessern und gleichzeitig Gebietsstreitigkeiten mit Belize, El Salvador und Kolumbien zu lösen.

Dann kam der Sturz der Generale. Die Regierung hat die Ereignisse bisher nicht erklärt. Aber in Tegucigalpa herrscht die Meinung, es handle sich nicht um eine ideologische Veränderung, sondern nur um einen Wandel des Stils. Eine Gruppe junger Offiziere habe das verlangt. Ihr habe die Anmaßung des Generals Alvarez nicht gepaßt.

Dem entlassenen General wird auch Korruption vorgeworfen. Er hatte jüngst von seiner guten wirtschaftlichen Lage als einem Geschenk Gottes gesprochen, aber seine Mitbürger scheinen an irdische Quellen des Reichtums zu denken, der es ihm erlaubte, mit einem Jahresgehalt von 25 000 Dollar einen Millionenbesitz in Häusern und industriellen Unternehmen zu erwerben.

Für Reagan wäre mitten im Wahljahr ein ideologischer Wandel in Honduras unheilvoll. Beobachter in Honduras sagen, daß sei nicht zu befürchten. Als möglichen Nachfolger des gestürzten Alvarez, der nach Costa Rica ins Exil geschickt wurde, nennt man den weniger bekannten Luftwaffengeneral Walter Lopez, der von einem Freund als gemäßigter Konservativer beschrieben wird.

Agitationsmediziner

Von Peter Jentsch

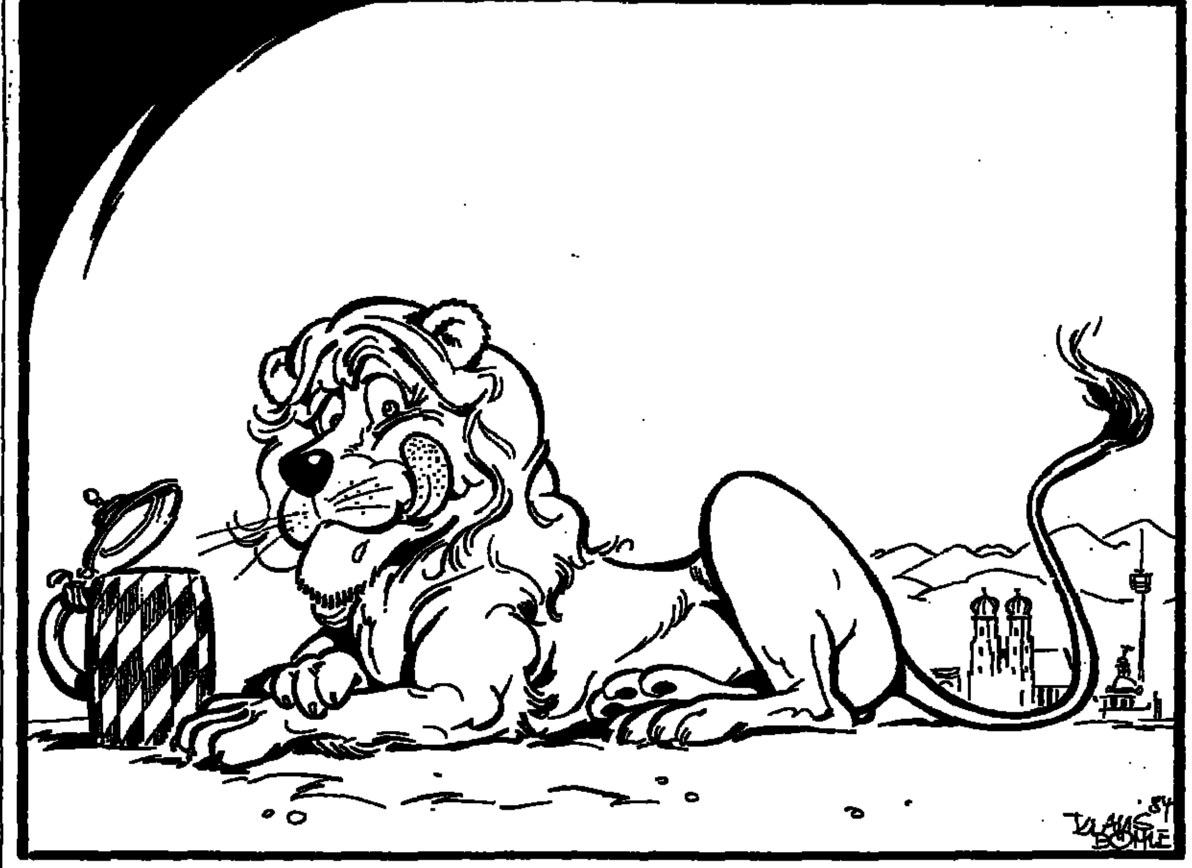
Es gibt etwa fünftausend „Ärzte gegen den Atomkrieg" in der Bundesrepublik. Frage: wer ist eigentlich für den Atomkrieg? Zusatzfrage: wer ist heutzutage alles „Arzt"? In dieser seltsamen Organisation sind auch Angehörige der Heilberufe bis zum Sozialarbeiter versammelt. Sie alle unter dem zugkräftigen Titel lehnen jedenfalls die Fortbildung von Ärzten in der Katastrophenmedizin als „Fortbildung in der Kriegsmedizin auch bei gesetzlicher Verpflichtung" ab. Denn: Hilfe für einzelne sei im Atomkrieg ohnehin nicht möglich.

Um so mehr mußte es verwundern, daß jetzt auf dem „4. Kongreß zur Verhinderung eines Atomkrieges" ausgerechnet der Präsident der Bundesärztekammer, Karsten Vilmar, die Ärzte „zum geschlossenen Widerstand gegen Gewaltanwendung mit modernen Massenvernichtungswaffen aufgerufen" und betont haben soll, in einem Atomkrieg gebe es keine ärztliche Hilfe.

Faktisch berichtete eine Nachrichtenagentur falsch. Mit dem Wort „Widerstand", sagte Vilmar der WELT, heiße es in einem demokratischen Staat äußerst behutsam umzugehen. Schon daher habe er nicht zum Widerstand aufgerufen. Und auch das zweite Zitat ist falsch. Richtig ist, so Vilmar: „Im Falle einer nuklearen Auseinandersetzung ist eine organisierte ärztliche Hilfe nicht möglich."

Natürlich nicht. Sie war schon auf den Schlachtfeldern des Zweiten Weltkriegs und in den zerbombten Städten nur in Ausnahmefällen möglich. Dennoch haben auf keiner Seite der Fronten die Ärzte die Hilfe deshalb verweigert – und womöglich bewußt nicht gelernt, Hilfe zu geben –, weil in vielen Fälle Hilfe zu spät käme oder wirkungslos wäre.

Eine Fortbildung in Katastrophenmedizin ist schon deshalb notwendig, weil ein Großfeuer in einer Fabrik oder eine Gasexplosion zu einer Katastrophe führen können. Soll dann auch auf medizinische Hilfe verzichtet werden? Sollte man die kampfstoffgeschädigten Iraner heimschicken, weil man den Giftgaskrieg ablehnt? Glauben alle diese Ärzte und Nicht-Ärzte wirklich, irgendjemand werde den Atomkrieg riskieren, weil viele Ärzte Katastrophenmedizin gelernt haben, würde ihn aber unterlassen, wenn sie ihre Kurse schwänzten? Man fragt sich, wie es insgesamt um das Urteilsvermögen dieser Heilberufenen bestellt ist.



Wo ist Kiesl? ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Rückkehr der Begehrlichkeit

Von Gerd Brüggemann

Die Messe in Hannover, größte Leistungs- und Exportschau Deutschlands, steuert einen Rekord an. Die Zahl der Aussteller, die vom morgigen Mittwoch bis zum Mittwoch kommender Woche auf knapp einer halben Million Quadratmetern in 23 Hallen und auf dem Freigelände ihre Produkte darbieten, ist mit rund 6500 höher als je in der Geschichte der Veranstaltung. Besonders großes Interesse wird in diesem Jahr aus dem Ausland gemeldet.

Aber nicht nur diese Zahlen lassen aufhorchen. Auch die wirtschaftlichen Daten der Bundesrepublik, wenngleich von Rekordmarken noch weit entfernt, können sich wieder sehen lassen. Wenn Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff die Veranstaltung am heutigen Dienstag abend eröffnet, braucht er nicht mehr, wie so oft in den vergangenen Jahren, als falscher Prophet aufzutreten, der Hoffnungen auf einen bevorstehenden Aufschwung erweckte, der dann doch ausblieb. Diesmal ist der Aufschwung schon da, nicht so stürmisch wie in früheren Jahrzehnten, aber alles in allem doch ansehnlich und solide.

In seinem Lagebericht letzte Woche teilte das Bundeswirtschaftsministerium mit, die Aufwärtsentwicklung habe weiter an Kraft gewonnen. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen sei in Gang gekommen, ein Anzeichen dafür, daß die konjunkturelle Entwicklung sich selbst zu tragen beginne. Die Bestellungen beim verarbeitenden Gewerbe wie auch die Produktion seien deutlich gestiegen, wobei die Entwicklung immer mehr Wirtschaftsbereiche erfasse und inzwischen um mehr als acht Prozent über dem Rezessionstief von Ende 1982 liege.

Zu einem Konjunkturmotor mit besonderem Schub hat sich wieder der lange dahinsiechende Export entwickelt, der in den ersten Monaten dieses Jahres die Vorjahreswerte ganz erheblich übertraf. Da sich auch das Konsumklima im Inland deutlich verbessert hat, die Preisentwicklung auf relativ niedrigem Niveau verharrt und selbst am Arbeitsmarkt, der allerdings der größte Problembereich der deutschen Volkswirtschaft bleibt, Anzeichen der Erholung sichtbar werden, könnte man nun recht zuversichtlich an den weiteren Verlauf denken, gäbe es da nicht auch unerfreuliche Entwicklungen, von denen die gerade erstarkten Auftriebskräfte gefährdet werden.

Gefahr droht dem zarten Pflänzchen Konjunktur, dem das Geschehen auf der Messe in Hannover eigentlich einen warmen Regen bescheren sollte, vor allem von den Tarifauseinandersetzungen. Wesentliche Kostenerhöhungen der Unternehmen, sei es durch drastische Arbeitszeitverkürzungen mit Lohnausgleich, sei es durch einen längeren Arbeitskampf, müßten die Wirtschaft weit zurückwerfen. Und ein flächendeckender Streik in der Metallindustrie ist ja keineswegs ausgeschlossen.

Neben dieser aktuellen Gefahr lassen sich aber auch im politischen Bereich Entwicklungen feststellen, von denen mittelfristig stärkere Bedrohungen der Wirtschaft ausgehen könnten. So regen sich in der Union schon wieder jene Kräfte, für die sich der Sinn aller Politik im Verteilen und Umverteilen erschöpft.

Kaum ist der riesige Schuldenberg, der in dreizehn Jahren sozialliberaler Regierung aufgehäuft wurde, einigermaßen unter Kontrolle gebracht, ohne daß schon etwas für seinen Abbau getan werden konnte, da wird beispielsweise in Bonn und anderswo emsig an einem Familienlastenausgleich gebastelt, der fünf, sieben oder gar zehn Milliarden Mark kosten soll. Das mag alles sinnvoll, vielleicht auch notwendig sein. Aber zum Verteilen ist vorerst nichts da.



Erst erarbeiten, dann Wahlgeschenke ausstreuen: Hannover-Messe FOTO: MANFRED VOLLMER

Es sei daran erinnert: Eine der Hauptursachen für den Niedergang der deutschen Wirtschaft in den siebziger Jahren lag in der Unfähigkeit der Politik, den Unternehmen genügend Mittel zur Kapitalbildung zu lassen. Diese Regierung ist angetreten, den Kräften der Sozialen Marktwirtschaft, der der Wohlstand in diesem Land zu verdanken ist, wieder freie Bahn zu schaffen. Dazu bedarf es einer Steuerreform, die das Ziel hat, die Leistungsbereitschaft der Bürger zu belohnen und die Investitionsmöglichkeiten der Unternehmen zu vergrößern. Von solchen Vorhaben ist noch wenig zu sehen. Statt dessen wird schon wieder über Steuererhöhungen diskutiert, um verteilungspolitische Wohltaten zu finanzieren.

Wer der deutschen Wirtschaft – und die Betroffenen sind eben nicht nur Unternehmer, sondern auch Arbeitnehmer, Arbeitslose und Rentner – wohl will, der kann vor solcher Entwicklung nur warnen. Die Aufbruchstimmung, die gerade erst wieder entdeckte Leistungsbereitschaft sind schnell verschüttet, wenn Begehrlichkeit die Oberhand gewinnt.

In Hannover wird solchen politischen Fehlhaltungen noch wenig Beachtung geschenkt, weil vorerst Dinge anstehen, die dringlicher zu sein scheinen. Die auch auf der Messe erkennbare Erholung der Wirtschaft von überlanger Rezession darf für die Politiker gleichwohl kein Anlaß sein, sich, nachdem das Allergröbste getan ist, gleich wieder der Beschäftigung mit dem Wünschbaren zuzuwenden. Dazu ist immer noch Zeit, wenn erst eimal so viel erarbeitet worden ist, daß etwas verteilt werden kann. Vorerst bleibt das undankbare Geschäft mit dem Notwendigen wichtiger. Der Rückzug der Politik von den Grenzen der Belastbarkeit muß weitergehen – und weiter gehen.

IM GESPRÄCH Miljan Komatina

Vertrauens-Mann der UNO

Von Manfred Neuber

Ein hoher Diplomat aus Jugoslawien soll nach dem Wunsch von UNO-Generalsekretär Javier Pérez de Cuellar zur Vertrauensbildung in der Welt beitragen. Er berief Miljan Komatina (61) zu seinem „persönlichen Beauftragten für die Beobachtung der laufenden globalen und regionalen Bemühungen um vertrauensbildende Maßnahmen in den internationalen Beziehungen".

Der Sonderbeauftragte im Range eines „Assistant Secretary General" der Vereinten Nationen trat seinen Posten am europäischen UNO-Sitz in Genf an. Vorher war Komatina seit Oktober 1982 Staatssekretär für Auswärtiges in Belgrad. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder.



Ein noch undefiniertes Amt: Komatina FOTO: CAMERA PRESS

Komatina stammt aus Montenegro; er konnte im Westen studieren. So legte er 1948 sein Examen an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Pariser Sorbonne ab, und 1973 erwarb er den Magister-Titel für Politische Wissenschaften an der Universität New York. Komatina publizierte viel über die Blockfreiheit und über internationale Beziehungen.

Bereits 1948 trat er in den diplomatischen Dienst Jugoslawiens ein. Im Laufe seiner Karriere war er in Norwegen, Ungarn, Tunesien, Algerien und Österreich auf Posten. Zu den Vereinten Nationen hat er seit langem ein enges Verhältnis. Vier Jahre lang, zwischen 1978 und 1982, fungierte Komatina als Ständiger Vertreter Jugoslawiens bei der UNO in New York. Aber schon seit Anfang der siebziger Jahre, als er stellvertretender Missionschef bei der Weltorganisation war, hat er an allen Generalversammlungen und mehreren Sondertagungen teilgenommen. Im Jahre 1982 wurde er zum Vorsitzenden des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen gewählt.

Gemäß der Rolle, die Jugoslawien als Gründerstaat der Blockfreien-Bewegung spielt, ist Komatina bei den ungebundenen Staaten stark engagiert gewesen. Er vertrat sein Land bei zahlreichen Vorbereitungs- und Ministertreffen, und er nahm an den Gipfelkonferenzen in Colombo 1976 und in Neu-Delhi 1983 teil.

Das Aufgabengebiet des UNO-Sonderbeauftragten für Vertrauensbildung soll sich von örtlichen Krisen über die Ost-West-Beziehungen bis zur Stockholmer Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa erstrecken. Mit welchen Befugnissen er ausgestattet sein wird, darüber herrscht in Genf noch keine Klarheit.

Sehr glücklich war der Zeitpunkt der Berufung nicht gewählt – sie fiel in die Anfangsphase der Stockholmer Konferenz. Dort wie von den Großmächten begegnete man der Initiative aus New York, die Vertrauen schaffen soll, unverhohlen mißtrauisch. Komatina wurde deshalb einstweilen größte Zurückhaltung auferlegt, damit in der Öffentlichkeit nicht der Eindruck aufkommt, seine Aufgabe stehe in Konkurrenz zu Stockholm. So eifersüchtig wird über den rechten Weg zum Frieden gewacht.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Viele Zeitungen äußerten sich zur Münchner Stichwahl:

NÜRNBERGER Nachrichten

Erich Kiesl, der Gescheiterte, hat nun reichlich Muße, über seine Fehler nachzudenken. Dabei wird er auch den absurdesten nicht aussparen können, nämlich am 18. März die erste Niederlage den auf's Skifahren versessenen CSU-Anhängern in die Schuhe zu schieben, die sich vom strahlenden blauen Himmel in die Berge locken ließen.

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Der sensationell hohe Sieg Georg Kronawitters im Stichentscheid beweist, daß vor zwei Wochen weder eine „irrationale" Wahl getroffen wurde, noch das schöne Wetter und die pflichtvergessenen Skiläufer schuld waren.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

In Wahrheit ist die CSU-Niederlage hausgemacht. Durch das Verhalten ihrer Führung in Bayern und München. Kiesl hat sich zu viele Fehler in den sechs Jahren seiner „Regentschaft" geleistet.

Münchner Merkur

Georg Kronawitter, einst von den eigenen Genossen verfemt und jahrelang einer der teuersten Spaziergänger Münchens, ist wieder oben. Oberbürgermeister der Bayern-Metropole, in deren Rathaus hessische Zustände künftig nicht ausgeschlossen sind. Kronawitters aufsehenerregendes Comeback bedeutet nicht, daß die Richtungskämpfe und Querelen in der Münchner SPD nun zu Ende wären. Im Gegenteil! Es könnte mehr Krach geben als je zuvor.

Nordwest Zeitung

Es mag sein, daß Erich Kiesl als Oberbürgermeister den einen oder anderen Fehler gemacht hat. Auch kann ihn die Unzufriedenheit mancher Wähler über den Bonner Sparkurs und die Extratouren von Franz Josef Strauß einige Stimmen gekostet haben. Aber im Kern signalisiert seine Wahlniederlage nur die Rückkehr zu „normalen" Verhältnissen, da die SPD eigentlich immer in München über eine potentielle Mehrheit verfügte. **(Oldenburg)**

Mannheimer MORGEN

Kronawitters Triumph vom Sonntag kommt der SPD in Bund und Ländern nur zu gelegen. Nach den OB-Erfolgen in Freiburg, Mannheim und Lörrach ist München der spektakulärste Hinweis auf das Ende der kommunalpolitischen Durststrecke der SPD.

SÜDKURIER

Was aber in entscheidendem Maße den Ausgang der Wahl an diesem Sonntag bestimmte, waren die Überheblichkeiten der CSU, die Selbstherrlichkeit, mit der sie in München angetreten war, und auch Wähler-Groll gegen die mitunter nur schwer nachvollziehbare Politik ihres Vorsitzenden Strauß. **(Konstanz)**

Wie man Schriftsteller zu Nägeln mit Köpfen verformt

Nach Engelmanns Sturz lebt seine Parteilinie im VS weiter / Von Günter Zehm

Der Verband deutscher Schriftsteller in der IG Druck und Papier ist durch die Wahl von Hans Peter Bleuel zum neuen Vorsitzenden vom Regen in die Traufe geraten. Der Protest-Abmarsch der oppositionellen Berliner Landesgruppe in der Schlußphase des Saarbrücker Wahlkongresses spricht Bände. Das geistige Profil des neuen Vorsitzenden, seine völlige politische Identität mit dem geschaß ten Bernt Engelmann, seine Aktivitäten in der berüchtigten Münchner DKP-Mafia um die Zeitschrift „kürbiskern", nicht zuletzt sein kümmerliches (un)literarisches Œuvre – dies alles läßt nichts Gutes erwarten. Bleuel wird mit Sicherheit die unheilvolle Engelmann-Linie fortsetzen, die den Verband an den Rand der Spaltung führte.

Er kann sich dabei voll auf die Führung der IG Druck und Papier stützen, deren Funktionäre in Saarbrücken nicht den geringsten Zweifel daran ließen, daß sie einen fest auf den Engelmannkurs eingeschworenen VS wünschen, der ihnen bei der Durchsetzung ihrer eigenen, schriftstellerfremden Ziele widerspruchslos Gehilfendienste leistet. Der IG Druck und Papier steht das Wasser bis zum Hals. Nur „für eine Übergangszeit" will sie deshalb, wie ihr Boß Ferlemann andeutete, einen VS-Vorstand dulden, in dem auch „Konsensfiguren" sitzen. Spätestens in zwei Jahren müßten dann „Nägel mit Köpfen" gemacht werden.

Die Schriftsteller sollen sich vor allem auf den Hauptkriegsschauplätzen der Gewerkschaft in die Bresche schlagen, bei der 35-Stunden-Woche und bei der Mediengewerkschaft. Seitdem die Bühnenarbeiter und Orchestermitglieder, die Chöre, Schauspieler und Journalisten beschlossen haben, sich nicht an einer Mediengewerkschaft zu beteiligen, versuchen die Funktionäre der IG Druck und Papier, von dem Projekt zu retten, was noch zu retten ist. Man strebt jetzt einen baldigen Zusammenschluß mit der Film- und Fernsehgewerkschaft RFFU an, und die VS-Mitglieder sollen dafür gut Wetter machen, ohne zu fragen, ob ein solcher Zusammenschluß auch für den einzelnen Autor gut sei.

Der VS sieht sich also voll in die politische Pflicht genommen. Die Parole heißt Polarisierung, Abgrenzung gegen Andersdenkende, gnadenloser Kampf gegen alle, die sich geistig etwa rechts von Oskar Lafontaine angesiedelt haben. Von einer Knüpfung freundschaftlicher Kontakte zu anderen Autorenvereinen, wenn nicht zum FDA, so doch wenigstens zu dem von Hagelstange präsidierten BA, war in Saarbrücken nicht die Rede. Man diskutierte auch nicht darüber, wie man die vielen aus dem VS ausgetretenen Schriftsteller eventuell für den Verband zurückgewinnen könne; auch die Gruppe um Grass, Böll und Lenz tat das nicht. Die hatte im Gegenteil alle Hände voll zu tun, um sich selber durch Verbalradikalismus und Austrittsdrohung satisfaktionsfähig zu halten.

Daß sich in einer solchen Lage die „Außenpolitik" des VS, sein vieldiskutiertes Verhalten gegenüber der „DDR", Polen und der UdSSR, nicht ändern wird, versteht sich. Der Ex-Vorsitzende der IG Druck und Papier Mahlein stellte in Saarbrücken klar: Verhandlungspartner drüben sind allein die offiziellen Instanzen, alles andere verbleibt unter dem von Ferlemann geprägten (und in Stuttgart keineswegs zurückgenommenen) Diktum „Wühlarbeit". Menschenrechtskämpfer à la Sacharow, Angehörige von Helsinki-Komitees, „Solidarność", Charta 77 – sie alle haben vom VS weiterhin nichts zu erwarten, sie müssen sogar damit rechnen, von ihm in heimtückischer Weise bekämpft und diskriminiert zu werden.

Viele Augen richten sich deshalb auf das eine Mitglied des neuen Vorstands, das die Berliner Opponenten durchbrachten: den aus der „DDR" gekommenen Erich Loest. Er ist nicht nur der einzige wirkliche Schriftsteller im Vorstand, sondern auch insofern der weiße Rabe, als er versprochen hat, sich um die von drüben kommenden Autoren „zu kümmern". Sich kümmern kann vielerlei heißen. Es kann heißen, die verfolgten „DDR"-Kollegen vor Diskriminierungen zu schützen, es kann aber auch heißen, sie ideologisch unter Druck zu setzen, sie „vor einem Abgleiten nach rechts zu bewahren", wie Loest das einmal selber ausgedrückt hat. Man wird sehr genau beobachten müssen, wie der VS in Gestalt von Loest künftig mit „DDR"-Dissidenten umgeht.

Überhaupt sollte dem VS eine verstärkte öffentliche Aufmerksamkeit zuteil werden. Er ist im Bereich der Medien immer noch mächtig, kann die Annahme oder Ablehnung von Manuskripten beeinflussen, die Gewährung von Förderstipendien und Literaturpreisen; er kann also durchaus Existenzen bedrohen. Es sollte nicht hingenommen werden, daß wohlmeinend zur Verfügung gestellte öffentliche Gelder von einer DKP-Mafia für Parteizwecke verbraten und zweckentfremdet werden. Dafür, zumindest, müßte die „geistige Wende" gut sein.

In Scharen liefen die Münchner zu Kronawitter über

Nach sechs Jahren ist sie zu Ende: die Herrschaft der CSU über die Landeshauptstadt München. In Scharen liefen die *Wähler dem CSU-Bürgermeister* Kiesl davon, zurück zum SPD-Vorgänger Kronawitter.

Von PETER SCHMALZ

Sieger und Besiegten konnten Münchens Wähler schon auf dem Weg zur Wahlurne betrachten: Eine Münchner Boulevardzeitung hatte zum Wochenende für ihre „Stummen Verkäufer" ein Plakat mit einem Ausschnitt des Glockenspiels vom Rathausturm gedruckt, bei dem ein Ritter den anderen mit der Lanze aus dem Sattel hebt. In der Fotomontage sah das dann so aus: Ein betroffen blickender Kiesl stürzt zu Boden, ein lachender Kronawitter sticht zu.

Erich Kiesl hatte diese Wahl bereits verloren, ehe am Sonntag morgen die Wahllokale öffneten. Die Stimmung in der Stadt war seit dem 18. März, als der SPD-Herausforderer Georg Kronawitter knapp vier Prozent vor dem Amtsinhaber Kiesl lag, spürbar gegen den ersten gewählten CSU-Oberbürgermeister in der Münchner Nachkriegsgeschichte gelaufen.

Da war es denn eher eine Frage des Stils als des Risikos, wenn das „Münchner Mosaik", ein ansonsten unpolitisches Monatsmagazin mit finanzieller Rathaus-Unterstützung, schon in der letzten Woche Kronawitter als strahlenden Titelhelden zeigt. Insider sehen dahinter ein früh verfaßtes Bewerbungsschreiben: Dem Redaktionsverantwortlichen werden Ambitionen nachgesagt, den Sportreporter Günther Wolfbauer, ein Kiesl-Mann, am Schreibtisch des Rathaussprechers ablösen zu wollen.

Der „Bild"-Zeitung gar war das Ergebnis schon drei Tage vor der Stichwahl klar: 59 Prozent für den SPD-Mann, nur 41 für den CSU-Amtsinhaber hatte im Auftrag des Blattes ein Frankfurter Umfrageinstitut ermittelt. Die brisanten Zahlen blieben aber bis Sonntag abend unter Verschluß, sie lagen nur um Bruchteile vom tatsächlichen Ergebnis entfernt: 58,1 für Kronawitter, 41,9 für Kiesl.

Auch die CSU hatte nicht mehr auf Sieg für ihr Zugpferd gesetzt, eine Wahlparty wurde erst gar nicht angesetzt, Kiesl betrachtete die ersten vernichtenden Zahlen daheim am Bildschirm und kam dann durch die Tiefgarage und durchs Hintertürchen ins Münchner Wahlzentrum, das Kreisverwaltungsreferat.

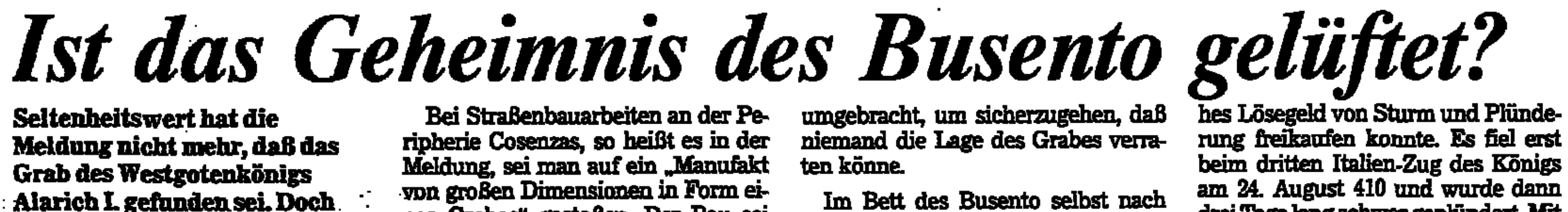
Der bisher auf Erfolg abonnierte Politiker, der mit 40 Münchner CSU-Chef und wenig später bayerischer Innenstaatssekretär geworden war und der vor sechs Jahren seinen SPD-Gegner Max von Heckel mit 51,4 zu 39,2 Prozent deutlich distanziert hatte, zeigte Wirkung wie ein angeschlagener Boxer. „Ich betrachte jetzt die andere Seite der Medaille", ließ er sich kurz ins Gemüt blicken, schloß aber die Jalousien rasch wieder: „Ich habe nicht ärgerlich zu sein, der Souverän hat gesprochen."

Daß er dessen Urteilskraft nach diesem Wahlausgang keine besondere Fähigkeit beimißt, konnte er aber nicht völlig verbergen. Waren es vor zwei Wochen angeblich die Skifahrer, die der CSU die Treue versagt hatten, so müssen nun die Älteren und die Behinderten als Sündenböcke herhalten: Ihr Wählerverhalten habe sich durch die Bonner Sparpolitik verändert.

Da mag ein Körnchen Wahrheit dabei sein, die Zahlen des Sonntags aber zeigen darüber hinaus eine Wählerbewegung, die nur als eine Flucht vor Kiesl hin zu Kronawitter interpretiert werden kann. Waren beide Bewerber vor zwei Wochen nur um 21 000 Stimmen getrennt, so konnte Kronawitter nun seinen Vorsprung auf knapp 100 000 ausbauen.

In diese Enttäuschung hinein fand CSU-Generalsekretär Gerold Tandler das erste beruhigende Wort. Es sei nach dem Krieg das zweitbeste Ergebnis, daß ein CSU-Mann bei der Münchner Oberbürgermeisterwahl erringen konnte. Nur 1978 lag die CSU besser.





Freude und Enttäuschung: Georg Kronawitter und seine Frau Hildegard, rechts Erich Kiesl FOTOS: DPA

Kiesl kann darin aber keinen Trost finden, seine Niederlage ist zutiefst eine ganz persönliche Schlappe. Der Mann, der sich den anmaßenden Satz „I mog d'Leit, und d'Leit mög'n mi" zum Wahlspruch erkoren hat, muß erkennen, daß er trotz Amtsbonus den Münchnern nicht vermittelbar war.

In der sachlichen Arbeit ein gelernter und guter Verwaltungsmann, mangelt es ihm an der für dieses Wahlamt nötigen menschlichen Ausstrahlung. Begründet oder unbegründet läßt er bei den meisten, die ihm begegnen, die Frage offen, ob seine überschwengliche Freundlichkeit aus dem Herzen kommt oder nicht nur ein taktisches Einsatzmittel ist.

Seine Ungeduld, die blitzschnell in Barschheit umkippen kann, macht nicht nur seinen Mitarbeitern zu schaffen, er konnte sie auch im Wahlkampf beim Umgang mit Bürgern nicht verbergen. Ging Kronawitter bei seinen Fußgänger-Gesprächen auf jede Kritik wie ein milder Vater lächelnd ein („Wieder ein OB für alle Münchner"), so ließ Kiesl selbst ältere Bürger, die ihn wegen öffentlicher Verkehrsmittel fragten, düpiert stehen.

Um seine Zukunft ist ihm vorerst nicht bange, sagt er. „Ich find' schon immer etwas." Vorerst will er es mal als „einfacher Stadtrat" probieren; die Übernahme des Fraktionsvorsitzes ist möglich, falls er will. Dagegen erscheint eine schnelle Rückkehr ins bayerische Kabinett etwa als Nachfolger von Fritz Pirkl, der zur Europawahl das Sozialministerium räumt, nach dieser Niederlage unwahrscheinlich. Die Parteiführung wird von ihm zunächst fordern, erst einmal Ordnung in den reichlich desolaten Münchner CSU-Bezirksverband zu bringen, in dem sich prominente Mitglieder zeitweise sogar mit ordentlichen Gerichten bedrohten.

Konfrontationen abbauen wird Kiesl auch im Rathaus üben müssen. Die knappen Mehrheitsverhältnisse zwingen zur Abkehr des Alleinvertretungsanspruchs, den Georg Kronawitter 1972 vollmundig für die SPD verkündet und den Kiesl 1978 bereitwillig für die CSU übernommen hatte. Kronawitter hat seinen Fehler von damals eingesehen und plädiert nun für das, was schon unter den legendären Amtsvorgängern Wimmer und Vogel praktiziert wurde: „Eine Zusammenarbeit aller Fraktionen und aller Stadträte, die dazu bereit sind."

Kiesl wird sich bei den Verhandlungen mit der SPD, die heute beginnen, einer Annäherung nicht entziehen können, nachdem schon Parteichef Strauß beim Starkbieranstich auf dem Nockherberg einer Zusammenarbeit der beiden Parteien das Wort geredet hat und Bier-Gast Hans-Jochen Vogel ihn mit Selbsterlebtem unterstützte. Die sechs Rathaus-Grünen riechen schon den Braten. „Nach den Äußerungen der letzten Tage droht jetzt eine große Koalition im Stadtrat", befürchtet ihr Sprecher Georg Welsch.

Stoltenberg steht in der Koalition ein Poker bevor

Die Vorbereitungen haben Monate gedauert, die Sondierungen waren zahlreich. Doch die Pläne von *Finanzminister Stoltenberg* für eine Steuerreform werden in den parlamentarishen Beratungen manche Anfechtung zu überstehen haben.

Von HEINZ HECK

Worum geht es noch gleich bei dieser lange angekündigten Reform oder – bescheidener – Korrektur? Die heimlichen Steuererhöhungen sollen zurückgegeben werden, von denen Unions-Fraktionschef Dregger treffend gesagt hat, daß es sich um Erhöhungen handle, die das Parlament nie beschlossen hat. Der leidgeprüfte Steuerzahler rechnet ohnehin nicht mit Rückgabe, setzt aber zumindest darauf, daß das Inkasso gestoppt oder gebremst wird, damit sich Leistung wieder lohnt, wie es in einem Werbeslogan der neuen Bonner Koalition heißt.

Mißt man Stoltenbergs Vorschlag an dieser Zielsetzung, so vermißt man den Ehrgeiz. Mit einer Netto-Entlastung 1988 von etwa 14 Milliarden Mark gibt er nicht einmal die heimlichen Erhöhungen aus dem Jahre 1987 von, so der Bund der Steuerzahler, rund 25 Milliarden Mark zurück, von den Jahren seit der letzten Tarifkorrektur 1981 ganz zu schweigen.

Eine Einigung in der Fraktion ist fraglich

Zwar brächte das von ihm favorisierte Tarifmodell für die Progressions-Geschädigten eine spürbare und einige Jahre wirksame Entlastung von etwa 20 Milliarden. Doch die gleichzeitig geplante Mehrwertsteuererhöhung mit etwa zehn Milliarden Mark Einnahmeplus wäre ein zu hoher Preis für diesen zaghaften Schritt. Allenfalls scheint eine Mehrwertsteuer-Erhöhung vertretbar (notfalls sogar zwei Prozent), wenn die Koalition sich zur Einführung eines linear progressiven Tarifs entschließen könnte, der – je nach Schätzung – bis zu 35 Milliarden und damit bis zu 15 Milliarden Mark mehr kosten würde als Stoltenbergs Modell. Damit wäre eine gleichmäßige Besteuerung der zusätzlich verdienten Mark dauerhaft erreicht und das Thema aus der Diskussion.

Doch damit ist man schon mitten im Interessen-Streit. Mit den Steuerexperten beider Koalitionsfraktionen könnte man über ein solches Modell reden, die FDP könnte sich vielleicht sogar als Fraktion dazu entschließen. Doch eine Einigung in der Unionsfraktion erscheint angesichts des weit verbreiteten Faibles für Familien-Lastenausgleich und gezielte Umverteilung von Haushaltsmitteln in Milliardenhöhe sehr fraglich.

Einer soliden Ländermehrheit gehen Stoltenbergs Entlastungspläne mit 14 Milliarden aber schon entschieden zu weit. Zwar ist zu bedenken, daß 57,5 Prozent des Brutto-Entlastungsvolumens der geplanten Reform an Ländern und Gemeinden hängenbleiben, wenn nicht gleichzeitig im Wege eines Finanzausgleichs Abhilfe geschaffen wird. Der Ausgleich gelänge mit der Mehrwertsteuer-Erhöhung allein nur unvollständig, mit der Verbrauchssteuer-Erhöhung gar nicht.

Für Stoltenberg ist es wenig tröstend, daß sich seine Vorgänger in einer noch schwierigeren Situation befanden, da sie die Unions-Mehrheit im Bundesrat gegen sich hatten, was für jede „Reform" eine Allparteien-Koalition im Vermittlungsausschuß erzwang. So hat der Bundesrat 1977 Apels Pläne einer zweiprozentigen Mehrwertsteuer-Erhöhung (elf auf 13 Prozent) zunichte gemacht. Man traf sich schließlich bei 12 Prozent. Unmittelbar vor der Wende widersetzte sich der Bundesrat erneut einer Mehrwertsteuer-Erhöhung mit guten Argumenten, um sie gleich danach – zum 1. Juli 1983 – zu beschließen.

Gibt es einen überzeugenderen Beweis dafür, daß sich mit dem Rollentausch auch ein neues Problembewußtsein einstellt? Stoltenberg muß sich auf ein schwieriges Pokerspiel einstellen – eine Rolle übrigens, die ihm nicht auf den Leib geschnitten scheint. Eher kann er schon seine nicht zuletzt in anderthalb Regierungsjahren rasch gewachsene Autorität ins Spiel bringen und notfalls, wenn alle Ausgaben- und Verteilungswünsche so auseinanderlaufen, daß sie selbst sein bescheidenes Reformwerk gefährden, Rücktrittsüberlegungen ins Spiel bringen.

Am konsequentesten – konsequenter auch als Stoltenberg – verficht die FDP die Unionsforderungen aus der Zeit vor der Wende. Unmißverständlich haben Genscher und Lambsdorff am Wochenende Stoltenbergs Pläne kritisiert und damit ihre Diskussionsbeiträge für das gestrige Koalitionsgespräch vorweggenommen. Diese Kritik ist für Stoltenberg nur nützlich, wenn er sich mit seiner eigenen Fraktion und den Bundesländern auseinandersetzt.

Angesichts der Mehrheitsverhältnisse in der Länderkammer könnte jeder Ministerpräsident der Union versucht sein, bei dem Steuerpoker ein As im eigenen Ärmel zu vermuten. Die vier SPD-regierten Länder steuern ohnehin eine hohe Gegenfinanzierung an.

Im Bundesrat ist die Mehrheit brüchig

Zudem hält sich ihr politisches Interesse an einer überzeugenden Reform Marke Stoltenberg in engen Grenzen (was die Kritik der Bonner SPD an Stoltenbergs Plänen nicht überzeugender macht). Wenige Überläufer der Union könnten die brüchige Mehrheit im Bundesrat kosten.

Doch die Unionsländer sollten ein übergeordnetes Interesse an einer überzeugenden Reform haben. Sozial-liberale Steuerreform-Politik war dreizehn Jahre lang Steuererhöhungs-Politik, eine Stolperstrecke guter Absichten und schlechter Ergebnisse (wobei man sich immer auf die widrigen Umstände im Bundesrat berufen konnte).

Dieses Argument entfällt jetzt. Die unionsregierten Länder sind nicht ganz so frei, wie die Äußerungen ihrer Fürsten auf den ersten Blick vermuten lassen. Sie stehen unter Beweiszwang, die Wende auch bei eminent schwierigen Themen zu vollziehen und ihren ersten Mann im Kabinett, Kohl, nicht im Stich zu lassen. Eine Hoffnung für Stoltenberg?

Ist das Geheimnis des Busento gelüftet?

Seltenheitswert hat die Meldung nicht mehr, daß das Grab des Westgotenkönigs Alarich I. gefunden sei. Doch vielleicht trifft sie diesmal zu.

Von F. MEICHSNER

Beim Deutschen Archäologischen Institut in Rom reagierte man zunächst mit eiem amüsierten „Ach, schon wieder mal". Dann versprach man, sich umzuhören, was freilich einige Zeit erfordern werde. Seit 1744, als bei Cosenza zum ersten Mal wissenschaftliche Nachforschungen angestellt wurden, hat sich die Suche nach dem Grab des Westgotenkönigs Alarich, wie sich Insider ausdrücken, zu einem „regelrechten Sport" entwickelt. Bei fast jedem antiken Mauerrest, der in der *Nähe des Flusses Busento ans* Tageslicht kam, wurde zuerst einmal vorsorglich von der Möglichkeit gesprochen, daß es sich dabei um das Königsgrab handeln könnte. Die jüngste Botschaft dieser Art verbreitete jetzt die italienische Nachrichtenagentur Ansa als Bericht ihres Kalabrien-Korrespondenten.

Bei Straßenbauarbeiten an der Peripherie Cosenzas, so heißt es in der Meldung, sei man auf ein „Manufakt von großen Dimensionen in Form eines Grabes" gestoßen. Der Bau sei zweieinhalb Meter hoch, sechs Meter lang und drei Meter breit. Diese Ausmaße hätten „den Gedanken aufkommen lassen", daß es sich dabei um das Grab mit den sterblichen Überresten und dem Schatz des im Jahre 410 bei Cosenza verstorbenen Westgotenkönigs handeln könnte. Das gefundene Grab liege 200 Meter vom Zusammenfluß des Caronte-Baches mit dem Busento entfernt. Der Fundort sei von Carabinieri abgesperrt worden.

Alarich war nach der Plünderung Roms auf dem Zug nach Sizilien in der Nähe von Cosenza wahrscheinlich der Malaria erlegen. Der Sage zufolge wurde er zusammen mit den größten in Rom geplünderten Schätzen im Bett des Busento begraben. Die Westgoten sollen zu diesem Zweck den Busento vorübergehend umgeleitet umd dann wieder in sein altes Bett zurückgeleitet haben. Alle Sklaven, die am Bau des Grabmals beteiligt waren, wurden angeblich umgebracht, um sicherzugehen, daß niemand die Lage des Grabes verraten könne.

Im Bett des Busento selbst nach dem Grab zu suchen, hat man längst aufgegeben, da heute als wissenschaftlich erwiesen gilt, daß der Fluß seit dem 5. Jahrhundert seinen Lauf geändert hat. Eine systematische, großangelegte wissenschaftliche Grabung ist bisher aber auch in der Umgebung des Flusses unterblieben – angesichts der höchst unsicheren Daten über Existenz und Lage des Grabes. Immer wieder haben dagegen einzelne italienische und ausländische Archäologen erfolglos Nachforschungen angestellt.

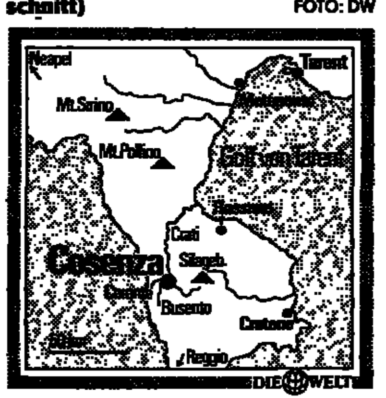
Alarich, um 370 n. Chr. geboren, hatte die Westgoten 395 durch Thrazien gegen Konstantinopel und dann nach Griechenland geführt. 401 war er als der vom oströmischen Kaiser eingesetzte Stadthalter Illyriens in Italien eingefallen. Dort wurde er zunächst von den germanischen Kriegern des weströmischen Kaisers zurückgeschlagen, erreichte aber im zweiten Anlauf Rom, das sich bei einer ersten Belagerung durch ein hohes Lösegeld von Sturm und Plünderung freikaufen konnte. Es fiel erst beim dritten Italien-Zug des Königs am 24. August 410 und wurde dann drei Tage lang schwer geplündert. Mit ihrer Beute zogen Alarich und sein Heer weiter südwärts. Sie wollten von Sizilien aus nach Afrika, der Kornkammer Roms, übersetzen. Als ein Sturm die Transportschiffe vernichtete, machte der König kehrt und kam dann bei Cosenza um.

Seine sagenumwobene Bestattung im Busento hat vor allem durch den deutschen Dichter August Graf von Platen (1796–1835) ihren Niederschlag in der Literatur gefunden. Der Anfang seines Gedichtes „Das Grab im Busento" weckte weit über die historische und archäologische Fachwelt hinaus breites Interesse am Geheimnis um den Tod dieses gotischen Königs: „Nächtlich am Busento lispeln bei Cosenza dumpfe Lieder ..."

Sie lispeln noch immer. Das bisher letzte war am Sonntag zu vernehmen. Der Tatsache, daß es ausgerechnet der 1. April war, wird von der Fachwelt nicht unbedingt Bedeutung beigemessen.



Alarich I. in der einzigen zeitgenössischen Darstellung (Steinschnitt) FOTO: DW





Bischof Scharf: Wir hätten schreien müssen

dpa, Berlin

Die evangelische Kirche als Gesamtheit hat nach Ansicht des früheren Berliner Bischofs Kurt Scharf während der Hitlerzeit in der Judenfrage versagt. „Wir haben protestiert, aber wir hätten schreien müssen", sagte Scharf im Evangelischen Gemeindehaus in Berlin-Dahlem bei einer Gedenkveranstaltung zum 50. Jahrestag der Theologischen Erklärung von Barmen, die den Kirchenkampf in der NS-Zeit eröffnet hatte. „Wir hätten 1933 mit den Juden gemeinsam Arm in Arm auf dem Kurfürstendamm demonstrieren müssen", fügte Scharf unter Hinweis auf die 1968er Erfahrungen bei der Studentenbewegung hinzu.

Abgesetzte jüdische Beamte hätten in der „Bekennenden Kirche" Arbeitsplätze gefunden, in der Praxis sei vielen bedrängten Menschen und verfolgten Juden in Gemeinden geholfen worden und „in vielen Pfarrhäusern konnten sie untertauchen", sagte Scharf. Aber 1938 hätten die Judenverfolgungen einen so großen Umfang angenommen, daß die Hilfe der Bekennenden Gemeinden nicht mehr ausreichte. Die große Mehrzahl der Mitglieder der Berliner Jüdischen Gemeinde, die 1933 noch 600 000 Mitglieder zählte, sei emigriert. 1940 habe die Gemeinde noch 60 000 Mitglieder gehabt, von denen nur rund 5 000 Menschen überlebten.

Der frühere Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Heinz Beckmann, unterstrich, der Staat habe die Kirche gezwungen, allmählich Widerstand zu leisten. Der Kirchenkampf habe im wesentlichen erst nach den Olympischen Spielen 1936 begonnen und bei Kriegsanfang ein gewisses Ende gefunden.

Auf der viertägigen Konferenz der EKU-Synode, in deren Mittelpunkt das Verhältnis Staat-Kirche steht, hatte der frühere Bundesjustizminister Jürgen Schmude (SPD) erklärt, die Wahrnehmung des „Wächteramtes" durch die Kirche bedeute nicht, daß diese „über dem Staat" stehe. Sie könne weder ein „Lehrmeister, Besserwisser in der Gesellschaft noch ein zweites Verfassungsgericht" sein.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

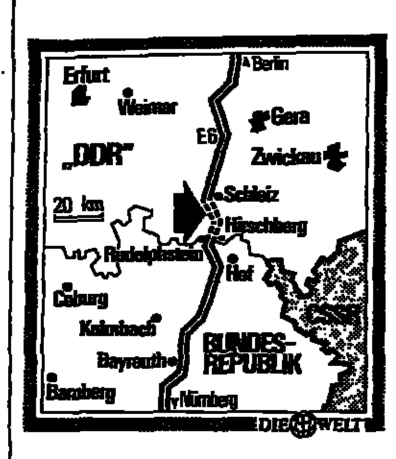
Autobahn-Reparatur: „DDR" läßt sich Zeit

Erwartet Ost-Berlin Unterstützung durch Bonn?

WERNER KAHL, Bonn

Versucht die SED-Führung jetzt die Bundesregierung in der Frage der Instandhaltung der Transitautobahnen finanziell unter Druck zu setzen? Für diese Annahme spricht nach Auffassung zuständiger Stellen, daß die „DDR"-Behörden anscheinend weiterhin keine Anstalten für dringend notwendige Reparaturen auf der Autobahn Berlin–Hof – vor allem im Abschnitt Schleiz bis zum östlichen Grenzkontrollpunkt Hirschberg – treffen.

Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Automobil Clubs (ADAC)



in Berlin, Rechtsanwalt Wolf Wegener, hat in dieser Situation die Bundesregierung aufgefordert, „nicht nur auf das Bestehen der Mängel nachdrücklich hinzuweisen, sondern auch auf unverzügliche Abhilfe zu drängen".

Die jährliche Transitpauschale von 525 Millionen D-Mark, die Bonn an Ost-Berlin zahlt, dürfe nicht nur für die Benutzung, sondern müsse auch für die Instandhaltung gemäß Artikel 18 des Transitabkommens von 1971 verwendet werden, sagte der Berliner ADAC-Vorsitzende der WELT.

Die Autobahn von Berlin nach Süddeutschland ist auf dem letzten Streckenabschnitt mit Schlaglöchern übersät. Klagen über den katastrophalen Zustand wurden Ende der siebziger Jahre immer wieder geäußert. Die Verhältnisse dort seien bereits Gegenstand wiederholter Kritik gewesen, betonte der CDU-Bundestagsabgeordnete Gerhard Schulze auf Anfrage der WELT.

Als Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte der Berliner Abgeordnete im Bundestag daraufhin hingewiesen, daß diese Strecke ein Ärgernis für die Benutzer von und nach Süddeutschland geworden sei. Ost-Berlin wurde mehrmals an die Verpflichtung zur Instandhaltung erinnert.

Nach Angaben von Experten ist die Verkehrssicherheit der Kraftfahrer wegen der zerbröckelten und durchlöcherten Straßendecke ernsthaft gefährdet. Fahrbahnmarkierungen seien zudem teilweise nicht mehr vorhanden oder nur auf kurzen Abschnitten sichtbar, so daß der Gesamtzustand trotz der dort verordneten Geschwindigkeitsbegrenzung als verkehrsgefährdend bezeichnet werden müsse.

Ostberliner Funktionäre haben dem Vernehmen nach jedoch die Hoffnung auf Kostenübernahme durch die Bundesregierung nicht aufgegeben. Die SED-Führung denkt dabei an den „Sündenfall" der sozialliberalen Koalition 1975. Trotz der damals gerade auf 400 Millionen D-Mark erhöhten Transitpauschale hatte Bonn weitere 259,9 Millionen Mark für die Grunderneuerung der Autobahn Berlin–Marienborn auf dem Gebiet der „DDR" bewilligt. Nach zehnmonatigen Verhandlungen übernahm Bonn zwei Drittel der Kosten.

Für die damalige CDU/CSU-Opposition sprach der Abgeordnete Marx von einem Geschenk an die „DDR"; der CDU-Abgeordnete Olaf von Wrangel monierte, daß die Bundesregierung mit der Übernahme von Erneuerungskosten für dieselbe Sache zweimal zahle. Die damalige Vereinbarung, die diese Transit-Pauschale nicht an Gegenleistugnen band, habe es der „DDR" erlaubt, die Pauschale als „reinen Wegelagererzoll" zu kassieren, sagte von Wrangel. Die Opposition kritisierte ferner, die Bundesregierung habe bei ihren Verhandlungen überdies das Interesse des gesamten Ostblocks an dem Autobahnausbau verkannt.

Das Hinauszögern der überfälligen Erneuerungsarbeiten der Autobahn Berlin–Hof gerade auf dem letzten Streckenabschnitt vor dem Grenzübergang Hirschberg/Rudolphstein verteuert die Kosten zunehmend. Denn: Nachdem sächsische Steinkohlenbergwerke als unrentabel geschlossen wurden, muß die „DDR" für die Fahrbahnerneuerung Steinkohlenteer importieren.

Barschel hat Sparvorschläge auf dem Tisch

Schw. Kiel

Die parteipolitisch unabhängige Sachverständigenkommission zur Überprüfung der im Landeshaushalt von Schleswig-Holstein gewährten Subventionen hat am Montag ihren Bericht dem Ministerpräsidenten Barschel übergeben. Die Kommission hatte, geleitet von Landesbankdirektor Lausen, 750 Ausgabentitel in Höhe von 2,8 Milliarden Mark zu überprüfen. Die von ihr vorgeschlagenen Einsparungen für die Jahre 1985 bis 1987 betragen 235 Millionen Mark. Die Haupteinsparungen betreffen die Bereiche Schiffbau, Wohnungsbau und Landwirtschaft.

Zu den Vorschlägen gehören die Veräußerung der Anteile des Landes (25,1 Prozent) an der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG, die Einstellung der Finanzierung des Sozialen Wohnungsbaus, eine Umfinanzierung der Mittel zur Agrarstrukturverbesserung und die Reduzierung der Krankenhausbetten im Lande.

Iran schickt neue Truppen zur Front

AFP, Teheran

Seit dem Wochenende schickt Iran neue massive Verstärkungen in den Krieg gegen Irak. Dazu berief die Führung in Teheran neue „Freiwillige" ein, von denen mehrere Tausend am Sonntag, dem 5. Jahrestag der Gründung der Islamischen Republik, feierlich durch die Hauptstadt zogen. Zum großen Teil sind es Jugendliche, von denen die jüngsten erst 14 Jahre alt sind, sowie ältere Männer bis zu 60 Jahren. Im Februar hatte die iranische Militärführung 250 000 solcher „Freiwilligen" an der Front des Golfkrieges konzentriert.

Diplomaten und Beamte hatten sowohl in Bagdad als auch in Teheran berichtet, der Iran habe östlich Basra rund eine Million Mann massiert. Dies wurde auch durch Berichte westlicher Geheimdienste bestätigt. Die Offensive war von Fachleuten seit längerem erwartet worden, wurde aber offenbar durch längere Regenfälle verzögert.

Ein UN-Sprecher teilte am Montag in New York mit, der Ministerpräsident Schwedens, Olaf Palme, werde in dieser Woche mit den UN-Botschaftern beider kriegsführender Länder zusammenkommen. Palme ist von den UN beauftragt worden, mit beiden Parteien zu verhandeln.

Sorge um SPD-Glaubwürdigkeit

„Seeheimer Kreis": Kritik an Glotz / „Keine Entspannung ohne Abschreckung"

PETER PHILIPPS, Bonn

SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz ist am Wochenende in scharfe innerparteiliche Kritik geraten. Seine „von oben herab" gemachte Bewertung, sozialdemokratische Warnungen vor einem Abdriften der SPD-Sicherheitspolitik kämen von einem „Flügelchen", das „Antikommunismus aus Identitätsangst" betreibe (s.WELT vom 29.3.), ist während der Tagung des „Seeheimer Kreises" scharf attackiert worden. Zum einen, so wurde gesagt, sei „Antikommunismus die natürliche Position der Sozialdemokraten", zum anderen bringe Glotz mit seiner Forderung nach einer „rein defensiven" Bundeswehr sowohl die Truppe als auch frühere sozialdemokratische Verteidigungsminister ins Zwielicht.

Der „Seeheimer Kreis", und dies zeigte diese Tagung erneut, bleibt sich treu. Vor fast genau zehn Jahren von dem Darmstädter Oberbürgermeister Günther Metzger und dem damaligen Justizminister Hans-Jochen Vogel vor allem als Unterstützungstruppe für Bundeskanzler Helmut Schmidt gegründet, verficht auch heute noch die Positionen Schmidts.

Minderheits-Position

Dabei verstand und versteht sich der „Seeheimer Kreis" weniger als Kartell, um Personalpolitik zu betreiben, sondern mehr als eine Vereinigung, die um politische Grundsatzpositionen ringt und versucht, diese mehrheitsfähig zu machen. Als personelle „pressure-group" sind die „Seeheimer", die ihren Namen ihrem Tagungslokal, der Lufthansa-Fortbildungsstätte in Seeheim, verdanken, eigentlich nur einmal richtig – und dann auch erfolgreich – in Erscheinung getreten: auf dem Berliner Bundesparteitag der SPD im Jahre 1979.

Der Mitte-Rechts-Kreis, deren Führung inzwischen von dem Gespann Vogel/Metzger auf Apel/Metzger übergegangen ist, ist sich der Problematik bewußt, zu einem Forum zu werden, das angesichts seiner Minderheits-Position resigniert und sich als innerparteilich ausgegrenzte Außenseiter fühlt. Vor allem Metzger selbst und der Berliner Politologe Richard Loewenthal haben die etwa 100 anwesenden Genossen am Wochenende davor gewarnt. Um die eigene Position nach dem Wechsel von den Regierungssesseln auf die Oppositionsbänke in Bonn und der vernichtenden Niederlage in der Nachrüstungsfrage auf dem Kölner Parteitag im November 1983 neu zu überdenken, wollen sich die „Seeheimer" im Herbst auf einem Treffen nur mit sich selbst beschäftigen.

Die Kritik an der Glotz-Position hatte sich am Wochenende im Anschluß an ein Referat des ehemaligen Planungschefs des Bundesverteidigungsministeriums, Walther Stützle, entzündet. Stützle hatte unter Zustimmung der Anwesenden alte Schmidt-Positionen in der Außen- und Sicherheitspolitik bekräftigt und die SPD aufgefordert, „an den sicherheitspolitischen Grundlagen festzuhalten". Es dürfe keinen „deutschen Sonderweg" geben, die Bundesrepublik haben auch überhaupt keine eigenen Gestaltungsmöglichkeiten. Sie könne höchstens Motor für neue Ideen innerhalb des Bündnisses sein. Neben Glotz geriet in diesem Zusammenhang natürlich vor allem Egon Bahr in die Schußlinie und Stützle betonte, daß eine „Sicherheitspartnerschaft keine Abschreckung ersetzen" könne. Auf absehbare Zeit sei das Prinzip Abschreckung für die westliche Verteidigungspolitik unverzichtbar, ohne funtkionierende Abschreckung könne es auch keine Entspannungspolitik geben. Vor allem, appellierte Stützle an die Sozialdemokraten, dürfe es nicht passieren, „daß eine Minderheitsmeinung in der Bundesrepublik die Mehrheitsmeinung in den USA beeinflußt".

In der Diskussion wurde mehrfach ausdrücklich betont, daß die Bonner Parteiführung gerade in den vergangenen Monaten mehrfach die „Treue zur Bundeswehr, zur NATO und zu den USA" betont habe. Aber viele sozialdemokratische Offiziere seien dennoch in einer Zwittersituation: Nach dem Abrücken vom Doppelbeschluß und den folgenden Blockaden von Kasernen unter Beteiligung von Sozialdemokraten hätten sie in der Truppe oft einen schweren Stand wegen ihres Parteibuchs. Und in emotionalen SPD-Versammlungen würden sie dann auch noch wegen ihrer Zugehörigkeit zur Bundeswehr beschimpft.

Suche nach Nachfolger

An diesem zweiten Tag des Seeheimer Treffens, an dem es um die Sicherheitspolitik ging, waren Vogel und Apel nicht mehr anwesend, weil sie zur Kandidatenkür nach Berlin reisen mußten. Genau wie in der Bundestagsfraktion ist auch bei den „Seeheimern" noch ungeklärt, wer nach einem Wechsel Apels nach Berlin das „Bonner Standbein" des Kreises werden soll. Und ein Vortrag am ersten Tag in Seeheim nährte Gerüchte, daß Apel sich auch schon einen potentiellen Mitreisenden nach Berlin gesichert hat: Edzard Reuter, Vorstandsmitglied der Daimler-Benz AG und Sozialdemokrat, hob in seinem Vortrag über Wirtschaftspolitik so stark und nachdrücklich auf die Berliner Probleme ab, daß manche dies schon als Probelauf verstanden. Dabei betonte Reuter, Sohn des legendären Nachkriegs-Bürgermeisters, vor allem, daß die SPD auch im Bereich der Wirtschafts- und „arbeitsorientierten Sozialpolitik" wieder glaubwürdig werden müsse. Hier schloß sich der Kreis mit Stützle und den grundsätzlichen Intentionen des „Seeheimer Kreises".

Suspendierter Landrat wiedergewählt

Trend gegen die CSU / FDP-Bewerber schaffte es im oberbayerischen Landkreis Starnberg

AP/DW. München

Die Stichwahlen um Bürgermeister- und Landratsposten in rund 100 bayerischen Gemeinden haben erneut einen Trend gegen die CSU-Bewerber erkennen lassen. Nur in vier von 16 größeren Städten und Gemeinden sowie in zwei Landkreisen konnten sich am Sonntag die Kandidaten der Union durchsetzen. Fünf Gemeinden fielen an die SPD, darunter die Landeshauptstadt München mit Bürgermeister Georg Kronawitter. Die Kandidaten der Freien Wählergruppen gewannen in sechs Gemeinden und einem Landkreis, der einzige FDP-Landrat Bayerns verteidigte in Starnberg sein Mandat.

Überraschend eindeutig war das mit Spannung erwartete Ergebnis der Oberbürgermeisterwahl in München ausgefallen. SPD-Herausforderer Kronawitter, der im ersten Wahlgang um vier Prozent vor dem Amtsinhaber Erich Kiesl (CSU) gelegen hatte, baute seinen Vorsprung auf 16,4 Prozent aus. Mit 58,1 Prozent der Wählerstimmen zieht er für die nächsten sechs Jahre ins Münchner Rathaus ein.

Als „sensationell" bezeichnete die Landeswahlleitung in München die ungewöhnlich große Zahl von „Überholern": In immerhin sieben Gemeinden schafften es Kandidaten, den im ersten Wahlgang noch vor ihnen liegenden Bewerber in der Stichwahl abzufangen.

Als einen Affront für die CSU wurde das Ergebnis der Landratswahl im niederbayerischen Landkreis Rottal-Inn gewertet. In der einstigen CSU-Hochburg war der wegen Veruntreuung verurteilte und vom Dienst suspendierte Landrat Ludwig Mayer nach seinem Ausschluß aus der CSU als unabhängiger Kandidat angetreten. In der Stichwahl errang er mit 66,3 Prozent einen klaren Sieg über Oskar Seitz (CSU). Mayer kann sein Amt möglicherweise aber nicht antreten. Gegen ihn läuft noch ein Disziplinarverfahren. Das bayerische Innenministerium hatte bereits am Donnerstag vergangener Woche darauf hingewiesen, daß dieses Verfahren voraussichtlich mit der Entfernung aus dem Amt enden werde. Mayer war wegen Untreue im Amt bereits zu 12 000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Der Wiedergewählte versucht jetzt, einen nicht der CSU angehörenden Stellvertreter während der Zeit der Amtsenthebung im Kreistag wählen zu lassen.

Im oberbayerischen Landkreis Starnberg konnte mit Rudolf Widmann der einzige FDP-Landrat Bayerns seinen Platz verteidigen. In der Stichwahl schlug er den CSU-Kandidaten Heinrich Frey mit 54,6 zu 45,4 Prozent.

Insgesamt waren in Bayern nach der Kommunalwahl am 18. März Stichwahlen in 118 – neben München meist kleineren Gemeinden – notwendig geworden, weil keiner der Bewerber auf Anhieb die nötige absolute Mehrheit erreicht hatte.

Seite 2: Kronagewitter

Seite 3: In Scharen

Nord-Süd-Gefälle durch Hansestädte

Von W. WESSENDORF

Das Nord-Süd-Gefälle in der Bundesrepublik – Ausdruck der Arbeitsplatzmisere – gibt es nicht, wenn man sich die beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen wegdenkt. Zu diesem Ergebnis ist der Bremer Ausschuß für Wirtschaft (BAW) in seiner jüngsten Untersuchung gekommen. Dabei haben die Experten des Instituts herausgefunden, daß die wirtschaftliche Schwäche der Hansestädte Hauptursache der Arbeitsmarktprobleme ist.

Frank Haller, Leiter des BAW, das dem Bremer Wirtschaftsressort zugeordnet ist, zur WELT: „In den norddeutschen Flächenländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen liegt die Ursache der hohen Arbeitslosigkeit in der starken Zunahme der Erwerbsfähigenzahl, der Einwohner zwischen 15 und 65 Jahren. Die Arbeitsmarktprobleme der Stadtstaaten Hamburg und Bremen entstehen dagegen insbesonders durch Arbeitsplatzverluste im industriellen Bereich und Wachstumsschwächen im Dienstleistungssektor." Hamburg und Bremen hätten dabei seit Mitte der siebziger Jahre zum Abkopplungstempo des norddeutschen Arbeitsmarktes vom Bundesdurchschnitt weit überdurchschnittlich beigetragen.

Haller: „Damit hat sich die relativ starke wirtschaftliche Position der beiden Hansestädte, wie sie noch 1975 zu verzeichnen war, heute in ihr Gegenteil verkehrt". Nach der „Strukturanalyse für Norddeutschland und die Küstenländer" hat sich der (relative) Abstand der norddeutschen Arbeitslosenquote zum Bundesdurchschnitt – trotz des insgesamt gestiegenen Niveaus der Arbeitslosigkeit – nahezu verdoppelt. 1975 lag die norddeutsche Arbeitslosenquote 11 Prozent über dem Bundesdurchschnitt (4,7 Prozent), 1982 schon 21 Prozent. Die Arbeitsmarktlage im süddeutschen Raum (Hessen, Baden-Württemberg, Bayern) war dagegen knapp 20 Prozent günstiger als im gesamten Bundesgebiet. Drastisch erhöht sich wegen dieser Abkopplung die rechnerische Zahl der „spezifisch norddeutschen Arbeitslosen": Die Zahl der Arbeitslosen, die auf die besonderen Arbeitsmarktprobleme in den norddeutschen Küstenländern zurückzuführen ist, näherte sich 1983 schon der Grenze von 100 000.

Die Gründe der Arbeitsmarktabkopplung in Norddeutschland liegen zum größten Teil in der für den Arbeitsmarkt ungünstigen demographischen Entwicklung. „Die Zahl der erwerbsfähigen und damit potentiellen Arbeitsplatznachfrager ist in Norddeutschland in den vergangenen Jahren bedeutend stärker angestiegen

Landesbericht Bremen

als im Bundesdurchschnitt, erklärt der BAW-Chef. Wäre die norddeutsche Erwerbsfähigenzahl wie im Bundesdurchscnitt gewachsen, hätte Norddeutschland sogar derzeit rund 140 000 Erwerbsfähige weniger auf dem Arbeitsmarkt zu verkraften, meinen die Bremer Experten. Aus einer Modellrechnung des BAW ergibt sich, daß rund 65 Prozent der Arbeitslosigkeit in Norddeutschland demographisch bedingt, 36 Prozent auf den Arbeitsplatzrückgang zurückzuführen sind (Bundesgebiet: 57:43 Prozent).

Nimmt man nun rechnerisch die beiden Stadtstaaten aus dem heterogenen norddeutschen Gebilde von städtischen Verdichtungsräumen und ländlichen Gebieten heraus, so verzeichnete Hamburg 1983 noch die niedrigste Arbeitslosenquote aller norddeutschen Bundesländer mit 10,1 Prozent (Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen ohne Berlin); die Hansestadt hat jedoch seine wesentlich günstigere Position gegenüber dem übrigen Bundesgebiet seit Mitte der siebziger Jahre verloren. Haller: „Bei der drastischen Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation kommt Hamburg zugute, daß die demokratische Entwicklung den Arbeitsmarkt der Stadt mit einer nur geringen Zuwachsrate der Erwerbsfähigenzahl praktisch nicht belastet hat." Maßgeblich für den zunehmend angespannten Arbeitsmarkt sei die Arbeitsplatzschwäche Hamburgs.

Bremen weist den größten Abstand der Arbeitslosenquote zum Bundesdurchschnitt (1983: 13,2:9,5 Prozent) und den nachhaltigsten Abkopplungseffekt auf. Letzterer wurde durch den stärksten Arbeitsplatzrückgang aller norddeutschen Länder verursacht. Dabei traf es den bremischen Industriebesatz hart, der überdurchschnittlich viel mit Problembranchen besetzt ist.

„So ist die Küste maßgeblich für die überdurchschnittliche Arbeitslosenentwicklung in Norddeutschland verantwortlich", zieht Haller das Fazit. Ohne Einbeziehung der Küste habe sich der übrige norddeutsche Arbeitsmarkt nahe dem Bundesdurchschnitt entwickelt. Im Gegensatz zu den Jahren vor 1975 sei der Ballungsraum Hamburg kein Stabilisator des Arbeitsmarktes an der Nordostküste (Schleswig-Holstein, Hamburg, Stade) mehr. Noch deutlicher werde die zunehmende Arbeitsmarktschwäche an der Nordwestküste (Bremen, Bremerhaven, Emden, Oldenburg, Leer und Wilhelmshaven) mit Zentrum Bremen, auf das sich die Arbeitsmarktprobleme der Küste konzentrierten. Das BAW-Gutachten: „Klammert man den Arbeitsmarkt Bremen aus der Nordwestküste aus, hätte die Arbeitslosigkeit dort im Zeitraum 1975/82 um rund 14 Prozent weniger zugenommen."

Mehr Leistung – Neuer Rechtsstreit um Kalkar

Prozeß um Schnellen Brüter in Düsseldorf eröffnet

WILM HERLYN, **Düsseldorf**

Am Rande des gestern in Düsseldorf begonnenen Prozesses um die Inbetriebnahme des Schnellen Brüters in Kalkar wurde nicht nur die Klage des streitbaren Landwirtes Josef Maas (53) diskutiert. Gleichzeitig ging es auch um die Frage, ob aufgrund einer möglichen Leistungssteigerung des Reaktorkernes neue öffentliche Auslegungen der Antragsunterlagen wie weitere Genehmigungsverfahren notwendig seien.

Wahrscheinlich vier Tage lang wird es im Kolpinghaus an der Bilkerstraße aber erst einmal um den umfangreichsten Atomprozeß in der Geschichte der Bundesrepublik gegen zehn der insgesamt 15 Teil- und Zusatzgenehmigungen gehen, die von dem nordrhein-westfälischen Arbeits- und Sozialminister Friedhelm Farthmann (SPD) zwischen 1974 und 1983 1982 erteilt worden sind.

Maas, dessen Gut im Schatten des mindestens 6,5 Milliarden Mark teuren SNR 300 liegt, bezweifelt, daß die Sicherheit seiner Familie und der Landwirtschaft am Niederrhein insgesamt gewährleistet ist, wenn der Brüter frühestens 1986 ans Netz geschlossen werden wird.

Angenehmes Klima

Das Verwaltungsgericht hat den ungewöhnlichen Verhandlungsort gewählt, um einen ausreichend großen Saal zur Verfügung zu haben. 600 Zuschauer können – unter strengen Sicherheitsvorkehrungen – den Prozeß verfolgen. Richter Werner Friedrich und Maas-Anwalt Siegfried de Witt aus Freiburg stellten in einer Verhandlungspause gestern übereinstimmend fest, Presseberichte, nach denen sich Maas in seiner Klage durch das Gericht beeinträchtigt fühle, träfen nicht zu. Beide Seiten sprachen von einem ausgesprochen angenehmen Klima.

Maas fühlt sich besonders verunsichert, weil er meint, daß die technischen Systeme wie Reaktortank, Kühlung, Klimatisierung, Stromversorgung und Meßwert-Erfassung nicht dem Stand von Wissenschaft und Technik genügten. 586 Aktenbände füllen bislang die Beschwerden, Eingaben, Gutachten und Gegengutachten. Während des Prozesses sind noch einmal sieben Gutachter geladen.

Keine Verpflichtung

Vielen Prozeßbeteiligten erscheint aber noch wichtiger, daß die bekanntgewordene Leistungsveränderung im Reaktorkern neue technische Vorkehrungen aus Sicherheitsgründen erforderlich machen könnten. Nach dem Atomgesetz erfordert zwar erst eine Leistungssteigerung von zehn Prozent eine öffentliche Auslegung und in Kalkar wird mit einer Steigerung von nur etwa 4,5 Prozent gerechnet. Doch behaupten nun die Kritiker, die Berechnungen seien nicht einwandfrei. Aus juristischen Gründen bestünden keine Verpflichtungen zur Offenlegung. Dennoch gilt als sicher, daß dieser mögliche Verzicht juristisch angefochten wird. Der Vorsitzende des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Jo Leinen, hat, wie gestern in Düsseldorf bekannt wurde, Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) bereits zur öffentlichen Auslegung aufgefordert. Er sagte, nach seinen Informationen werde die neue Version des Reaktorkerns in Verbindung mit einem neuen Brennstoff den Plutoniumanfall im Brüter fast verdoppeln. Es seien dann nicht mehr 800, sondern mindestens 1500 Kilogramm Plutonium pro Jahr zu erwarten.

Aus dem ebenfalls zuständigen Arbeitsministerium in Düsseldorf ist zu hören, daß auch Farthmann die Veränderungen für so schwerwiegend hält, daß er sie vor der Genehmigung veröffentlichen will.

Verübten RAF-Mitglieder Bankraub in Würzburg?

Die Machart ähnelt dem Überfall von 1982 in Bochum

W. K. **Bonn**

Von dem auf sechs bis acht Mitglieder zusammengeschmolzenen und ins Ausland geflüchteten „harten Kern" der terroristischen „Roten Armee Fraktion" (RAF) haben sich nach Ansicht der Sicherheitsbehörden einige Terroristen wieder in der Bundesrepublik aufgehalten. Dieser Verdacht wird durch Vergleiche des kürzlichen Banküberfalles in Würzburg mit einem Bochumer Sparkassenraub im Herbst 1982, an dem der jetzt vor Gericht stehende Christian Klar beteiligt war, verstärkt.

Die vorläufige kriminaltechnische Auswertung des Würzburger Überfalles, bei dem 170 000 Mark geraubt wurden, hat einen engen Bezug zu dem Bochumer Gangsterstück ergeben. Unter den Kleidungsstücken, die im Fluchtwagen zurückgelassen wurden, befanden sich „raffinierte Täuschungsmittel" (Polizeisprecher), wie sie das Bundeskriminalamt bereits in Bochum sichergestellt hatte: eine Jeanshose mit Klebestreifen und aufgeschnittenen Hosenbeinen. Die Streifen ließen sich mit einem Zug vom Bein entfernen, so daß „plötzlich eine Frau im Rock dasteht", teilte ein Polizeisprecher mit.

Nach der Annahme, daß dieselbe terroristische Gruppierung sowohl den Bochumer Überfall als auch den Würzburger Bankraub verübte, kämen sechs Personen des heutigen RAF-Kerns in Frage: Inge Viett, Helmut Pohl, Nenning Beer, Stefan Frey, Ingrid Jakobsmeier und Christa Ekkes.

Ungeklärt ist das Motiv der Geldbeschaffungsaktion, falls es sich um RAF-Anhänger handelte. Galt es der Sicherung des Lebensstandards im Untergrund oder der Rekonstruktion der 1982 zu 90 Prozent zerstörten Logistik?

Italiens Firmen drücken sich vor der Steuer

FRIEDRICH MEICHSNER, **Rom**

Das versteuerte Durchschnittseinkommen eines italienischen Unternehmers liegt unter dem eines Arbeiters. Diese überraschende, in breiten Kreisen der Öffentlichkeit als skandalös empfundene Tatsache wird aus einer jetzt veröffentlichten Dokumentation des römischen Finanzministeriums über das Steueraufkommen des Jahres 1981 ersichtlich. Danach wurden dem Arbeiter in diesem Jahr im Durchschnitt Steuern für einen Jahresverdienst von umgerechnet 17 400 Mark automatisch vom Lohn abgezogen, während die selbständigen Unternehmer und Gewerbetreibenden aller Kategorien, die sich steuerlich selbst veranschlagen, im Durchschnitt einen Jahresverdienst von umgerechnet 16 800 Mark angaben.

Eine „nationale Schande"

Aus dem „Weißbuch" des Finanzministeriums geht außerdem hervor, daß mehr als die Hälfte aller italienischen Betriebe 1981 angeblich ohne jeden Gewinn gearbeitet haben, und daß nur 16 000 von über 24 Millionen steuerpflichtigen Italienern ein Jahreseinkommen von mehr als 200 000 Mark angaben. 91 Prozent aller Steuerzahler müßten, wenn ihre Steuererklärungen der Wahrheit entsprächen, monatlich weniger als 2500 Mark verdient haben.

Eine „nationale Schande" nannte der christdemokratische Gewerkschaftsfunktionär Colombo das aus den Daten des „Weißbuches" ableitbare Ausmaß der Steuerhinterziehung, und der sozialistische Generalsekretär der UIL-Gewerkschaft, Benvenuto, forderte Finanzminister Visentini auf, sofort politische Konsequenzen zu ziehen. Bei der „Confindustria", dem Unternehmerverband des Landes, versicherte ein Sprecher, alle dem Verband angeschlossenen Unternehmen und Firmen zahlten ordnungsgemäß ihre Steuern. Hinterzogen würden die Steuern nur von betrügerischen Scheinunternehmen und von Betrieben der „economia sommersa", der Schattenwirtschaft.

Im einzelnen geht aus dem „Weißbuch" hervor, daß beispielsweise die Großhändler mit Juwelen und Schmuck ein durchschnittliches Jahreseinkommen von nur 22 000 Mark, die Detailhändler in dieser Branche sogar – ebenso wie die Fleischer – nur 12 000 Mark deklariert haben. Besitzer von Pelzwarengeschäften gaben einen Verdienst von 17 400 Mark an.

60 000 Frührentner

Als wahre „Nabobs" werden in dem „Weißbuch" die Notare und die Börsenagenten ausgewiesen. Sie kommen im Schnitt auf über 200 000 Mark – nach allgemeiner Überzeugung deshalb, weil sie durch die Registrierung ihrer gesamten beruflichen Tätigkeit zur Steuerehrlichkeit gezwungen sind. Ein Arzt verdient dagegen im Durchschnitt monatlich nur 500 Mark mehr als ein Angestellter, ein Rechtsanwalt nur 250 Mark mehr als ein Armeeoffizier.

Das „Weißbuch" zeigt auch, daß in Italien fast 60 000 Personen unter 40 Jahre schon Altersrente beziehen – fast 24 000 davon sind sogar unter 30 Jahre. 86 Prozent aller Pensionäre sind Eigentümer von Wohnungen, Häusern oder Grundstücken.

Mao bot dem Kreml 30 Millionen „Gastarbeiter" für Sibirien an

FRIED H. NEUMANN, **Moskau**

Wenn die Gesellschaft „Snanije" (Wissen), die der sowjetischen Bevölkerung populärwissenschaftliche Kenntnisse vermittelt, mit großen Plakaten in Moskau einen Vortrag über die gegenwärtige Wirtschaftslage der Bundesrepublik ankündigt, darf man gespannt sein: Kann man als Deutscher sein Land in dem Vortrag des Herrn Krasnow, eines Kandidaten der ökonomischen Wissenschaften, wiedererkennen? – Im großen und ganzen schon, jedenfalls besser als in den Berichten der sowjetischen Zeitungen. Die werden aber von Hunderttausenden gelesen, während sich eine solche „Lektion" nur rund 60 Leute anhören.

4000 deutsche Experten

Nach seinem sehr abstrakt formulierten Vortrag mußte Krasnow noch auf viele Fragen antworten, die das Publikum auf Zetteln zum Rednerpult schickte. Jemand fragte, warum es so viele Gastarbeiter in Westdeutschland gebe, in der Sowjetunion aber nicht, obwohl sie hier vielleicht dringender gebraucht würden. Humorig aufgelegt, verwies Krasnow auf die rund 4000 „westdeutschen Gastarbeiter" in der UdSSR. Natürlich seien das Experten, präzisierte er. Im übrigen: Gastarbeiter im Sozialismus, das lasse sich „mit unseren Prinzipien" nicht vereinbaren. Eher noch brüderliche Hilfe, aber auch nicht jede. Vor Jahrzehnten habe Mao gleich 20 bis 30 Millionen chinesische Helfer für Sibirien angeboten. „Später waren wir froh, daß wir darauf nicht eingegangen sind."

Das Verhältnis zwischen Ost und West in Deutschland und die Position West-Berlins? Da habe sich die Lage nach dem Moskauer Vertrag doch sehr verbessert. Krasnow rechtfertigte Mauer und Grenzbefestigungen mit „westdeutscher Abwerbung von Arbeitskräften", den Zwangsumtausch mit Währungsmanipulationen. Er flocht aber auch ein, daß Selbstschußanlagen abmontiert wurden, weil sie „inhuman" waren und bezeichnete Familientrennung und Reisebeschränkungen als „vorhandene Probleme". Denen setzte er die „sehr starken wirtschaftlichen Beziehungen" entgegen, wobei er selbst den innerdeutschen Überziehungskredit nicht vergaß. Und als er über „West-Berlin" sprach, erläuterte er den Unterschied zwischen Bindungen und Verbindungen zur Bundesrepublik, aber das sei „hohe Politik".

Schließlich fragte jemand keck nach der Rangfolge von Bundesrepublik, „DDR" und Sowjetunion in puncto „Lebensniveau", also nach dem Wohlstandsgefälle. In der Wirtschaftsleistung stehe die Bundesrepublik an der Spitze, räumte Krasnow ein. Aber in der Lebensqualität der Sowjetstaat. „Nehmen wir nur das Wohnen . . ." Er tat es ausführlich und mit Vergleichszahlen, die manchem Zuhörer schrecklich in die Glieder fuhren. „Bei uns sind die Autos teurer. Die Westdeutschen zahlen dafür 20 000 Mark, aber ein Haus kostet das Zehnfache!" Ein älterer Mann stieß einen Seufzer aus, nachdem er schon die Mitteilung kaum zu fassen vermochte, daß Mieten bis zu 36 Prozent der Löhne kosten sollen. „Deshalb auch die Obdachlosen." Nun war wirklich alles klar.

Leider ließ sich ein junger Sowjetmensch zu unfreundlichen Zwischenfragen hinreißen: „Wieviele Wohnungen fehlen uns eigentlich?", wollte er wiederholt wissen. Vielleicht war der Redner zu sehr Spezialist für die Bundesrepublik, jedenfalls blieb er die Antwort schuldig.

„Dankbarer" Gefangener

Aber die Sache mit der Wirtschaftsleistung ließ ihm keine Ruhe. „Der Unterschied verringert sich natürlich." Und auf die Nachkriegszeit bezogen, stieß er die rhetorische Frage aus: „Wo stand damals die Bundesrepublik, und wo standen wir?" Die Antwort hatte schon sein Vortrag geliefert. Sie entsprach propagandistischem Grundmuster: Die Sowjetunion war nach dem Krieg vollkommen zerstört, Westdeutschlands Industrie nur zu einem Drittel. Dann kassierte das Land auch noch die Marshallplan-Millionen. An billig entlohnten Arbeitskräften fehlte es nicht, zumal die „Umsiedler" hinzuströmten. Und die Kriegsgefangenen. „Auch aus der Sowjetunion." Dazu hatte Krasnow noch ein herzerwärmendes Zitat parat. Ein Herr sei in der Bundesrepublik auf ihn zugekommen und habe bekannt: „Ich war bei Ihnen in Gefangenschaft. Das sage ich mit Dankbarkeit."

Präsident Cordova setzte sich durch

Erleichterung nach dem vereitelten Putschversuch der Generäle in Honduras

MANFRED NEUBER, **Bonn**

In Honduras hat der zivile Präsident im Machtkampf mit dem Chef der Streitkräfte vorerst offenbar die Oberhand behalten. Das ist von den USA mit Befriedigung aufgenommen worden. Um einem kalten Staatsstreich der militärischen Führung zuvorzukommen, hatte Präsident Roberto Suazo Cordova den Oberkommandierenden der Streitkräfte abgesetzt und mit drei anderen Generalen außer Landes geschickt. Wie es heißt, wollen die vier Militärs in Venezuela um Asyl nachsuchen.

General Gustavo Alvarez, der geschaßte Chef der Streitkräfte, galt als Feuerkopf und „starker Mann" in Tegucigalpa. Mit ihm wurden bei der überraschenden Aktion am Wochenende sein Stabschef, General Bueso Rosa, der Marine-Befehlshaber, General Ruben Montoya, und der Polizeichef, Genral Daniel Bali Castillo, nach Costa Rica abgeschoben.

Nur der Luftwaffen-Chef, General Walter Lopez Reyes, blieb auf seinem Posten. Die Entscheidung über die Ablösung der anderen Militärs fiel nach stundenlangen Gesprächen hoher Offiziere und der politischen Führung auf dem Fliegerhorst der Hauptstadt. Die Luftwaffe Honduras' ist die stärkste im gesamten mittelamerikanischen Raum.

General Alvarez amtierte seit dem April 1982 als Oberkommandierender. Er war von dem neuen, nach 18 Jahren Militärherrschaft gewählten Präsidenten Suazo Cordova berufen worden. Angeblich arbeitete er eng mit US-Botschafter John Negroponte und General Paul Gorman, Befehlshaber des amerikanischen Southern Command in der Panama-Kanalzone, zusammen.

Honduras ist einer der wichtigsten Verbündeten der Vereinigten Staaten in Mittelamerika. Die Amerikaner unterhalten dort mehrere Ausbildungslager, in denen antisandinistische Freiheitskämpfer und Soldaten mittelamerikanischer Staaten in der Guerrilla-Bekämpfung ausgebildet werden.

Mit Abhöranlagen in Honduras und Überwachungsflügen über dem Grenzgebiet Nicaragua versuchen die Amerikaner, den Waffen-Nachschub für die Rebellen in El Salvador zu überblicken. Am Sonntag liefen wie geplant dreimonatige Manöver amerikanischer und honduranischer Einheiten an.

In den vergangenen Wochen verdichteten sich Mutmaßungen, wonach General Alvarez mit einigen Parteigängern vorhatte, die Streitkräfte der zivilen Kontrolle zu entziehen. Dieser Herausforderung hat sich der herzkranke Präsident, der allgemein nur als Galionsfigur angesehen wurde, gestellt und sie vorerst auch gemeistert.

Anscheinend hat Suazo Cordova starke Rückendeckung in den Streitkräften – und das Einverständnis der USA bei seinem überraschenden Vorgehen gegen die hohen Militärs. Harry Shlaudeman, der amerikanische Sonderbotschafter für Mittelamerika, besuchte Tegucigalpa einen Tag vor der Entmachtung der Generale.

Während die honduranischen Streitkräfte ihre Loyalität gegenüber der verfassungsmäßigen Ordnung und ihre politische Neutralität betonten, wertete der Minister im Präsidialamt, Carlos Flores, die erzwungenen Demissionen als Stärkung des „zivilen demokratischen Systems". Ähnlich äußerte sich ein Sprecher des US-Außenministeriums in Washington.

Für die Reagan-Administration ist es im Ringen mit dem Kongreß um die Bewilligung von Mitteln zur Militär- und Wirtschaftshilfe für Mittelamerika wichtig, daß kein Rückschlag durch Militärputsche eintritt. Insofern geht von Honduras auch eine Signalwirkung auf El Salvador und Panama aus; beide Staaten stehen vor Präsidentschaftswahlen.

Gegenwärtig sind mehr als 2000 US-Militärberater und Pioniere in Honduras stationiert. An den gemeinsamen Manövern nehmen weitere 5000 US-Soldaten teil. Der amerikanische Geheimdienst CIA schult angeblich 10 000 ehemalige Angehörige der Nationalgarde Somozas für den Einsatz gegen das sandinistische Revolutionsregime in Nicaragua auf dem Boden des Nachbarlandes Honduras.

Golo Mann warnt vor den Folgen des Pazifismus

AP, **Zürich**

Der in der Schweiz lebende Historiker Golo Mann hat in einem Interview mit der Zürcher Zeitschrift „Pro" vor den Folgen des Pazifismus gewarnt. In dem gestern veröffentlichten Interview sagte Mann, falls die Pazifisten im Westen die Oberhand gewännen, müßte auf die NATO-Nachrüstung verzichtet werden. Dies würde das Ende des Nordatlantik-Paktes bedeuten. Die Konsequenz wäre, daß sich die Amerikaner aus Deutschland zurückziehen würden und – als Folge davon – die Bundesrepublik Deutschland in den „Sog des russischen Imperiums" geriete.

Golo Mann äußerte die Überzeugung, Deutschland habe nicht die Wahl einer echten Neutralität. Für die Zeit nach einem Abzug der Amerikaner prophezeite der Historiker, eines Tages – vielleicht erst nach Jahren – gäbe es „einen kommunistischen Minister in Bonn, am Anfang nur einen, und so ginge es weiter". Am Ende käme es dann zu einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten, „mit Moskaus Segen und nach moskowitischem Stil".

Der Friedensbewegung warf Mann vor, sie arbeite „dem Kreml in die Hände, ohne es zu wissen". Den Sowjets gab er die „größere Schuld" an der gegenwärtigen Krise in den internationalen Beziehungen. Die USA hätten nie nach einer Weltmachtrolle gestrebt und seien auch heute nicht glücklich darüber. Kein Verantwortlicher in Washington hege „solche idiotischen Pläne" wie einen Angriffskrieg gegen die Sowjetunion.

Bonn: Kein Giftgas an Irak geliefert

DW. /dpa/SAD. **Bonn/Jerusalem**

Die Bundesregierung hat entschieden israelische Behauptungen zurückgewiesen, daß aus der Bundesrepublik Deutschland Nervengas an Irak geliefert worden sei. Regierungssprecher Boenisch sagte gestern, die Bundesregierung habe eine entsprechende Botschaft an die Regierung in Jerusalem übermittelt und dabei auch darauf hingewiesen, warum in einer an Irak gelieferten Versuchsanlage für Pflanzenschutzmittel kein Gas hergestellt werden könne.

Amerikanische Pressemeldungen über die angebliche Lieferung deutscher Anlagen für die Herstellung von Pflanenschutzmittel, die auch zur Giftgasproduktion benutzt werden könnten, hatten in Israel zu Beunruhigung geführt. Die israelische Regierung hatte daraufhin am Wochenende ihre Botschaft in Bonn angewiesen, „die Lieferung von Geräten zur Erzeugung von Giftgas an den Irak" durch die Bundesrepublik überprüfen zu lassen. Dabei hatte die Israelis weniger die Lieferung von Giftgas beunruhigt, da die Herstellung solcher Stoffe heute technisch relativ einfach ist. Besorgnis hatte in Israel vielmehr die offensichtliche Bereitschaft Iraks hervorgerufen, Giftgas als Kriegswaffe einzusetzen. Entsprechende Befürchtungen hatte Israel in der vergangenen Woche bereits gegenüber den USA geäußert.

Özal läßt Vorwürfe über Folter untersuchen

Begannen Hunderte aus Protest ein „Todesfasten"?

E. ANTONAROS, Athen

Zum ersten Mal seit dem Militärputsch im September 1980 bahnt sich in der Türkei eine systematische Untersuchung der strittigen Menschenrechtsfrage an.

Während die Kritik westeuropäischer Länder ständig zunimmt und mittlerweile selbst in der bis vor kurzem zurückhaltenden einheimischen Presse kritische Berichte erscheinen, hat der türkische Regierungschef Turgut Özal die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses aus Spitzenbeamten, hochrangigen Militärs und Ärzten angekündigt. Er soll die Situation in den überfüllten Gefängnissen untersuchen und Verbesserungsvorschläge vorlegen. In Bonn hat der Bundestag beschlossen, eine Delegation in die Türkei zu entsenden, um sich mit der Menschenrechtssituation zu befassen.

Özal hat auf einer Pressekonferenz am Wochenende einerseits ohne Umschweife zugegeben, daß Häftlinge in türkischen Gefängnissen gelegentlich nicht gerade mit Samthandschuhen behandelt werden. Andererseits hat er jedoch zahlreiche Berichte über systematische Folterungen und Mißhandlungen politischer Häftlinge in den zivilen und Militärgefängnissen als übertrieben zurückgewiesen. Nach Presseberichten sind etwa 25 000 von den Behörden als „extremistische Terroristen" bezeichnete Regimegegner entweder bereits verurteilt worden oder befinden sich in Untersuchungshaft.

682 Beschwerden

Özal gab Zahlen der bereits untersuchten Fälle bekannt: von insgesamt 682 gestellten Anträgen auf Strafverfolgung wegen Foltermethoden sind 389 als unbegründet zurückgewiesen worden; 80 werden als gerechtfertigt angesehen, weitere 149 Fälle werden noch untersucht. 381 Personen sind unter dem Vorwurf der Folter bereits angeklagt worden.

Großes Aufsehen hat bisher der vor 38 Tagen begonnene Hungerstreik von ein paar hundert Häftlingen im Militärgefängnis Mamak bei Ankara ausgelöst, das als die grausamste Haftanstalt der Türkei gilt. Etwa 400 bis 550 Häftlinge – es gibt widersprüchliche Angaben – sollen teilweise ein „Todesfasten" begonnen haben, wobei sie sich weigern, selbst Flüssigkeit zu sich zu nehmen.

Unmittelbar nach Özals Pressekonferenz demonstrierten ein paar hundert Verwandte von Mamak-Häftlingen vor dem Regierungssitz in Ankara. „Unsere Söhne sind dem Hungertod nahe", sagte eine Mutter mit Tränen in den Augen.

Nach einem Bericht von „Huerriyet", der auflagenstärksten Zeitung der Türkei, soll ein Gefangener bereits an den Folgen des Hungerstreiks gestorben sein. Dieselbe Zeitung zitierte Özal jedoch mit der Behauptung, einige der Hungerstreikenden nähmen Nahrung heimlich zu sich und seien daher nicht gefährdet.

Überarbeitete Wärter

Einzelheiten über das Schicksal von ein paar hundert Häftlingen, meist kurdischer Abstammung, sind kaum bekannt geworden. Sie hatten bereits vor mehreren Wochen einen Hungerstreik im Gefängnis von Diyarbakir begonnen. Auch sie protestierten gegen Mißhandlungen durch die Gefängniswärter, unmenschliche Haftbedingungen und schlechte Nahrung. Nach Angaben von Familienangehörigen starben acht Häftlinge den Hungertod. Andere befinden sich angeblich in Krankenhäusern.

Die türkischen Behörden wehren sich beharrlich gegen die Anschuldigungen, in den Gefängnissen werde systematisch gefoltert. Keineswegs böse Absicht, sondern in der Regel mangelnde Ausbildung der Wärter, zu lange Arbeitszeiten für das Gefängnispersonal und die hoffnungslos überfüllten Haftanstalten seien schuld daran, daß es gelegentlich Übergriffe gebe, meinte Özal. Als erste Maßnahme hat der konservative Ministerpräsident durchgesetzt, daß die Gefängniswärter statt bisher 12 nur noch acht Stunden am Tag arbeiten müssen. Auch der Bau moderner Haftanstalten ist vorgesehen.

An eine Generalamnestie scheinen weder die Politiker noch das Militär zu denken. Der Parteiführer der sozialdemokratischen SODEP-Partei, Erdal Inönü, der bei den Kommunalwahlen 30 Prozent der Stimmen erhielt, befürwortet eine Amnestie der meisten politischen Häftlinge. Aber Staatschef Evren hält sie für „keine gute Sache". Und für Özal ist „die Zeit noch nicht reif". (SAD)

Syriens Wirtschaft schlingert

Probleme reichen von Energiemangel bis Devisenschwäche / Überrüstung wirkt sich aus

G. DESCHNER, Damaskus

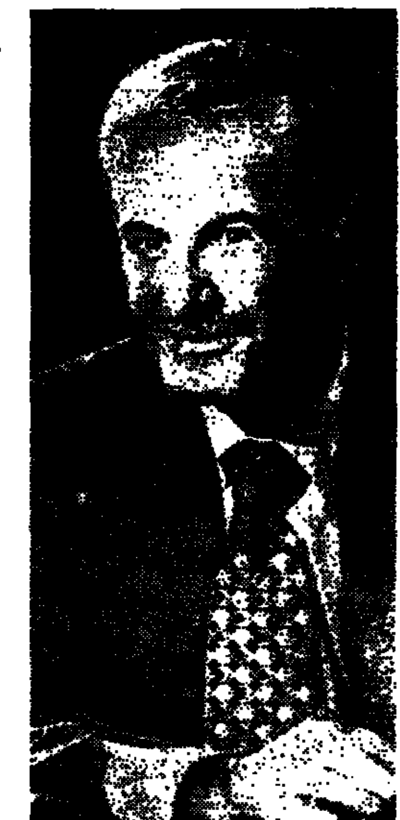
Täglich ein Mal, und das für fünf Stunden, stehen in Damaskus und Aleppo, den beiden größten Städten Syriens, die Aufzüge still, geben selbst in den Luxushotels die Videogeräte des hauseigenen Fernsehers aus und setzen die Hausfrauen für den Nachmittagstee die plötzlich wieder zu Ehren gekommenen Petroleumkocher in Gang. Die großen Geschäfte in der Rue Maysaloun werfen die Notstromaggregate an, und selbst in Ministerien und Industriebetrieben ruht die Arbeit.

Diese seit Monaten andauernde Stromverknappung, die in der Provinz sogar noch schlimmere Formen annimmt, ist nur eines der Indizien für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, denen sich die Syrische Arabische Republik des ehrgeizigen Präsidenten Hafiz Assad gegenübersieht.

Hauptursache der Energieverknappung ist die immer weiter absinkende Leistung des 1978 vollendeten, von russischen Experten errichteten Kraftwerks am oberen Euphrat, dessen Staudamm den Namen Assads und die dazugehörende Stadt die ehrgeizige Bezeichnung Al Thaura, „Die Revolution", trägt.

Was damals deutsche Experten vorhergesagt hatten, ist inzwischen eingetreten: Der Wasserstand des Euphrat ist wegen vorgeschalteter Kraftwerke auf türkischem Gebiet bis zu acht Metern abgesunken; die mitgeführten Schlammassen lassen überdies nur den Betrieb mit halber Kraft zu. Zwei Drittel der gesamten Stromversorgung des Landes sollten durch das Assad-Werk bestritten werden. Heute erzeugen die acht Generatoren statt der vorgesehenen 800 Megawatt aber lediglich 250.

Eine andere Energiequelle, das mit Heizöl betriebene Kraftwerk in der Küstenstadt Banjas, dem Endpunkt einer derzeit gesperrten Ölleitung aus Irak, wird erst in den nächsten Jahren auf eine höhere Leistungsstufe ausgebaut sein; Gasturbinen-Kraftwerke für Damaskus und Aleppo stehen erst auf dem Reißbrett. Als Schuldigen für die Misere zeigte das Regime bei der jüngsten Regierungsumbildung den bisherigen Elektrizitätsminister vor, den Ingenieur Ahmad Omar Yussef, der kurzerhand abgesetzt wurde. Doch sein Nachfolger wird wenig ändern können, solange nicht neue Kraftwerke errichtet und neue Energiezufuhren


Ehrgeizige Pläne, finanzielle Krise: Präsident Assad FOTO: DIE WELT

gefunden sind. Empfindlicher noch als die Energieverknappung wirken sich allerdings andere Mängel der syrischen Volkswirtschaft aus, denen das Regime Assads nach Auffassung westlicher Wirtschaftsexperten im Lande noch ratlos gegenüber steht.

Da ist zum einen das enorme und teilweise auf die beschleunigte Überrüstung der syrischen Streitkräfte zurückzuführende Handelsdefizit. Für 1983 wurde beispielsweise ein Importvolumen von 15 Milliarden Syrischen Pfund (etwa 7,5 Milliarden Mark) erreicht, während das Exportvolumen umgerechnet nur etwa drei Milliarden Mark betrug.

Die vorwiegend daraus, aber auch aus versteckter Kapitalflucht resultierende Devisenschwäche stellt das Land vor die größten Probleme. Informierte Beobachter gehen davon aus, daß der Devisenvorrat Syriens auf weit unter umgerechnet etwa 250 Millionen Mark abgesunken ist, und daß zu Zeiten extremer Belastung selbst von dieser Summe nur Bruchteile zur Verfügung stehen.

Selbst Bagatellbeträge von einigen Millionen Mark, etwa die Forderungen internationaler Fluggesellschaften, werden seit langem nicht mehr ausgeglichen, die Gläubiger auf unsichere Clearing-Geschäfte vertröstet. „Damaskus", so ein westlicher Diplomat, „verhält sich in seinem Devisengebaren etwa so wie ein Tourist, der sich mit Zwei-Mark-fünfzig in der Tasche auf eine Weltreise begibt und sich vorgenommen hat, aber auch gar nichts Schönes und Teures auszulassen."

Der Bilanz Syriens kommt dabei noch zugute, daß es zu den Hauptempfängerländern der Zahlungen reicher arabischer Staaten gehört. Sowohl aus dem Arabischen Fonds für Soziale Entwicklung, dessen Etat vorwiegend von Saudi-Arabien, Kuwait und den Vereinigten Emiraten bestritten wird, als auch aus Riad direkt erhält Damaskus jährlich Zuwendungen in Milliardenhöhe.

Was das Regime Assads bislang an eigenen Maßnahmen zur Dämpfung der Devisenschwäche unternommen hat, mutet dagegen an wie der berühmte „Tropfen auf den heißen Stein". Von der jüngst eingeräumten Möglichkeit, Überweisungen von privaten Devisenkonten vorzunehmen, ohne Rechenschaft über die Herkunft dieser Gelder ablegen zu müssen, wird offenbar nur bescheidener Gebrauch gemacht.

Auch staatlich organisierte Blockgeschäfte wie die Einfuhr von 37 000 Autos in den Jahren 1982/83, wobei die Käufer bis zu zwei Jahre im voraus zu zahlen hatten, Ausstattung, Liefertermin und Preis aber von Staats wegen festgesetzt wurden, führten zwar zu erheblicher Abschöpfung von Liquidität, konnten aber allenfalls zur Streckung von Devisenverbindlichkeiten führen.

Schlaglichtartig erhellt sich das syrische Finanzproblem mit einem Blick auf den Handelsverkehr mit der UdSSR. Die Ausfuhr Syriens dorthin betrug 1983 umgerechnet etwa 500 Millionen Mark. An Handelsgütern wurden im Gegenzug zwar nur für etwa 350 Millionen Pfund importiert – dafür aber Waffen, Munition und militärische Ausrüstung in einem Wert, den Militärexperten auf „mindestens drei, vielleicht aber auch fünf Milliarden" syrische Pfund veranschlagen.

Wie steht Europa zur Militärpräsenz im All?

Madame Garauds geopolitisches Symposium Nummer 2

A. GRAF KAGENECK, Paris

Im vergangenen Februar machte Frankreichs Staatspräsident Mitterrand bei einer Routinereise in die Niederlande, die der Vorbereitung des Brüsseler Gipfels galt, einen sensationellen und zunächst belächelten Vorschlag: Europa sollte sich auf der Suche nach größerer Sicherheit und Unabhängigkeit mit dem Bau eines europäischen militärischen Satelliten im Weltall beschäftigen, der in der Lage sein sollte, gegnerische Interkontinentalraketen schon im Weltraum zu stellen und zu vernichten.

Später munkelte man in Paris, die Idee sei dem Präsidenten von Marie-France Garaud, der Leiterin des von ihr gegründeten Pariser „Geopolitischen Instituts" und ehemaligen Beraterin der gaullistischen Politiker Pompidou und Chirac suggeriert worden. Madame Garaud dementiert dies gegenüber der WELT. Aber sie widmet die neueste Ausgabe ihrer Publikation „Geopolitik" fast ausschließlich der Frage, die Mitterrand in Den Haag anschnitt: Soll und kann Europa sich unabhängig von den USA eine Verteidigung im Weltall leisten; eine Verteidigung, die nicht nur größere Sicherheit für die Europäer sondern auch gewaltigen technologischen Fortschritt bringen und ein hoffnungsloses Absinken Europas hinter die übrigen technologischen Weltmächte verhindern würde.

Ängste und Hoffnungen

Eine Umfrage unter Franzosen die „Geopolitik" zur Einstimmung auf das Thema veranstaltete, zeigt, daß vor allem die jüngeren unter ihnen sich der Schwere der Herausforderung bewußt sind und für ein solches gemeinsames Unternehmen der Europäer eintreten. Unsicherheit herrscht bei der Frage, ob eine militärische Besetzung des Weltalls die Chancen des Friedens verringert oder vermehrt. 42 gegen 40 Prozent äußern die Meinung, daß das Kriegsrisiko dadurch zunehmen werde. Daß ein Weltraumsatellit Europa technologisch voranbringen würde glauben 79 Prozent der Franzosen. 69 Prozent glauben, daß der Nutzen vor allem militärischer Natur sein würde.

Marie-France Garaud wird in der im Juni erscheinenden nächsten Publikation ihres Instituts die Frage enger einkreisen. Sie will wissen, welche Chancen eine enge deutsch-französische Zusammenarbeit im Weltall habe und wie die beiden Völker dazu stehen. Weltraumpolitik und Weltraumstrategie spielen auch eine Rolle bei dem Seminar, das die Präsidentin des „Geopolitischen Instituts" in Paris am kommenden Wochenende veranstaltet.

Europäer, Amerikaner und Japaner werden dabei über die „Herausforderung des pazifischen Raumes" und die dadurch im Westen hervorgerufenen Ängste und Hoffnungen debattieren. Darunter sind auch deutsche Industrielle und Bankiers sowie der Wissenschaftsminister Riesenhuber. Welche Spannungen und Kräftekonzentrationen entwickeln sich im strategischen Fünfeck Amerika-Japan-China-Sowjetunion-Australien? Wird Europa noch in der Lage sein, der Herausforderung der beiden technologischen Spitzenreiter USA und Japan zu begegnen?

Pazifik hat Zukunft

Die Probleme der Verteidigung, die sich aus der technologischen Revolution ergeben und sich hauptsächlich im Weltraum auswirken werden, bilden den 3. und abschließenden Teil des Seminars, bei dem hohe britische, amerikanische und französische Offiziere – aber auch Spezialisten aus dem pazifischen Raum – zu Wort kommen.

Aus einer Umfrage zum Thema des Seminars unter 10 545 Personen in zehn Ländern – davon sechs pazifischen – ergibt sich, daß eine Mehrheit der Entwicklung der nächsten 30 Jahre mit großer Sorge entgegen sieht. Nur die USA, Australien und Korea bilden eine Ausnahme. Bei der Frage, welche Länder in naher Zukunft größer und wichtiger sein werden als bisher, stehen in allen befragten Ländern – darunter auch der Bundesrepublik – gerade die pazifischen Länder China, Japan, USA und Sowjetunion, als einziges europäisches Land die Bundesrepublik, an der Spitze. Alle anderen „Europäer" zweifeln an sich selbst im Wettkampf um Spitzenpositionen. Befragt, ob sie bereit seien Opfer für ein besseres Abschneiden ihres Landes zu bringen, antworten nur die Japaner mit einem klaren Nein.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Reale Arbeitslosigkeit

Die WELT ist mir seit 20 Jahren zu einer Art „tägliches Brot" geworden. An den Arbeiten Ihrer Redakteure, die mit Weitsicht und Durchsicht die politischen, geistigen und kulturellen Ereignisse der Zeit darlegen und kommentieren, schätze ich vor allem das Augenmaß, die Nüchternheit und die Ausgewogenheit, die Sie vor aller Verstiegenheit bewahren und hart an der Realität belassen.

Von dieser Realität aber scheint mir Ihre Wirtschaftspolitik wie auch die der von mir gewählten Regierung immer mehr abzusehen und aufzusteigen ins Theoretische und Akademische. Gewiß haben Sie wie auch diese Regierung die Arbeitslosigkeit im Blick und setzen sich mit Recht ein für eine Konsolidierung der Haushalte, für den Abbau der Apparate, für Investitionen und freien Wettbewerb. Über diesen Blick auf die Arbeitslosigkeit verlieren Sie jedoch, die Arbeitslosen aus dem Auge. Das einzelne menschliche Schicksal verflüchtigt sich in ein wirtschaftswissenschaftliches Problem, so daß Ihnen naheliegende Lösungen außer Betracht geraten.

So sehen Sie diese meine ehemaligen Schüler nicht, die arbeitslose Gymnasiallehrerin, den Realschullehrer, den Berufsschullehrer, die drei Studenten, die hoffnungslos und verbissen Jura, Biologie und Wirtschaft studieren, die zwei Maschinenbauer auf dem Parkstudium, den Autoschlosser, den Zeichner, den Metzger, den Schuhmacher, die Friseuse, die Verkäuferinnen und die Bürogehilfinnen. Sie wurschteln ihre Tage so dahin. Irgendeinem von ihnen begegne ich täglich, Sie nicht?

Diese meine Schüler aber sehen, daß es sehr wohl Arbeit gibt. Denn da führen Männer in ihrer Freizeit Rohbauten auf, bauen Heizungs- und Installationsanlagen, reparieren Autos u. ä. m. Und da geschieht nichts, heißt es. Und wenn – so würde es doch Arbeitsplätze bringen, die sich selbst bezahlen, und vor allem würde es in dieser Notlage ein Ärgernis aus der Welt schaffen.

Diese, meine Schüler, lesen auch von dem Gerangel der Parteien um den Abbau der Nebentätigkeit von Beamten, wie sie sich winden und drehen aus Angst potentielle Wähler zu verlieren. Sie sehen das mit Betroffenheit, da es doch die Staatsraison geböte, diese Nebentätigkeiten aus den Gründerjahren rigoros zu streichen. Und sie fragen: Warum nicht auch den Angestellten, ja auch in der freien Wirtschaft die Zuverdienste und Überstunden. Das sei nicht möglich, hören sie, das störe und ruiniere die Wirtschaft. Aber meine Schüler glauben das nicht, und ich auch nicht; denn das wären schlechte Unternehmer, die mit solchen Schwierigkeiten nicht fertig würden.

Meine Schüler fragen auch, warum Ruheständler mit 65 und darüber noch in Arbeit stehen, seien das nun Arbeiter, Angestellte, Beamte, Ärzte, Rechtsanwälte, Schauspieler, Politiker, ja auch Politiker. Warum sie nicht Rosen züchten, Reisen machen oder Memoiren schreiben! Darauf hören sie, ohne den Rat, die Klugheit und Erfahrung der Alten können kein Gemeinwesen bestehen. Aber auch das glauben sie nicht. Denn so habe ich es ihnen in der Schule im Deutschunterricht beigebracht: Der Mensch ist ein schaffendes Wesen, das sich zu einem raffenden entwikkelt und schließlich nicht loslassen kann.

Loslassen wäre natürlich die Lösung, aber damit zu rechnen ist unrealistisch. Bleibt also Abschöpfen, und das ist schon schwierig genug. Vor einem Jahr wäre die psychologische Situation günstiger gewesen. Abschöpfen würde jedoch das Problem Arbeitslosigkeit wesentlich entschärfen und unser Gemeinwesen sicherer machen. Was sich da innermenschlich in den nächsten Jahren zusammenbraut, ist dazu angetan, für die Zukunft zu fürchten.

Zu allen Zeiten haben die Besitzenden ihr Gemeinwesen selbst zu Grund gerichtet, weil sie den Sinn für das Gemeinwohl aus den Augen verloren. Die Besitzlosen haben dazu nur die Fäuste geliefert.

Mathias Lang, Bliesransbach

Wer braucht wen?

„Mit Osteuropa trägt Moskau eher eine Last"; WELT vom 27. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Aussage, daß die osteuropäischen Länder für die UdSSR „eher zur Last" würden, ist irreführend. Sie könnten zu dem Schluß führen, die Sowjetunion verliere ihr Interesse an ihnen. Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Die Sowjetunion ist heute mehr denn je auf die osteuropäischen Länder ihres Machtbereiches angewiesen.

Das gilt im besonderen Maße für die „DDR" als das industriell und technologisch fortgeschrittenste Land in der Sozialistischen Staatenformation. Um einigermaßen Anschluß an das technologische und industrielle Weltniveau zu halten, ist die „DDR" heute eine unentbehrliche Stütze für Moskau.

So haben die Parteichefs Andropow und Honecker im letzten Mai in Moskau eine intensive Forschungs- und Technologiekooperation vereinbart, der inzwischen 200 Regierungs- und Ministerialabkommen zwischen der UdSSR und der „DDR" gefolgt sind. Diese reichen von der gemeinsamen Nutzung der Forschungseinrichtungen bis zur wissenschaftlichen technischen Zusammenarbeit bei der Modernisierung von Industrie und Landwirtschaft. Schlüsseltechnologien wie Roboter- und Computer-Technologie spielen dabei eine zentrale Rolle. Die „DDR" kann sich dafür langfristig ihre Energieversorgung (Rohöl) sichern. Ohne die „DDR" kann die Sowjetunion überhaupt nicht hoffen, ihre industrielle-technische und wissenschaftliche Erneuerung bzw. Modernisierung zu schaffen (Rationalisierung).

Angesichts solcher „Abhängigkeitsverhältnisse" ist es nicht überraschend, daß die „DDR" neue Handlungsspielräume gewinnt. Die von ihr angestrebte engere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik, Frankreich usw. liegt daher auch im indirekten sowjetischen Interesse. Ähnliches gilt auch für Ungarn und die Tschechoslowakei, die ebenfalls eine Reihe von eher traditionellen Industrieerzeugnissen aber auch Konsumgüter in die UdSSR liefern.

Der „kranke Mann" ist heute Polen. Rumänien spielt bereits seit den sechziger Jahren die Rolle des außenpolitisch Eigenwilligen, ist aber wirtschaftlich sehr von der Sowjetunion abhängig.

Heute gewährt die Sowjetunion ihren kleinen Verbündeten mehr inneren Handlungsspielraum als je zuvor. In Moskau hat man eingesehen, daß man ihnen nicht sagen kann, was sie in ihren Ländern zu tun haben. In seltener Offenheit bekannte Andropow im Juni letzten Jahres, daß es zwischen den sozialistischen Ländern „große Unterschiede in der Wirtschaft, der Kultur und in den Wegen und Methoden zur Lösung der Aufgaben" gebe. Tschernenko ging in einem Beitrag Ende letzten Jahres noch einen Schritt weiter und forderte, „alles Gute zu übernehmen, was von den anderen regierenden Parteien gefunden wurde". Er redete sogar von „Fehleinschätzungen durch unsere Parteien". Mit einer Verengung des Spielraums ist daher kaum zu rechnen, schon gar nicht mit Interventionen, zumal dadurch nichts gewonnen wäre, das hat Polen gezeigt. Das entscheidende Instrument zur Aufrechterhaltung der Hegemonie Moskaus ist heute die außenpolitische Koordination und vor allem die militärische Integration. Die militärischen Eliten sind heute die „Oberaufseher" im Ostblock.

Mit freundlichen Grüßen
L. Jung, Hamburg 22

Wort des Tages

„Wirklich ist der Mensch nur, wenn er auf Gott als Mittelpunkt ausgerichtet ist. Wenn sein Geist mit dem höchsten Geist in Verbindung steht, findet er in ihm das Gesetz seines Lebens, den Angelpunkt seiner schöpferischen Kraft."

Nicolai Berdjajew, russ. Religionsphilosoph (1874 – 1948)

Echte Gegner

„Waffen an Saudis – Gefahr für Israel"; WELT vom 17. März

Die Saudis haben in jedem Krieg gegen Israel den Gegner aus ihren Waffenbeständen alle nur möglichen Angriffswaffen unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Zuletzt im Krieg 1973, wo nicht nur Angriffswaffen, sondern in der Endphase (Schlacht um den Golan) eine Infanterie-Brigade, ein Fallschirmjäger-Bataillon, vier Artillerie-Bataillone sowie Kompanien mit rückstoßfreien Kanonen nach Syrien verlegt wurden.

Die Saudis mit ihren Öl-Milliarden und der angeborenen Unvernunft sind die echten Gegner Israels.

Hochachtungsvoll
Claus Brandt, Minden-Dützen

Personalien

VERANSTALTUNGEN

Er wolle nun doch noch „Wagnersche Posaunen in das elektronische Stimmengewirr des Orwell-Jahres hineinklingen lassen", so Bayerns Staatsminister **Peter Schmidhuber** in Bonn. Besonders großes Interesse fand seine Vortragsveranstaltung „Nietzsche, Wagner und eine geplante Kulturrevolution", die eigentlich in das vergangene Wagner-Jahr fallen sollte. Vortragender war Professor **Werner Ross** von der Universität München. Der Redner hatte mit seiner jüngsten Nietzsche-Biographie „Der ängstliche Adler" literarisch große Schlagzeilen gemacht. Schmidhuber fiel es jedoch gar nicht schwer, die Aktualität in das Jahr 1984 zu retten: Am 15. Oktober gibt es einen 140. Nietzsche-Geburtstag zu feiern. Was die Zuschauer so fesselte, waren Erinnerungen daran, daß **Nietzsche Richard Wagner** „schwärmerische Verehrung entgegenbrachte und Wagner seinerseits Nietzsche das von Eifersucht nicht freie Wohlwollen des arrivierten Genies entgegenstellte", so Ross. Beide Männer übrigens hatten sich 1868 im Haus des Orientalisten **Hermann Brockhaus** in Leipzig kennengelernt.

*

Seit gestern tagen in Marburg Deutschlands Restauratoren. Sie wollen bis Donnerstag sich mit einer verbesserten und einheitlich geregelten Ausbildung zum Beruf des Restaurators und einem gesetzlichen Schutz dieser Berufsbezeichnung beschäftigen. Wie der zweite Vorsitzende des Verbandes, **Hans Brammer**, von den Staatlichen Kunstsammlungen in Kassel dazu erklärte, verfolgt der Verband das besondere Ziel, den unmittelbaren Schutz des allgemeinen Kunstguts durch einen Zusammenschluß aller hauptamtlich tätigen Restauratoren zu fördern.

BUNDESWEHR

Ein endgültiger Generationswechsel vollzog sich jetzt bei der 1. Panzerdivision, dem mit 18 Standorten größten Truppenverband der Bundeswehr in Niedersachsen. Nach 42 Dienstjahren verließ der dienstälteste Soldat der Division die Bundeswehr. Der Kommandeur der Divisionstruppe, Brigadegeneral **Günter Baer** – der letzte Panzeroffizier mit den bitteren Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges – wurde in Hannover-Langenhagen in den Ruhestand verabschiedet. Mit Brigadegeneral Baer verläßt ein Mann mit großer menschlicher Ausstrahlung, Hingabe zum Beruf und umfassender taktischer Erfahrung die Division. Er war nach dem Urteil der Soldaten „ein General zum Anfassen". Baer, 1923 in Schlesien geboren und in Pommern aufgewachsen, kam 1942 nach dem Abitur als Soldat zur Panzertruppe. Ab Herbst 1943 war er Kompanieführer einer Sturmgeschützabteilung im Rußlandfeldzug. Im Mai 1945 geriet er in sowjetische Gefangenschaft aus der er aber fliehen konnte. 1951 ging er zum Bundesgrenzschutz und wechselte 1956 in die Bundeswehr über. Seit dieser Zeit war sein Dienst ein Dienen für die soldatische Gemeinschaft. Das Kommando bei der 1. Panzerdivision übernahm Brigadegeneral **Kurt Graf von Schweinitz**.

Abschiedsappell – Von links: Generalmajor Henning von Ondarza und Brigadegeneral Günter Baer. FOTO: 1. PANZERDIVISION

GEBURTSTAGE

Morgen feiert der in München lebende Medienunternehmer aus Ungarn mit deutschem Paß **Josef von Ferenczy** seinen 65. Geburtstag. Die Zahl der Autoren, die exklusiv für ihn arbeiten, hat er in jüngster Zeit ausgedünnt, auf „nur" noch 106. Etwa 40 bis 50 Journalisten im In- und Ausland schreiben außerdem „nebenbei" auch für ihn, Serien beispielsweise. Ferenczy setzt auch bei den Neuen Medien auf die Chancen für privates Fernsehen und Hörfunk. Ab 15. April soll nach mehreren anderen Städten im Ausland auch Brüssel ein eigenes Ferenczy-Büro erhalten. Der aus Kecskemet stammende ungarische Landadlige, dessen Produktion und Vertrieb attraktiver publizistischer Stoffe sich bei allen denkbaren Medien-Partnern niederschlug, kam 1951 aus Österreich in die bayerische Landeshauptstadt. 1982 konnte seine dann auf den Weg gebrachte Medienwerkstatt 25jähriges Jubiläum feiern. Bei der Gründung fing Ferenczy mit zwölf Autoren an. Die Spitzenzahl lag bei 140, darunter Prominente wie **Konsalik** und **Ephraim Kishon** oder auch **Oswald Kolle**, und Politiker wie **Franz Josef Strauß** oder **Bruno Kreisky**.

*

Der langjährige Präsident der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Nervenheilkunde und der Europäischen Liga für Psychohygiene, Professor Dr. **Helmut E. Erhardt**, wurde in Marburg 70 Jahre alt. Professor Erhardt war viele Jahre Direktor des Instituts für Gerichtliche und Sozial-Psychiatrie an der Universität Marburg. In über 250 wissenschaftlichen Veröffentlichungen hat er sich mit allen wichtigen Fragen der Psychohygiene, der Psychiatrie und der Kriminologie beschäftigt.

ERNENNUNG

James C. Nelson wird neuer Generalkonsul der Vereinigten Staaten von Amerika in München. Der Generalkonsul erhielt von der Bundesregierung das Exequatur. Sein Amtsbezirk umfaßt das Land Bayern.

EISHOCKEY / Köln und Kaufbeuren können heute schon das Finale erreichen – Wieder Tumulte

● Heute schon könnten die Finalpartner um die deutsche Eishockey-Meisterschaft feststehen. Und zwar dann, wenn Kaufbeuren und Köln heute ihre dritte Halbfinalbegegnung gegen Landshut bzw. Mannheim gewinnen. Diejenige Mannschaft, die zuerst drei Siege schafft, zieht in das Endspiel ein. Köln und Kaufbeuren siegten schon zweimal.

● Eishockeyspiele ohne Eklats scheint es in der Bundesliga nicht zu geben. In Kaufbeuren wurden die Landshuter Spieler von den Zuschauern belästigt. Im Schlußdrittel kam es zu einem weiteren Skandal, als die Landshuter Spieler ohne Angaben von Gründen für 30 Minuten das Eis verließen. Bundestrainer Unsinn mußte erst vermitteln.

Kühnhackl: „Man muß sich wehren"

HANS-RÜDIGER BEIN, Berlin

Das Eishockey-Halbfinale wurde zur Nervensache. Nach dramatischen Siegen des Kölner EC mit 3:2 in der Verlängerung beim Mannheimer ERC und des ESV Kaufbeuren mit 5:1 bei zweimaliger Spielunterbrechung gegen den deutschen Meister EV Landshut kann die Entscheidung über die Final-Gegner schon heute in Köln und Landshut fallen. Die Kölner und die Außenseiter aus dem Allgäu führen 2:0. Beiden Mannschaften fehlt nach zwei Siegen nur noch ein Erfolg.

In Kaufbeuren ging es drunter und drüber. Als sich die Landshuter Spieler auf ihrer Bank, nach Ansicht von Erich Kühnhackl „die schlimmste Gäste-Bank der ganzen Bundesliga" von den nur fünfzig Zentimeter entfernt sitzenden Zuschauern geradezu unflätig bedrängt sahen, wurde das Spiel unterbrochen. Der ESV Kaufbeuren erklärte sich daraufhin bereit, Ehrengäste als eine Art Schutzwall auf die Plätze der ersten Reihe hinter den Landshutern zu setzen.

Als es nach dem Zuschauer-Tumult weiterging, fühlten sich die Landshuter von Schiedsrichter Josef Kompalla benachteiligt. Kühnhackl sagte, seine Mannschaft sei „unfair behandelt und klar benachteiligt" worden. Kaufbeurens Nationalverteidiger Dieter Medicus prallte hart mit dem Polen Henryk Pytel zusammen, der mit dem Gesicht voran aufs Eis fiel und fünf Minuten ohne Bewußtsein blieb. Als in der Landshuter Drangperiode beim Stand von 3:1 für Kaufbeuren, wie Kühnhackl sagte, „erneut ein wirklich grobes Foul an Bob Laycock nicht geahndet wurde", und das entscheidende 4:1 fiel, war erneut Schluß.

Die Landshuter gingen vorzeitig zum Duschen. Kühnhackl: „Man muß sich wehren". Nur dem Engagement von Bundestrainer Xaver Unsinn war es zu verdanken, daß sich die Landshuter wieder anzogen und das Spiel zu Ende führten.

Danach appellierte sogar Kaufbeurens Oberbürgermeister Rudolf Krause „an alle Spieler, sich in der dritten Begegnung in Landshut der Fairneß zu befleißigen". Für einige verbale Entgleisungen des Kaufbeurer Stadionsprechers entschuldigte sich das Stadtoberhaupt. Jedoch hatte Krause auch Kritisches zu sagen: „Manche Landshuter glauben, sie seien Halbgötzen, wenn sie mit ihren Schlittschuhen ein paar Bögelchen fahren. Andere denken, es sei eine Gotteslästerung, daß es sich die frechen Kaufbeurer erlaubt haben, in zwei Spielen zwölf Tore gegen die Landshuter zu schießen".

Sportliche Dramatik spielte sich in Mannheim ab. Vor 7500 Zuschauern war der Kölner EC nach seinem 7:3-Hinspielsieg auch im ersten Rückspiel 59 Minuten und 36 Sekunden klar besser. Die Kölner spielten wie der neue deutsche Meister. Dann aber zeigten die Mannheimer ihr Kämpferherz und glichen die 2:0-Führung der Gäste durch Tore von Berry 24 Sekunden vor Schluß und durch Obresa zehn Sekunden vor Schluß zum 2:2 aus. Kölns Schatzmeister Clemens Vedder sagte spontan zu Mannheimern in seiner Umgebung: „Legen Sie die Hand auf mein Herz. Ich habe 140 Puls."

Es kann sein, daß der noch höher stieg, denn in den ersten vier Minuten der Verlängerung versetzten die Mannheimer das Kölner Drittel und das KEC-Tor in einen wahren Belagerungszustand. Die von Beginn an bestehende spielerische Überlegenheit der Gäste, ihre Eleganz, ihr souveräner, ruhiger Aufbau schienen nichts mehr zu zählen.

In der Verlängerung entscheidet stets das erste Tor, das in diesem Fall Nationalspieler Truntschka besorgte.

Niederlage für Madrid

Bilbao (sid) – Trotz des Führungstreffers durch Uli Stielike mußte Real Madrid im Spitzenspiel der spanischen Fußball-Liga gegen Meister und Tabellenführer Athletico Bilbao eine 1:2 (1:1)-Niederlage hinnehmen. Vor 48 000 Zuschauern erzielte Dani in der 87. Minute den Siegtreffer für Bilbao, das nun zwei Punkte Vorsprung auf Madrid aufweist.

71 000 Dollar für Andretti

Long Beach (dpa) – Der Große Preis von Long Beach, der 1. Lauf der CART-Meisterschaftsserie für Indy-Formel-Rennwagen, wurde vom Amerikaner Mario Andretti (Lola-Cosworth) gewonnen. Dem Ex-Weltmeister der Formel 1 gelang ein Start-Ziel-Sieg. Andrettis Siegesprämie: 71 350 Dollar. Emerson Fittipaldi (Brasilien) wurde Fünfter.

Noch zwei Punkte fehlen

Wilna (dpa) – Dem 20jährigen sowjetischen Schachspieler Garri Kasparow fehlen nur noch zwei Punkte zum Weltmeisterschafts-Kampf gegen seinen Landsmann Anatoli Karpow. Kasparow und der 63jährige Wassili Smyslow (ebenfalls UdSSR) trennten sich in der 10. Partie des Finales des Kandidatenturniers zur Schach-Weltmeisterschaft in Wilna nach 38 Zügen Remis. Damit steht es nach diesem Remis 6,5:3,5 für Kasparow. 8,5 Punkte werden zum Sieg benötigt.

Europacup für Prag

Sabac (sid) – Erst im Siebenmeter-Werfen bezwang Dukla Prag im zweiten Finale des Handball-Europacups der Landesmeister den jugoslawischen Gastgeber Metaloplastica Sabac. Nach der regulären Spielzeit hatten die Jugoslawen mit 21:17 (9:7) das Hinspielergebnis (17:21 in Prag) ausgeglichen. Das Siebenmeter-Werfen verlor Sabac mit 2:4.

In Lebensgefahr

Groningen (sid) – Der holländische Motorrad-Rennfahrer Jack Middelburg wurde nach einem schweren Unfall in Tolbert mit lebensgefährlichen Kopfverletzungen in die Universitätsklinik von Groningen eingeliefert. Middelburg, der bisher zwei Weltmeisterschaftsläufe gewonnen hat, war über die vor ihm zu Fall gekommenen Rob Punt und Boet van Dulmen gestürzt.

Mord beim Fußballspiel

Leeds (dpa) – Ein 24 Jahre alter englischer Fußball-Fan, der nach der Niederlage seiner Mannschaft einen auswärtigen Fan tötete, wurde in Leeds zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Stephen Lunn hatte den 20jährigen Richard Aldridge mit einem Billardstock erschlagen.

RADSPORT / WELT-Interview mit Peter Post

„Tricks hat er von Stars gelernt"


Johan Lammerts

Der 23 Jahre alte holländische Profi-Neuling Johan Lammerts gewann am Sonntag völlig überraschend das schwere klassische Eintagsrennen „Flandern-Rundfahrt". Lammerts gehört jenem Team an, das von dem erfahrenen holländischen Sportdirektor Peter Post (47) geleitet wird. Post gelingt es fast jedes Jahr, die Branche zu verblüffen, weil er ehemalige Amateure unter Vertrag nimmt und ihnen schwere Aufgaben aufbürdet. Die WELT sprach mit Peter Post über den Überraschungssieger.

WELT: Am Sonntag gewann Johan Lammerts aus Ihrem Team überraschend die klassische Flandern-Rundfahrt. Haben Sie an einen Sieg gedacht, als dieser Neuling im Finale angriff?

Post: Ich war mit meinem Materialauto ganz weit hinten. Ich konnte in dem Moment, als mich die Nachricht über Funk erreichte, nicht nach vorne fahren, um Lammerts zu helfen.

WELT: Ihre Reaktion?

Post: Ich war heftig erschrocken. Ich habe gedacht, mein Gott, was macht der Junge da nur? Und dann: Nun gut, heute können wir nicht gewinnen.

WELT: Johan Lammerts hat aber dann doch eines der schwersten Radrennen der Welt gewonnen.

Post: Hinterher sah ich im Fernsehen, daß er ganz clever auf die linke Straßenseite wechselte, als die Motorräder der Kameramänner auftauchten, um in deren Sog zu fahren. Also, ich habe ihm diesen Trick nicht beigebracht, das hat er in meiner Mannschaft, wo so viele erfahrene Profis sind, schon ganz gut gelernt.

WELT: Wer ist eigentlich dieser Johan Lammerts?

Post: Ein 23jähriger Holländer, der in Brabant, in der Nähe der belgischen Grenze zu Hause ist. Johan gehörte bis 1982 zur holländischen Amateur-Nationalmannschaft. Dann kam er zu mir nach Amstelveen und wollte Profi werden.

WELT: Und sie haben ihm einen Vertrag gegeben?

Post: Ja. Aber ich habe dem jungen Mann auch gesagt: Du fährst bei uns als Domestike, als Wasserträger, sagt man wohl in Deutschland. Er sah mich mit großen Augen an, und ich erklärte ihm: Nicht jeder kann ein Vedette, ein Star, sein. Du wirst lernen, daß die Stars sich gerade bei großen Rennen untereinander belauern. Das kann 'mal deine Chance sein.

WELT: Am Sonntag war es eine Chance …

Post: Und wie! Denn vorn fuhren der Australier Anderson und unser Eddy Plankaert. Die beiden hatten genug miteinander zu tun, die konnten nicht auf einen jungen Mann aus Brabant achten, der plötzlich hinter den Kameraleuten herfuhr.

WELT: Man sitzt bei einem solchen schweren Klassiker annähernd sieben Stunden auf dem Fahrrad. Woher nimmt ein Wasserträger, der oft die Rennen gar nicht beenden muß, diese Kraft?

Post: Es ist zwar richtig, daß Wasserträger nicht immer ein Rennen beenden müssen, doch bei uns ist das etwas anderes. Bei uns ist sowieso alles anders.

WELT: Was heißt das im Falle Lammerts?

Post: Als er im Januar 1983 bei uns anfing, habe ich ihm gesagt: Du mußt die Arbeit für die Mannschaft machen. Wenn dann die Kapitäne gewinnen, dann hast auch du gute Arbeit geleistet. Um eine solche Arbeit aber gut zu erledigen, muß man 300 Kilometer mit hohem Tempo fahren können, bei uns auch als Wasserträger.

WELT: Johan Lammerts ist im zweiten Jahr Profi und Wasserträger. Steigt er nach dem Sieg in Flandern in der Team-Hierarchie auf?

Post: Er wird schon heute wieder ein ganz normaler Domestike sein. Denn es ist in unserem Team nichts Besonderes, wenn man gewinnt. Wir haben in diesem Jahr schon 29 Siege errungen.

WELT: Was haben Sie ihm denn gesagt, nach seinem großen Erfolg?

Post: Junge, bleib' in der Bahn, denn am Mittwoch fahren wir Gent-Wevelgem.

WELT: Sie bauen auf junge Fahrer?

Post: Ich habe noch den jungen Belgier Ludo Keulenaer verpflichtet. Er ist beste Belgier, doch sie haben es noch nicht gemerkt.

KLAUS BLUME

ZAHLEN

RADSPORT

68. Flandern-Rundfahrt der Profis über 268 Kilometer: 1. Lammerts (Holland) 6:53:45 Std., 2. Kelly (Irland) 25 Sek. zur., 3. Vandenbroucke (Belgien) 25 Sek. zur., … 7. Braun (Deutschland) 44 Sek. zur. – **Normandie-Rundfahrt** für Amateure, Endstand: 1. Kummer 21:39:04 Std., 2. Drogan (beide „DDR") 1:51 Min. zur., 3. Eriksen (Dänemark) 2:46., … 18. Freienstein (Deutschland) 19:19 Min. zur.

FECHTEN

Gazzera-Turnier, Damen, Florett, in Offenbach: Finale: Modaine (Frankreich) – Anja Fichtel (Deutschland) 8:3; um Platz drei: Bischoff – Wessel 9:7, 5. Hanisch (alle Deutschland).

Tennis

Grand-Prix-Turnier in Boca Raton, Endspiele, Einzel: Connors - Kriek (beide USA) 7:5, 6:4. – Doppel: Stewart/Edmondson (USA/Australien) – Odizor/Dowlen (Nigeria/USA) 4:6, 6:1, 6:4. – **Damenturnier** in Boston, Halbfinale: Mandlikova (CSSR) – Jordan (USA) 6:2, 6:2, Sukova (CSSR) – Herr (USA) 6:2, 4:6, 6:4. – **Endspiel um die Bundesliga-Meisterschaft** in Neckartenzlingen: Blau-Weiß Neuss – Grün Weiß Mannheim 1:2.

MOTORSPORT

500-km-Rennen in Monza, erster von zwölf Läufen zur Tourenwagen-Europameisterschaft (87 Runden = 504,6 km): 1. Heyer/Walkinshaw (Deutschland/England) Jaguar XJS, 2. Kelleners/Brancatelli (Deutschland/Italien) BMW 635, 3. Sourd/Dorchy (Schweiz/Frankreich) BMW 635. – **Formel-2-Europameisterschaft** in Silverstone, 1. Lauf: 1. Thackwell (Neuseeland) Ralt Honda, 2. Moreno (Brasilien) Ralt Honda 1:01:38,25, eine Runde zur., 3. Ferte (Frankreich) Martini 002-BMW, … 7. Danner (Deutschland) March 842-BMW.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 22. Spieltag: Bergkamen – Lemgo 21:16, Hüttenberg – Nürnberg 21:19. – Tabellenspitze: 1. Großwallstadt 437:365/34:8, 2. Essen 410:335/32:12, 3. Schwabing 457:421/30:14.

EISHOCKEY

Play-Off-Runde: Mannheim – Köln 2:3 n.V., Kaufbeuren – Landshut 5:1.

GALOPP

Rennen in Mülheim: 1. R.: 1. Hardienne (P. Alafi), 2. Juan, 3. Athlone, Toto: 28/18, 50, 34, ZW: 896, DW: 4228, 2. R.: 1. Monarch (M Hofer), 2. Le Commander, 3. Funkturm, Toto: 52/19, 26, 15, ZW: 1344, DW: 2596, 3. R.: 1. Daun (P.V. Gilseon), 2. Prestissimo, 3. Bissus, Toto: 44/16, 18, 14, ZW: 392, DW: 1364, 4. R.: 1. Mantelano (C. Gillis), 2. Abu Simbel, 3. Nathia, Toto: 520/102, 34, 38, ZW: 2908, DW: 91 152, 5. R.: 1. Wildpfad (D.K. Richardson), 2. Socke, 3. Märzgraf, Toto: 36/22, 50, 30, ZW: 552, DW: 6928, 6. R.: 1. Wild Eagle (J. Ochocki), 2. Wettergeist, 3. Husar, Toto: 96/30, 28, 42, ZW: 796, DW: 16 144, 7. R.: 1. Otides (S. Klein), 2. Merkur, 3. Weinrebe, Toto: 44/18, 18, 12, ZW: 232, DW: 548, 8. R.: 1. Gilmore (P. Alafi), 2. Norton, 3. Oduardo, Toto: 24/15, 20, 20, ZW: 160, DW: 880, 9. R.: 1. Clou (P. Schiergen), 2. Silvermoon, 3. Furius, Toto: 20/12, 18, 16, ZW: 132, DW: 504, 10. R.: 1. Argentus (J. Ochocki), 2. Pergolesi, 3. Newcomer, Toto: 40/15, 30, 21, ZW: 368, DW: 3536, 11. R.: 1. Adelsruf (P. Schiergen), 2. Signorina, 3. My Love's Hope, Toto: 44/18, 30, 46, ZW: 392, DW: 9692.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 12, 26, 33, 34, 37, 44, Zusatzspiel: 32. – **Rennquintett:** Rennen A: 6, 14, 11. – Rennen B: 27, 31, 26. (Ohne Gewähr).

Angelernter Rechtsexperte: Ruprecht Essberger

Knifflige Alltagsfälle


Holte den Gerichtssaal ins Wohnzimmer: Ruprecht Essberger FOTO: HEINZ RÖHNERT

Wie es ausgeht, sagt Ruprecht Essberger vorher nicht. Denn sonst würde der Autor der ZDF-Sendung „Verkehrsgericht" der Verhandlung heute abend einiges von ihrem Reiz nehmen. Und es könnte durchaus dramatisch werden, denn Anton Rohrmoser (Hans Stadlbauer) baut während der Bewährungszeit aus einer anderen Straftat einen Auffahrunfall, bei dem die „Vorderfrau" (Ilona Bakos) leicht verletzt wird. Zu allem Übel holt der erregte Anton die Unfallgegnerin noch aus dem Fahrzeug und tritt damit eine Lawine los, die ihn ins Gefängnis bringen kann.

Ruprecht Essberger hat eine geballte Ladung juristischer Probleme in diesen Fall eingebaut – bis hin zum Versicherungsschutz von Ausländern –, die von Berufsjuristen entschärft werden muß. Die Materie hat er aber, ohne Jurist zu sein, selbst im Griff. „Ich bin ein angelernter Rechtsexperte", sagt Essberger, „ich traue mir schon zu, mich als Scheidungsanwalt zu betätigen, weil ich ja dreizehn Jahre lang die Sendung 'Ehen vor Gericht' gemacht habe." Und auch im Verkehrsrecht kennt er sich heute aus, obwohl er „noch eine Menge dazulernen" muß, wie er sagt.

Verkehrsgericht – ZDF, 19.30 Uhr

Mit den Tücken des Falles zurechtkommen müssen Profis, selbst die Polizisten sind echt. Die Richterin ist in diesem Metier seit Jahren zu Hause. Nur der Staatsanwalt ist keiner, sondern ebenfalls erfahrener Münchner Verkehrsrichter. Der Fall liegt also in besten Händen.

Essberger, der beim NDR anfing, den Gerichtssaal ins Wohnzimmer zu holen – dort machte er von 1960 an 18 Jahre lang die Sendung „Das Fernsehgericht tagt" – bekam den Anstoß für diese Idee in den USA. In Hollywood fielen ihm Sendungen auf, wo „Menschen plötzlich nicht so sprachen wie Schauspieler", und zurück in Hamburg begann er die Idee auf das deutsche Rechtssystem zu übertragen. „Es war zunächst sehr schwierig, die Juristen dazu zu bekommen, mitzumachen", erinnert sich der 61jährige. „Schließlich sagten die Richter und Staatsanwälte, die ich deswegen angesprochen hatte: 'Na gut, wir machen eine Probesendung.' Und danach haben dann Generalstaatsanwalt und Gerichtspräsident gesagt: 'Jawohl, das ist völlig in Ordnung'." Noch heute ist es für ihn unumstößliches Prinzip, den Experten keine Vorschriften zu machen.

In dieser Improvisation sieht Essberger den langen Erfolg dieses Sendetypus. „Innerhalb von fünfeinhalb Drehtagen wird in den Studios das Material für zwei Sendungen aufgenommen, hinzu kommen vier Drehtage draußen für die Unfallaufnahmen. Die Schwierigkeit besteht darin, aus den live durchgedrehten Gerichtsverhandlungen die Auswahl für jeweils 90 Minuten zu treffen."

Dieser Streß hält nicht nur Essberger „frisch", wie er sagt, auch die Sendung hält sich vital unter den zehn Besten der Wochenauswertungen mit rund 10 Millionen Zuschauern. Essberger: „Das war bei Ehen vor Gericht schon so. Irgendwie scheinen die Menschen zu spüren, daß hier Leute so reden wie sie zu Hause und daß Sachen vorgeführt werden, die sie interessieren." Das alles ohne großen dramaturgischen „Schnickschnack", obwohl Essberger versucht, „die Sendung durch Einbau privater Szenen nicht ganz so trocken werden zu lassen".

Die Resonanz macht sich auch auf seinem Schreibtisch bemerkbar: „Nach den Sendungen bekomme ich zahllose Briefe und Dutzende Akten mit der Bitte, nun stell' doch mal meinen Fall im Fernsehen vor." Darauf kann Essberger natürlich nicht eingehen. Seine Anregungen bezieht er aus der Tagespresse.

Gleichwohl wird er heute abend wieder eine Briefflut auslösen.

HANS-HERBERT HOLZAMER

KRITIK

Ein Bildschirm voll Kieling

Wie aus einer schwächlichen Komödie ein pralles Stück Leben gezogen werden kann hat das ZDF mit dem „Trauschein" von Ephraim Kishon gezeigt. Das hatte zwei Hintergründe. Erstens gab der Sender dem Autor die Chance, als Regisseur die magere Konstruktion der Farce abzustützen, auf Nut und Feder zu bringen, abzusandeln und neu zu streichen. Kishon als Regisseur besserte aus, was er als Autor sich selbst überlassen hatte. Und siehe: Ein passables Stückchen Spaß mit einem hübschen Fetzen Nachdenklichkeit geriet so auf den Schirm. Zweitens aber, und das ist ein großer Glücksfall, gab der Sender die Hauptrolle einem Mann der in unvergleichlicher Weise alles, was er anpackt, zu einer menschlichen Sache macht: Wolfgang Kieling.

Dieser Kieling strahlte denn auch mehr als hundert Minuten lang Mann aus, Mann als Macho, Mann als Spießer, Mann als verstockter Ehegatte, Mann als später Liebhaber, kurz: Mann als Mensch. Der Bildschirm war die ganze Zeit voll von Kieling. Der Mann füllte die tote Scheibe derart mit Leben aus, daß man die schütteren Lustspielprobleme vergaß um derentwillen die ganze Sache in Szene gesetzt war.

Bitte, es gab auch die Maria Schell, den Herbert Herrmann, die liebe Rethel und als eine Art Ohnsorg-Einlage Yvette Kolb. Aber eigentlich gab es nur den Kieling.

VALENTIN POLCUCH

Murks mit Margot

Eine neue Sonntagnachmittag-Reihe hat begonnen, unter dem ans Herz greifenden Titel „**Liebt diese Erde**" (ZDF), der eigentlich „Liebt Margot Werner" heißen sollte. Denn sie steht im Mittelpunkt dieses krampfig um Ökologiebewußtsein bemühten œuvres, dessen Thematik in einem Satz umrissen ist: Vergessene Schlagersängerin braucht Geld, nimmt für's Comeback alte Branchenkontakte auf und reift innerhalb von etwa dreißig Minuten zur selbstbewußten Sangesbotschafterin für eine entgiftete Umwelt.

Oliver Storz hat ein Drehbuch gemacht, in dem kein Klischee fehlt, nicht eins: Hie die in Bayern auf einem Gut lebende Lady, da der geschäftssinnige Plattenboß, drittenseits der frustrierte Pianist/-Komponist. Da sind die Öko-Demonstranten ebenso zu sehen wie die Reyno-grüne Wiese samt Reitpferd, die urbanen Soiree-Gäste, die sich von der bekehrten Diseuse schockieren lassen müssen, der brave Bauer kontrastiert gegen den miesen Ausbeuter der U-Branche, und der hilflose Landrat dazu: Welch jammervolles Röllchen für den so lange vermißten Paul Albert Krumm!

Nicht einem der Beteiligten, abgesehen vielleicht von „Boß" Walter Buschhoff, mag man abnehmen, was sie da routinemäßig runterspielen. Und niemand wird im Ernst sagen wollen, daß die „Message" von der zu hegenden Umwelt ausgerechnet von Frau Werner überbracht werden könnte.

ALEXANDER SCHMITZ







III.

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Der Glücksritter
11.25 Walter Sedlmayrs Fernseh-Illustrierte
12.10 Wie Hunger gemacht wird
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Wendepunkte
Ein Werbeprofi steigt aus
Film von Hanno Brühl
Die Räume sind dieselben, alles andere hat sich radikal geändert: Im Atelier des ehemaligen Werbefotografen Peter Paxmann (64), in dem früher Models und Mannequins für Schnaps und Wäsche posierten, treffen sich nun Leute, die an der Erhaltung einer lebenswerten Umwelt mitarbeiten wollen.
16.55 Spaß am Dienstag
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Alles oder Nichts
Spiel und Show mit Max Schautzer
21.00 Report
Themen: *An der Basis rechts, an der Spitze links – die neue Doppelstrategie der SPD / Versagt die Schule? – Nachhilfe in Deutschland / Résistance: Helden, Märtyrer und Verräter – ein Pariser Prozeß aus dem Jahr 1942*
Moderator: Günther von Lojewski
21.45 Dallas
Die große Intrige
J. R. hat unbehagliche Stunden hinter sich, seitdem er gleich bei seiner Ankunft in Kuba festgenommen wurde. Was man damit bezweckt, macht man ihm auf Castros Insel recht drastisch klar. Dennoch geht die abenteuerliche Reise am Ende für ihn sehr erfreulich aus.
22.30 Tagesthemen
23.00 Berliner Nachtschwärmer
Vorgestellt von Jürgen Boettcher
23.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mosaik
Thema: Risiko Pflegekosten
Moderation: Inge Thomé
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Ravioli
6. Teil: Trinkgeld für Pepe
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Reinhard Mey
17.50 Waldheimat
Am ersten Tag / Wie mir ein Licht aufging
Regie: Wolf Dietrich
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Verkehrsgericht
Nach Auffahrunfall ins Gefängnis
Buch, Regie: Ruprecht Essberger
Mit Ilona Bakos, Hans Stadlbauer u. a.
Moderation: Petra Schürmann
Gast im Studio: Wolfgang Hertel
21.00 Tierporträt
Skorpione – Raubritter der Nacht
21.15 WISO
Schwerpunkt: Hannover Messe / Sozialreport: Wende am Arbeitsmarkt – neue Jobs in Sicht? / Tip 'Reisebüros' – schlechter Rat ist teuer / Zurück zum Pfund – ein Sieg der Hausfrauen
Moderation: Friedhelm Ost
21.45 heute-journal
22.05 Hollywood in München
oder wie endlich ist die unendliche Geschichte?
Von Georg Bense, Hans Peter Kochenrath
22.50 Die Stadt meiner Träume
Schwedischer Spielfilm (1976)
Regie: Ingvar Skogsberg
0.35 heute


Britt Louise Tillbom und Eddie Axberg in dem schwedischen Spielfilm „Die Stadt meiner Träume", den das ZDF um 22.50 Uhr zeigt FOTO: URSULA RÖHNERT

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Carl Weiss aus Belgien
20.45 Rückblende
21.00 Formel Eins
Moderation: Peter Illmann
21.45 Flucht ins Neuland
Zwischen Abbruch und Aufbruch
22.15 Thema des Monats
Die Türken gehen, die Deutschen kommen
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD

19.15 45 Fieber (4)
Ein Jugendmagazin
20.00 Tagesschau
20.15 Unterm Funkturm
Auslandkorrespondenten zu Gast
21.15 Strumpet City – Stadt der Verlorenen (6)
22.05 Juristenstammtisch
Bußgelder aus der Steuerkasse?
22.50 Der Sternenhimmel im April
23.05 Nachrichten

HESSEN

19.00 Formel Eins
Moderation: Peter Illmann
19.45 Ferien in der Ägäis
20.00 Sullivans Reisen
Amerikanischer Spielfilm (1941)
Regie: Preston Sturges
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 Guten Abend, großer Bruder
23.15 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST

Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Frauen im Hause Württemberg
20.40 Bericht aus Stuttgart
14 Tage Landespolitik
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Ein Mann und seine Tiere
21.00 Landesspiegel
Nur für das Saarland:
20.15 Kulturspiegel
21.20 Das internationale Kochbuch
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Wenn wir alle Engel wären
Deutscher Spielfilm (1936)
22.50 Avanti! Avanti!

BAYERN

19.00 Liebesbriefe
Amerikanischer Spielfilm (1945)
20.40 Z. E. N.
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Sportkriet
22.50 Der Sportstammtisch
23.15 Rundschau

Eine 15jährige auf dem Weg nach Los Angeles

Wenn sie die Fechtmaske abnimmt, wenn sie ihre Gegnerin lausbübisch anlächelt, da meint man, Pippi Langstrumpf steht auf der Planche. Rotblond, das Gesicht mit Sommersprossen übersäht – das ist die 15 Jahre alte Anja Fichtel aus Tauberbischofsheim. Am Wochenende startete sie beim großen Internationalen Florett-Turnier in Offenbach. Die große Sabine Bischoff aus Tauberbischofsheim war für sie kein Hindernis. Auch nicht Europameisterin Cornelia Hanisch. Erst im Finale scheiterte sie an der französischen Vize-Weltmeisterin der Juniorinnen, Laurence Modaine. „D'Artagnan" – so nennt man Laurence, und wer kann schon gegen einen Musketier gewinnen?

Anja Fichtel hätte gewinnen können, das sagt ihr Trainer Paul Neckermann. Aber vor der Französin hatte sie mehr Respekt als vor den berühmten deutschen Fechterinnen. Das hat seinen Grund: Sabine Bischoff ist ihr vom gemeinsamen Training in Tauberbischofsheim her bekannt und Sabine Bischoff, die deutsche Ranglistenerste, befindet sich gegenüber der 15jährigen stets in der Favoritenrolle. Und Cornelia Hanisch hat bisher noch niemals gegen das Talent aus Tauberbischofsheim gewonnen.

Schaffen kann sie viel, denn die im Tauberbischofsheimer Teilzeit-Internat befindliche Anja Fichtel ist eines der größten deutschen Fechttalente. Sie ist deutsche A-Jugend-Meisterin in der Sparte Florett und wenn sie sich über fechterische Probleme austauschen will, so kann sie es gemeinsam mit ihrem Bruder Claus tun, der ebenfalls deutscher Jugendmeister (Degen) ist. Anja Fichtel verkörpert aber auch zugleich die Tauberbischofsheimer Erfolgsschule, denn Paul Neckermanns jugendliche Florettspezialistinnen bestreiten viele große Turniere.

STAND ● PUNKT

Cornelia Hanisch, Sabine Bischoff, Ingrid Losert – die großen Fechterinnen des hiesigen Verbandes müssen vor Anja Fichtel und ihren Tauberbischofsheimer Kameradinnen gerade in diesen Wochen und in den nächsten Monaten auf der Hut sein. Denn jetzt geht es um die Olympia-Qualifikationen für Los Angeles. Der fünfte Platz in der deutschen Damen-Florett-Mannschaft ist noch frei. Anja Fichtel hat es sich zum Ziel gesetzt, diesen Platz zu erkämpfen. Ihr Trainer Paul Neckermann sagt: „In ihrem Alter ist man technisch so gut wie fertig." Und wenn sie dann noch die Wandlung von Pippi Langstrumpf zu D'Artagnan vollzieht – wer sollte ihr dann noch auf der Planche widerstehen? KLAUS BLUME

BMW: Zügiger Aufbau des Werks Regensburg

Strauß ruft Tarifparteien zu „Pakt der Vernunft" auf

WERNER NEITZEL, Regensburg

In seinem neuen in Regensburg entstehenden Automobilwerk wird BMW bis 1991 auf heutiger Preisbasis etwa 1,3 Mrd. DM investieren, das ist deutlich mehr als das Doppelte des Aktienkapitals.

Wie BMW-Vorstandsvorsitzender Eberhard von Kuenheim bei der Grundsteinlegung weiter ausführte, soll in Regensburg bereits Ende 1986 mit der Produktion begonnen (pro Arbeitstag rund 100 Fahrzeuge) werden. Bis 1991 soll die Kapazität auf 400 Einheiten pro Tag ausgebaut werden, gegenüber der heutigen Gesamtkapazität eine Steigerung von mehr als 20 Prozent. Rund 3500 Menschen werden dann im Werk Regensburg beschäftigt sein. Im weiteren Verlauf des nächsten Jahrzehnts sei – so von Kuenheim – etwa an eine Kapazitätsverdoppelung gedacht. Dies wäre die Größenordnung des Stammwerks München. Der Weg nach Regensburg, so der BMW-Chef, sei nicht frei von Zweifeln gewesen, doch sei man sicher, eine gute Entscheidung getroffen zu haben.

Das bayerische Wirtschaftsministerium hatte für das neue BMW-Werk, das neben den Werken München, Dingolfing, Berlin, Landshut und Steyr die sechste Fertigungsstätte sein wird, 30 mögliche Standorte in Bayern genannt. 12 wurden von BMW in die engere Wahl gezogen. Die eigentliche Konkurrenz kam aber, wie der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß in seiner Festansprache berichtete, nicht aus Bayern, sondern aus Österreich und Belgien. Zuletzt sei es nur noch um Linz oder Regensburg gegangen. Nachdem Mitkonkurrent Linz mit 23 Prozent Investitionszulage gegenüber 20 Prozent aus Bayern deutlich vorn lag, mußten, um den Zuschlag zu bekommen, die Stadt Regensburg BMW bei der Grundstücksbeschaffung entgegenkommen und der Freistaat Bayern verbindliche Infrastrukturzusagen geben. Strauß nannte unter anderem die Forcierung des Ausbaus der Autobahnabschnitte München–Regensburg und München–Dingolfing. Allein der Aufbau des Werks werde schon für die Oberpfalz wirtschaftliche Anregung bringen und vor allem zahlreiche Arbeitsplätze in der Bauindustrie sichern.

BMW-Vorstandsvorsitzender von Kuenheim zählte auf, welche gewichtigen Gründe eindeutig für die Bundesrepublik Deutschland als Industriestandort sprächen: hervorragende Facharbeiter, gute Infrastruktur und die hochentwickelte Zulieferindustrie. Nachteilig wirkten hingegen das Kostenniveau und die Arbeitszeit-Regelungen. BMW schuf in den vergangenen 10 Jahren 20 000 neue Arbeitsplätze. Allein 1983 waren es 2700.

Unter diesem Vorzeichen und im Hinblick auf die Diskussion um Arbeitszeitverkürzung nehme sich BMW das Recht, vor Schaden zu warnen, der einträte, wenn es dazu kommen sollte, daß die Unternehmen für weniger Arbeit einen höheren Aufwand hinnehmen müßten. Ministerpräsident Strauß gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Tarifpartner „endlich einen Pakt der Vernunft schließen". Zum Thema Abgasentgiftung sagte er, daß Bayern nachdrücklich das Vorgehen der Bundesregierung unterstütze, die gesetzlichen Voraussetzungen für die Einführung bleifreien Benzins und den Katalysatoren-Einsatz in Neuwagen von 1. Januar 1986 an zu fassen.

IG Metall jetzt für Spitzengespräch

AP, Frankfurt

Die Industriegewerkschaft Metall will nun doch in einem Spitzengespräch „ohne jede Vorbedingung„ mit den Arbeitgebern nach einem Ausweg aus den festgefahrenen und in allen Bezirken ergebnislos unterbrochenen Tarifverhandlungen über die 35-Stunden-Woche suchen. Der IG-Metall-Vorstand forderte ein solches Spitzengespräch gestern – der Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Wolfram Thiele, hatte der IG Metall ein solches Spitzengespräch bereits Anfang Dezember, zwei Wochen vor Beginn der ersten Verhandlunge, erstmals angeboten. Die IG Metall war damals darauf allerdings nicht eingegangen.

Der Vorsitzende der IG Metall, Hans Mayr, begründete die Haltung seiner Organisation jetzt damit, daß dies die „letzte Möglichkeit„ sei, die Verhandlungen über die 35-Stunden-Woche „wieder in Gang zu bringen und die sonst unausweichliche Urabstimmung mit nachfolgendem Streik zu vermeiden.„

Unterdessen kam es auch gestern wieder zu Warnstreiks, an denen sich nach Angaben der Frankfurter Zentrale der IG Metall insgesamt knapp 10. 000 Arbeitnehmer beteiligten. In Hamburg hätten 7.300 Metaller für kurze Zeit die Arbeit niedergelegt, in Baden-Württemberg seien es 2.050 gewesen, in Frankfurt hätten weitere 540 Arbeitnehmer für kurze Zeit nicht gearbeitet, hieß es.

Die Schlichtungsverhandlungen über einen neuen Manteltarifvertrag und eine neue Lohnstruktur für die 164 000 Beschäftigten und eine neue Lohnstruktur in der Druckindustrie sind gestern abend in München aufgenommen worden. Der Bundesverband Druck hat angekündigt, der Industriegewerkschaft Druck und Papier neue Vorschläge zu präsentieren.

„Europas unaufhaltsamer Abstieg"

Düstere Prognose von „Newsweek" / Überlegenheit in Technik und Handel verloren

DW./SAD, New York

Eine düstere Prognose stellt das amerikanische Nachrichtenmagazin „Newsweek" dem alten Kontinent: Europa befinde sich in einem vielleicht nicht mehr aufzuhaltenden Niedergang. Das europäische Wirtschaftswunder sei zu Ende, und die Führungsrolle in der Welt auf wissenschaftlichem, technischem und kaufmännischem Gebiet sei auf die Vereinigten Staaten und Japan übergegangen. Als Gründe für den „Niedergang" nennt Scott Sullivan, Leiter des Europa-Ressorts der Zeitschrift, die wirtschaftliche Stagnation, das politische Unbehagen und den Rückgang der Geburtenzahlen.

Schon die Illustration auf dem Titelblatt von „Newsweek" zeigt die pessimistische Einschätzung: Ein Zahnradgetriebe, dessen Räder die Landesfarben der europäischen Staaten tragen. Die Räder weisen samt und sonders Sprünge auf.

„Uneinige Gemeinschaft"

Als besonders „erschreckend„ bezeichnet es Sullivan, daß die meisten Europäer sich des Niedergangs ihres Kontinents kaum bewußt seien. Der Lebensstandard habe sich in den vergangenen 25 Jahren vervierfacht, Armut gehöre der Vergangenheit an, und selbst den Arbeitslosen gehe es verhältnismäßig gut.

Als Symptome der Misere nennt Sullivan überhöhte Löhne, überalterte Industrien, geringe Zuwachsraten, gewaltige Soziallasten und mangelnde Bereitschaft zur Landesverteidigung. Über die Bundesrepublik schreibt Sullivan:

„Deutschland ging aus dem Zweiten Weltkrieg geschlagen und geteilt hervor, doch es hat nichts von seiner strategischen Bedeutung verloren. Von ihren Nachbarn und Verbündeten, besonders Frankreich, werden die Westdeutschen mit Sorge beobachtet, und sie fragen sich, ob die Westdeutschen die Stärke und Entschlossenheit haben, die Rolle zu spielen, die die Geographie ihnen zugewiesen hat...

Eines der beunruhigendsten Symptome sei das, was die Deutschen selbst als Kulturpessimismus oder einfach Angst bezeichneten, eine allerorts gegenwärtige Bedrücktheit, die sich in alltäglichen Unterhaltungen, in der Literatur und im Film manifestiert. Deutsche Teenager erklärten, sie lebten in ständiger Furcht vor einem Atomkrieg. Die deutsche Gesellschaft für Sozialpsychiatrie verzeichnet in den letzten Jahren eine alarmierende Zunahme der psychosomatischen Erkrankungen unter Kindern und Erwachsenen.

Auf der politischen Ebene erinnert die deutsche Krankheit an fortgeschrittene Schizophrenie. Im großen und ganzen bekennen die Westdeutschen sich zur NATO. Aber der größte Enthusiasmus bleibt der Verbesserung der Beziehungen mit Ostdeutschland vorbehakten...

Auf der linken Seite des deutschen Spektrums hat der prowestliche Konsensus der letzten 40 Jahre sich aufgelöst. Auf ihrem Parteitag im letzten November lehnte die Sozialdemokratische Partei, die jetzt vom ehemaligen Bundeskanzler Willy Brandt geführt wird, die Stationierung der Euro-Raketen ab. Ein erheblicher Teil der Partei, geführt von Oskar Lafontaine, dem Bürgermeister von Saarbrücken, stellt Deutschlands Mitgliedschaft in der NATO in Frage."

An den Anfang seines Artikels stellte der „Newsweek"-Autor ein Zitat des am vergangenen Wochenende verstorbenen italienischen Schriftstellers Luigi Barzini: „Die Europäer sind auf die Rolle reduziert worden , die die Griechen im Römischen Reich hatten. Die nützlichste Rolle, die ein Italiener oder ein Franzose heute noch spielen kann, ist die, einem Amerikaner oder Japaner beizubringen, bei welcher Temperatur Rotwein zu trinken ist." Die Europäische Gemeinschaft sei eine „gar nicht einige Gemeinschaft". Die EG sei vielmehr, so bemerkt Sullivan, ein Zusammenschluß von Staaten, der in Querelen über den Soja- und Schweinefleichpreis gefangen sei, eine Parodie seiner selbst. Bedroht sei die Identität Europas auch dadurch, daß der europäische Anteil an der Weltbevölkerung von derzeit 15 auf fünf Prozent im Jahre 2050 zurückgehen werde. Seine Prognose: Marseille oder Düsseldorf würden dann in der Mehrzahl von Algeriern oder Türken bewohnt werden.

Gravierende Versäumnisse

Gravierende Versäumnisse, vor allem auf wirtschaftspolitischem Gebiet, waren den Europäern vor kurzem vom Chef der amerikanischen Notenbank, Henry C. Wallich, vorgehalten worden (WELT vom 23.März). Auf die Frage, warum der alte Kontinent bei den Investitionen nachhinke, erklärte Wallich: „In den USA ist in den vergangenen 10 bis 15 Jahren das Hauptgewicht auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und weniger auf die Erhöhung der Reallöhne gelegt worden. In Europa war es umgekehrt. Daraus resultierten hohe Arbeitslosigkeit und niedrigere Gewinnmargen." Der US-Notenbank-Chef pries überdies die größere Mobilität der amerikanischen Arbeiter. In Europa, so seine Klage, herrsche am Arbeitsmarkt Rigidität.

Tschernenko: Spekulationen in Moskau

AFP, Moskau

Neue Spekulationen über den Gesundheitszustand des Kreml-Chefs sind nach einem Krankenhausbesuch des sowjetischen Parteichefs Konstantin Tschernenko aufgekommen. Nach Angaben eines westlichen Diplomaten hielt sich Tschernenko am Sonntag bis zum frühen Nachmittag im Kreml-Krankenhaus auf. Beim Verlassen habe er etwas blaß gewirkt, schien jedoch sonst in guter körperlicher Verfassung zu sein. Nach Ansicht des Diplomaten stattiete der Parteichef möglicherweise Ministerpräsident Nikolai Tichonow einen Besuch ab, der seit fast einem Monat nicht mehr in der Öffentlichkeit gesehen wurde. Tichonow (78) hätte in der vergangenen Woche an einer Landwirtschaftskonferenz teilnehmen müssen. Doch liegen über eine etwaige Erkrankung Tichonows westlichen Kreisen in Moskau keine Informationen vor.

U-Boot mit Cruise Missile startklar

APF, Tokio

Das erste sowjetische U-Boot, das über 24 Marschflugkörper des Typs SS-N-19 verfügt, ist einsatzbereit, berichtet die japanische Zeitung „Yomiuri Shimbun" am Montag. Das 14 000-Tonnen-Schiff liege in der Basis Wladiwostok. Das U-Boot, von der NATO mit dem Kodenamen „Oscar" versehen, war 1980 auf einer Werft in Sewerodwinsk am Weißen Meer von einem amerikanischen Spionagesatelliten entdeckt worden. Ein zweites U-Boot dieser Klasse befindet sich angeblich in der Erprobung. Das sowjetische U-Boot ist doppelt so groß wie die größten amerikanischen Schiffe dieser Art.

General Mack trat die Nachfolge Kießlings an

Begrüßung durch Rogers mit militärischen Ehren

CAY GRAF BROCKDORFF, Mons

Mit einer straffen militärischen Feier vor dem Obersten Alliierten Hauptquartier SHAPE hat NATO-Oberbefehlshaber General Rogers am Montag seinen neuen deutschen Stellvertreter, General Hans-Joachim Mack, (56) begrüßt. Mack, bisher kommandierender General des III. Korps in Koblenz, trat die Nachfolge von General a.D. Kießling an.

Die Begrüßung Macks durch Rogers wich in nichts von der üblichen Form ab. Es gilt jedoch als offenes Geheimnis, daß der NATO-Oberbefehlshaber über die Ernennung Macks zu seinem Stellvertreter hocherfreut ist. Als Rogers im Herbst erfuhr, daß Mack für die Stelle vorgesehen war, lud er ihn in aller Stille zu einem Abendessen auf sein Schloß ein, das dem NATO-Oberbefehlshaber von der belgischen Regierung als Residenz zur Verfügung gestellt worden ist.

Bevor Mack in Koblenz das Kommando über das III. Korps übernahm, war er zwei Jahre lang bei SHAPE stellvertretender Stabschef für Operationen und militärische Planung. Dies ist eine der einflußreichsten Stellungen, die von der Bundeswehr im NATO-Rahmen besetzt wird.

Macks frühere Stellung bei SHAPE brachte es mit sich, daß er oft mit Rogers dienstlich und privat zusammentraf, so daß Rogers den deutschen Untergebenen kennenlernte. Dem Vernehmen nach entsprach der damalige Generalleutnant Mack dem Bild, das sich Rogers, der für seine hohen Erwartungen an seinen Stab bekannt ist, von einem deutschen General gemacht hat: Noch immer spielt das Ansehen der deutschen Armee unter den alliierten Streitkräften eine große Rolle und entsprechend wird unausgesprochen bei deutschen Offizieren stets eine besondere Leistung vorausgesetzt. Bei SHAPE ist seit langem bekannt, daß Rogers, der als unermüdlicher Arbeiter gilt, Offiziere allein danach beurteilt, was sie für die NATO beitragen.

Als Rogers Stellvertreter ist Mack beauftragt, im täglichen Dienstbetrieb zehn große militärische Bereiche im Zusammenhang mit der Gesamtverteidigung Europas zu überwachen. Dafür muß ihm der Stab bei SHAPE zuarbeiten. Das Aufgabengebiet Macks reicht von Norwegen bis zur Türkei.

Zu den wichtigsten Aufgaben gehören die Führungs- und Fernmeldedienste der NATO, die militärische Infrastruktur und elektronische Kampfführung. Ferner muß Mack auch solchen Gebieten wie Standardisierung, Seekriegsfragen, Minenkrieg und Unterstützung alliierter Truppen auf fremdem Boden seine Aufmerksamkeit widmen.

Um diese Aufgaben zu bewältigen, muß der General innerhalb des NATO-Gebietes Dienstreisen unternehmen. General Rogers und Macks britischem Stellvertreterkollegen stehen für solche Zwecke Flugzeuge zur Verfügung, die ihnen wie selbstverständlich von ihren Nationen gestellt werden. Nicht so dem deutschen General: Kleinkariert schickt Bonn der NATO für jeden Flug eine Rechnung.

(SAD)

Der Welt drohen vier Hauptgefahren

AFP, Washington

Nach Ansicht des früheren Präsidentenberaters Brzezinski (USA) und der ehemaligen Außenminister David Owen (Großbritannien) und Saburo Okita (Japan), die einen Bericht für die „Trilaterale Kommission" verfaßten, muß die Welt im nächsten Jahrzehnt vier Hauptgefahren begegnen: Erstens, einer bedeutenden Verschlechterung der multilateralen Zusammenarbeit, der Zunahme der Arbeitslosigkeit und dem Rückgang des Lebensstandards, zweitens, den zerstörerischen Regionalkonflikten, die die Risiken von Ost-West-Konflikten erhöhen, drittens, den sozialen Unruhen in Afrika, Asien und Lateinamerika sowie Hungersnöten großen Ausmaßes, viertens, einem Atomkrieg von beispiellos zerstörerischen Ausmaßen.

Israel: Vor Wahlen neue Siedlungen

dpa, Jerusalem

Die israelische Regierung will vor den Wahlen im Juli die international kritisierten jüdischen Siedlungen in besetzten arabischen Gebieten verstärkt ausbauen und neue gründen. Wie die Zeitung „Haaretz" gestern berichtete, hat Ministerpräsident Shamir in Absprache mit Finanzminister Cohen-Orgad dafür zusätzliche Mittel in Höhe von mehr als einer Milliarde Schekel (etwa 20 Millionen Mark) bereitgestellt. Von den rund hundert existierenden jüdischen Siedlungen (mit knapp 30 000 Bewohnern) sollen 20 erheblich erweitert werden. Außerdem sei an elf Neugründungen gedacht.

Datenschutz: Kraftprobe in der Bonner Koalition?

Minister Engelhard fordert umfassende Verbesserung

STEFAN HEYDECK, Bonn

Zwischen Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) und Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) steht eine neue Kraftprobe bevor. Mit Nachdruck forderte Engelhard gestern in Bonn beim Datenschutz umfassende und klare Verbesserungen. Novelliert werden müßten neben den Gesetzen, die die Arbeit der Sicherheitsorgane regeln, auch mehr als zwei Dutzend statistische Einzelgesetze. Sollte es dabei aber nur zu marginalen Änderungen kommen, so kündigte der Minister mit Blick auf das federführende Innenministerium vor Journalisten an, werde er einem Streit nicht ausweichen.

Ausdrücklich trat der FDP-Politiker für eine Reform des Bundesdatenschutzgesetzes ein. Ein seit dem vergangenen Jahr existierender Entwurf müsse möglichst bald auf der Basis des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Dezember zu einem Volkszählungsgesetz überarbeitet werden. So sei es erforderlich, konkret das Recht des einzelnen auf Auskunft über von ihm gespeicherte Daten zu regeln. Das gelte auch im Verhältnis zu den Sicherheitsbehörden. Hier müsse das Kontrollrecht des Datenschutzbeauftragten erweitert werden.

Engelhard räumte ein, daß es wegen der geplanten Volkszählung in Teilen der Bevölkerung im Zusammenhang mit den Möglichkeiten der elektronischen Datenverarbeitung Unsicherheiten gegeben habe. Dabei gebe es objektiv keinen Grund, ängstlich zu sein. Es habe aber an der notwendigen Aufklärung gefehlt. In einem novellierten Bundesdatenschutzgesetz, das vor einem neuen Volkszählungsgesetz in Kraft treten soll, müsse eindeutiger als bisher festgelegt werden, wie ein Datenmißbrauch zu verhindern ist und aus welchen Gründen sie gesammelt werden dürfen.

Im neuen Personalausweisgesetz soll nach Ansicht von Engelhard klar die umstrittene Maschinenlesbarkeit zum Ausdruck gebracht werden. Damit sollen Fahndung und Grenzkontrollen erleichtert und Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung besser abgewehrt werden können. Eindeutig solle in dem Gesetz aber ausgeschlossen werden, daß die Sicherheitsorgane sogenannte Bewegungsbilder zum Teil nach dem Zufallsprinzip über einzelne Bürger erstellen.

„Reagan vereitelte Truppenabzug"

AFP, New York

Der frühere amerikanische Außenminister Haig hat in seinen Memoiren enthüllt, daß Präsident Reagan am 6. Juli 1982 durch eine unpassende Äußerung ein Abkommen über den gleichzeitigen Abzug der PLO, der syrischen und israelischen Truppen aus Libanon zum Scheitern verurteilt hat. Das US-Magazin „Time" zitiert Haigs Behauptung, dieses Abkommen sei an der Erklärung von Präsident Reagan gescheitert, er wolle Friedenstruppen nach Libanon entsenden.

Plankommission verlor Kompetenzen

JGG. Bonn

Die polnische Planungskommission hat ihre Selbständigkeit verloren und wird nur noch als „zuarbeitendes Stabsorgan der Regierung" fungieren, meldet das polnische Politmagazin „Perspektywy". Sie muß einige Kompetenzen an das Arbeits- und Sozialministerium sowie das Finanz- und auch an das Außenhandelsministerium abtreten. Entmachtet wurde auch der „konsultative Wirtschaftsrat" der Regierung. An seiner Stelle muß jetzt die Planungskommission eine „Alarmprognose" für Polens Wirtschaft im Jahr 1985 erarbeiten.

Fragwürdige Forderung

Mk. – Jedes Land soll in Zukunft mindestens die Hälfte der Schuhe selber produzieren, die seine Bürger tragen. Dies hält der französische Vorsitzende des Verbandes der Europäischen Schuhindustrie, François Essner, für nötig, um die Versorgung auch in Notfällen zu sichern. Damit Europa beim Laufen nicht von dem abhängig wird, was andere Länder machen, muß für Essner ein Welt-Schuh-Abkommen her. In der Landwirtschaft werden mit dem Sicherheitsargument sogar Überschüsse gerechtfertigt.

Gemeinsam ist solchen Überlegungen, daß sie vordergründig zwar manches für sich haben, sich im Kern jedoch als eine fragwürdige Rechtfertigung protektionistischer Maßnahmen zum Schutz der heimischen Produktion entpuppen. Die Versorgungssicherheit bei Nahrungsmitteln, und hier lassen sich Emotionen noch am leichtesten wecken, läßt sich nicht daran ablesen, daß jetzt mehr Butter und Getreide produziert als verkauft wird. Diese müßte auch gewährleistet sein, wenn der Außenhandel gestört sein sollte.

Dabei geht es nicht nur um Futtermittel aus den USA, in denen auch offiziell ein Grund für die Milchflut gesehen wird und die daher beschränkt werden sollen, sondern auch um Erdöl. Die Landwirtschaft ist – von Düngemitteln bis zum Kraftstoff für Traktoren – auf Produkte angewiesen, die aus Erdöl gewonnen werden. Hier läßt sich eine Versorgung aber eben nicht per Erlaß verfügen. Damit bricht das Gedankengebäude zusammen, ganz abgesehen von den handelspolitischen Folgerungen. Und die Schuhproduzenten zeigen überdies, daß sie von ihrer Wettbewerbskraft nicht gerade überzeugt sind.

KONJUNKTUR / Umfrage der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer

Erwartungen besser als 1983, aber für Bonn nur die Note drei plus

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die Unternehmen schätzen ihre mittelfristigen Aussichten günstiger als vor einem Jahr ein. Damals war es bereits zu einem drastischen Umschwung in den Erwartungen gekommen. Wie aus einer Umfrage der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmen (ASU) hervorgeht, hatten sich die Unternehmen von der politischen Wende in Bonn aber mehr versprochen. Der ASU-Vorsitzende Martin Leicht spricht sogar von teilweiser Enttäuschung.

An der ASU-Mitgliederumfrage haben sich rund 1150 Firmen beteiligt. Sie sollten auf einer Notenskala von eins bis fünf ihr Urteil über die mittelfristigen Zukunftsaussichten ihres Unternehmens, ihrer Branche und der Gesamtwirtschaft abgeben. Danach haben, wie vor einem Jahr, 69 Prozent der Befragten die gesamtwirtschaftlichen Aussichten mit der Note drei versehen. Von 21 auf 19 Prozent sind die Noten eins und zwei zurückgegangen, während die pessimistischen Erwartungen (vier und fünf) leicht von zehn auf zwölf Prozent gestiegen sind. „Das resultiert sicher daraus, daß 'Wende'-Erwartungen enttäuscht wurden", kommentiert Martin Leicht.

Einheitlich besser werden die Branchenaussichten eingeschätzt. Einen noch stärker ausgeprägten Optimismus als vor einem Jahr legen die Unternehmen an den Tag, wenn es um ihre eigene Firma geht. Fast die Hälfte der Befragten beurteilt die eigenen Aussichten mit „sehr gut" oder „gut". „In diesem Ergebnis kommt zum Ausdruck, daß die selbständigen Unternehmen in dem Bereich, den sie selbst gestalten und bestimmen können, voll Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen in Bezug auf die eigene Leistungsfähigkeit sind." Diese Zuversicht ist für Leicht die wichtigste Voraussetzung für Wachstum.

An der Spitze der Problemskala rangieren nach wie vor die Lohnkosten, Steuern, Absatz und bürokratische Hemmnisse. Unter zwölf Problemfeldern liegt der Komplex „Eigenkapitalmangel" erst auf dem siebten Platz.

Erstmals wurde eineinhalb Jahre nach der Wende nach einer Bewertung der Bundesregierung gefragt. Die Gesamtnote lautet drei plus. Jeweils nur ein Prozent der Befragten hat die Extremnoten eins oder fünf vergeben. Rund 900 Befragte haben von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, in einem Stichwort den Hauptkritikpunkt an der Politik der Bundesregierung zu nennen. Rund zwei Drittel lassen sich nach Angaben der ASU in den Tenor einordnen: keine überzeugende Wende; zu wenig Konsequenz; zu wenig neue und zu viel alte Politik; Diskrepanz zwischen Erwartungen und Umsetzung, vor allem beim Subventionsabbau. Die Unternehmen haben nach Leicht das Versprechen einer ordnungspolitischen Offensive ernst genommen.

Entschieden wendet sich die ASU bei der geplanten Reform der Lohn- und Einkommensteuer gegen eine Kompensation durch die Erhöhung anderer Steuern. Sie plädiert für eine spürbare Senkung des gesamten Tarifs zum 1. Januar 1986, die durch Einschränkungen des Ausgabenzuwachses und durch Abbau von Subventionen finanziert werden sollte.

RUHRGEBIET

Nach langen Flaute-Jahren geht es nun wieder aufwärts

HANS BAUMANN, Dortmund

In vielen Bereichen der Ruhrwirtschaft geht es nach langen Jahren der Flaute wieder aufwärts, berichtet die Industrie- und Handelskammer Dortmund in ihrer Wirtschaftsbilanz für das Ruhrgebiet. Allein die 514 Unternehmen in ihrem Bereich mit 130 000 Beschäftigten meldeten für 1983 einen Anstieg des Umsatzes um ein Prozent auf 18,8 Mrd. Mark nach einem Rückgang um 2,8 Prozent 1982.

Zugpferd der Entwicklung ist die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie, die einen kräftigen Zuwachs von 3,6 Prozent erzielte. Am schlechtesten schnitten die Investitionsgüter-Hersteller ab. Sie büßten 4,4 Prozent Umsatz ein. Alle anderen größeren Industriesparten melden Umsatzerhöhungen. So kam die Druckindustrie um 2,9 Prozent voran, die Chemie um 7,6 Prozent und die Bauindustrie um 0,4 Prozent. Erreicht wurde das leichte Umsatzplus trotz eines weiteren Rückgangs des Exports um 2,7 Prozent auf 4,2 Mrd. Mark. Im Vorjahr jedoch hatte der Rückgang noch 8,5 Prozent betragen. Die Exportquote verminderte sich dadurch um einen Prozentpunkt auf 22,4 Prozent.

Nach vier Jahren Rückgang der Neueintragungen von Firmen wurde der Trend 1983 umgekehrt. Nach einem Minus von 12,5 Prozent 1982 ergab sich für 1983 ein Plus von acht Prozent. Parallel dazu ebbte die Pleitewelle ab. Nach einer Erhöhung der Insolvenzrate 1982 um 29 Prozent verringerte sich die Rate der Pleiten 1983 auf 2,4 Prozent. Wohin der Weg zu gehen scheint, zeigt die Zahl der Existenzgründungsberatungen. Sie stieg sprunghaft um rund 50 Prozent auf 1200 allein bei der Kammer Dortmund. Die Kammer selbst spricht von einem „Jahr der Existenzgründer".

Im östlichen Ruhrgebiet wird von einer Sicherung des Stahlstandortes gesprochen. Hoesch sei mit dieser Sicherung weiter vorangekommen als alle anderen Stahlstandorte. Das Unternehmen habe sich vom universellen Stahlanbieter zum anspruchsvollen Spezialanbieter der Metallbearbeitung und -verarbeitung gewandelt. Darauf seien die Stahlkapazitäten genau abgestimmt worden. Mit der im Bau befindlichen Durchlaufglühe werde Hoesch zu einem Zentrum der Oberflächenveredlung. Mit der Errichtung der Großschiffahrtsschleuse Henrichenburg werde das Revier weitere Impulse erhalten.

Kammerpräsident Alfred Voßschulte erklärte vor der Presse, daß innerhalb kürzester Zeit die Bedeutung der neuen Informations- und Kommunikationstechnik von der Wirtschaft erkannt worden sei. Damit würden die Zukunftschancen des Reviers wesentlich verbessert, da auf diesem Wege die notwendige Umstrukturierung möglich werde. Für das Kabelprojekt forderte Voßschulte die Zulassung privater Anbieter von Rundfunk- und Fernsehprogrammen.

Engagement der Versicherer

Von DOMINIK SCHMIDT

Ob Venture Capital, Wagnis- oder Risikokapital – gemeint ist immer dasselbe: Die Termini stehen zunächst einmal für haftendes Eigenkapital der unternehmerischen Wirtschaft. Der bedrohliche Rückgang der Eigenkapitalquote war der eigentliche Auslöser der Risikokapital-Diskussion, das Erschrecken über Berechnungen der Deutschen Bundesbank, wonach nicht einmal jede fünfte Mark in deutschen Unternehmen Eigenkapital ist.

Inzwischen aber verbinden sich mit dem Begriff Venture Capital sehr gezielte Verwendungsformen, nämlich die Bereitstellung haftender Mittel für junge, technologieorientierte Unternehmen ohne beleihungsfähige Sicherheiten. Zahlreiche Programme auf Bundes- und Länderebene wurden geschaffen, um Existenzgründern den Start zu erleichtern. Die starke Nachfrage nach diesen Mitteln ist Beweis dafür, daß der Markt für Venture Capital in der Bundesrepublik unterentwickelt ist.

Eine Änderung dieses Zustands können die staatlichen Anreizsysteme nicht bewirken. Gefragt ist vielmehr privates Kapital. Die Versuche indes, Investoren für die Risikofinanzierung zu gewinnen, zeitigten bislang nur bescheidene Erfolge. Lediglich vereinzelt werden Aktivitäten bekannt, die das Stadium der Überlegungen verlassen haben.

Unkonventionelle Denkansätze für die Unternehmensfinanzierung durch Versicherungsgesellschaften entwickelte die niedersächsische Wirtschaftsministerin Birgit Breuel. Ihr Vorschlag: Die deutsche Assekuranz als wichtigste institutiionelle Anlegergruppe neben den Banken sollte ein Prozent ihrer Vermögensanlagen für Risikoanlagen zur Verfügung stellen. Dies ergebe den stattlichen Betrag von vier Milliarden Mark.

Derlei Größenordnungen aber sind Zukunftsmusik, wenngleich sich in den vergangenen Jahren bei Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen gewisse Strukturverschiebungen ergeben haben. Zwar ist der Anteil der Rentenpapiere von 1972 bis 1982 von 70 Prozent auf 78 Prozent gestiegen – ein Spitzenwert im internationalen Vergleich. Parallel dazu erhöhten sich aber die Beteiligungen sowie Aktien und Investmentanteile an Nichtversicherungsunternehmen von 6,2 Prozent auf 7,8 Prozent. Das bedeutet fast eine Vervierfachung von 7,2 Milliarden auf 27,5 Milliarden Mark.

Eine weitere Aufstockung ist problematisch, weil das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen strenge Kriterien anlegt. Dazu gehört die Auflage, daß im Rahmen des gebundenen Vermögens nur Aktien, nicht aber etwa KG- oder GmbH-Anteile erworben werden dürfen. Den Gesellschaften steht so nur das freie Vermögen, praktisch das Eigenkapital, zur Verfügung, um sich an nicht-börsennotierten Unternehmen zu beteiligen.

Voraussetzung für ein stärkeres Engagement der Versicherungswirtschaft bei der Bereitstellung von Risikokapital und der Beteiligung an Wagnisfinanzierungsgesellschaften wären Änderungen des Versicherungsaufsichts- und des Kapitalanlagegesetzes. Diese Entscheidungen müßten umgehend und nicht erst in zwei oder drei Jahren fallen, damit der erforderliche Strukturwandel der Wirtschaft zügig und reibungslos erfolgen kann.

Die Versicherungswirtschaft verweist nicht ohne Grund auf das durchaus vorhandene Potential an Risikokapital. Die Schwierigkeit besteht vielmehr darin, es in die richtigen Bahnen zu leiten. Nach vorsichtigen Schätzungen fließen jährlich allein vier Milliarden Mark in Abschreibungs-Gesellschaften. Die Fehlleitung dieses Kapitals wird daran deutlich, daß die oft sehr hohe Risikoprämie für solche Investitionen ausschließlich durch Steuervorteile erzielt wird.

Ein anderes Kapitel ist der nur unvollkommen funktionierende organisierte Kapitalmarkt. Obwohl 1983 elf Unternehmen an die Börse gingen, verringerte sich die Zahl der an den deutschen Börsen notierten Werte um zwei auf 448. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Ganz sicher aber dürfen sich die Banken in der Bundesrepublik an dieser Entwicklung nicht ganz schuldfrei fühlen.

AUF EIN WORT

„Die Marktwirtschaft gedeiht bei soviel Ordnung wie nötig und soviel Risiko wie vertretbar. Wer das Risiko wegordnen will, entmannt die Marktwirtschaft."

Dr. Hans-Günther Schönmann, Vorstandsvorsitzender des Verbandes deutscher Hypothekenbanken

FOTO: DIE WELT

WACHSTUM

Belebung in EG gewinnt an Breite

WILHELM HADLER, Brüssel

Das Wirtschaftswachstum in der Europäischen Gemeinschaft wird sich 1984 auf eine etwas breitere Grundlage als im vergangenen Jahr stützen können, jedoch noch immer deutliche Unterschiede von Land zu Land aufweisen. Dies stellt die EG-Kommission in ihrem jüngsten Konjunkturbericht fest.

Für die Gemeinschaft als ganzes rechnet sie weiterhin mit einer Zunahme des realen Bruttoinlandsproduktes um zwei Prozent (1983: 0,8 Prozent). Innerhalb der EG sagte sie jedoch ein Wachstumsgefälle zwischen minus 1,0 Prozent in Luxemburg und plus drei Prozent in der Bundesrepublik voraus, wobei vor allem die sehr zögernde Entwicklung in Frankreich (plus 0,6 Prozent) ins Gewicht fällt. Zugenommen hat immerhin die Auslandsnachfrage; und auch die Anlageinvestitionen beginnen sich zu erholen. Zu Beginn des vergangenen Jahres hatte das Wachstum auf der Inlandsnachfrage beruht, insbesondere auf einer Belebung der Verbrauchsausgaben und einem positiven Trend der Lagerbildung.

Dabei haben Untersuchungen gezeigt, daß die Verbraucher 1983 das reale Niveau ihrer Ausgaben nur durch eine merkliche Einschränkung des Sparens aufrecht erhalten konnten. Das verfügbare Einkommen ist nämlich im EG-Durchschnitt um ein Prozent zurückgegangen. 1984 ist dagegen nach Ansicht der Kommission noch mit einer geringen Abnahme der Sparquote zu rechnen.

Der private Verbrauch wird sich weitgehend dem Anstieg des verfügbaren Einkommens anpassen. Nur in den Beneluxländern lassen sich in diesem Jahr nachgebende Verbraucherausgaben voraussehen.

PRODUKTION

Weiterer Anstieg im Februar

HANS-J. MAHNKE, Bonn

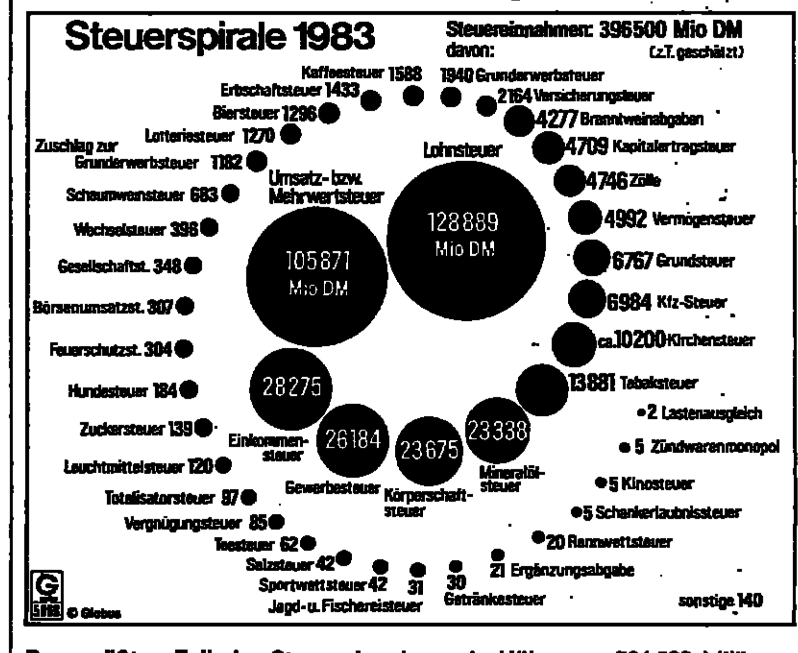
Einen verhaltenen Anstieg der Produktion konstatiert das Bundeswirtschaftsministerium auch für den Monat Februar. Die Erzeugung im Verarbeitenden Gewerbe nahm gegenüber Januar um 0,5 Prozent zwar zu. Dagegen meldet das Bauhauptgewerbe nach einer kräftigen Ausweitung im Januar einen Rückgang um fast fünf Prozent, so daß die Erzeugung im gesamten Produzierenden Gewerbe unverändert blieb.

Das Produzierende Gewerbe weist im Zweimonats-Vergleich Januar/Februar gegenüber November/Dezember wie auch das Verarbeitende Gewerbe ein Plus von einem Prozent auf. Seit dem Tiefstand Ende 1982 hat die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe damit um 9,5 Prozent zugenommen. In diesem Zweimonats-Vergleich bringt es das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe auf einen Zuwachs von zwei, das Verbrauchsgütergewerbe auf einen von 1,5 Prozent. Dagegen wurde bei den Herstellern von Nahrungs- und Genußmitteln ein Rückgang von einem Prozent registriert.

Für das Investitionsgütergewerbe wurde ein Zuwachs von einem Prozent gemeldet. Dabei ging aber der Ausstoß im Maschinenbau um fünf Prozent zurück, was mit dem Schlußtermin für die Investitionsprämie am Jahresende 1983 in Zusammenhang steht. Die Bauproduktion stieg um 3,5 Prozent.

Gegenüber dem Vorjahr wurde im Produzierenden und im Verarbeitenden Gewerbe ein Zuwachs von 7,5 Prozent erreicht. An der Spitze lagen das Bauhauptgewerbe und die Hersteller von Grundstoff- und Produktionsgütern mit Zunahmen um 15 und elf Prozent.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Den größten Teil der Steuereinnahmen in Höhe von 396 500 Millionen Mark erbringt die Lohnsteuer mit einem Aufkommen von 128 889 Millionen Mark. Es folgt unter den rund 50 Steuerquellen die Mehrwertsteuer mit einem Ertrag von 105 871 Millionen Mark. Erst auf Platz drei liegt die Einkommensteuer mit 28 275 Millionen Mark. QUELLE: GLOBUS

DIHT registriert Zuversicht im Handel

Bonn (VWD) – Der Handel beurteilt seine Geschäftslage jetzt deutlich zuversichtlicher als im Herbst 1983. Überwiegend optimistisch sehen die Unternehmen der Umsatz- und Ertragsentwicklung in den kommenden Monaten entgegen. Das zeigt eine Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT). Die positiven Erwartungen spiegeln sich auch in einem verbesserten Investitionsklima wider. Die Beschäftigung werde wahrscheinlich jedoch noch leicht zurückgehen. Der Austausch von Vollzeitkräften zugunsten von Teilzeitbeschäftigten werde sich fortsetzen.

Keine Entlastung

Essen (AP) – Die Einführung einer „Maschinensteuer" würde nach dem Ergebnis einer vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) herausgegebenen Studie zu keiner spürbaren Erleichterung auf dem Arbeitsmarkt führen. Wie das Institut in Essen mitteilte, würden bei einer Änderung des Arbeitgeberanteils an den Sozialversicherungen nach der Modellanalyse zwar bis 1995 in der überwiegenden Zahl der Branchen mehr Arbeitsplätze zur Verfügung stehen als unter Beibehaltung der jetzigen Bemessungsgrundlage. In den restlichen Produktionsbereichen würden dann aber so viele Erwerbstätige freigesetzt, daß der Gesamteffekt mit rund 25 000 zusätzlichen Beschäftigten kaum noch ins Gewicht falle.

Finanzplanungsrat tagt

Bonn (AP) – Der Finanzplanungsrat von Bund, Ländern und Gemeinden tritt am nächsten Donnerstag im Bonner Finanzministerium zusammen. Wie ein Sprecher des Ministeriums mitteilte, stehen auf der Tagesordnung die Konjunkturlage, der Haushaltsabschluß 1983, die Haushaltsentwicklung 1984 sowie eine erste Beratung der volkswirtschaftlichen Grundannahmen, die den Haushalten des nächsten Jahres und den Finanzplänen bis 1988 zugrunde liegen sollen. Mitglieder des Finanzplanungsrates sind die Finanzminister von Bund und Ländern, der Bundeswirtschaftsminister, Vertreter der kommunalen Spitzenverbände sowie als Gast ein Vertreter der Bundesbank.

Starkes Wachstum

Washington (AP) – Die Produktion in den Industriestaaten hat nach einem vom Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington veröffentlichten Bericht 1983 „stark" zugenommen. An der Spitze lagen dem Bericht zufolge die Vereinigten Staaten und Norwegen mit einem Produktionszuwachs von sechs Prozent. Es folgen Japan mit knapp über drei Prozent sowie Großbritannien, Dänemark und Finnland mit drei Prozent. In der Bundesrepublik und den Niederlanden blieb die Produktion gegenüber 1982 unverändert. In den 19 untersuchten Staaten lag die Produktion 1983 im Durchschnitt um drei Prozent höher als im Vorjahr.

AGRARPOLITIK

Brüsseler Kompromiß stößt weitgehend auf Kritik

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Der Brüsseler Agrarkompromiß, der gestern noch einmal von der Bundesregierung verteidigt wurde, ist in den betroffenen Wirtschaftskreisen auf durchweg heftige Kritik gestoßen. Mit der Einführung einer Garantiemengenbegrenzung auf dem Milchmarkt sei für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion kein Wunschkind geboren worden, betonte selbst ihr Agrarexperte Egon Susset. Aber die jahrelange Fehlentwicklung habe jetzt eine Notbremse erforderlich gemacht. Der Vorsitzende des Agrarausschusses des Bundestages, Martin Schmidt (SPD), hält das Sparziel für nicht erreicht. Allein die letzte Verhandlungsrunde habe 340 bis 400 Millionen Mark gekostet.

Wie Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle gestern vor der Presse erklärte, müßten die deutschen Milchbauern mit Produktionskürzungen zwischen fünf und 15 Prozent rechnen. Das genaue Maß hänge davon ab, in welchem Umfang die Erzeugung seit 1981 ausgedehnt wurde. Genauere Angaben für den einzelnen Landwirt würden in zwei bis drei Monaten vorliegen.

Der Deutsche Bauernverband erwartet, daß die Bundesregierung ein Programm entwickelt, das alle Möglichkeiten der nationalen Agrarpolitik voll ausschöpft, um der deutschen Landwirtschaft zu helfen. Dies lehnte Kiechle ab. Die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV) weist darauf hin, daß lediglich das Halb-Pfund-Päckchen Butter um rund 20 Pfennig billiger werden dürfte.

ENERGIE-AGENTUR / WELT-Gespräch mit dem bisherigen Direktor Ulf Lantzke

Ölbevorratung besser koordinieren

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Internationale Energieagentur (IEA) in Paris soll den Regierungen der 21 Mitgliedstaaten praktische Maßnahmen für eine bessere Koordinierung der Ölbevorratungspolitik vorschlagen. Ein entsprechendes Mandat erteilte der Verwaltungsrat der Agentur dem IEA-Sekretariat auf Vorschlag von Ulf Lantzke, kurz bevor dessen Amtszeit als Exekutivdirektor abgelaufen war. Das Ziel des Vorhabens besteht darin, schon bei kleineren Versorgungsstörungen gemeinsame Rückgriffe auf die Ölvorräte zu erlauben.

Gegenwärtig unterhalten die IEA-Staaten Vorräte von zusammen 407 Millionen Tonnen Rohöl. Dies entspricht einem Verbrauch von 92 Tagen. Nach der derzeitigen Regelung dürfen die Pflichtvorräte (90 Verbrauchstage) grundsätzlich nur dann in Anspruch genommen werden, wenn die normale Ölversorgung um mindestens sieben Prozent hinter dem Ölverbrauch zurückbleibt.

Lantzke hält dies für eine zu starre Regelung. Je früher man auf die Ölvorräte zurückgreift, um so geringer sei die Gefahr, daß es zu einer neuen Ölpreishausse komme, erklärte er in einem Gespräch mit der WELT. Auch wenn die Wahrscheinlichkeit einer neuen Ölkrise zur Zeit gering sei, könnten Versorgungsstörungen nicht ausgeschlossen werden.

Außerdem nimmt der Ölverbrauch wieder zu – seit Mitte letzten Jahres in den USA und inzwischen auch in verschiedenen europäischen Staaten. Lantzke sieht darin allerdings eher ein gutes Zeichen, nämlich eine Folge des Wirtschaftswachstums. Andererseits würde es jetzt den Regierungen schwerer fallen, kostspielige Substitutionsinvestitionen durchzuführen. Trotzdem müßte man weiterhin auf Kohle und Kernenergie setzen. Nukleare Überkapazitäten wie sie in Frankreich bestehen hält Lantzke nur für vorübergehend.

Als positivstes Ergebnis seiner zehnjährigen Amtszeit bewertet Lantzke die trotz unterschiedlicher Interessen der Mitgliedstaaten herbeigeführte vertrauensvolle Zusammenarbeit in allen substantiellen Fragen der Energiepolitik. Allerdings sei zu bedauern, daß sich Frankreich bisher nicht zum IEA-Beitritt entschlossen hat. Für vordringlich hält es Lantzke, daß die IEA mit der Opec zu kontinuierlichen Gesprächen kommt. Die Entspannung des Weltölmarktes erlaube jetzt eine Entkrampfung der Beziehungen zwischen den Verbraucher- und den Produzentenländern. Aber bisher haben sich die Regierungen der IEA-Staaten noch nicht einmal auf einen Nachfolger für Lantzke einigen können.



BÜROTECHNIK

Die Belebung setzt sich fort

INGE ADHAM, Frankfurt

Eine wachsende Investitionsbereitschaft macht der Bundesverband Vertriebsunternehmen Büro-, Informations- und Kommunikationstechnik (BVB), Bad Homburg, aus und knüpft daran die Erwartung, daß die Hannover Messe für die Branche sehr günstig verlaufen werde. Der Verband stützt seine positive Erwartung vor allem auf die nach den jetzt vorgelegten Zahlen bereits im vergangenen Jahr eingetretene Belebung. Danach ist der Inlandsmarkt für Büromaschinen und Datentechnik im vergangenen Jahr um 21,6 Prozent auf rund 12,4 Mrd. DM gestiegen.

Diese „erhebliche" Steigerung sei im Gegensatz zu früheren Jahren nicht allein durch höhere Importe zustandegekommen, sondern vor allem durch eine Produktionsausweitung im Inland um knapp 18 Prozent auf gut 12 Mrd. DM. Gut 85 Prozent der Inlandsproduktion kam dabei aus dem Bereich Datentechnik, dessen Produktion um gut 21 Prozent auf 10,2 Mrd. DM wuchs.

Aber auch bei Büromaschinen macht der BVB ein wesentlich freundlicheres Bild aus: Erstmals seit 1978 ist die Produktion wieder leicht auf 1,77 Mrd. DM gestiegen. Der Verband geht jedoch davon aus, daß weiterhin Substitutionseffekte in Richtung Datenverarbeitung und Billigimporte aus asiatischen Ländern die heimische Büromaschinen-Produktion stark beeinflussen werden, ein Indiz dafür sieht er in den um sechs Prozent auf 1,8 Mrd. DM gestiegenen Büromaschinenimporten. In der Datentechnik stiegen die Importe den BVB-Zahlen zufolge sogar um knapp 19 Prozent auf 7,5 Mrd. DM; 70,5 Prozent der im Inland angebotenen DV-Geräte stammten im vergangenen Jahr also aus dem Ausland.

Mit dem starken Markt-Wachstum konnten freilich auch die deutschen Anbieter ihre Position am heimischen Markt stärken (plus 1,3 Prozent). Im Export erzielten sie mit plus 19 Prozent auf 7,1 Mrd. DM deutliche Erfolge, während die Büromaschinen-Ausfuhren um annähernd 12 Prozent auf 1,5 Mrd. DM zurückfielen. Nichts geändert hat sich an der Reihenfolge der Lieferländer. USA rangiert mit 3,28 Mrd. DM (plus 11,6 Prozent) unangefochten auf Platz eins, gefolgt von Japan (1,5 Mrd. DM), Frankreich (1,23 Mrd. DM) und Großbritannien (1,12 Mrd. DM).

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT / Die Süderweiterung wird das wirtschaftliche Gefälle noch vergrößern

Gewerbliche Arbeitsplätze sind kaum in Gefahr

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Erweiterung der EG um Spanien und Portugal wird das wirtschaftliche Gefälle in der Gemeinschaft erheblich vergrößern. Neuere Berechnungen darüber hat die Brüsseler Kommission in ihrem „2. Periodischen Bericht über die sozio-ökonomische Lage und die Entwicklung der Regionen" vorgelegt.

Rund 20 Prozent der Bevölkerung der EG (etwa 60 Millionen) werden danach künftig in Regionen leben, deren Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner unter 60 Prozent des Gemeinschaftsdurchschnitts liegt, dies sind Portugal, Griechenland, Irland, der italienische Mezzogiorno und über die Hälfte Spaniens.

Die Süderweiterung erhöht das BIP der EG nur um acht Prozent, während die Bevölkerung um 18 Prozent zunimmt und sich in den wirtschaftlich schwächsten Regionen sogar verdoppelt. Die Zahl der in der Landwirtschaft Tätigen wächst um 37 Prozent, die industrielle Bevölkerung nur um 14 Prozent. Die landwirtschaftliche Produktion steigt um 24, die industrielle um etwas mehr als sechs Prozent.

Die Regionen mit der schwächsten Wirtschaftskraft je Einwohner besitzen nach dem Bericht eine Reihe von gemeinsamen Charakteristiken. Sie

- liegen alle an der Peripherie der Gemeinschaft und überwiegend im Mittelmeerraum,
- befinden sich sämtlich in wirtschaftlich schwachen Mitgliedsstaaten, deren Industrialisierung erst spät eingesetzt hat,
- verfügen über eine junge Bevölkerung, die schneller wächst, als im Durchschnitt der Gemeinschaft,
- haben einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Erwerbstätigen in der Landwirtschaft und
- sind in ihrer industriellen Produktionsstruktur von Kleinbetrieben und traditionellen Sektoren bestimmt.

Die Bevölkerung Spaniens, Portugals und Griechenlands ist großenteils auf einige Küstenregionen konzentriert. Diese Entwicklung wird sich noch verstärken. Auf diese Weise drohen sich andere Regionen immer mehr zu entvölkern.

In der Gemeinschaft wird der Beitritt Spaniens und Portugals denn auch vorwiegend in den landwirtschaftlich geprägten Mittelmeerregionen Frankreichs und Italiens Auswirkungen haben. Die Industrie muß nur in wenigen Sektoren mit ernsthafter Konkurrenz rechnen. Nach dem Bericht der Kommission exportierten die EG-Länder 1980 im Durchschnitt 24 Prozent ihrer industriellen Produktion, Spanien dagegen nur zehn und Portugal 15 Prozent. Die gewerblichen Einfuhren der EG aus den zwei beitrittswilligen Staaten machten nur 2,5 Prozent der gesamten industriellen Importe aus. Selbst in Frankreich erreichten sie nur einen Anteil von etwa 4,4 Prozent.

Generell besitzen die künftigen Mitgliedsländer Wettbewerbsvorteile für Erzeugnisse mit geringer technologischer Reife (Lederwaren, Holz, Keramik, Textilien, Eisen und Stahl) oder hoher Arbeitsintensität (Bekleidung und Schuhe). Die höchsten Überschüsse verzeichnete Spanien jedoch bisher in den Sektoren Kraftfahrzeuge, Textilien und Bekleidung.

Die Untersuchung kommt zu dem Schluß, daß die Erweiterung kaum Gefahren für die gewerblichen Arbeitsplätze in der EG bedeutet. Dagegen kann die zusätzliche Agrarproduktion bei den Mittelmeererzeugnissen zu erheblichen Marktstörungen, damit zu einer Gefährdung der landwirtschaftlichen Einkommen führen.

Während Spanien und Portugal bei Getreide, Zucker und Milcherzeugnissen den Druck der Überschüsse in der EG mildern werden, erhöht sich durch ihren Beitritt die Produktion von Olivenöl um 65 Prozent und von frischem Obst um 51 Prozent. Rückwirkungen wird dies vor allem auf die italienischen Regionen Kalabrien, Sizilien und Abruzzen sowie auf die französischen Departements Languedoc-Roussillon und Korsika.

Der Bericht der Kommission behandelt auch andere Aspekte des regionalen Gefälles in der Gemeinschaft. Eine Hauptschlußfolgerung ist, daß sich die wirtschaftlichen Probleme im letzten Jahrzehnt eher verschärft haben, obwohl die EG zwischen 1975 und 1982 rund 15,2 Mrd. DM zu ihrer Milderung beigesteuert hat.

EXPORT-KREDITE / USA erwägen eine Drosselung

Dritte Welt hart getroffen

D. STAADT, Frankfurt

Neuer Sprengsatz für den schwelenden Nord-Süd-Konflikt: US-Handelsminister Baldrige will gegen die Konkurrenz aus den Entwicklungs- und Schwellenländern durch eine gezielte Exportkreditpolitik vorgehen. Seiner persönlichen Ansicht nach sollte ein internationales Abkommen zur Drosselung offizieller Exportkredite, die zur Finanzierung des Baues neuer Produktionsanlagen in von weltweiter Überkapazität charakterisierten Industriebereichen dienen, geschlossen werden.

Bei den betroffenen Ländern dürfte ein solcher Vorschlag auf Empörung stoßen. Sind sie seit Jahren bemüht, die Rolle des billigen Rohstofflieferanten abzustreifen, und den Import teurer, in den Industriestaaten veredelter Produkte durch den Aufbau eigener Verarbeitungskapazitäten zu verringern. Kein Zweifel, bei vielen Produktgruppen bestehen weltweit Überkapazitäten. Baldriges private Idee zielt jedoch darauf ab, die Last der unausweichlichen Anpassungen auf die weniger industrialisierten Länder abzuwälzen. Auf jene Länder also, denen bei einem noch enger geschnallten Gürtel die Luft zum Atmen ausgeht. EG-Vizepräsident Etienne Davignon hat schon früher, als aus den USA eine ähnliche Idee vorgetragen wurde, einen Kontrapunkt gesetzt. Seiner Meinung nach sollten die Industrienationen keine Aktionen durchführen, die den Eindruck erwecken, daß „wir versuchen, die Industrialisierung anderer zu stoppen".

US-Finanzminister Donald Regan will bei der Finanzierung für Industrieunternehmen in der Dritten Welt differenzieren. Er stellt darauf ab, ob diese Finanzierung für die Versorgung der Binnenmärkte konzipiert, oder für Exportzwecke in Industrien mit Überkapazitäten bestimmt sei. Die Industrieländer selbst haben jahrelang ihr Wachstum mit Anlagenexport in die Entwicklungs- und Schwellenländer gefördert.

Viele Entwicklungsländer haben sich hochverschuldet, auch um Anlagenimporte zu finanzieren. Zurückzahlen können sie diese Kredite nur, wenn sie die notwendigen Devisen verdienen. (VWD)

GROSSBRITANNIEN / Unternehmerverband legt günstige Konjunkturumfrage vor

Firmen wollen die Produktion ausdehnen

WILHELM FURLER, London

Der britische Industrieverband CBI hat das positivste Ergebnis einer Mitglieder-Befragung seit Mitte der siebziger Jahre vorgelegt. Danach wird die Produktion in der verarbeitenden Industrie Großbritanniens auf jeden Fall bis Mitte 1985 deutlich wachsen. Die Geschäftsführung des CBI erklärt zu dem Umfrage-Ergebnis, daß auch eine Ausweitung der Wirtschaftserholung auf bislang völlig vernachlässigte Bereiche immer deutlicher werde.

Der März-Befragung des CBI zufolge, an der sich rund 1800 britische Unternehmer aus der verarbeitenden Industrie beteiligten, erwarten mehr Firmen einen Anstieg ihrer Produktion während der kommenden vier Monate als jemals seit September 1976: Immerhin 39 Prozent glauben, ihre Produktion in den nächsten vier Monaten erhöhen zu können, während nur sieben Prozent mit einer reduzierten Produktion rechnen.

Ebenfalls nur sieben Prozent der befragten Unternehmen geben an, daß sich ihre Auftragslage unterhalb des Normalniveaus befindet, während noch im April vergangenen Jahres immerhin 41 Prozent der Firmen über unzureichend gefüllte Auftragsbücher geklagt hatten. Die deutliche Zunahme der Auftragseingänge hat sich der jüngsten CBI-Umfrage zufolge sowohl auf dem Binnenmarkt als auch – und das muß als besonders ermutigend gewertet werden – auf den Exportmärkten entwickelt.

Positive Anzeichen gibt es auch für die Preisentwicklung, nachdem mit 35 Prozent der befragten Firmen etwas weniger als bei den Befragungen im Januar und im Februar mit einer Anhebung ihrer Preise während der nächsten vier Monate rechnen.

Insgesamt ist der Industrieverband inzwischen optimistischer über die Entwicklung der Produktion in der verarbeitenden Industrie während der kommenden zwei Jahre als das Schatzamt. Damit hat der CBI seinen noch im November vergangenen Jahres vorgetragenen Pessimismus, daß nämlich die Wirtschaftsbelebung noch in diesem Jahr wieder versanden würde, sobald der Verbraucher-Boom abgeklungen wäre, fallengelassen. In seinem mit den Umfrage-Ergebnissen veröffentlichten Konjunktur-Ausblick erwartet der Industrieverband nicht nur einen weiteren Anstieg der Konsumausgaben, sondern parallel dazu wachsende Exporte und insbesondere „ein scharfes Anziehen der Investitionen" vom allerdings sehr niedrigen Niveau der jüngsten Zeit.

Die März-Umfrage, so heißt es, liefere genügend ermutigende Hinweise darauf, daß die Unternehmen der Investitionsgüter-Industrie zunehmend am Erholungsprozeß partizipierten. All dies zusammengenommen werde, so der CBI, die Produktion in der verarbeitenden Industrie in diesem Jahr um 3,5 Prozent und im kommenden Jahr sogar um vier Prozent wachsen lassen. Das Schatzamt geht von einem Produktionswachstum in der verarbeitenden Industrie in den beiden Jahren von nur drei Prozent aus.

Für 21 Milliarden Wechsel geplatzt

SAD, Madrid

In Spanien platzten im vergangenen Jahr Wechsel im Werte von umgerechnet 21 Mrd. DM. Wie die Madrider Zeitung „ABC" dazu mitteilt, betrugen allein die Notar- und Gerichtskosten über eine Mrd. DM. Insgesamt wurden nach „ABC" im vergangenen Jahr rund fünf Mill. Zahlungsdokumente als nicht gedeckt oder gesperrt an die Gläubiger zurückgegeben. Das entspricht etwa dem Durchschnitt der letzten Jahre bei steigender Tendenz, wie SAD aus Madrider Bankkreisen erfährt.

Da Transaktionen nach spanischen Usancen über Börsenagenten getätigt werden und nicht im gleichen Maße gesetzlich geschützt sind wie in anderen Ländern, kann der Akzept bis heute ungestraft „negiert" werden. Begünstigt wird dieses Verhalten durch eine gesetzliche Regelung, wonach der Protest nur über einen Notar geführt werden kann. Im Zuge einer Reform will die Regierung zunächst den Notar ausschalten, so daß die Klage direkt an das Gericht geleitet werden kann.

KERNENERGIE / Überkapazitäten bei Kraftwerken

Paris legt Reaktoren still

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Angesichts der zunehmenden Überkapazitäten in der französischen Stromwirtschaft hat die staatliche Electricité de France (EDF) ihr Stillegungsprogramm für ältere Kraftwerke wesentlich verstärkt. Danach sollten in den drei Jahren 1983 bis 1985 insgesamt 26 „klassische" Kraftwerke mit einer Kapazität von zusammen 3000 Megawatt (MW) die Produktion einstellen. Diese Marke wurde jetzt bis Ende 1986 auf 6000 MW erhöht.

Während das bisherige Programm nur die vor 25 bis 30 Jahren erstellten öl- und kohlegefeuerten Kraftwerke mit einer Leistung von weniger als 125 MW betraf, sind jetzt auch 250 MW-Kraftwerke (Saint-Ouen und Chevіré) einbezogen worden.

Erstmals werden auch drei Atomkraftwerke (Chinon, Marcoule und Arée) stillgelegt, die nach dem (unrentablen) französischen Schwerwasser- und Gas-Graphit-Verfahren arbeiten. Es handelt sich dabei ausnahmslos um Kraftwerke, deren Betriebskosten 250 Franc je Kilowatt überschreiten und damit im Vergleich zu den modernen Atomkraftwerken überhöht sind. Vorerst übertreffen die im Nuklearbereich neu erstellten Stromkapazitäten die der stillzulegenden Anlagen noch erheblich.

An Kernkraftwerken im Bau befinden sich gegenwärtig solche, mit einer Kapazität von zusammen 26 000 MW. Erst gegen Ende dieses Jahrhunderts wird sich die vor zwei Jahren beschlossene Kürzung des Kernenergieprogramms auswirken.

Nachdem die EDF für 1990 zunächst Produktionskapazitäten von 460 und dann von 430 Milliarden kWh angestrebt hatte, werden jetzt 360 bis 400 Milliarden kWh genannt.

Der nationale Stromverbrauch wird für 1990 inzwischen auf 370 Milliarden kWh veranschlagt. Im vergangenen Jahr hatte er 280 Milliarden kWh erreicht. Davon stellten die Kernkraftwerke rund die Hälfte.

Werften verlangen mehr Staatshilfe

J. Sch. Paris

Die französische Handelsflotte ist im letzten Jahr von 379 auf 366 Schiffe mit 16,1 (17,3) Mill. Bruttoregistertonnen (BRT) zusammengeschrumpft. Der Reederverband führt die negative Entwicklung vor allem auf die schlechte Schiffahrtskonjunktur zurück. Weltweit verminderte sich die Nachfrage im Seeverkehr 1983 um acht Prozent. Gleichzeitig stiegen die Kosten vor allem für die Besatzung, deren Entlöhnung durchweg höher liegt als bei den ausländischen Konkurrenten. Außerdem sei es französischen Reedern untersagt, Schiffe kostengünstiger unter ausländischer Flagge fahren zu lassen. Als Ausgleich verlangen die Reeder mehr Staatshilfe. Tatsächlich hat die Regierung kürzlich einen Auftrag für den Bau von zwei Langholzfrachtern, der andernfalls an eine jugoslawische Werft vergeben worden wäre, mit 500 Mill. Franc subventioniert.

MOÇAMBIQUE / Zusammenarbeit mit Südafrika im Auge

Stromlieferungen geplant

dpa/VWD, Johannesburg

Die politische Verständigung zwischen Südafrika und Moçambique wird sich nach Ansicht südafrikanischer Wirtschaftskreise auch positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung beider Länder auswirken. Zwar werde angesichts der unterschiedlichen ökonomischen Strukturen beider Staaten kein kurzfristiger Aufschwung erwartet, heißt es in einer Analyse der Bundesstelle für Außenhandelsinformationen, Köln. Es kristallisierten sich jedoch bereits Bereiche heraus, auf denen eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit Chancen haben könnte.

So laufen bereits Verhandlungen über einen neuen Stromlieferungsvertrag vom Cabora Bassa-Staudamm unter Einbeziehung Portugals. Offen sei noch der Strompreis. Nach einer Einigung würden dann voraussichtlich die beiden Überlandleitungen nach Südafrika (Kapazität je 900 Megawatt) instandgesetzt und eventuell mit finanzieller Beteiligung Südafrikas die Kapazitäten um weitere 2000 Megawatt aufgestockt.

Von Interesse könnten weiter die bessere Auslastung des Hafens von Maputu durch südafrikanische Ware und die Modernisierung der Verladeeinrichtungen mit südafrikanischer Finanzhilfe sein. Maputu ist vor allem für Kohle, Zucker und Stahl aus Südafrika ein interessanter Verschiffungshafen. Der Agrarsektor Südafrikas ist zwar derzeit durch die Trockenheit stark geschädigt, verspricht sich jedoch von der Annäherung an Moçambique längerfristig Exportchancen. Der südafrikanischen Fischereiindustrie liegt daran, durch ein Abkommen mit dem Nachbarland wieder Zugang zu dessen Fischgründe zu erhalten, die seit 1975 verschlossen sind.

SCHWEDEN / Neue Dachgesellschaft für Hersteller von Spezialstählen vorgesehen

Auftragseingänge kräftig gestiegen

R. GATERMANN, Stockholm

Nach mehr als siebenjährigen Verhandlungen, verworfenen Vorschlägen und internen Machtkämpfen liegt nun für die schwedische Spezialstahlbranche ein Strukturplan auf dem Tisch, der gute Aussichten hat, realisiert zu werden. Gleichzeitig melden die Produzenten einen kräftig wachsenden Ordereingang, allerdings bei weiterhin stagnierenden Preisen.

Die Prognosen sind von einem vorsichtigen Optimismus geprägt. Neben einem Konjunkturaufschwung bedarf es für das Gelingen der Neuformierung des Spezialstahlsektors Handlungskraft und Kooperationsbereitschaft der vier involvierten Unternehmen, die bisher auf den meisten Märkten Konkurrenten waren.

Zufriedenstellende Lösung

Nachdem Industrieminister Thage G. Peterson Ende 1983 einen Sanierungsvorschlag mit dem Hinweis abgelehnt hatte – die privaten Partner forderten zwar ein starkes staatliches Engagement, insbesondere in Form von Kredittilgungsverzichten –, seien selbst dagegen nicht bereit, für die Zukunft eine größere Eigentümerverantwortung zu übernehmen. Dieser harte Widerstand machte offenbar Eindruck. Jedenfalls fanden die beteiligten Unternehmen jetzt schnell eine neue Lösung, die alle Seiten – den Industrieminister, die Aktionäre und die Gewerkschaften – zufriedenstellt.

Schwedens Spezialstahlsektor wird in der Nya Avesta AB zusammengefaßt. In sie werden das Avesta Jernverk (Johnson-Gruppe) inklusive seiner Produktionsgesellschaften in Finnland und den USA (Ingersoll Steel), Nyby-Uddeholm und Fagersta eingebracht.

An der neuen Gesellschaft werden sich die beiden Muttergesellschaften der Johnson-Gruppe, Nordstjernan und A. Johnson & Co. HAB mit rund 60 bzw. 17 Prozent beteiligen, die verbleibenden 23 Prozent verteilen sich auf übrige private und institutionelle Anleger. Unter anderem wird eine Neuemission über 90 Mill. DM vorbereitet. Schließlich übernimmt Avesta den 75-Prozent-Anteil von Fagasta in dem Röhrenhersteller Avesta Sandvik Tube AB. Das letzte Viertel verbleibt bei Sandvik.

Der neue Konzern, der mit einem Jahresumsatz von gut 1,5 Milliarden DM zu den größten Europas zählen wird, steht vor einer schwierigen Umstrukturierung, die größtenteils 1985 vollzogen werden muß. Hierbei geht es in der Hauptsache um die Niederlegung von mindestens zwei der vier größten Stahlproduktionsanlagen, um einen Produktaustausch, um die kräftige Durchforstung der Absatzorganisation, die weitgehend von bisher vier auf zwei Kanäle reduziert werden soll und um die Erhaltung der Marktanteile.

Durch den Verzicht des Industrieministers auf Kreditrückzahlung und andere Kapitaltransaktionen sowie der Neuemission geht die Spezialstahlbranche mit einer verhältnismäßig günstigen Kapitalstruktur in ihre neue Epoche, obgleich die bevorstehenden Maßnahmen rund 300 Mill. DM verschlingen werden. Im übrigen ist gegen Jahresende die Aufnahme der Nya Avesta AB an der Stockholmer Börse nicht ausgeschlossen.

Überschuß vorausgesagt

In einer ersten Resultatsprognose über zwölf Monate mit Beginn 1. Juni, wenn der neue Konzern offiziell seine Arbeit aufnimmt, geht man von einem Überschuß vor Rückstellungen und Steuern von ungefähr 115 Mill. DM aus. Er wird jedoch noch von Umstrukturierungskosten in Höhe von etwa 60 Mill. DM belastet. Die meisten der neuen Partner schreiben seit Mitte 1983 schwarze Zahlen und verbuchen derzeit Auftragseingänge, die bei einigen Produkten um fast fünfzig Prozent über denen des Vorjahres liegen.

Die Marktsituation der Nya Avesta AB beschreibt der Majoritätseigner folgendermaßen: In Schweden werde man etwa fünfzig Prozent des Marktes decken. Die beiden weiteren wichtigsten Abnehmer werden die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien sein, aber auch Frankreich, Benelux, die USA und Kanada sowie einige osteuropäische Staaten werden von Bedeutung sein.

DEUTSCHE HYPOTHEKENBANK / Bonus fällt weg

Risikovorsorge belastet

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Deutsche Hypothekenbank (Actien-Gesellschaft), Hannover, hat im Geschäftsjahr 1983 ihr Betriebsergebnis gegenüber dem Vorjahr zwar erneut verbessert. Weil aber wesentlich höhere Mittel zur Risikovorsorge eingesetzt wurden, verringerte sich der Jahresüberschuß um 1,6 Mill. DM auf 10,4 (12) Mill. DM. Dies wiederum nimmt die Verwaltung zum Anlaß, den im Vorjahr gezahlten Bonus (2 Prozent) wegfallen zu lassen. Die Aktionäre – am Grundkapital von 30 Mill. DM ist die BHF-Bank mehrheitlich beteiligt – erhalten demnach wieder die Standard-Dividende von 18 Prozent. Den Rücklagen werden insgesamt 5 (6) Mill. DM zugewiesen.

Nach Angaben des Vorstands erhöhte sich der Zinsüberschuß um 32 Prozent auf 49,3 (37,4) Mill. DM. Auch andere Erträge nahmen nochmals zu. Dem stehen höhere Wertberichtigungen auf Kapital- und Zinsforderungen gegenüber. So wurden alle Zinsrückstände wertberichtigt. Nach Kompensation mit entsprechenden Erträgen wird dafür ein Aufwand von 2,7 Mill. DM geltend gemacht. Hinzu kommen 7,85 (0,8) Mill. DM Abschreibungen auf Grundstücke und Gebäude. Bei dem auf 15,9 (17) Mill. DM verringerten Steueraufwand schlagen neben der höheren Risikovorsorge die Vergünstigungen aus der Gewährung von Berlin-Darlehen zu Buche.

Trotz dieser Entwicklung zeigt sich der Vorstand mit dem Geschäft im Jahre 1983 unzufrieden. Dies gilt vor allem für das Hypothekenneugeschäft. Während bei Kommunaldarlehen die Zusagen auf 461 (669) Mill. DM zurückgingen, ergab sich bei Hypothekendarlehen ein weiterer Zuwachs auf 435 (405) Mill. DM. Die Darlehensauszahlungen beliefen sich auf 924 (1072) Mill. DM; davon entfielen 422 (402) Mill. DM auf Hypotheken- und 502 (670) Mill. DM auf Kommunaldarlehen. Die Darlehensrückzahlungen verringerten sich auf 779 (838) Mill. DM.

An Refinanzierungsmitteln hat die Bank 1,86 (1,61) Mrd. DM aufgenommen und 1,76 (1,38) Mrd. DM getilgt. Der Umlauf an Schuldverschreibungen unter Einfluß der Lieferverpflichtungen erreichte Ende 1983 gut 7 (6,84) Mrd. DM. Die Bilanzsumme weitete sich im Berichtsjahr auf 8,07 (7,96) Mrd. DM aus. Im laufenden Jahr rechnet der Vorstand mit einer weiter steigenden Nachfrage im Hypothekengeschäft. Zudem hoffe man, daß die für die Risikovorsorge benötigten Beträge wieder „auf ein normales Maß" zurückgehen.

Kabelmetal erwartet weitere Besserung

dos. Hannover

Die Kabel- und Metallwerke Gutehoffnungshütte AG (Kabelmetal), Hannover, hat in den ersten sechs Monaten des Geschäftsjahres 1983/84 (30. 6.) gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum zwar ein „deutlich besseres, aber noch nicht befriedigendes Ergebnis" erzielt. Wie der Vorstand in einem Zwischenbericht schreibt, dürfte sich die beobachtete Belebung vor allem im Baubereich fortsetzen. Wenn aus dem Tarifgeschehen und der Kupferpreisentwicklung nicht außergewöhnliche Belastungen erwachsen, könne davon ausgegangen werden, daß sich die Ertragslage weiter stabilisiert.

Im Berichtszeitraum erhöhte sich der Umsatz um 5,3 Prozent auf 335 (318) Mill. DM. Die um 11,1 Prozent auf 109 (123) Mill. DM verringerten Exporte wurden durch das um 15,6 Prozent auf 225,5 (195) Mill. DM gewachsene Inlandsgeschäft überkompensiert. Diese Entwicklung führte zu einem Rückgang des Exportanteils auf 32,7 (38,7) Prozent.

Ähnlich ist das Bild bei den Auftragseingängen, die insgesamt um 13,7 Prozent auf 331 (291) Mill. DM zunahmen. Während die Aufträge aus dem Ausland mit 110 Mill. DM praktisch unverändert blieben, stiegen die aus dem Inland um 21,6 Prozent auf 221 (181) Mill. DM. Der Auftragsbestand erreichte nach den ersten sechs Monaten 80,6 (73,5) Mill. DM. Bis auf einige Ausnahmen in der Sonderfertigung waren die Kapazitäten im Berichtszeitraum ausgelastet.

Weiter verringert hat sich die Zahl der Mitarbeiter. Ende Dezember waren bei Kabelmetal noch 2729 Personen beschäftigt, 2,2 Prozent weniger als zu Beginn des Geschäftsjahres 1983/84 und 8,2 Prozent weniger als im Dezember 1982. Die Sachanlageinvestitionen erreichten 6,5 (6,3) Mill. DM.

Enttäuschung trotz höherer Dividende

DOMINIK SCHMIDT, Kassel

Die Kali + Salz AG (K + S), Kassel, die 1982 die Ausschüttung von 16 auf 6 Prozent gekürzt hatte, wird für das Geschäftsjahr 1983 trotz des deutlich besseren Geschäftsverlaufs ihren Aktionären nur eine auf 8 Prozent erhöhte Dividende vorschlagen. Nach Angaben des Vorstands blieb der Anstieg des Jahresüberschusses auf 30 (15) Mill. DM unter den Erwartungen. Am Grundkapital von 250 Mill. DM ist BASF mehrheitlich beteiligt.

Die Nachfragebelebung auf dem Welt-Kalimarkt führte im Berichtsjahr zu einem um 12 Prozent auf 2,46 (2,19) Mill. t erhöhten Absatz. Im Inland konnten vor allem die Verkäufe an die Mehrnährstoffdünger-Hersteller gesteigert werden. Überdurchschnittliche Zuwachsraten, so der Vorstand, wurden bei den Lieferungen in die EG-Länder erzielt. Die Kali-Erzeugung nahm um 18 Prozent zu. Auch bei Thomaskali und den meisten Magnesium-Verbindungen übertraf der Absatz die Vorjahresmengen.

Der Umsatz erhöhte sich auch infolge verbesserter DM-Erlöse im Auslandsgeschäft um 13 Prozent auf 1,53 (1,35) Mrd. DM. Der Exportanteil stieg wieder leicht auf 48 (47) Prozent. Aus dem Jahresüberschuß sollen der freien Rücklage 10 Mill. DM zugewiesen werden. Im Berichtsjahr erreichten die Sachanlageinvestitionen 115 (145) Mill. DM; ihnen stehen Abschreibungen in Höhe von 126 (148) Mill. DM gegenüber. Die Mitarbeiterzahl verringerte sich um 120 auf 8917. Zügig fortgeführt werden die Arbeiten am Kaliprojekt in der ostkanadischen Provinz New Brunsvick, an dem K + S mit 20 Prozent beteiligt ist. Die Produktionsaufnahme ist für Ende 1985 vorgesehen. Die jährliche Kapazität wird bei 1,3 Mill. t Kaliumchlorid liegen.

HANNOVER-MESSE / Conti-Gummi im „Partnerland Indien" engagiert

Modellhafte Kooperation bei Reifen

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Als eine Form der Kooperation, die durchaus Modellcharakter haben kann, bezeichnete Niedersachsens Wirtschaftsministerin Birgit Breuel die seit 1970 andauernde Zusammenarbeit zwischen dem deutschen Reifen-Hersteller Continental Gummi-Werke AG, Hannover, und der indischen Modi-Gruppe. Im Rahmen der Hannover-Messe, die morgen ihre Tore öffnet, präsentiert sich Indien als „Zeichen Partnerland". Nahezu 400 Unternehmen und Organisationen zeigen ihr Angebot.

Auf einer Pressekonferenz der beiden Reifen-Unternehmen erklärte Frau Breuel, speziell diese Zusammenarbeit zeige, wie effizient es sei, wenn zwei gleichartige Partner sich auf ein Konzept verständigen, das den jeweiligen Bedürfnissen individuell entgegenkomme. Helmut Werner, Vorstandschef der Conti-Gummi, bezeichnete die bisher erzielten Resultate der Zusammenarbeit mit Modi als exzellent. Zunächst ging es darum, deutsches Reifen-Know-how an Modi zu transferieren.

Inzwischen habe das Unternehmen mit einer jährlichen Produktion von 2,5 Millionen Reifen die Marktführerschaft in Indien erreicht. Schwieriger habe sich der zweite Teil der Zusammenarbeit gestaltet. Dabei handelte es sich um die Übernahme einer veralteten Reifenfabrik in Bombay durch Modi. Die Abwicklung dieses Projekts indes gestalte sich wegen der verzögerten Regierungsgenehmigung wesentlich schwieriger als erwartet.

Nach den Worten Werners sind Kooperationen nur erfolgreich, wenn jeder Partner „sich für den Erfolg der anderen Seite verpflichtet fühlt". Diese Basis sei mit Modi gegeben. Ebenso wichtig aber sei die Qualität des Managements vor Ort. Werner: „Der Friedhof gescheiterter Kooperationen ist groß." Probleme bereiteten gerade im Fall Indien die regierungsamtliche Genehmigungspraxis, die wenig Verständnis dafür zeige, daß „Know-how kein statisches Produkt ist und ohne Weiterentwicklung abstirbt". Deshalb sollten Verträge stets sehr präzise fixiert werden.

Kedar Nath Modi, Vorstand der Modi-Gruppe, gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß in Indien nur Erfolg haben kann, wer mit einheimischen Unternehmen zusammenarbeitet. Modi gehöre zu den zehn größten Industrieunternehmen Indiens und kooperiere neben Conti-Gummi mit Uhde, Lurgi und der Metallgesellschaft.

Modi ließ keinen Zweifel daran, daß die erfolgreiche Entwicklung als Reifen-Hersteller ohne die Unterstützung von Conti-Gummi nicht möglich gewesen wäre. Noch Anfang der siebziger Jahre sei der indische Reifenmarkt fest in der Hand der großen internationalen Unternehmen wie Goodyear, Dunlop und Firestone gewesen. Dies habe sich grundlegend geändert, wie die Übernahme des Firestone-Reifenwerks durch Modi zeige.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Finanzierungs-Modell

Hannover (dos.) – Die Bereitstellung von Kapital für die Realisierung von innovativen Projekten, für die eine herkömmliche Kreditfinanzierung nicht in Betracht kommt, hat eine Gesellschaft zum Ziel, die von den niedersächsischen Sparkassen und der Norddeutschen Landesbank gegründet wurde. Die Norddeutsche Gesellschaft für Innovationsfinanzierung mbH Beteiligungs-KG, Hannover, ist als eine „Verbundleistung mit landesweitem flächendeckendem Anspruch konzipiert". Nach Angaben des Niedersächsischen Sparkassen- und Giro-Verbandes liegt die Federführung der Prüfung und Bearbeitung bei der Nord/LB. Die Finanzierungsgesellschaft werde sich bei positiven Prüfungsergebnissen an den Unternehmen beteiligen.

Thyssen: „Graue Theorie"

Düsseldorf (J. G.) – „Theoretisch" brächte eine Arbeitszeitverkürzung auf 35 tarifliche Wochenstunden bei Thyssen zwar 13 000 neue Arbeitsplätze mit 650 Mill. DM zusätzlichem Personalaufwand, teilte Gert Woelke als Arbeitsdirektor im Konzernvorstand während der HV am Freitag auf Aktionärsanfrage mit. In der Praxis aber, fügte dieses prominente IG-Metall-Mitglied hinzu, widerspräche eine solche Rechnung aller betrieblichen Erfahrung. Vielmehr werde ein zusätzlicher Kostenmotor mit dem Resultat zusätzlicher Rationalisierungsinvestitionen in Gang gesetzt. „Wir haben da große Zweifel", ob der aus solcher Arbeitszeitverkürzung erwünschte Effekt der Schaffung neuer Arbeitsplätze erreicht werde.

Neuer Name

Stuttgart (VWD) - Die bisherige südafrikanische Beteiligungsgesellschaft der Daimler-Benz AG, Stuttgart, die UCDD – United Car and Diesel Distributors (Pty.) Ltd., Pretoria, wird in Mercedes-Benz of South Africa (Pty.) Ltd. umbenannt. Dies haben die Gesellschafter beschlossen, nachdem Daimler-Benz im Zuge von zwei Kapitalerhöhungen die Mehrheit von 50,1 Prozent am UCDD-Kapital von 31,5 Mill. Rand (etwa 72,5 Mill. DM) erworben hat. Die Kapitalerhöhungen sind jetzt durchgeführt. Die neue Mercedes-Benz of South Africa erreichte 1983 einen Umsatz von umgerechnet rund 1,6 (1,47) Mrd. DM und beschäftigt etwa 5000 Mitarbeiter.

HÜNNEBECK / Mit dem weiteren Anziehen der Baukonjunktur wird gerechnet

Guter Ertrag soll sich noch bessern

HARALD POSNY, Düsseldorf

Das Bauwesen wird nach Ansicht der Hünnebeck-Gruppe, Ratingen, bei Düsseldorf, unabhängig von den üblichen zwischenzeitlichen Schwankungen national wie international einer der bedeutendsten Wirtschaftszweige bleiben. Das mittelständische in Familienbesitz befindliche Unternehmen sieht seine wesentliche Aufgabe darin, die Wirtschaftlichkeit des Bauens im Bereich Rüsten und Schalen zu verbessern.

Für das laufende Jahr erwartet Hünnebeck im Inland einen Anstieg der Wohnungsbauproduktion um 8 Prozent, im Wirtschaftsbau um 5 Prozent, während die Produktion im öffentlichen Hoch- und Tiefbau stagnieren sollte. Für die Hünnebeck-Gruppe bedeutet diese Ausgangsposition in den eigenen Zielen eine Verbesserung des Ergebnisses durch Steigerung des Inlandsumsatzes im Baubereich, zusätzlich durch Intensivierung des Absatzes außerhalb des Bauwesens, durch Halten des Auslandsumsatzes auf dem Vorjahresniveau und durch weitere Verbesserung der Kostenstruktur.

Nach eigenen Angaben verfügt Hünnebeck weltweit über das breiteste Programm an Baugeräten aus einer Hand: Schalungen, Gerüste, Traggerüste und mobile Hallen aus Aluminium, Stahl, Holz und Kunststoff. Mit etwa 70 Stützpunkten in der Bundesrepublik hat das Unternehmen zugleich das dichteste Vertriebs- und Lagernetz. Im Ausland verfügt Hünnebeck über 6 Tochtergesellschaften, vornehmlich im europäischen Raum, daneben über Niederlassungen im außereuropäischen Bereich und Beteiligungsgesellschaften in Mexiko und Brasilien.

Im letzten Jahr setzte die Gruppe 280 Mill. DM um, 3 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Davon entfielen 218 Mill. DM auf die Hünnebeck GmbH, der Rest auf Tochtergesellschaften. Bei der 1929 gegründeten GmbH verteilt sich der Umsatz mit 153 Mill. DM (plus 30 Prozent) auf das Inland und mit 65 Mill. DM (minus 28 Prozent) auf das Auslandsgeschäft. Rund 60 Prozent des Umsatzes wird mit Schalungen, 30 Prozent mit Gerüsten, der Rest mit Traggerüsten und mobilen Hallen erwirtschaftet. Im Gerüstbereich verfügt Hünnebeck über einen Marktanteil von 50 Prozent, bei Schalungen sind es 35 Prozent. Die Fertigung in der Bundesrepublik erfolgt in Lintorf/Ratingen und Rüthen/Sauerland, wo insgesamt über 600 der insgesamt 900 Beschäftigten tätig sind.

Die Ertragslage wird von der Unternehmensführung als „gut" bezeichnet, der Gewinn werde thesauriert. Auch die Tochtergesellschaften zeigten eine positive Ergebnisentwicklung. Im letzten Jahr wurden wie in den Vorjahren rund 20 Mill. DM investiert. Davon diente ein wesentlicher Teil der Modernisierung und der Aufstockung des Mietgeräteparks. Das Stammkapital der GmbH liegt bei 22 Mill. DM, die Eigenkapitalquote bei 28 Prozent.

DIEBOLD / Informationstechnik-Report

Kein Mangel an Aufträgen

INGE ADHAM, Frankfurt

„Der informationstechnischen Branche geht es im Grunde gut, denn an Aufträgen mangelt es nicht", konstatiert die Diebold Deutschland GmbH in ihrem jüngsten Report. Generell sei die Investitionsbereitschaft der Anwender gestiegen; das gelte auch für Teilbereiche des öffentlichen Sektors. Ungemach für die Branche macht Diebold allein wegen der Engpässe bei den Halbleiterlieferanten aus: Weder Amerikaner noch Japaner – deutsche Produzenten spielen nur eine untergeordnete Rolle – seien derzeit in der Lage, den Weltbedarf an integrierten Schaltkreisen („Chips") zu befriedigen.

Schon hätten sich „schwarzmarktähnliche Verhältnisse" entwickelt, konstatiert Diebold. Wer sofort beliefert werden will, müsse ein Vielfaches des Listenpreises bezahlen. „Fast sieht es so aus, als ob die Chip-Lieferanten zu den Ölscheichs der 80er Jahre werden, mit dem einzigen Unterschied, daß die Chip-Produktion einzig an Know-how und nicht an geologisch bedingte Standorte gebunden ist", schreibt Diebold.

Renner im Geschäft mit den Computern war (und ist), gemessen an den Zuwachsraten,, „wieder der Mikrocomputer aller Schattierungen". Das findet auch seinen Niederschlag in der jetzt vorgelegten neuen Diebold-Statistik, die für die Anbieter von kleinen (Personal)-Computern starke Sprünge in den Stückzahlen zeigt. Zwar macht Diebold bei höherwertigem Systemgeschäft in diesem Bereich noch stärkere Zurückhaltung aus, einmal wegen der Unklarheit bei den Anwendern über die organisatorische Einbindung von Mikrocomputern und zum anderen wegen noch nicht ausreichender Software. Aber sobald die Frage des „Industriestandards" (damit sind Sprachen und Betriebssysteme gemeint) geklärt sei, könne der Mikrocomputermarkt mit „einer beträchtlichen Zahl von Nachfrageimpulsen" rechnen. Keinen Zweifel hat Diebold, daß die „Industriestandards" vom Branchenriesen IBM, der im vergangenen Jahr die Zahl seiner in der Bundesrepublik installierten Systeme auf 16 670 (16 000) im Wert von knapp 15,9 (15) Mrd. DM steigerte, gesetzt werden.

WICKÜLER-KÜPPER / Probleme mit Kölsch

An der Ruhr gut behauptet

HANS BAUMANN, Essen

Im Brauwirtschaftsjahr 1982/83 konnte sich die Wicküler-Küpper-Brauerei KG, Wuppertal, trotz heftigen Wettbewerbs in den Märkten Ruhrgebiet und Kölner Raum gut behaupten. Der Umsatz der Gruppe mit dem Stammhaus in Wuppertal, der Küppers-Kölsch-Brauerei, des Göttinger Brauhauses und der Waldschloßbrauerei, stieg um 1,4 Prozent auf 355,8 Mill. DM. Der Ausstoß der Gruppe ging dagegen geringfügig um 0,5 Prozent zurück.

Der Ausstoßrückgang kam aus den Bereichen Export-Bier und Küppers-Kölsch. Bei Pils legte die Gruppe zu. Allein Wicküler Pils hat die 800 000-Grenze überschritten. Zuwachsraten haben auch die beiden Kölner Mehrheitsbeteiligungen Hubertus und Sion, die man auf einen Gesamtausstoß von rund 120 000 Hektoliter schätzen darf. Da sowohl in der Gruppe als auch bei Küppers-Kölsch der Flaschenbieranteil mit rund 80 Proeznt sehr hoch ist, büßte auch hier Küppers rund 25 000 Hektoliter ein. Heftigste Mitbewerber in Köln sind die Dom-Brauerei, Gilde und Sester.

Diese 25 000 Hektoliter müssen aber gegen die 1,2 Mill. Hektoliter Küppers-Kölsch-Ausstoß im Berichtsjahr gesehen werden oder gegen die 1,4 Mill. Hektoliter Kölsch in der Gruppe insgesamt. Wicküler ist damit nach wie vor Marktführer am Kölsch-Markt mit seinen rund 3,8 Mill. Hektoliter. Für Küppers-Kölsch wurde Ende März eine Preiserhöhung vorgenommen, die beim Verbraucher mit einem Aufschlag von 50 Pfennig bis einer Mark je Kasten Halbliter-Euro-Flasche ankommen dürfte.

Während der Pilsmarkt zufriedenstellende Ergebnisse bringt, bereitet der Kölschmarkt doch Probleme, was nicht zuletzt daran liegt, daß die Sorte Kölsch ganz generell die kleinsten Renditen am Biermarkt bringt. Hier soll für Küppers nicht nur die Preiserhöhung Entlastung bringen, sondern auch der Eintritt in den Markt der „Pittermännchen", der Fäßchen mit 20 und 30 Liter Kölsch, für die im Juni eine Abfüllanlage in Betrieb gehen wird. Über Investitionen schweigt sich die Gruppe traditionell aus.

BADEN-WÜRTTEMBERGISCHE BANK

Ausleihungen erhöht

MANFRED FUCHS, Stuttgart

Das Wachstum der Baden-Württembergische Bank AG (BW Bank), Stuttgart, wurde im Geschäftsjahr 1983 vor allem vom Kundenkreditgeschäft getragen. Bei einem Zuwachs des Geschäftsvolumens um 6,5 Prozent auf 10,06 Mrd. DM und der Bilanzsumme um 6,7 Prozent auf 8,82 Mrd. DM erhöhte sich das gesamte Kundenkreditvolumen um 9,2 Prozent auf 6,485 Mrd. DM. Der Anteil der langfristigen Kredite stieg dabei auf rund ein Drittel. Wie Vorstandssprecher Manfred Prechtl berichtete, haben die Kundeneinlagen der BW Bank um 5,5 (Vorjahr: 12,2) Prozent auf 5,36 Mrd. DM zugenommen, während sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 3,2 Prozent auf 2,06 Mrd. DM verminderten. Die WKV-Kreditbank GmbH (Karlsruhe), deren restliche Anteile die BW Bank erworben hatte, hat sie mit ihrer Volltochter WKV-Bank GmbH, Stuttgart, fusioniert.

Die Zinsspanne stieg im Jahresdurchschnitt 1983 auf 2,48 (2,25) Prozent und hat sich bis jetzt auf 2,2 Prozent vermindert. Der Zinsüberschuß nahm um fast 20 Prozent auf 223,6 Mill. DM und der Provisionsüberschuß wegen geringerer Erträge im Edelmetallhandel und im Vermittlungsgeschäft um 1,5 Prozent auf 40,5 Mill. DM zu. Das Teilbetriebsergebnis liegt mit 116,3 Mill. DM um 38,3 Prozent über Vorjahr. Bereinigt um außerordentliche Aufwendungen für Altersaufwendungen ermäßigt sich diese Steigerungsrate aber auf rund 28 Prozent. Die auf 54,6 (36,2) Mill. DM gestiegene Position Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere enthält vor allem die Risikovorsorge im Kreditgeschäft.

Die Steigerung der sonstigen Aufwendungen um 2,5 Mill. DM im Jahr 1983 betrifft überwiegend einen Beitrag für die zusammengebrochene SMH-Bank, Frankfurt. 1984 ist dafür nochmals ein Beitrag in ähnlicher Höhe fällig. Aus dem Jahresüberschuß von 27,2 (21) Mill. DM werden acht (fünf) Mill. DM den Rücklagen zugeführt. Der Hauptversammlung am 15. Mai 1984 wird eine Dividende von 20 (18 plus zwei) Prozent vorgeschlagen. Das Aktienkapital von 96 (80) Mill. DM wird über zwei Zwischenholdings zu rund 54 Prozent vom Land Baden-Württemberg gehalten. In den ersten zwei Monaten 1984 ist das Kreditvolumen um knapp 5 Prozent und der Provisionsüberschuß um mehr als 10 Prozent gestiegen.

HOECHST / Beteiligung an Roussel-Uclaf als Beispiel für deutsch-französische Zusammenarbeit gepriesen

Vom Partner Staat nur angenehm überrascht

JOACHIM WEBER, Paris

Alle schwelgen in den höchsten Tönen: „Unser Modell sollte ein Beispiel für andere Vorhaben der deutsch-französischen Zusammenarbeit sein", meint Christian d'Aumale, als Vertreter des französischen Staates Aufsichtsratsvorsitzender von Roussel-Uclaf, jener Hoechst-Beteiligung, die vor rund zwei Jahren teilweise verstaatlicht werden mußte, weil sie auf der Nationalisierungs-Liste der neuen Regierungspartei gestanden hatte.

Aber auch Wolfgang von Pölnitz, im Vorstand der Hoechst AG seinerzeit für das Abkommen mit den Franzosen – damals nach langem Pokern eher zähneknirschend eingegangen – mitverantwortlich, vermag keinen Wermutstropfen zu entdecken: „Franzosen und Deutsche, das ist eine ideale Kombination zweier Mentalitäten. Da sind Esprit und schnelle Phantasie einerseits und Systematik und Organisation, andererseits, die sich hervorragend ergänzen". Selbst Rechtsvorstand Martin Frühauf, von Berufs wegen skeptisch und ebenfalls am Vertragswerk beteiligt, sieht allenfalls „Probleme, wie sie in jeder menschlichen Zusammenarbeit auftreten".

Die für die Höchster zweifellos „positive Überraschung, daß wir pragmatisch und realistisch vorgehen" und „daß wir uns auf derselben Wellenlänge wiedergefunden haben" (d'Aumale) hing indessen stark von den beteiligten Personen ab, nicht zuletzt von dem welt- und deutschlanderfahrenen Diplomaten d'Aumale selbst. So sieht denn auch Frühauf ein Risiko der Kooperation vor allem darin, „daß die Beziehungen zwischen den Menschen nicht mehr so funktionieren".

Vorerst klappt aber zwischen Frankfurt und Paris – auf Management- wie auf Staatsebene – alles noch zum beiderseitigen Nutzen. Die Franzosen können ein zwar teilverstaatlichtes, aber unter Hoechster Führung (mit 51,3 Prozent Kapital- und 54,5 Prozent Stimmrechtsanteil) absolut privatwirtschaftlich agierendes Unternehmen vorweisen, das munter expandiert und stetig neue Arbeitsplätze schafft.

Dazu trägt nicht zuletzt bei, daß die Deutschen, seit zehn Jahren mehrheitlich an Roussel beteiligt, das Unternehmen in ihre weltweite Marketing-Organisation eingebunden und ihm damit neue Absatzkanäle eröffnet haben. Der Hoechst-Konzern dagegen betont vor allem den Wert der gemeinsamen Forschung.

Freilich: die langjährige Zusammenarbeit zwischen Roussel und Hoechst begann bereits 1968 mit einem Abkommen über die Kooperation in der Forschung. Und das wohl größte Hoechster Pharma-Produkt der letzten Jahre, das Antibiotikum Claforam, stammt aus den Roussel-Labors. 1983 brachte allein dieses Medikament den Franzosen weltweit rund 1 Mrd. Franc (330 Mill. DM) Umsatz, knapp übertroffen nur noch von einem Insektizid.

Die Erfolge der Zusammenarbeit sind auch an anderen Zahlen ablesbar. So stieg der Gruppenumsatz von Roussel-Uclaf 1983 um 19 Prozent auf 9,3 (7,8) Mrd. Franc; in diesem Jahr soll er die 10-Milliarden-Marke übersteigen. Auch der Nettogewinn hat 1983 „wesentlich über" den 135 Mill. Franc von 1982 gelegen, wird aber noch nicht beziffert. Wichtig für die Franzosen: Das Inlands-Personal wuchs auf 10 220 (9960) Mitarbeiter. Und von einem Auslandsanteil von zwei Dritteln vom Umsatz profitiert schließlich auch die französische Handelsbilanz. Kein Wunder also, wenn Aufsichtsrats-Chef d'Aumale, befragt über eventuelle Wünsche nach Änderungen im Hoechst-Vertrag, gelassen meint: „Nachdem die Dinge so gut laufen – warum soll man sie ändern?" Pragmatismus solle auch die Zukunft prägen.

TENGELMANN

Mit US-Tochter nun zufrieden

J. G. Düsseldorf

Mit spürbarem Stolz verkündet die Mülheimer Tengelmann-Gruppe, Europas größter Lebensmittelfilialist, für ihre 1979 erworbene US-Mehrheitsbeteiligung The Great Atlantic & Pacific Tea Company Inc. nach jahrelang schweren Verlusten nun die jüngsten und wiederum positiven Daten. Im vierten Quartal von 1983/84 (25. 2.) betrug der Gewinn 14,1 Mill. Dollar bei 1,32 Mrd. Dollar Umsatz und somit wurde im Gesamtjahr 47,6 Mill. Dollar Gewinn oder 1,27 Dollar je Aktie aus 5,22 Mrd. Dollar Umsatz erwirtschaftet.

Das Jahresergebnis wurde zwar noch durch 16,2 Mill. Dollar Erträge aus der Nutzung abenteuerlicher Verlustvorträge verschönt. Andererseits rechne A & P jedoch dmait, 1984/85 rund 275 Mill. Dollar aus Überschüssen des Pensionsfonds zu erhalten, womit die aufgelaufenen Verlustvorträge „so gut wie voll abgedeckt sein werden". Nunmehr acht Quartale nacheinander arbeite A & P wieder mit Gewinn. Für Modernisierung der Filialen wie für Expansion läuft seit 1983/84 ein Dreijahres-Investitionsprogramm über 300 Mill. Dollar.

STADTSPARKASSE DORTMUND / Weniger gespart

Rekord im Kreditgeschäft

HARALD POSNY, Dortmund

In einem für diesen Wirtschaftsraum schwierigen Jahr 1983 hat die Stadtsparkasse Dortmund, größte Sparkasse in Westfalen, eine stabile Zinspolitik betrieben. Vorstandsvorsitzender Karlheinz Sternkopf: „Mit unseren Konditionen bewegen wir uns im Kreditgeschäft an der Untergrenze und im Einlagengeschäft an der Obergrenze des Marktes." So verdient das Geschäftsjahr 1983 das Prädikat „befriedigend", zumal nicht alle sich für das Institut bietenden Marktchancen ausgeschöpft worden sind.

Allerdings: wie andernorts – wenn auch nicht so ausgeprägt – stand eine stärkere Kreditnachfrage einer schwächeren Einlagenentwicklung gegenüber. Es wurde deutlich weniger und auch anders gespart. Das private Sparaufkommen fiel von 221 Mill. DM (1982) auf 123 Mill. DM zurück. Favoriten der Geldanlage waren die Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist und die mit Festzinssatz für ein Jahr. Die Spareinlagen erreichten 2,93 Mrd. DM (plus 5,8 Prozent), die Gesamtverbindlichkeiten stiegen von 4,88 auf 5,18 Mrd. DM.

Dank des gewerblichen Geschäfts- und der Baufinanzierungen wurde im Kreditgeschäft ein Rekordergebnis erzielt. Die Gesamtforderungen erhöhten sich um 10,7 Prozent auf 3,56 Mrd. DM. Am Kreditvolumen von 3,24 (3,22) Mrd. DM haben gewerbliche Kredite einen Anteil von 25 Prozent. Das private Kreditgeschäft wuchs 1983 etwas verhaltener.

Die Zinsspanne lag konstant bei 3,25 Prozent. Aus dem Jahresüberschuß von 21 (20,7) Mill. DM wurden die Rücklagen mit 15,7 (15,5) Mill. DM dotiert. Die Sicherheitsrücklage beträgt 4,7 (4,7) Prozent der auf 5,58 (5,27) Mrd. DM gestiegenen Bilanzsumme oder 5,2 (5,2) Prozent der Gesamteinlagen.

BRITISH AIRWAYS / Ungeklärte Schuldenfrage

Privatisierung kommt 1985

WILHELM FURLER, London

Großbritanniens staatliche Fluggesellschaft British Airways hat jetzt den Status einer „public limited company" und damit einer Aktiengesellschaft erhalten. Gleichzeitig wurde bekannt, daß die Mehrheit an der Fluggesellschaft, also zumindest 51 Prozent der Aktien, am 31. März nächsten Jahres verkauft wird. Bis dahin bleiben alle Aktien von British Airways plc im Besitz der Regierung. Alleiniger Aktionär ist Verkehrsminister Nicholas Ridley.

Immer noch nicht geklärt ist die Frage, ob British Airways mit oder ohne Bürde einer erheblichen Schuldenlast ins Privatleben entlassen werden soll. Sollte sich das Schatzamt bis zum Privatisierungs-Termin nicht entschlossen haben, diese teilweise oder sogar ganz abzuschreiben, dann dürfte sie zu diesem Zeitpunkt bei 800 Mill. Pfund liegen (rund 3 Mrd. DM). Zum Ende des Finanzjahres 1982/1983 hatten die Schulden von British Airways durch die Aufnahme *von Investitionskrediten 1,053 Mrd.* Pfund erreicht.

Diese Schuldenlast wird von der Regierung solange garantiert, wie British Airways noch in Staatsbesitz ist. Doch in dem Augenblick, wo die Privatisierungs-Aktion abgeschlossen ist, wird die Regierung keinerlei Garantie für irgendwelche Verpflichtungen der Fluggesellschaft mehr tragen.

Nachdem British Airways in den letzten zwei Jahren nicht nur die Verlustzone verlassen, sondern auch für das jetzt abgelaufene Geschäftsjahr sogar einen Rekordgewinn vor Steuern bekanntgeben dürfte, ist immer weniger mit einer Abschreibung der Schuldenlast durch die Regierung zu rechnen – zumal Konkurrenten wie British Caledonian einen solchen Vorgang als ungerecht und zusätzlich benachteiligend bekämpfen würden.

NAMEN

Gerhard Matulat, Geschäftsführer des Fachverbandes Schaumkunststoffe e. V. (FSK), feiert am 4. April den 75. Geburtstag.

Herbert Wolfering (55), Rechtsanwalt in Düsseldorf, ist als Nachfolger von Dr. med. **Joachim Kühn** zum Vorsitzenden des Verbandes Freier Berufe in Nordrhein-Westfalen gewählt worden.

Dr. Klaus Schaeffer ist zum Vorstandsmitglied der Grundkreditbank eG, Berlin, berufen worden. **Josef Baiz** wurde stellvertretendes Vorstandsmitglied.

Günter Alten löst **Dr. Wilhelm Nolden** als Aufsichtsratsvorsitzenden der 3M Deutschland GmbH, Neuss, ab. Nolden legte sein Amt aus Altersgründen zum 12. März nieder.

„Laufzeiten der Maschinen zu kurz"

adh. Frankfurt

Für eine flexiblere Verteilung der Arbeitszeit, die auch längere Maschinenlaufzeiten erlaubt, plädierte Ernst-Günter Plutte auf der Jahrestagung der Fachgruppe Textil und Bekleidung des Vereins Deutscher Ingenieure. In der Bundesrepublik betrage die durchschnittliche Betriebszeit für Unternehmen der Baumwollindustrie, die in drei Schichten arbeiten, 5500 Stunden pro Jahr. In Japan seien es 6264, in den USA 6900 und in Südkorea sogar 8400 Stunden. Japanische Produktionsanlagen leisteten also 14 Prozent mehr Arbeitsstunden als die deutschen, die Maschinen in den USA laufen ein Viertel länger als in der Bundesrepublik und zu Südkorea betrage der Abstand sogar 52 Prozent, rechnete Plutte vor.

Die Textilindustrie der Bundesrepublik könne es sich nicht länger leisten, auf den Gewinn an Wettbewerbsfähigkeit zu verzichten, der eine bessere Nutzung der Maschinen ermögliche. Produktionsanlagen, die nicht produzieren, verdienen auch nichts, aber sie verursachen Kosten, betont Plutte. Deshalb sei der bestmögliche Wirkungsgrad der Maschinen ein wichtiger Eckstein im Konzept von Gesamttextil für das kommende Jahrzehnt.

Auf der Wunschliste von Plutte, die auf den erbitterten Widerstand der Textilgewerkschaft stoßen dürfte, steht unter anderem die Aufhebung des Arbeitsverbotes an Sonntagen und der Wunsch nach einer Möglichkeit, das Jahreskontingent an Arbeitsstunden besser an die jeweilige Auftragslage anpassen zu können, da die Textilproduktion einem saisonalen Rhythmus unterliegt.

Beitragseinnahmen wiederum gestiegen

dos, Braunschweig

Die Öffentliche Versicherung Braunschweig, zu der die Landes-Brandversicherungsanstalt, die Öffentliche Leben und die Öffentliche Sach gehören, verzeichnete im Geschäftsjahr 1983 erneut günstige Ergebnisse. Nach Angaben des Vorstands gilt diese Aussage nicht nur für die Beitragseinnahme und den Vertragsbestand, sondern auch – mit Ausnahme der Feuerversicherung – für den Schadenverlauf.

Die gesamte Beitragseinnahme der drei Unternehmen erhöhte sich im selbst abgeschlossenen Geschäft um 4,8 Prozent auf 258 (246) Mill. DM. Davon entfielen auf die Sachversicherung 173 (162) Mill. DM. Die Hausrat- (plus 10,6 Prozent) und die Wohngebäudeversicherung (plus 9 Prozent) haben daran maßgeblichen Anteil. Obwohl einige Großschäden in der Feuerversicherung die Schadenquote verschlechterten, sei wieder mit einem guten Ergebnis zu rechnen. Im HUK-Bereich nahm die Beitragseinnahme um 6,4 Prozent auf 140 (131) Mill. DM zu.

Der Neuzugang an Verträgen in der Lebensversicherung wuchs stückzahlmäßig um 4,5 Prozent und der Summe nach um 9,1 Prozent. Der Versicherungsbestand erhöhte sich wertmäßig um 8,2 Prozent auf 1,55 (1,43) Mrd. DM, die Beitragseinnahme auf 62,9 (62,2) Mill. DM.

Nur geringfügig stieg die Beitragseinnahme der Landes-Brandversicherung (plus 1,1 Prozent) auf 22,2 Mill. DM. Die Schadenaufwendungen dagegen nahmen um 49 Prozent auf 16,6 (11,1) Mill. DM zu, so daß im Versicherungsgeschäft ein leichter Verlust eintreten wird.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Bernd Engel/Hans Herber: Volkswirtschaftslehre für Studium und Bankpraxis, Gabler Verlag, Wiesbaden 1983, 44 Mark.

Banken haben eine entscheidende Dienstleistungs- und Vermittlungsfunktion in der Wirtschaft ebenso wie geld- und kreditpolitische Fragen immer größere Bedeutung für die Landwirtschaft unseres Landes gewinnen. Alle Bankgeschäfte werden durch volkswirtschaftliche Rahmendaten bestimmt, und das gesamte Bankensystem und die Bankenaufsicht beeinflußen das volkswirtschaftliche Geschehen. Dieses Buch zeigt – speziell auf die Bedürfnisse der in der Praxis tätigen Bankkaufleute zugeschnitten – die ökonomischen Zusammenhänge auf und vermittelt in verständlicher Form das volkswirtschaftliche Grundwissen, das für eine Tätigkeit im Bankenbereich unerläßlich ist.

Ulrich Busch: Konzeption betrieblicher Informations- und Kommunkationssysteme (IKS), Erich Schmidt Verlag, Berlin 1983, 267 S., 54 Mark.

Die Automatisierung der letzten 20 Jahre hat in vielen Unternehmen zu einer Unüberschaubarkeit der administrativen Abläufe geführt, und dies nicht selten zu außerordentlichen Schwächen der Ablauforganisation. Aufgabe des Managements in Wirtschaft und Verwaltung ist es daher, zu ständigen Produktivitätsverbesserungen bei der Entwicklung und dem Betreiben von Informations- und Kommunikationssystemen beizutragen. Die Darstellung einer konzeptionellen Vorgehensweise für die systematische Realisierung hat diese Schrift zum Inhalt.

Hans Schneider: Gesetzgebung, C.F. Müller Juristischer Verlag, Heidelberg 1982, 422 S., (Ln.), 118 Mark.

Als typisch und wesenseigen wird für die Gesetzgebung die Setzung genereller, abstraker Rechtsnormen angesehen, Anordnungen, die nach der Verfassung die Volksvertretung erlassen kann. Unsere Rechtsordnung beruht auf diesen Gesetzen. Jährlich erläßt der Bundestag etwa weitere 100 Gesetze. Dieses Lehrbuch bietet die erste systematische Darstellung der Gesetzgebung und zwar so, wie sie sich in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt hat. Es ist daher nicht nur eien theoretisch-wissenschaftliche Abhandlung, sondern eine zeitnahe Gesetzesdokumentation, die Stil und Sprache, Mindestanforderungen und technische Kunstgriffe der Normsetzung kritisch untersucht. Bei alle dem wird nicht außer acht gelassen, daß jedes Gesetz Ergebnis eines politischen Prozesses ist.

Hesselberger, Kommentar für die Politische Bildung, 4. Aufl., Luchterhand Verlag, 1983, 300 S., 34,80 Mark.

In handlicher Form informiert der vorliegende Kurzkommentar umfassend und überischtlich über Verfassungsgrundsätze, staatsrechtliche Begriffe und Verfassungsgeschichte. Fälle aus der Praxis veranschaulichen die Materie, bei umstrittenen Problemen des Verfassungsrechts werden die wichtigsten Argumente einander gegenübergestellt. Grundlegende Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts sind eingearbeitet. Ein Gewinn ist der Band für politisch interessierte juristische Laien, Studenten und Schüler.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Heilbronn: Schulze-Hauskaminsanierungs-GmbH; **Kaiserslautern:** Franz Barth, private Berufsfachschule; **Kleve:** Paul Jansen GmbH & Co. Bauunternehmung; **Lauterbach/H.:** Bär-Pinsel-Großvertrieb GmbH, Schlitz; **Mainz:** Karl-Horst Kron, Mainz-Weisenau; Automobile – Östreicher GmbH, Oppenheim; Maschinenfabrik Marco GmbH u. Co. KG, Weilermaschinen u. Apparatebau, Weiler b. Bingen; **Niebüll:** BN Baubetriebe-Nord GmbH & Co. Tief- u. Ingenieurbau KG Niebüll; **Oldenburg:** Hudo-Werk KG August Heins-GmbH & Co., Hude; **Osnabrück:** Nachl. d. Wasyl Floka; **Remscheid:** Thomas Ritter, Solingen; Johann Friedrich, Solingen; Deutsche Spiralbohrer- u. Werkzeugfabriken GmbH & Co. KG; **Rottweil:** Andreas Ziegler GmbH u. Co. KG, Wäschefabrik, Dornhan 6-Weiden; **Stadthagen:** Rudolf Winkelhake, Landmaschinenmechanikermeister.

Vergleich beantragt: Lübeck: Frauke Schnack geb. Hochwald, Ahrensbök, Inh. d. Boutique M 28 Frauke Schnack; **Stade:** Wuco Fenster- u. Türenfabrik Witt KG.

SIEMENS

Hannover-Messe – der Anlaß, mit Siemens über Datentechnik für die Produktion zu sprechen

Datentechnik für die Produktion Halle 11

Die Datentechnik, als Teil unserer Automatisierungstechnik, erschließt in allen Bereichen der Produktion neue Möglichkeiten der Rationalisierung – der Produkt-, Verfahrens- und Abwicklungs-innovation.

Datentechnik minimiert die Lagerkosten.
Datentechnik erhöht die Lieferbereitschaft.
Datentechnik aktiviert die Entwicklung.
Datentechnik koordiniert den Einsatz aller Produktionsfaktoren.
Datentechnik erleichtert die Informations-gewinnung und steigert die Transparenz.
Datentechnik verbessert die Kundenorientierung des Vertriebs.

Unsere Fachleute informieren Sie – in Halle 11, aber auch in Halle 1 – über Systeme und Komponenten für die Produktionsautomatisierung und über unsere bewährte Anlagentechnik.

Ob Sie »Einsteiger« sind oder die letzte Stufe der Automatisierung anstreben: den Automatisierungsverbund – unsere Systeme ermöglichen Ihnen beides.

In Halle 11 zeigen wir Ihnen »live« die Integration von Datentechnik in der Automatisierungstechnik und zeigen Produkte und Systeme für jede Fertigung.

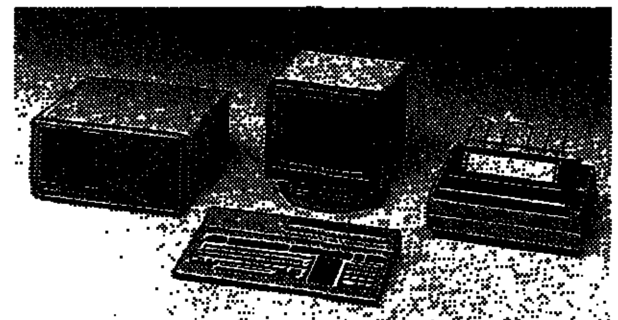
Ausstellungsprogramm Halle 11

Betriebsdatenerfassung
Mikrocomputergesteuerte Terminalreihe, Infrarot-Terminal und Videoanschluß

Flexible Fertigungssteuerung
Beispiel:
vollautomatische Automobilproduktion unter anderem mit Anwendungen für Lagerhaltung, Vorfertigung, Endmontage und Auslieferung;

Automatisierungsverbund mit verschiedenen Systemen:
Minicomputer, Multi-Mikrocomputer, Terminals für die Betriebsdatenerfassung, SIMATIC-Steuerungen, numerische Steuerung SINUMERIK, VIDEOMAT zur Bilderkennung, DISIT zur Prozeßvisualisierung, Roboter

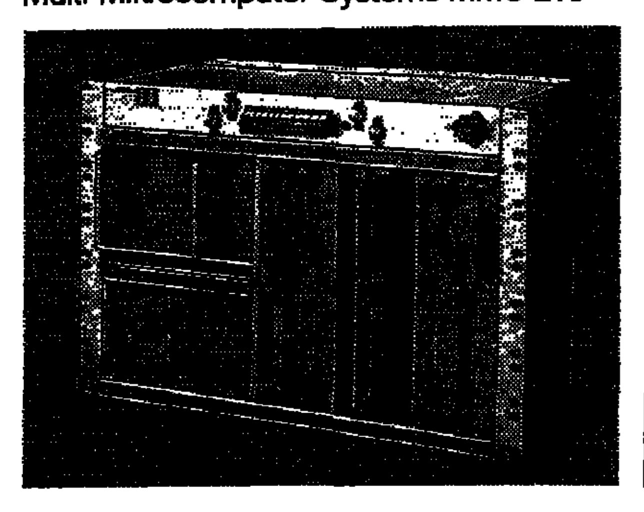
Ingenieurarbeitsplatz
Personal Computer PC 16 für Berechnung, Prüfung, Auswertung und Darstellung von Daten mit Kopplung zum Host-Rechner



Qualitätssicherung
Personal Computer PC 16 für den industriellen Einsatz; Anwendungsbeispiele Uhreneichplatz und IEC-Meßplatz

Minicomputer/Prozeßrechner
Vorstellung der Weiterentwicklungen des Systems 300

Industrielles Multicomputing
Anwendungsbeispiele mit mehreren Verarbeitungseinheiten des Multi-Mikrocomputer-Systems MMC 216



Ausstellungsprogramm Halle 1

Computer Aided Manufacturing
Softwarepaket FERTIS mit Anwendungs-beispielen für Kundenauftragserfassung, Materialbestellung, Bestandsdisposition, Lagerhaltung, Fertigungsplanung und Fertigungssteuerung

Computer Aided Quality
Qualitätssicherung mit dem Personal Computer PC 16

Ingenieurarbeitsplatz
Personal Computer PC 16 als multifunktionales Terminal

Fertigungstechnik
Prozeßvisualisierung und -bedienung mit dem Sichtgerätesystem DISIT

Personendatenerfassung
Zeiterfassung und Zugangskontrolle mit dem System SIPASS, Vorstellung des neuen Kompaktterminals

Betriebsdatenerfassung
Mobile und stationäre Terminals und einfache Dialogerstellung mit verschiedenen Softwarepaketen

Terminals
Zeichenbildschirmeinheiten, Datenerfassungsstationen und Drucker



In dieser Sonderschau zeigen wir Ihnen Beispiele für innovative Anwendungen der Elektronik in vielen Bereichen, darunter die Modellanlage eines flexiblen Fertigungs-systems für die Automobilproduktion.

Wir informieren Sie ausführlich über unser Ausstellungsprogramm in Bildschirmtext unter ✱ 32075 #.
Oder schreiben Sie an Siemens AG, Infoservice 112–14, Postfach 156, 8510 Fürth 2.

Aktien traten auf der Stelle

Meinungskäufe sorgten teilweise für steigende Kurse

DW.- Die schon am Wochenende für eine freundliche Tendenz sorgenden Meinungskäufe wurden am Wochenbeginn am Aktienmarkt weiter fortgesetzt. Zum Teil sollen die Kaufaufträge wieder aus dem Ausland gekommen sein. Überall hielten sich die Kursveränderungen in engen Grenzen. Sonderbewegungen blieben weitgehend aus. Im Verlaufe setzte sich eine etwas positivere Einstellung gegenüber den Autoaktien durch, die allerdings nur bei VW Niederschlag in steigenden Notierungen fand.

Zu den bevorzugten Papieren zählten wieder Preussag-Aktien. Auch für Veba ist seit Tagen wieder Kaufinteresse zu beobachten, was bemerkenswert ist, weil auf der gegenwärtigen Basis vor gar nicht langer Zeit große Teile des vom Bund abgegebenen Pakets plaziert worden sind und man eigentlich annehmen mußte, daß damit der Markt zunächst einmal gesättigt sein würde. Von der überraschenden Einigung über die Zinszahlungen Argentiniens haben die deutschen Bankaktien kaum profitiert. Von den Bauwerten setzten Hochtief-Aktien ihren seit Tagen anhaltenden Anstieg fort.

Düsseldorf: Hagen Batterien erhöhten um 4 DM und Kabel und Metal um 3 DM. Keramag stockten um 3 DM auf. Nachgegeben haben Banning um 10 DM und Conc. Chemie um 20 DM. Hein. Lehmann verloren 5 DM und Rhenag 7 DM. Bei den Versicherungen stockten Aachener Rück um 10 DM und Nordstern um 5 DM au.

Frankfurt: Einzelne Standardwerte konnten sich bis zu 3 DM verbessern, allerdings bei sehr kleinen Umsätzen. Von Nebenwerten blieben Deutsche Conti-Rückversicherung Namensaktien 1175 DM minus 60 DM, Concordia Chemie 710 DM minus 30 DM, Commerzbank-Restquoten bei Doppelminus 8,70 DM minus zwei DM, Mainzer Aktienbier 375 DM plus 10 DM und Mainkraft 560 DM minus 10 DM.

Hamburg: Bremer Vulkan wurden auf weiter erhöhter Basis mit 64 DM gehandelt. HEW gaben um 1,90 DM auf 97,10 DM nach, während NWK-Vorzüge bei 176,50 DM behauptet lagen. Phoenix Gummi begannen zu 139 DM und fielen danach auf 138 DM zurück. Beiersdorf gingen zu 350 DM aus dem Markt und Triton wechselten in der Kasse zu 133 DM den Besitzer.

München: Etienne Aigner gaben um 3 DM nach und Brau AG Nürnberg um 5 DM. Flachglas verminderten um 2 DM und Gehe AG um 4 DM. Hacker Pschorr verloren 5 DM und Leonische Draht 1 DM. Otto Stumpf verminderten um 4 DM auf 133 DM und Zahnräder Renk um 4 DM auf 236 DM.

Berlin: Berthold konnten 7,50 DM, Engelhardt 5 DM und Herlitz Vorz. 4 DM zulegen. Kempinski und Schering erholten sich um je 3 DM. Concordia Chemie schwächten sich um 35 DM ab. Herlitz St. gaben um 1,90 DM und Orenstein um 1 DM nach.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex vom 2.4.: 150,1 (150,7)
WELT-Umsatzindex vom 2.4.: 21,75 (22,80)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

DM-Anleihen

Ausland

Wien

	2. 4.	30. 3.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	220	219
Gösser-Brauerei	328	325
Länderbank Vz.	212	211
Österr. Brau AG	300	299
Perlmooser	349	346
Reininghaus	385	382
Schwechater Br.	157	157
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	151	151
Universale Hoch/Tief	–	–
Veitscher Magnesit	214	212
Index	55,31	–

Kopenhagen

	2. 4.	30. 3.
Den Danske Bank	–	244
Jyske Bank	483	479
Kopenh. Handelsbk.	220	220
Novo Industri	2320	2330
Privatbanken	242	241
Ostasiat. Komp.	178	175
Dan. Sukkerfabr.	615	615
For. Bryggerier St.	885	885
Kgl. Porc. Fabr.	360	360

Brüssel

	2. 4.	30. 3.
Arbed	1580	1560
Brux. Lambert	2480	2500
Cockerill Ougrée	241	239
Ebes	–	2500
Gevaert	3270	3115
Kredietbank	6980	6950
Petrofina	7220	7250
Soc. Gén. d. Belg.	1755	1750
Sofina	5740	5700
Solvay	3980	4000
UCB	4850	4875
Index	146,62	144,75

Singapur

	2. 4.	30. 3.
Cycle + Car.	4,36	4,36
Cold Storage	4,24	4,36
Dev. Bk. of Sing.	9,75	9,60
Fraser + Neave	4,90	6,10
Kl. Kepong	2,94	2,96
Mal. Banking	10,10	10,10
Nat. Iron	6,00	6,00
OCBC	10,50	10,60
Sime Darby	2,52	2,51
Singapur Land	5,80	–
Un. Overs. Bank	5,25	5,30

Optionshandel

Frankfurt: 2. 4. 84: 399 Optionen = 21 600 (24 600) Aktien, davon 90 Verkaufsoptionen = 4650 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 7-100/7, 10-120/5, BASF 7-180/5, Bayer 7-170/10, 7-180/6,1, 7-190/4,5, 10-170/14,8, 10-190/6,5, Bekula 7-95/4,15, Commerzbank 7-190/6, 10-180/17,35, 10-190/10,6, 10-200/8, Conti 7-130/10, 7-140/4,5, 7-150/2,4, 10-130/14, 10-140/9, Daimler 10-560/30, Dt. Babcock St. 7-180/7, 1-160/14,4, Deutsche Bank 7-390/19, 7-400/11,1, 10-380/26, 10-420/10, Dresdner Bank 7-180/9,4, Hoechst 7-180/8, 10-180/14, Hoesch 7-120/6, 10-130/6, Klöckner 7-60/9, 7-70/4, 10-60/13,6, 10-65/8,8, 10-70/6,5, 10-75/5, Mannesmann 10-150/8,9, 10-160/6, Siemens 7-420/12,6, 10-410/27,8, 10-430/13, Thyssen 7-80/11,85, 7-85/6,6, 7-90/3,9, 1090/8,4, 10-95/5, Veba 7-180/3,1, 10-180/6, VW 7-190/32, 7-210/14, 7-220/7,4, 10-190/36, 10-210/21, Chrysler 7-70/6,3, 7-75/5,6, 10-70/9,4, 10-80/5,8, Philips 7-40/6, Royal Dutch 7-140/4, 10-140/9,5, **Verkaufsopitionen:** AEG 7-95/2,5, 7-95/4, 7-100/7,5, 10-90/3,6, 10-95/5,5, 10-100/8,3, Bayer 7-170/4,4, BMW 10-380/5, 10-390/8, 10-400/11,7, Bay. Vereinsbank 7-340/4, Commerzbank 10-180/4,5, Deutsche Bank 10-380/9,3, Degussa 10-380/7,2, Dresdner Bank 7-170/3,5, Hoechst 7-170/2,2, Klöckner 7-65/4, Lufthansa St. 10-160/6,4, Veba 10-170/4,2, 10-180/13,4, VW 7-200/3,4, Chrysler 10-75/8. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 2. 4.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10⅝–10⅞	5½–5¾	3⅝–3⅞
3 Monate	10¾–10⅞	5⅝–5⅞	3½–3¾
6 Monate	10⅞–11⅛	5¾–6	3¾–4
12 Monate	11⅜–11⅝	6⅛–6⅜	4⅛–4⅜

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 2. April folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1715,00	2057,70
10 US-Dollar (Indian)**)	1280,00	1498,00
5 US-Dollar (Liberty)	455,00	608,90
1 £ Sovereign alt	233,00	288,20
1 £ Sovereign Elizabeth II.	227,00	281,58
20 belgische Franken	177,00	231,42
10 Rubel Tscherwonez	245,00	306,66
2 südafrikanische Rand	228,00	281,58
Krüger Rand, neu	1022,00	1206,12
Maple Leaf	1023,00	1206,12
Platin Noble Man	1045,00	1231,20
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	256,00	319,20
20 schweiz Franken „Vreneli“	190,00	280,80
20 franz. Franken „Napoléon“	192,00	242,82
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1197,00	1444,38
20 österr. Kronen (Neuprägung)	189,00	237,12
10 österr. Kronen (Neuprägung)	100,00	131,10
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	447,00	540,48
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	104,00	141,36

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

2. 4. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York²)	2,5823	2,5903	2,5540	2,54	2,63
London¹)	3,717	3,731	3,694	3,66	3,81
Dublin¹)	3,054	3,068	3,006	2,98	3,11
Montreal³)	2,0232	2,0312	2,0024	1,99	2,08
Amsterd.	88,550	88,770	88,53	87,50	89,50
Zürich	120,350	120,550	120,45	119,25	122,00
Brüssel	4,878	4,898	4,808	4,62	4,82
Paris	32,380	32,540	31,74	31,50	33,25
Kopenh.	27,140	27,260	26,95	26,25	28,25
Oslo	34,475	34,595	33,875	33,75	35,50
Stockh.**)	33,300	33,880	33,17	32,75	34,50
Mailand²) **)	1,603	1,613	1,563	1,56	1,66
Wien	14,192	14,232	14,181	14,12	14,34
Madrid**)	1,738	1,748	1,698	1,70	1,82
Lissabon**)	1,900	1,980	1,875	1,60	2,40
Tokio	1,1515	1,1545	–	1,11	1,17
Helsinki	46,390	46,580	45,19	45,50	47,25
Buen. Air.	–	–	–	–	11,00
Rio	–	–	–	0,07	0,40
Athen*) **)	2,482	2,536	–	2,00	2,80
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,4310	2,4500	–	2,37	2,48
Johannesbg.*)	2,087	2,108	–	1,90	2,15

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Die neue Woche begann ohne dramatische Veränderungen, mit Erleichterung wurde registriert, daß das FED-Open-Market-Komitee am 20. 3. sich darauf verständigte, ein kurzfristiges Überschreiten der FED-Funds-Spanne von 6 bis 10 Prozent zu tolerieren ohne zu reagieren. Zwischen 2,5810 und 2,5880 wurde gehandelt bei einem Schwerpunkt von 2,5850–70. Die amtliche Notiz lautete 2,5863, ohne daß ein Eingreifen der Bundesbank erfolgte. Eine uneinheitliche Entwicklun vollzog sich bei den übrigen Währungen. Die Kursveränderungen blieben recht gering. Den stärksten Ausschlag hatte das britische Pfund mit einem Rückgang um 4 Promille auf 3,724. US-Dollar in: Amsterdam 2,9165; Brüssel 52,9375; Paris 7,9675; Mailand 1609,50; Wien 18,1950; Zürich 2,1472; Ir. Pfund/DM 3,061; Pfund/Dollar 1,4398; Pfund/DM 3,724.

Ostmarkkurs am 2. 4. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Zu Wochenbeginn ergaben sich keine gravierenden Veränderungen im Zinsgefüge.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,08/0,98	3,28/3,19	6,45/6,25
Pfund/Dollar	0,21/0,23	0,65/0,68	1,35/1,39
Pfund/DM	1,60/0,20	3,70/2,30	6,40/5,00
FF/DM	27/11	78/62	150/134

Geldmarktsätze

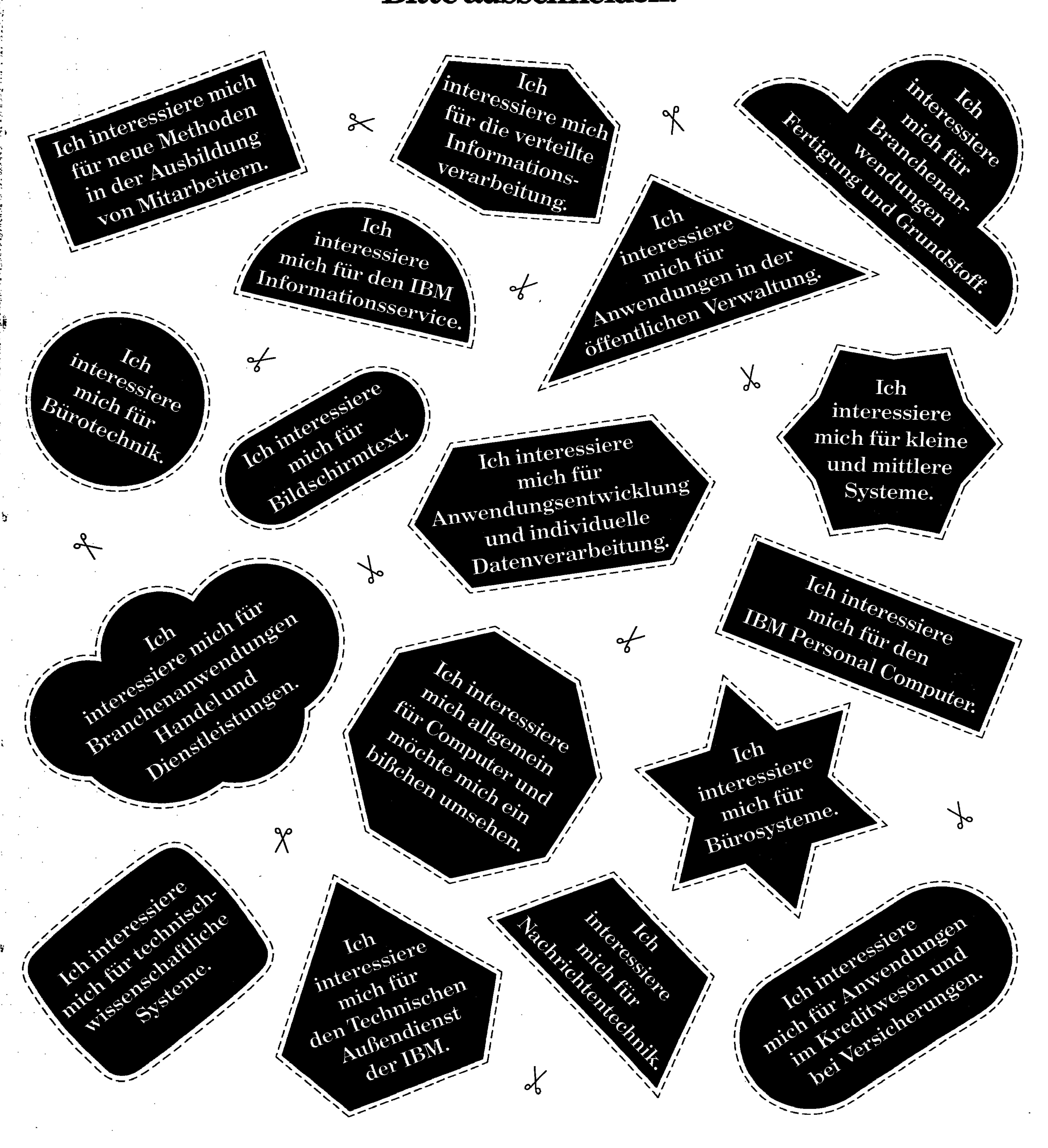
Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 2. 4.: Tagesgeld 5,50–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,55–5,70 Prozent; Dreimonatsgeld 5,70–5,85 Prozent.

Privatdiskontsätze am 2. 4.: 10 bis 29 Tage 3,55G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G–3,40B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 2. 4.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50)–7,50 (6,47)–8,00 (6,94)–8,25 (7,24)–8,50 (7,45)–9,00 (7,66). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7.50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,31) – 8,50 (7,54)–9,00 (7,79)–9,00 (7,96) **Finanzierungsschätze** des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,65, 2 Jahre 6,75. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 99,80, Rendite 7,80.

Neues von der IBM:

Bitte ausschneiden.



Ab morgen können Sie sich bei uns in der Halle 1 CeBIT, Stand 4901/5001 auf der Hannover Messe über die neuesten Techniken der Kommunikation und der Informationsverarbeitung informieren. Vor allem aber darüber, was heute alles in Unternehmen jeder Größe und jeder Branche, in Handwerksbetrieben, in Büros der freien Berufe und in Behörden wirtschaftlich sinnvoll realisiert werden kann. Darüber möchten wir gern mit Ihnen sprechen. Die wichtigsten Themen stehen oben, und auf der Rückseite steht, wer Sie dazu sachkundig beraten kann. Und damit Sie wissen, was Sie in etwa erwartet, möchten wir Ihnen zu einzelnen Themen vorab ein paar Stichworte geben.

Zum IBM Personal Computer: Der IBM PC als selbständiger Einzelplatz mit vielen fertigen Anwendungen, der IBM PC als Datenstation in Verbindung mit anderen Computern, der IBM PC als Einstieg zu modernen Diensten der Post wie Btx und Teletex.

Zum Bildschirmtext: Der IBM PC als professionelle Editierstation, als Btx-Datenbank-Inhouse-System, als Editierstation am externen Rechner IBM Serie /1 und als System zum Testen von Btx-Programmen.

Zur Nachrichtentechnik: IBM Telefon-Nachrichtensteuerung, IBM Vermittlungssysteme, das IBM Sprachspeichersystem zum Aufnehmen, Verteilen und Ablegen gesprochener Nachrichten.

Zu Bürosystemen: Die effektivere Zusammenarbeit über das Büro-System IBM 5520, das Schreib-System IBM 6580, Informationsaustausch mit dem Lizenzprogramm für Bürokommunikation DISSOS/370.

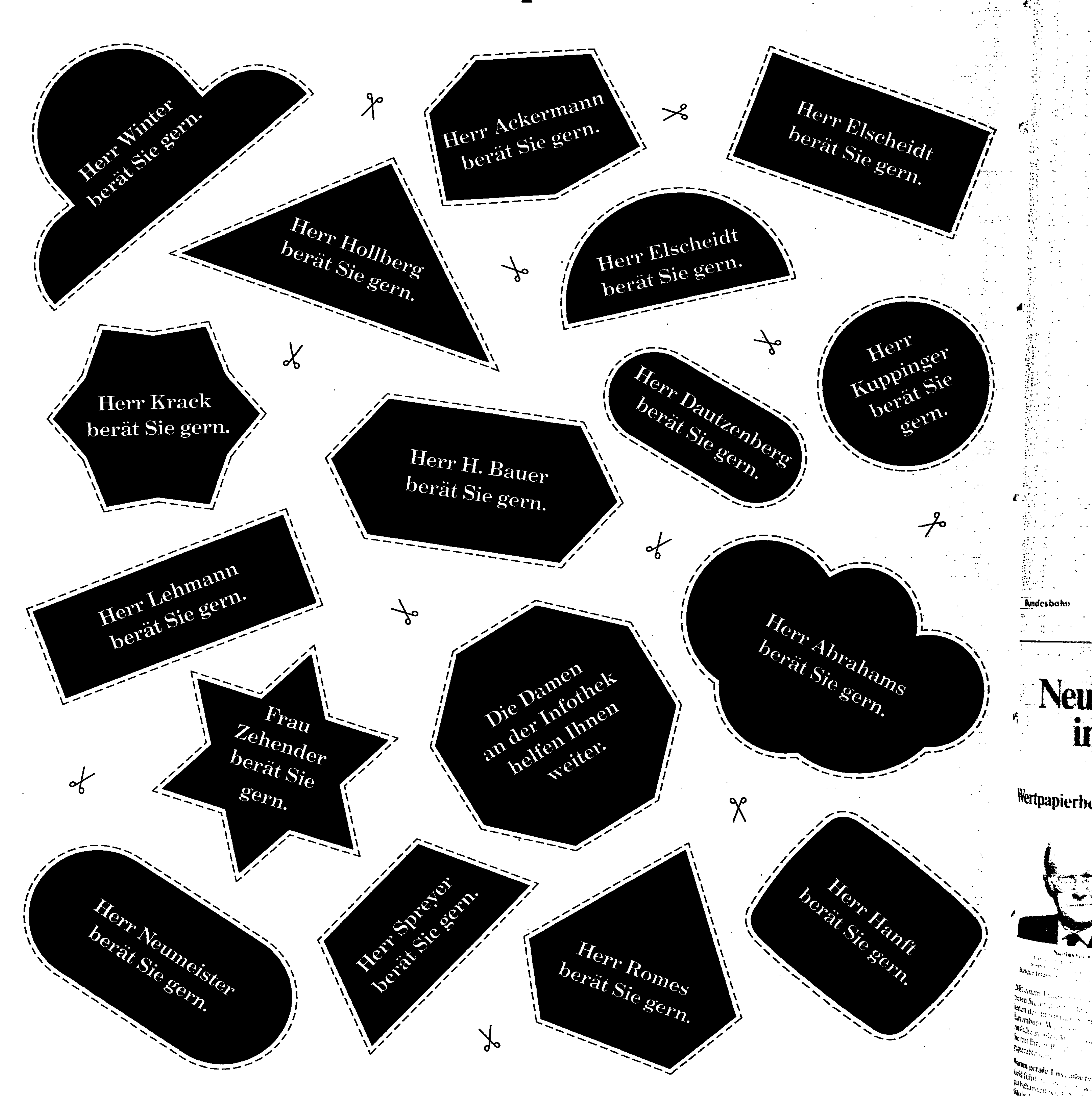
Zur Bürotechnik: Die elektrischen und elektronischen IBM Kugelkopfmaschinen, der IBM Kopierer III Modell 60.

Zu kleinen und mittleren Systemen: Informationsverarbeitungslösungen für kleinere und mittlere Unternehmen sowie für Fachabteilungen in großen Unternehmen mit dem IBM System /36, dem Datenbank Computer IBM System /38 und dem Universalrechner IBM Serie /1.

Zu den Branchenpaketen und Anwendungsprogrammen: Fertige Programme und Programmpakete für Handel und Dienstleistungen sowie für die Branchen Pharma und Medizin, Bauhaupt- und Baunebengewerbe, Kfz-Handel. Computer Integrated Manufactoring (CIM),

Neues von der IBM:

Bitte ansprechen.



Produktionsplanungssysteme MAS II, COPICS für Fertigung und Grundstoff. Schalter- und administrative Anwendungen mit dem System IBM 4700, der IBM PC als Btx-Terminal und im Einsatz bei Versicherungsagenturen für Kreditwesen und Versicherung.
Zur öffentlichen Verwaltung: Individuelle Datenverarbeitung und Btx in der Kommunalverwaltung, Ermittlung von Wahlergebnissen, Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen, Spontananalysen aus zentralen Datenbeständen für die Planung.
Zu technisch-wissenschaftlichen Systemen: Das Konstruktions- und Zeichnungssystem CODEM am Bildschirm IBM 5080, das interaktive Konstruktionssystem im elektrisch-elektronischen Bereich CBDS 2 und verschiedene andere CAD/CAM Anwendungen.
Zum Informationsservice: Software für die individuelle Datenverarbeitung, Datenbanken mit nationalem und internationalem Zugriff, Lizenzprogramme für unterschiedliche Branchen und Anwendungen, Bildschirmtext im Rechnerverbundservice, das Anwendungssystem IBM AS, der International Personal Computing Service (PCS).
Zur verteilten Informationsverarbeitung: Das Informationssystem IBM 8100 als Kommunikations- und Steuerungssystem für intelligente Datenstationen, IBM Dialogstationen für jeden Arbeitsplatz, das Informations-Anzeigegerät IBM 3290 für die gleichzeitige Darstellung von vier Anwendungen.
Zur Anwendungsentwicklung und individuellen Datenverarbeitung: Lösungsmöglichkeiten für die selbständige Informationsverarbeitung in der Fachabteilung, individuelle Anwendungssysteme und Hilfsmittel, der IBM PC als individuelle Datenstation, einfache Endbenutzer-Sprachen.
Zur Ausbildung: Neue, produktivere Lernmethoden wie zum Beispiel Teachware, Programme zum Selbststudium, interaktive Autorenhilfe für Simulationsprogramme zum Erlernen bestimmter Anwendungen.
Zum Technischen Außendienst: Einsatz modernster Wartungssysteme, fernunterstützte Wartung, das weltweite elektronische Nachschlagewerk RETAIN.
Falls Sie nicht zur Messe kommen können, aber ein paar Informationen wollen, schreiben Sie bitte an IBM Deutschland GmbH, Postfach 3137, 7000 Stuttgart 1.

IBM

Bundesanleihen

Bundesbahn

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Renten enttäuschend still

Am Rentenmarkt gab es begrenzte Schwankungen nach beiden Seiten. Enttäuscht war man insbesondere über die geringe Umsatztätigkeit, denn nach dem Quartalswechsel hatte man mit einem drängenden Anlagebedürfnis gerechnet, resultierend aus dem großen Zinstermin. Die Zurückhaltung der Anleger wird mit der Furcht vor weiteren Zinserhöhungen in den USA begründet, wo in dieser Woche eine Heraufsetzung der Prime Rate von 11,5 auf 12 Prozent nicht ausgeschlossen wird. Bei den Pfandbriefen gab es ebenfalls keine nennenswerten Veränderungen.

Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Anmerkungen:
* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Deutliche Kursverluste wiesen am Montag an der New Yorker Comex kurz vor Sitzungsschluß Gold, Silber und Kupfer auf. Während Kaffee schwächer bewertet wurde, konnte Kakao kleine Gewinne verbuchen.

Aktuelle Rohstoffpreise aus USA und Kanada können erst nach Einführung der Sommerzeit (22. 4.) wieder veröffentlicht werden.

Getreide und Getreideprodukte

	2. 4.	30. 3.
Weizen Chicago (c/bush)		
Mai	370,00	373,00
Juli	353,00	354,00
Sept.	351,75	356,00
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	234,10	241,80
Amber Durum	243,10	343,50
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	139,00	138,20
Juli	142,50	142,10
Okt.	144,50	–
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Mai	129,50	128,90
Juli	127,00	126,00
Okt.	120,20	–
Hafer Chicago (c/bush)		
Mai	187,25	185,50
Juli	184,25	182,00
Sept.	179,00	176,50
Mais Chicago (c/bush)		
Mai	358,00	353,00
Juli	353,25	348,25
Sept.	323,75	319,50
Gerste Winnipeg (can. $/t)		
Mai	132,70	132,00
Juli	133,50	132,50
Okt.	127,40	–

Genußmittel

	2. 4.	30. 3.
Kaffee		
New York (c/lb)		
Terminkontr. Mai	149,60	151,25
Juli	142,75	143,40
Sept.	138,50	139,25
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. Mai	2553	2555
Juli	2583	2577
Sept.	2549	2560
Umsatz	–	4962
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Mai	6,80	6,85
Juli	7,22	7,28
Sept.	7,65	7,60
Okt.	7,85	7,89
Jan.	8,49	8,50
Umsatz	–	11284
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	6,48	6,51
Kaffee		
London (£/t) Robusta-Kontrakt Mai	2062–2064	2052–2053
Juli	2002–2004	1998–2000
Sept.	1957–1958	1958–1960
Umsatz	2488	4142
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	1845–1847	1823–1824
Juli	1863–1864	1828–1829
Sept.	1849–1850	1817–1818
Umsatz	5882	2784
Zucker		
London ($/t), Nr. 6		
Mai	170,00–181,00	177,60–177,80
Aug.	194,00–196,00	191,80–192,00
Okt.	205,00–207,00	203,00–203,20
Umsatz	0	1869
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)		
schw. Sarawak spez.	332,50	332,50
weißer Sarawak	620,00	620,00
weißer Muntok	627,50	627,50

	2. 4.	30. 3.
Orangensaft		
New York (c/lb)		
Mai	174,90	174,20
Juli	173,50	172,70
Sept.	172,40	171,60
Nov.	170,00	169,50
Jan.	167,80	166,75
Umsatz	–	1500

Öle, Fette, Tierprodukte

	2. 4.	30. 3.
Erdnußöl		
New York (c/lb) Südstaaten fob Werk.	50,50	51,00
Maisöl		
New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	28,50	28,75
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Mai	30,30	29,85
Juli	30,25	29,70
Aug.	29,20	28,75
Sept.	28,30	27,70
Okt.	27,05	26,90
Dez.	26,40	26,20
Jan.	26,25	26,05
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	30,50	30,50
Schmalz		
Chicago (c/lb)		
loco lose	29,00	29,00
Choice white hog 4% fr. F.	22,25	22,25
Talg		
New York (c/lb)		
top white	20,50	20,50
fancy	20,25	20,25
bleichfähig	19,50	19,50
yellow max. 10% fr. F.	17,00	17,00
Schweine		
Chicago (c/lb)		
Apr.	49,80	48,75
Juni	57,62	56,05
Juli	59,72	58,30
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
Mai	71,22	69,15
Juli	71,45	69,40
Aug.	69,97	68,05
Häute		
Chicago (c/lb)		
Ochsen einh. schwere River Northern	61,00	61,00
Kühe einh. schwere River Northern	56,00	56,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
Mai	793,00	788,00
Juli	804,50	798,50
Aug.	795,50	792,50
Sept.	767,00	764,50
Nov.	740,00	738,50
Jan.	751,50	750,50
März	763,50	762,00
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
Mai	203,50	203,00
Juli	209,80	208,50
Aug.	210,50	210,50
Sept.	209,50	208,50
Okt.	203,50	203,50
Dez.	205,00	205,00
Jan.	205,50	206,00
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)		
Mai	359,00	359,00
Juli	365,00	364,20
Okt.	365,50	–
Kokosöl		
New York (c/lb) Westküste fob Werk	50,00	50,00
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. cif	1145,00	1140,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	490,00	485,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	925,00	900,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	216,00	216,00
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	1160,00	1140,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	297,50	296,25

Wolle, Fasern, Kautschuk

	2. 4.	30. 3.
Baumwolle		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 2:		
Mai	82,05	81,70
Juli	81,80	81,35
Okt.	78,25	77,72
Dez.	75,50	75,35
März	–	78,45
Mai	–	78,95
Kautschuk New York		
(c/lb); Händlerpreis loco RSS-1:	57,25	57,00
Wolle		
Lond. (Neusl. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:		
Mai	422–423	428–429
Aug.	442–443	445–447
Okt.	445–447	448–452
Umsatz	101	104
Wolle		
Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:		
Mai	49,20	geschl.
Juli	49,70	geschl.
Okt.	50,00	geschl.
Dez.	50,10	geschl.
Umsatz	0	0
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney		
(austr. c/kg)		
Merino-Schweißwolle Standardtype		
Mai	586,00–587,00	581,00–582,00
Juli	595,00–598,00	591,00
Okt.	576,00–578,00	576,00
Umsatz	65	50
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen		
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager		
April	13 886	13 880
Mai	13 842	13 846
Kautschuk		
London (p/kg)		
Nr. 1 RSS loco	78,00–81,25	77,75–80,75
Mai	76,50–79,00	85,00
Juni	78,50–82,00	86,00
Juli/Sept.	81,90–82,00	80,50–80,80
Tendenz: ruhig		
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)		
April	248,00–250,00	250,00–257,00
Mai	255,50–256,50	258,00–259,00
Nr. 2 RSS April	248,00–249,00	249,50–250,50
Nr. 3 RSS April	243,50–244,50	245,00–246,00
Nr. 4 RSS April	236,50–237,50	238,00–239,00
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)		
BWC	512,00	512,00
BWD	500,00	500,00
BTC	512,00	512,00
BTD	500,00	500,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	2. 4.	30. 3.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	130,21–130,40	127,74–127,93
drittfolg. Monat	129,84–130,03	129,24–129,33
Zink: Basis London		
laufend. Monat	266,77–267,14	270,84–271,21
drittfolg. Monat	259,12–259,30	264,09–264,28
Produz.-Preis	271,98	272,37
Blei in Kabeln 99,9%	3589–3625	3576–3611

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	2. 4.	30. 3.
Elektrolytkupfer		
für Leitzwecke		
(DEL-Notiz)*)	410,41–412,27	410,00–411,87
Blei in Kabeln	138,00–139,00	135,50–136,50
Aluminium		
für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	484,00–484,50	484,00–484,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhändler.

Messingnotierungen

	2. 4.	30. 3.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	391–401	391–402
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	437	436–437
MS 63	432–438	431–436

Zinn-Preis Penang

	2. 4.	30. 3.
Straits-Zinn		
ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	2. 4.	30. 3.
Leg. 225	456–473	444–470
Leg. 226	459–475	446–472
Leg. 231	490–505	478–502
Leg. 233	490–515	486–512

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	2. 4.	30. 3.
Platin (DM je g)	34,90	35,708
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	32 800	32 850
Rücknahmepr.	32 100	32 100
Gold (DM je kg Feingold)		
(Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	32 570	32 810
Rücknahmepr.	32 050	32 290
verarbeitet	34 180	34 440
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 180	32 600
Silber		
(DM je kg Feinsilber)		
(Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	823,50	816,50
Rücknahmepr.	806,50	800,30
verarbeitet	860,00	853,10

Internationale Edelmetalle

	2. 4.	30. 3.
Gold (US-$/Feinunze)		
London		
10.30	387,25	388,50
15.00	387,20	388,50
Zürich mittags	387,50–388,10	388,50–389,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	99 550	100 000
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	676,30	670,15
3 Monate	690,30	684,15
6 Monate	705,30	698,10
12 Monate	736,60	729,40
Platin (£-Feinunze)		
London fr. Markt	271,85	272,85
Palladium (£-Feinunze)		
London f. Händlerpr.	111,75	111,80
New Yorker Preise		
Gold H & H Ankauf	387,20	388,50
Silber H & H Ankauf	961,50	973,00
Platin fr. Händlerpr.	390,00–391,50	393,50–398,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium		
fr. Händlerpr.	161,00–163,00	161,00–163,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
April	962,00	988,00
Mai	964,50	1005,00
Juli	981,00	1027,00
Sept.	1002,00	1054,10
Dez.	1030,00	1083,70
Jan.	–	1086,00
März	–	982,00
Umsatz	–	27 000

New Yorker Metallbörse

	2. 4.	30. 3.
Kupfer (c/lb)		
April	69,85	71,20
Mai	70,25	71,70
Juli	71,60	73,00
Sept.	72,90	74,40
Dez.	75,05	76,35
Jan.	75,70	77,05
März	77,00	78,35
Umsatz	–	9000

Londoner Metallbörse

	2. 4.	30. 3.
Aluminium (£/t)		
Kasse	993,50–994,50	983,00–985,00
3 Monate	1014,5–1015,5	1003,5–1004,0
Blei (£/t) Kasse	349,00–350,00	345,00–346,00
3 Monate	348,00–348,50	345,00–345,50
Kupfer		
Highgrade (£/t)		
mittags Kasse	1087,5–1088,0	1082,0–1082,5
3 Monate	1104,0–1104,5	1098,0–1098,5
abends Kasse	1090,0–1091,0	1081,0–1082,0
3 Monate	1106,5–1107,0	1097,5–1098,0
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1087,5–1088,0	1078,0–1080,0
3 Monate	1099,0–1101,0	1089,0–1091,0
Zink (£/t) Kasse	722,50–724,50	729,00–730,00
3 Monate	696,50–697,50	706,00–707,00
Zinn (£/t) Kasse	8595–8605	8600–8610
3 Monate	8685–8690	8695–8700
Quecksilber		
($/Fl.)	305–315	305–315
Wolfram-Erz		
($/T-Einh.)	84–89	84–89

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp
Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm
Berater der Chefredaktion: Heinz Barth
Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos
Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg
Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt
Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch
Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck
Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners
Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad
Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf
Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel
Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander
Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert
Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Marco Polo war's nicht

mar – Es gibt einen alten Streit zwischen Italienern und Chinesen um die Frage, wer die Teigtaschen und das andere Nudelzeug erfunden hätte. Die einen behaupten, Marco Polo hätte 1271 das Rezept für Ravioli nach China gebracht, die anderen meinen, 1295 sei es mit ihm nach Westen gereist. Da es aber keine chinesischen oder italienischen Quellen gibt, die eine definitive Antwort erlauben, schien es, als müsse die Menschheit ewig mit dieser Ungewißheit leben.

Doch nun verrät ein Kochbuch, das sich weder mit der chinesischen, noch mit der italienischen Küche befaßt, wie sich die Dinge wirklich verhalten. Es heißt „Bittermandel und Rosinen". Darin stellt Salcia Landmann die jüdische Küche vor (Herbig Verlag, München, 384 S., 34 Mark). Und da sich die Autorin nicht nur auf die Rezepte beschränkt, sondern auch allerhand Geschichten über die Entstehung mancher Gerichte zu erzählen weiß, erfährt man auch etwas über das Nudelgeheimnis.

Als neue Zeugen treten die Chasaren auf. Ein Turkvolk zwischen Schwarzem und Kaspischem Meer, das im achten Jahrhundert zum Judentum übertrat. Da nicht nur die Handelswege von und nach China über das Gebiet der Chasaren führten, sondern sich die Männer dieses Volkes selbst zu großen Reisen entschlossen, brachten sie so manche Neuerung in ihre südrussische Heimat und andere Landstriche mit. Und dazu gehörten Bandnudeln, Spaghetti und Ravioli. Das weiß man nicht aus alten Kochbüchern – die gab es damals noch nicht –, sondern aus Glossen zu den jüdischen Speisegesetzen in den rabbinischen Schriften. Die neuen Küchenimporte werden da nämlich nicht mit hebräischen Namen bezeichnet.

Das ist sicherlich ein harter Schlag für die Italiener. Aber wahrscheinlich hat man das Unheil schon geahnt. Statt des Stolzes auf die Innovation, setzt man darum dort jetzt auf die Dekoration. Vor kurzem wurden die ersten von einem Designer entworfenen original italienischen Nudeln der Öffentlichkeit präsentiert.

Wird die sowjetische Literatur remilitarisiert?

Jahre ohne Krieg irritieren die Partei

Anläßlich seines 60. Geburtstages vor einigen Tagen wurde ein sowjetischer Schriftsteller geradezu mit offiziellen Ehrungen überschüttet: Jurij Bondarew. Jede Zeitung würdigte ihn ausführlich, das Fernsehen widmete ihm eine große Dokumentation. Der oberste Sowjet schmückte ihn gleich mit mehreren Orden, u. a. dem Leninorden und der Medaille „Hammer und Sichel".

Vermutlich wußte Bondarew selbst nicht, wie ihm geschah. Der von den Erlebnissen des Krieges geprägte Schriftsteller, der schon als 17jähriger an die Front kam und bis zum Ende in Prag dabei war, stand in den letzten Jahren nämlich keineswegs im Mittelpunkt. Jetzt plötzlich wurde er von den Kulturfunktionären zum „leuchtenden Vorbild" erklärt. Durch ihn sei ein neuer Aspekt überzeugend in die sowjetische Kriegsliteratur eingebracht worden, rühmte die „Prawda": die Hochherzigkeit der Roten Armee. Aus Bondarews Werken gehe hervor, „daß wir den Faschismus nicht nur mit Waffen, sondern auch mit der Kraft des Geistes besiegt haben, mit der moralischen Kraft unserer Ideen und dem edlen Sinn (unserer Soldaten)".

Der Schriftstellerverband, dem Bondarew als Sekretär angehört, nannte ihn in seiner Laudatio einen „Soldat-Patrioten", der mit gestalterischer Kraft „die Heldentat des sowjetischen Befreier-Volkes" geschildert habe. Zum Beleg wurden immer wieder die Werke „Die Bataillone bitten um Feuer", „Die letzten Salven", „Heißer Schnee", „Die Wahl" und „Das Ufer" angeführt. Ein neuer Film mit dem Titel „Das Ufer", lediglich als „nach Motiven des Romans" bezeichnet, war freilich ein satter Reinfall. Er ermüdete nicht nur wegen seiner Überlänge die geladenen Gäste der Moskauer Erstaufführung, sondern vor allem auch wegen seiner vielen Klischees.

Es geht um die unerwartete Begegnung des sowjetischen Schriftstellers Nikitin mit seiner deutschen Geliebten vom Mai 1945 im heutigen Hamburg. Die als wohlhabend-bourgeoise Buchhändlerin abgebildete Deutsche (Natalie Belochwostikowa) stellt ein bekümmertes Gesicht zur Schau, das wohl ein Reflex auf die Zustände in der Bundesrepublik und speziell in der Hansestadt sein soll.

Nur in den Rückblenden lebt der Streifen ein wenig auf, vor allem, weil beim Sturm auf Berlin aus allen Rohren geschossen wird. Nach dem „Sieg über die Faschisten" hat Leutnant Nikitin reichlich Gelegenheit, seinen Rotarmisten-Edelmut zu beweisen.



Kronzeuge wider Willen: Der Moskauer Schriftsteller Jurij Bondarew FOTO: CAMERA PRESS

Und von einem jähzornigen Sergeanten abgesehen, sind auch die übrigen Recken in den gepflegten Russenblusen allesamt von nobelster Art.

„Das Ufer" firmiert übrigens kurioserweise als westdeutsch-sowjetische Koproduktion, die ARD hat eine volle Million beigesteuert, und sie will den Film zu gegebener Zeit auch über ihre Kanäle ausstrahlen. Dann werden sich viele Zuschauer verdutzt fragen, wieso ihre eigenen Erfahrungen von 1945 so sehr abweichen von dem, was hier zu sehen ist.

Klaus Mehnert hatte Bondarews Roman in seinem letzten Buch als „mutige Forderung nach Versöhnung mit dem Feind von gestern" charakterisiert. Aber der Film nach dem Buch folgt wohl eher der Einschätzung der „Literaturnaja Gaseta", die in ihm den „unversöhnlichen ideologischen Kampf zwischen der Welt des Sozialismus, der die Zukunft gehört, und dem sterbenden kapitalistischen System" sieht.

So in Anspruch genommen, dürfte sich der bescheiden und nachdenklich auftretende, undogmatisch und nicht gerade parteifromm schreibende Autor wohl selbst nicht wiedererkennen. Aber er ist in diesem Frühjahr offenbar dazu bestimmt worden, für die von der Partei nach dem Machtantritt Tschernenkos nachdrücklich gewünschte „militär-patriotische Erziehung" mit literarischen Mitteln Modell zu stehen. Bondarew, so die „Prawda", „vermittelt die konkrete Wahrheit des Krieges, nicht nur die Wahrheit der Worte". Man hat da nur den ideologischen Nutzwert im Auge: die Tugenden der Sowjetsoldaten als Menschheitsbefreier, den Triumph des siegreichen Systems.

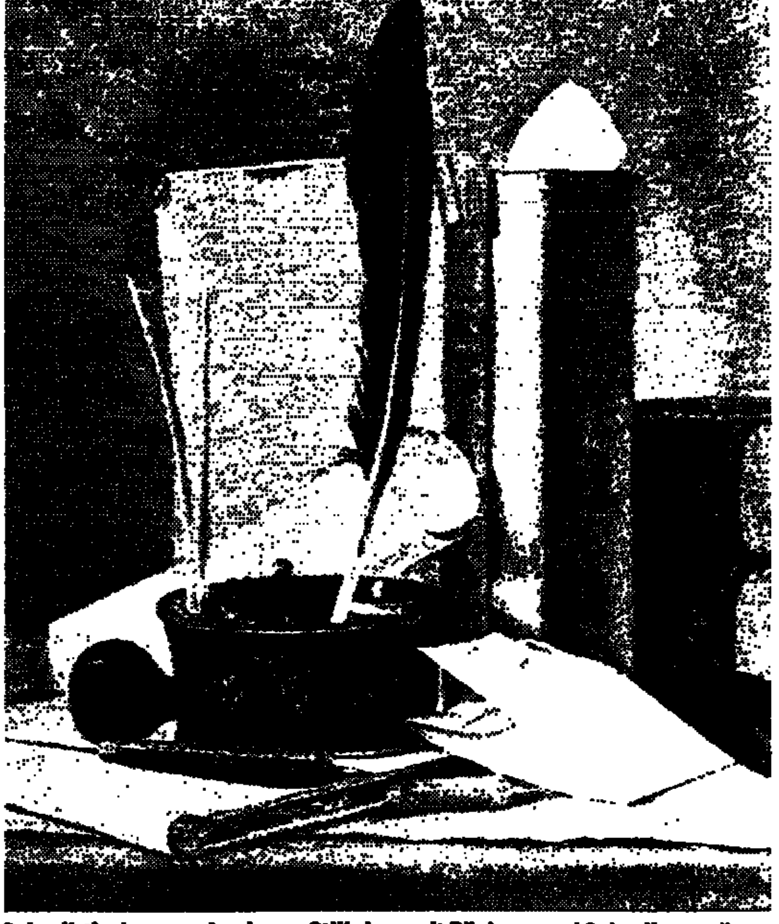
Von den Militärs bedrängt, die sich immer heftiger als Erzieher der Sowjetgesellschaft aufspielen, hat der Schriftstellerverband kürzlich beschlossen, für eine „allseitige Verbreiterung und Vertiefung der Beziehungen zwischen Schriftstellern und Soldaten" zu sorgen. Es seien „neue und hochsinnige Werke zu schaffen, die den Soldaten als Helden des Krieges und des Friedens schildern".

Sogleich prüfte die „Literaturnaja Gaseta", das Organ des Verbandes, die literarischen Zeitschriften in diesem Sinne. Das Ergebnis: Jede von ihnen widmete der Militärthematik „einen bedeutenden Teil ihrer Seiten". Die literarische Qualität fand das Blatt weniger überzeugend. Autoren und Redakteure der Zeitschriften seien wohl noch zu oft der Ansicht, das richtige Thema reiche schon aus.

Die größten Probleme scheinen sich bei dem Versuch einzustellen, die moderne Sowjetarmee des Jahres 1984 künstlerisch zu bewältigen. „Klischeehafte Charakterisierungen", seufzt die „Literaturnaja Gaseta". Dabei hätten die Soldaten einen Anspruch darauf, als Nachfolger ihrer heldenhaften Vorväter „angemessen" dargestellt zu werden, zumal ihnen doch die bisherigen Jahre „ohne Krieg" zu verdanken seien. „Jahre ohne Krieg" heißt bezeichnenderweise auch ein Roman von Anatolij Ananjew, den die „Literaturzeitschrift" gegenwärtig abdruckt. Afghanistan kann damit nicht gemeint sein.

Aber zum Glück fehlt es nie an Anlässen, die zum Rückgriff auf vergangene ereignisreiche Zeiten verpflichten. Nächstes Jahr ist der 40. Jahrestag des Sieges von 1945. Aus diesem Anlaß rief der Kriegsveteran und Schriftsteller Wjatscheslaw Kondratjew in der Presse schon nach „echt künstlerischen" Kriegsfilmen. Als er dies schrieb, kannte er noch nicht die „Ufer"-Verfilmung.

FRIED H. NEUMANN



Schreibtischsammelsurium: „Stilleben mit Büchern und Schreibzeug" von Antonius Obermann, aus der Ausstellung in Hannover FOTO: DIE WELT

Hannover: Schreibmöbel und Schreibutensilien

Inwendig neun Lädlein

In der Blütezeit der Diktiergeräte und Bürocomputer, der Direktionssekretärinnen und Telefone triumphiert hier die Schreib-Nostalgie. Sekretäre und Schreibschränke gehören zu den beliebtesten alten Möbelstücken. Auf der Kunst- und Antiquitätenmesse in Hannover-Herrenhausen bietet deshalb eine kleine Kunstgeschichte der Schreibmöbel aus drei Jahrhunderten, Anschauungsunterricht am Objekt. Jedes Stück des „Museums" auf der Messe ist verkäuflich, vom Schreibzeug Liszts bis zum Barockschrank.

Die Schreibmöbel der Meister-Ebenisten vergangener Jahrhunderte sind die Stars. Spöttern, die auf geöffneten Schreibklappen bestenfalls einen Blumenstrauß vermuten, nimmt Professor Hermann Jedding aus dem Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe den Wind aus den Segeln. Er hat das Kapitel der Schreib-Kulturgeschichte zusammengestellt und versichert, daß auch in der Blütezeit des Schreibens in manchem Repräsentations-Sekretär die geheime Hausbar des Besitzers verborgen war.

Die Schau zeigt die Vielfalt der Schreibmöbel. Man hat die Wahl zwischen einer Dokumentenlade aus dem 17. Jahrhundert, einem Rokoko-Schreibschrank mit Intarsien und Vergoldung (159 000 Mark), einem Tabernakel-Sekretär (zum Beispiel von 1750 mit Elfenbein-Intarsien für 125 000 Mark) oder einem französischen „Bureau plat" aus der Mitte des 18. Jahrhunderts. Als weitere Spielarten kommen ein Queen-Anne-Sekretär aus England, ein amerikanischer Sekretär, ein sogenanntes Zylinderbureau und zierliche Damenschreibtische des Jugendstil, von Majorelle (8500 Mark) hinzu.

Die Ahnen barocker Schreibschränke spürte Jedding in spätantiken Pulttischchen auf, die in der Geschichte durch Fächer, Klappen und Fußstützen zu Kastentischen in der Renaissance ausgebaut wurden. Nach einer Zunftordnung von 1504 in Wien mußten die Schreibtische „inwendig neun Lädlein" besitzen. Sie waren vorgeschriebenes Meisterstück der Tischler.

Die spanische Tradition repräsentativer Schreibkabinette, die auch auf Reisen mitgenommen werden konnten, soll im 16. Jahrhundert durch Vermittlung Kaiser Karls V. in Deutschland den Typ der Kabinettschränke eingeleitet haben, ein Möbel, an dem sich größtmögliche Erfindungsgabe und Pracht entfalteten, das ganze Labyrinthe von Schubladen, Miniatur-Architekturen und Geheimfächern erforderte.

Die Geheimniskrämerei war auch im 18. Jahrhundert Kultur, als die Sekretäre verborgene Nischen und Fächer für galanten Briefwechsel enthalten mußten. Die Dresdner Tischlerzunft bestimmte 1734 den Schreibschrank zum pflichtgemäßen Meisterstück. Schon 1727 bestellte August der Starke in einem Jahr 55 Schreibschränke bei sächsischen Tischlern. Berühmt wurde die Kunst des David Roentgen aus Neuwied, der 1779 drei große Schreibschränke fertigte – für König Ludwig XVI. von Frankreich, Prinz Carl von Lothringen und Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen. Das Möbelstück für den französischen König kostete schon damals 80 000 Livres – heute etwa 120 000 Mark, sagt Jedding. Und der Monarch habe dem Künstler eine astronomische Uhr als Zugabe zum Zeichen seiner Zufriedenheit geschenkt. Das Kunstwerk ist während der französischen Revolution verschollen.

Für die Kaiserin Katharina von Rußland baute Roentgen zwischen 1783 und 1790 rund 500 Möbelstücke, ein Viertel davon waren Schreibmöbel. Für einen Schreibschrank hatte der deutsche Ebenist 20 000 Rubel verlangt. Die Kaiserin zahlte 5000 Rubel und eine goldene Dose zusätzlich.

In Frankreich entwickelte sich im 18. Jahrhundert ein kleinerer Möbeltyp, das Rollbureau mit einem Verschluß, der zunächst aus Holzleisten auf Leinen, später aus einem Viertelzylinder bestand, der automatisch die Schreibplatte nach vorn schob. Der berühmteste Vertreter dieses Typs war das „Bureau du Roi" für König Ludwig XV. Das 1769 vollendete Meisterwerk der beiden deutschen Kunsttischler Jean François Oeben und Henri Riesener steht heute wieder an seinem ursprünglichen Platz im Schloß Versailles. (Bis 8. April)

GISELA SCHÜTTE

Uraufführung nach 100 Jahren: Flaubert in Genf

Männer als Marionetten

So etwas gibt es noch: Eine Komödie von Gustave Flaubert, die seit über hundert Jahren als „nicht spielbar" galt, erlebt in einer brillanten Inszenierung von Benno Besson jetzt in Genf ihre Uraufführung! Das Stück karikiert die künstliche Welt der französischen Bourgeoisie im 19. Jahrhundert, wo sich alles um Karriere und sozialen Aufstieg dreht. „Das schwache Geschlecht" sind dabei übrigens die Männer. Sie bekleiden zwar die Ämter und halten auch nach außen die Macht. In Wirklichkeit werden sie jedoch von den Frauen als Marionetten manipuliert.

Auf der Bühne stehen ein Graf, ein General, der die Schlacht an der Beresina heil überstanden hat, ein Minister, der sich wie ein Diener benimmt, ein 50jähriger Playboy, der aus Vermögensgründen doch noch heiratet, sowie Paul, der Held des Stückes, der wegen seines Ausbruchs aus der Gesellschaft von der Koalition der Frauen dazu verurteilt wird, ihnen ewig zu gehorchen. Damit wird er zum Symbol der Niederlage aller Männer.

Auf der Seite der Krinolinen schwingt eine Vicomtesse das Zepter, die sich als Ämter- und Heiratsvermittlerin betätigt. In ihrem Schatten träumt eine Mutter vom sozialen Aufstieg, gefolgt von einer Schwiegermutter vom gleichen Schlag, doch mit mehr Prinzipien, sowie zwei Töchtern, die nach dem gleichen Modell erzogen wurden. Zur ganz großen sozialen Aufsteigerin entwickelt sich das Hausmädchen Viktoria.

Gustave Flaubert schrieb „Das schwache Geschlecht" 1873 nach einem Manuskript seines 1869 verstorbenen Freundes Louis Bouilhet – Bühnenautor und Poet. Der Dichter änderte ganze Szenen und befaßte sich einmal mehr mit „allem", bis zur Auswahl der Schauspieler. Aber trotz seiner Berühmtheit wurde das Stück in Paris als „nicht spielbar" abgelehnt. Der Grund war nach einhelliger Meinung der Literaturhistoriker aber gar nicht das Stück selbst, sondern Flauberts eigenes Werk „Der Kandidat", eine Satire, welche die damalige Politik geißelte und das Publikum auf die Schippe nahm. Man wollte sich gewissermaßen an Flaubert rächen.

Regisseur Besson war fasziniert von der „Radikalität des Stücks. Es bietet zwar keine Überraschungen und Höhepunkte wie etwa Labiche, aber eine echte Wirkung – richtiges Theater, wo jedes Stichwort Rätsel aufgibt, hohe Mathematik. Wir spielen nicht die Eleganz, welche die Widersprüche und die Brutalität einer Gesellschaft verdeckt, sondern ihre Gegensätze und Gewalttätigkeiten."

Was man sieht, ist eine überaus genaue Inszenierung. Mit der Präzision eines Uhrwerks läuft auf der Bühne ein Mechanismus ab. Die Personen verändern sich nicht, sie sind gefangen in der erbarmungslosen Maschinerie ihrer sozialen Beziehungen.

Das Stück entwickelt sich langsam, der Brechtschüler Besson exemplifiziert episches Theater. Vor jeder wichtigen Aussage wird eine kurze Pause eingelegt; der Körper des Schauspielers spannt sich; als Schlußpunkt das Wort – klar gesetzt wie eine Staatsaffäre. Gemildert wird das aber alles durch hintergründige Ironie, die bis ins Bühnenbild durchschlägt. Ezio Toffolutti arbeitet mit Stoffkulissen im Stil des 19. Jahrhunderts. Die Kostüme in schreienden Farben wirken bewußt übertrieben; dick aufgetragene Schminke – alles, um daran zu erinnern, daß man sich im Theater befindet.

Benno Besson hat sich zweifellos um Flaubert verdient gemacht. Aber es ist ihm freilich nicht gelungen zu zeigen, daß „Das schwache Geschlecht" ein verkanntes Meisterwerk ist.

IRÈNE ZÜCKER

Berlin: F. Clemente in der Neuen Nationalgalerie

Schlag nach bei Goya

Die Etiketten stimmen nicht. Schnelle Plakate an den Stadionwänden lassen zwar glauben, auf dem Kunstrasen werde zur Stunde nur das allumfassende Allround-Spiel „Wilde treffen Wilde" ausgetragen. Aber schon „Zeitgeist" hat klargestellt, daß die Equipe der jüngsten italienischen malerischen Moderne oft nach anderen Regeln spielt als die verschiedenen deutschen Mannschaften.

Und wer jetzt die Gelegenheit nutzte, die Bilder des Florentiners Sandro Chia in der Staatlichen Kunsthalle mit den Pastellen seines jüngeren Landsmannes Francesco Clemente in der Neuen Nationalgalerie zu vergleichen, der konnte feststellen, daß es in den Werken der beiden Italiener kaum so gesicherte „Gemeinsamkeiten" gibt wie den Anfangsbuchstaben ihrer Namen.

Francesco Clemente stammt aus Neapel. Er ist inzwischen permanent in New York präsent. Außerdem arbeitet er immer wieder, gerade auch in diesen Wochen, in Madras. Inwieweit seine Bilder, ob nun in der Farbigkeit oder der ausdrücklichen Un-Eindeutigkeit ihrer figürlichen Darstellungen, von fernöstlichen Einflüssen geprägt sind – darüber gibt es tiefe Mutmaßungen.

Ganz anders als bei Chia findet bei Clemente kein demonstratives Spiel mit kunsthistorischen Stilen und Ismen statt. Die „Stillosigkeit" wird bei ihm geradezu zum Prinzip erhoben – und natürlich ist sie am Ende selbst schon wieder ein „Stil" geworden.

Aber hier findet sich bereits das erste Irritationsmoment für den Betrachter: Clemente läßt das traditionelle Verlangen nach „Sehweisen", nach so schlichten formalen Regeln und Schemata, Brechungen oder Methoden, die das Gewohnte ungewöhnlich wirken lassen könnten, grundsätzlich unbefriedigt. In einer wirklichkeitsfernen, mitunter mystischen oder unwohlen Farbigkeit ist die Gravitation des Wachseins aufgehoben. Körper schweben, sie leiden und erregen sich in einer eigenen, einer traumatischen Realität. Tatsächlich scheinen viele Visionen Clementes aus Angst, Wunsch und Verdrängung ins Bild gehievt.

Schlag nach bei Bosch, bei Füßli, bei Goyas „Quinta del Sordo", bei Blake (der Clemente in einem weiteren Sinne fasziniert), nicht zuletzt aber auch bei Freud. Dennoch: Die Suggestion ist unverwechselbar. Clemente addiert seine Bilder zu Rätseln, ohne daß sich die einzelnen Teile allesamt aufeinander beziehen ließen. Das Dargestellte und der „Inhalt" sind zwei verschiedene Sachen. „Bedeutungen" bleiben ganz bewußt offen.

Seltsamerweise stehen neben den vagen, undefinierbaren, vieldeutig undeutbaren Bildern auch Blätter, die den Appell, nicht nach Bedeutungen zu suchen, durch Trivialität und platte bis banale Komik zunichte machen. Banalität hat wohl auch die Oberhand bei einem Ensemble von mehr als 80 kleinen Zeichnungen, die sich zu einer Art „Gedicht" zusammenfügen sollen – vielerlei Selbstporträts, den Finger mal in der Nase, mal im Ohr, eine Möhre, ein Ei im Becher und so weiter.

Ganz anders, schon im Vorfeld der eigentlichen Ausstellung: Da nämlich zeichnet Clemente auf Riesenformaten – einmal fast neun Meter lang. Eine endzeitliche Situation mit stehenden und sitzenden Figuren. Das Klassische und das Visionäre, Triebhaftigkeit und Todesängstigung werden in einem Fries aneinandergereiht.

PETER HANS GÖPFERT

Bis 13. Mai; Essen: 15.6. bis 19.8.; anschließend: Amsterdam, Edinburgh, Tübingen: 12.1. bis 24.2.1985; Katalog 35, im Buchhandel, Prestel-Verlag, 48 Mark.

Eine Kassette voller Überraschungen: Historische Schallplattenaufnahmen von Arthur Rubinstein

„Der letzte Champion der falschen Noten"

Neues von Arthur Rubinstein, im zweiten Jahr nach seinem Ableben? Das von der EMI geschnürte Rubinstein-Paket, hauptsächlich mit Aufnahmen der dreißiger Jahre, läßt an Resteverwertung denken und öde Mono-Enttäuschungen befürchten. Doch die Skepsis weicht rasch. Allein die Kassette mit fünf Klavierkonzerten ist voller Überraschungen, nicht minder das Doppelalbum mit Rubinstein als Kammermusiker, und selbst die Dacapo-Platte mit „Encores" bietet manches Reizvolle.

All die frühen Rubinstein-Schätze lohnten die Anhäufung nicht, wenn sie klangtechnisch nicht akzeptabel wären. Sie klingen glücklicherweise so erstaunlich gut, daß die Entdeckungsfreude des Hörers relativ ungetrübt bleibt. Gewiß verhüllt der Schleier aus Rauschen und Knistern unaufhebbar die Musik. Aber im Vergleich zum Flimmern und Wimmern alter Filme ist die Qualität sogar der Einspielungen vom Ende der zwanziger Jahre beinah Hi-Fi zu nennen.

Ein sagenhaftes Aufnahme-Datum des zweiten Klavierkonzerts von Brahms: 22.-23. Oktober 1929. Rubinstein und Albert Coates, der das London Symphony Orchestra dirigiert, waren sich offenbar einig darin, den ersten Satz wirklich „Allegro" zu nehmen. Der damals immerhin bereits 42jährige Pianist attackiert die von Brahms verlangte Weitsprung-Akrobatik der linken Hand draufgängerisch, unnachgiebig, als habe er einen neuen virtuosen Tempo-Rekord aufstellen wollen. Diese Brahms-Einspielung wirkt erfrischend unveraltet, hat Dramatik und Ruhe im Sturm und die spielerischste Heiterkeit: Sie braucht sich nicht hinter den späteren Interpretationen dieses Konzerts von Rubinsteins Hand zu verstecken.

Auch seine erste Aufnahme von Tschaikowskys b-Moll-Konzert, aus dem Jahre 1932, ist ein grandioser Wurf, mit John Barbirolli und wiederum dem London Symphony. Der „letzte Champion der falschen Noten", wie Rubinstein sich selbst bezeichnete, greift den Beginn des Finales mit so viel vitaler Rhythmik, daß die gleichen Akkorde sogar bei Horowitz (1943 mit Toscanini) daneben wie eine trockne Pflichtübung klingen. Als Mozart-Spieler freilich enttäuscht Rubinstein mit dem Konzert A-Dur KV 488 (1931). In diesem gehetzten Allegro bleibt der Charme auf der Strecke. Zwei Aufnahmen vom September 1947 schlagen in glanzvollem Kontrast eine Brücke zum Rubinstein der späteren Jahre: Beethovens viertes Klavierkonzert (mit Thomas Beecham) und Rachmaninovs Paganini-Rhapsodie (EMI 1C *137/1 544 273*).

Das Kammermusik-Doppelalbum enthält interessante Liaisons mit Heifetz und Pawel Kochanski. Rubinsteins Landsmann Kochanski, einer der besten Geiger seiner Zeit, ging als violinistischer Berater Szymanowskis in die Musikgeschichte ein. Brahms' d-Moll-Sonate mit Kochanski/Rubinstein ist eine besonders aufschlußreiche Duo-Rarität (1932). César Francks Sonate mit Jascha Heifetz dokumentiert im Vordergrund eine geigerisch blendend polierte Perfektion und Rubinstein als fast distanziert spielenden Begleiter. Brahms' Cello-Sonate e-Moll, mit Gregor Piatigorski, und das Klavierquartett g-Moll sind beherzigenswerte und sehr frische Vorläufer späterer Rubinstein-Einspielungen (EMI 1 544 553). Die älteste Aufnahme findet sich auf der Encores-Platte: Chopins „Barcarole", eingespielt am 9. März 1928. Viel faszinierender als Rubinsteins frühe Chopin-Dokumente klingen Sachen von Albeniz, Granados und Villa-Lobos (EMI 1 435 551).

GEORG BORCHARDT

KULTURNOTIZEN

Der Schriftsteller Silvio Blatter ist neuer Präsident des deutschschweizerischen PEN-Zentrums.

Eine Alexander-Kluge-Retrospektive veranstaltet die Pariser Cinemathèque vom 11. bis zum 16. April.

Intendentanten und Orchesterchefs treffen sich am 5. und 6. April in Zürich zur dritten Internationalen Konferenz der Sinfonieorchester.

Anton Dolin, britischer Tänzer und Choreograph, der im vergangenen Jahr starb, steht im Mittelpunkt einer Hommage, die das „United States International Center for the Performing Arts" am 30. Mai in Paris veranstaltet.

Die Museen der „DDR" wurden im vergangenen Jahr von rund 31 Millionen Kunstfreunden aus dem In- und Ausland besucht.

Der Balint-Preis 1984, der auf dem Gebiet des Gesundheitswesens vergeben wird, ging an die französische Studentin Françoise Combet.

Robert Nally, Schweizer Maler und Graphiker, ist in Paris im Alter von 84 Jahren gestorben.

JOURNAL

Bibliotheksverband kritisiert Kopierrecht

dpa, Berlin

Der deutsche Bibliotheksverband (DBV) hat sich gegen eine Änderung des Kopierrechts ausgesprochen. Eine solche Maßnahme, wie sie der Börsenverein des Deutschen Buchhandels fordere, werde das wissenschaftliche Arbeiten finanziell belasten und ernsthaft behindern, erklärte der DBV. Der Verband wendet sich insbesondere gegen die Forderungen des Börsenvereins nach weiterreichenden Vervielfältigungsverboten und Vergütungserhöhungen. Sie ließen jedes tiefere Verständnis für die Bedürfnisse der Wissenschaft und für die Arbeit der Bibliotheken vermissen. Die sinkenden Bibliotheksetats hätten dazu geführt, daß das Kopieren für wissenschaftliche Zwecke weiterhin in großem Maße nötig sei. Besonders Studenten und einkommensschwächere Schichten seien in ihrer beruflichen Arbeit auf das Kopieren angewiesen.

Urkunden von Halevi und Maimonides

I. Br. Jerusalem

Zwölf bedeutende Urkunden aus der insgesamt mehr als 200 000 Blätter umfassenden Kairoer „Geniza" (aus dem Gebrauch gezogene hl. Schriften: Bibel-Texte, Apokryphen, talmudische Literatur und Dichtung, theologische Texte, u. a. m.), die in Kairo aufgefunden wurden, werden bis Ende des Jahres im „Schrein des Buches" in Jerusalem neben Qmran-Schriftrollen ausgestellt. Die Geniza-Texte und die Schriftrollen bilden den ältesten Schatz jüdischer Handschriften. Während aber die Qmran-Schriftrollen gesammelt in Jerusalem aufbewahrt werden, sind die Geniza-Texte über drei Kontinente verstreut und bisher noch nie öffentlich ausgestellt worden. Unter den 12 Urkunden befinden sich ein Brief des Dichters Judah Halevi und ein Responsum des Maimonides. (Katalog englisch und hebräisch: 4 Dollar)

Historische Galerie der Ebert-Stiftung

DW, Bonn

Die Friedrich-Ebert-Stiftung plant eine Historische Galerie. Sie soll den kleinen Fundus von Kunstwerken ergänzen. Bei der Sammlung sollen Aspekte des Industriezeitalters, der Politik- und Sozialgeschichte sowie der gesellschaftlichen Veränderungen aus der Sicht von Künstlern des 19. und 20. Jahrhunderts im Vordergrund stehen. Diese Sammlung wird später als Historische Galerie der Öffentlichkeit zugänglich sein.

Der Spielplan der Kölner Oper für 1984/85

Hä. Köln

Trotz weiterer Einsparungen im 41-Millionen-Etat wird die Kölner Oper fünf prominent besetzte Neuinszenierungen in der Spielzeit 1984/85 herausbringen. Intendant Michael Hampe wird die Händel-Oper „Agreppina", Oberspielleiter Hans Neugebauer die Uraufführung einer Neruda-Oper „Morieta" von Jens-Peter Ostendorf inszenieren. Janaceks „Katja Kabanowa" setzt Harry Kupfer, Smetanas „Die verkaufte Braut" Rudolf Noelte und Puccinis „Madame Butterfly" Jean-Pierre Ponnell in Szene. Die Dirigenten sind John Pritchard, Arnold Östmann, Gerd Albrecht und Steuart Bedford. Das Tanzforum Köln wird neben der „Wandererphantasie" eine Uraufführung nach den chinesischen Gedichten von Bertolt Brecht produzieren.

Aktuelle deutsche Kunst in Spanien

DW. Barcelona

Unter dem Titel „Ursprung und Vision – Neue Deutsche Malerei" wird die erste umfassende Ausstellung der neuen expressiven Tendenzen in der deutschen Kunst in Spanien gezeigt. Sie wird im Centre Cultural de la Caixa de Pensions in Barcelona vom 5. April bis 6. Mai 1984 und in der Sala Pablo Ruiz Picasso, Ministerio de Cultura in Madrid von Mitte Mai bis Ende Juli 1984 zu sehen sein.

Luigi Barzini †

Im Alter von 75 Jahren starb in Rom der Schriftsteller, Journalist und ehemalige Parlamentarier Luigi Barzini. Mit seinem bekanntesten Buch „Die Italiener" (1964) festigte er seinen Ruf als führende Autorität auf dem Gebiet der Geschichte und Kultur seines Landes. Der gebürtige Mailänder zog im Alter von 16 Jahren nach New York, wo sein Vater, einer der bedeutendsten italienischen Journalisten, den „Corriere d'America" gegründet hatte. Barzini studierte Journalismus an der Columbia University, kehrte nach Italien zurück und war von 1930 bis 1940 Auslandskorrespondent des „Corriere della Sera". Mussolini ließ ihn 1940 als „Feind des faschistischen Regimes" verhaften. Nach dem Krieg gründete er in Rom die Zeitung „Il Globo", deren Herausgeber er bis 1947 war.

DW

Ende macht Schluß nach langem Streit um die unendliche Geschichte

Von M. v. SCHWARZKOPF

Michael Ende, der Autor des Bestsellers „Die unendliche Geschichte", hat seinen Namen von dem gleichnamigen Film (Regie: Wolfgang Petersen) zurückgezogen. Wie Ende am Wochenende in Stuttgart erklärte, könne er sich mit diesem „gigantischen Melodram aus Kitsch, Kommerz, Plüsch und Plastik" nicht identifizieren, ohne seine künstlerische Glaubwürdigkeit zu verlieren. Der Film sei eine „Verzerrung" seines Buches und stelle den Sinn der Geschichte auf den Kopf. Der mit einem Aufwand von rund 60 Millionen Mark von der „Neuen Constantin" (München) gedrehte Film soll übermorgen in München Weltpremiere haben.

Ende, dessen „Unendliche Geschichte" inzwischen die Millionen-Auflage erreicht hat, nannte den Film „eine schlechte Mischung aus E. T. und The Day After", nachdem er die „Null-Kopie" des Werks gesehen hatte. Vieles in dem Film habe mit der Buchvorlage nichts mehr gemein. „Grauenvoll" werde es, wenn der Film die von ihm beschriebene Welt „Phantasien" zeige. Die Neue Constantin habe das Land in einen „überdimensionierten Nightclub" verwandelt und aus den zwei Sphinxen „vollbusige Stripperinnen" gemacht. Den Tricks im Film bescheinigt der Autor nur „jämmerliche Qualität". Er bedauerte, den Film nicht mehr zurückziehen zu können.

Dabei hatte alles wie ein Märchen begonnen. Die Geschichte von dem kleinen Jungen namens Sebastian Balthasar Bux, der auszieht, um das Land Phantasien und seine merkwürdigen Geschöpfe vor dem Untergang zu retten, verzauberte im Nu die Herzen der Leser; die Auflagenhöhe erreichte Rekorde. Inzwischen sind Bastians Abenteuer im Land der weißen Drachen und sprechenden Sphinxe, des Elfenbeinturms und des Felsenbeißers auch in Japan und als „The never ending Story" in allen englischsprechenden Ländern zum Bestseller geworden.

Das mußte wie magisch auch den Film anlocken. Schon frühzeitig hatten der Autor und sein Verlag Thiedemann in Stuttgart die Filmrechte für bescheidene 300 000 Mark an einen Produzenten veräußert. Der wiederum gab die Rechte wenig später für das Fünffache an die „Neue Constantin" weiter. Doch es vergingen Jahre, bis tatsächlich die erste Klappe für die Dreharbeiten zur unendlichen Geschichte fiel.

Die Geburt des Filmes, dessen Kosten sich von anfänglich 30 Millionen Mark nach und nach verdoppelten, war ungeheuer schwierig. Zunächst mußte der richtige Regisseur gefunden werden. Endes Geheimfavorit, der japanische Regisseur Akira Kurosawa, winkte ab. Helmut Dietel stieg noch vor Drehbeginn aus. Allein das Skript hatte ihm klargemacht, welch Unterfangen ihm bevorstehen würde. Endlich einigte man sich auf Wolfgang Petersen, dessen Filmepos „Das Boot" gerade eben Erfolge einfuhr.

Das erste Drehbuch, das Regisseur und Autor gebastelt hatten, fand jedoch keine Gnade vor den Produzenten. Sie wollten mehr „Action", mehr „Fantasy" im amerikanischen Sinne. Schließlich sollte das Werk auf dem amerikanischen Markt einschlagen, stammte doch ein erheblicher Teil der Produktionssumme aus den USA.

Ende und Petersen schrieben das Buch daraufhin um; der Autor schon „mit sehr schwerem Herzen" und „ungutem Gefühl". Seine zweite Fassung hielt er gerade noch für akzeptabel, jede weitere Änderung hingegen für absolut unzulässig.

Diese Änderungen geschahen dann doch – klammheimlich. Ende war empört, als er im Februar vergangenen Jahres – 14 Tage vor Drehbeginn – die endgültige Fassung des Drehbuchs zu lesen bekam. Auf einer Pressekonferenz seines Verlages in Stuttgart am 11. März '83 klassifizierte er das Machwerk als einen Comic-Streifen, der an der Idee seines Buches völlig vorbeigehe. In seiner Geschichte wollte Ende – im Gegensatz zur äußeren Umweltzerstörung – von einem ähnlichen Phänomen, der Zerstörung, Verschmutzung und Entleerung der Innenwelt des Menschen, erzählen. Diese Welt heißt in seinem Buch „Phantasien" – ein Land, das von einem lautlosen Übel befallen sei, „dem fressenden Nichts". Eine Verfilmung hätte, so Ende, daher in jedem Fall diesem Grundgedanken seines Buches Rechnung tragen müssen.

Von einem Prozeß über Urheberrechtsfragen aber nahm der Verlag aus wirtschaftlichen Gründen Abstand. Ende behielt sich damals vor, seinen Namen von dem fertigen Projekt zurückzuziehen, falls der Film seine Skepsis und seine Befürchtungen bestätige. Das ist nun geschehen.

Es ist nicht das erste Mal in der Kino-Geschichte, daß ein Autor auf eine Verfilmung seines Werkes so verärgert reagierte. Vor acht Jahren protestierte Otfried Preußler gegen die „filmische Verunglimpfung" seines Kinderbuches „Räuber Hotzenplotz" mit Gert Fröbe in der Hauptrolle. Und Lothar Günther Buchheim entrüstete sich über Petersens Leinwandadaption von „Das Boot", das dennoch einen gewaltigen Erfolg erlebte.

Auf allerlei Getier trifft der kleine Held aus der „Unendlichen Geschichte" auf seiner Reise durch „Phantasien", das Land der menschlichen Wünsche und Hoffnungen. Autor Michael Ende ist am Ende seiner Hoffnungen – er zog seinen Namen von dem Film zurück. FOTOS: TEUTOPRESS/NEUE CONSTANTIN

Streit um die „Gummi-Paragraphen"

SPD-Hearing und Großdemonstration zur Novellierung des Tierschutzgesetzes

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Höchst konträre Positionen bezogen Vertreter von Wissenschaft und Forschung auf der einen und Tierversuchsgegner auf der anderen Seite gestern bei einer öffentlichen Anhörung zum Thema „Tierschutz" vor der Bundestagsfraktion der SPD in Bonn. Am Mittwoch werden die Tierversuchsgegner in Bonn mit einer „ungewöhnlichen Aktion" gegen die von der Bundesregierung geplante Novellierung des Tierschutzgesetzes protestieren, weil sie darin nur Gummi-Paragraphen vermuten.

Die zu einem Riesenband zusammengeklebte Liste von 1,7 Millionen Unterschriften unter einer Protestresolution werden die Demonstranten als Kette um das gesamte Regierungsviertel ziehen. Aktueller Anlaß der Kundgebung sind laut „Bundesverband der Tierversuchsgegner e. V." die abschließenden Beratungen des Gesetzentwurfs aus dem Landwirtschaftsministerium, dessen Text nicht Tiere, sondern mit ihnen Experimentierende schützen werde.

Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle hat daher gestern darlegen lassen, daß mit seinem neuen Gesetz die Zahl der Tierversuche in der Bundesrepublik halbiert werde. Angeblich werden bei den Versuchen in Forschung und Industrie jährlich 20 Millionen Tiere getötet. Mit Bundeskanzler Helmut Kohl habe er, Kiechle, sich darauf verständigt, daß der Entwurf „noch einmal gründlich überprüft werde, um wirklich alle Möglichkeiten zur Verringerung der Versuche auszuschöpfen. Dabei werde auch daran gedacht, den Genehmigungsbehörden für Tierversuche „unabhängige Sachverständigenkommissionen" beizugeben. Die Bemühungen fänden allerdings ihre Grenzen dort, wo das Sicherheitsbedürfnis des Menschen, zum Beispiel bei Lebensmitteln und Arzneimitteln sowie bei der medizinischen Versorgung der Bevölkerung, gefährdet würde.

Sprecher der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Max-Planck-Gesellschaft wandten sich in der SPD-Anhörung unter Hinweis auf die grundgesetzlich garantierte Freiheit der Forschung gegen eine „Kanonisierung" wissenschaftlicher und ordnungsgemäß genehmigter Versuche. Diese sei dann gegeben, wenn eine „Ethik-Kommission" mit einer überwiegend nichtwissenschaftlichen Besetzung über Genehmigungen entscheiden würde.

Für ein derartiges Übergewicht sprach sich in der Anhörung der Kölner Verfassungsrechtler Professor Martin Kriele aus. Er vertrat den Standpunkt, daß bei der Annahme, wissenschaftlicher Umgang mit Tieren sei „frei", sogar schon das jetzt geltende Tierschutzgesetz mit seinen Auflagen als rechtswidrig angesehen werden müßte. Tatsächlich aber müsse wissenschaftliche Tätigkeit immer mit ethischen Grundsätzen abgewogen werden. Nicht alles, was Wissenschaft heiße, sei auch vernünftig.

Ein Sprecher des Bundesverbandes der Chemischen Industrie verwies darauf, daß seit 1970 die Zahl der Versuchstiere durch Selbstbeschränkung bereits um 50 Prozent zurückgegangen sei. Anträge für Versuchsvorhaben seien umfangreiche Aktenstücke und in jedem Falle nur Diskussionsgrundlage für die folgende Auseinandersetzung mit der regionalen Genehmigungsbehörde.

Der Vertreter der pharmazeutischen Industrie stellte an die durch eine Vielzahl von Organisationen präsenten Tierschützer die Frage, warum kein Gerichtsverfahren und keine Klage wegen überflüssiger oder grausamer Tierversuche bekannt sei.

Zuviel Französisches auf US-Tellern

Der Mitterrand-Besuch ließ die Kritik an unamerikanischen Staatsessen aufleben

GITTA BAUER, Washington

Bei aller patriotischen Gesinnung in der Administration von Ronald Reagan, geht es im Weißen Haus bei Staatsdiners ausgesprochen unamerikanisch zu. Darüber regen sich Restaurantbesitzer und -kritiker auf. So begann zwar die Speisenfolge beim Galadiner für Frankreichs Staatspräsidenten François Mitterrand dieser Tage mit einem originär amerikanischen Fisch, einem Lachs aus dem Columbia-River. Von da an aber war das Menu strikt französisch, en croute und au gratin.

So fragt die „New York Post": „Warum hat Nancy wohl ihr neues Porzellanservice noch nicht benutzt, um ihr erstes Tex-mex oder ein Cajun-Staatsdiner zu servieren?" Tex-mex heißen die mit Chili geschärften Speisen aus Amerikas heißem Südwesten, die eigentlich nur von Elefantenmägen zu verdauen sind. Cajun sind die aus Louisiana stammenden, aus dem Gemisch von kreolisch und kanadisch-französisch entstandenen Spezialitäten, die auch nicht unbedingt jedermanns Sache sind.

Vincent Sardi jedoch, Besitzer von Broadways berühmtestem Restaurant, „Sardi's", hat andere Vorstellungen. „Keiner hat etwas dagegen, wenn der Präsident und Mrs. Reagan zum Frühstück speisen, was sie wollen. Offizielle Mahlzeiten sollten jedoch strikt amerikanisch sein." Die Frage, was „strikt amerikanisch" sei, beantwortet Vincent Sardi mit: „Steak und clam-chowder."

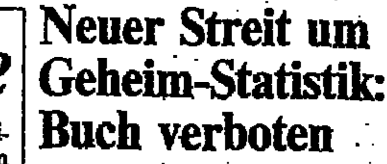
Das unvergleichlich saftige, zarte Fleisch der Black Angus, die auf texanischen Ranches weiden, ist in der Tat wohl das beste Steak der Welt. Allerdings ist es auch voll des schädlichen Cholesterins. Denn seine Zartheit verdankt es der „Marmorierung" durch dünne Fettadern. Clam-chowder ist eine neu-englische Spezialität, eine Suppe aus Muscheln, Speck und Kartoffeln – in Milch gekocht. Sardi weiß, wovon er spricht, wenn er sie dem Weißen Haus empfiehlt.

Bostoner schwarze Bohnensuppe mag in ihrer Deftigkeit nicht zum Stil des Weißen Haues passen. Die köstlichen amerikanischen Riesenchrimps dagegen sind besser als alles, was das Mittelmeer an Gambas, Scampis und Crevetten zu bieten hat.

Schon Mimi Sheraton, langjährige Restaurant-Kritikerin der „New York Times", regte sich auf, als Königin Elizabeth zum Bicentennial im Weißen Haus speiste: „Warum französches Essen für eine englische Königin an einem amerikanischen Geburtstag?" Rückblickend auf das Jahr 1976 meint sie: „Amerikanisches Essen war wohl damals noch nicht chic." Es ist es wohl immer noch nicht, denn Mrs. Reagans Pressesekretärin Sheila Tate erklärte, daß „französische Speisen in Amerika für formelle Anlässe üblich sind".

Die Francophilie hatte sich bereits im Weißen Haus der Kennedys fest etabliert. Jacqueline Kennedy stellte selbst Henri Verdon ein, der später ein sehr brauchbares Buch über einfach nachzumachende Menus geschrieben hat, die er im Weißen Haus gekocht hat. Er bediente sich dabei übrigens durchaus der amerikanischen Zutaten, nur der Name und das Flair waren gallisch.

Da ging es bei Eleanor Roosevelt, die nichts vom Kochen verstand, karger zu. James Beard, einer der Altmeister amerikanischer Küche, war einmal zu einem Dinner auf dem Familiensitz der Roosevelts eingeladen. Die First Lady servierte in der Tat Amerikanisches: Hot dogs und Hamburger. Beard dazu schonend: „Sie steckte voll von Tradition. Es war genau das, was man von ihr erwarten konnte." (SAD)



Neuer Streit um Geheim-Statistik: Buch verboten

AP, Bonn

Das Institut für Medizinische Statistik (IMS) in Frankfurt hat gestern eine einstweilige Verfügung gegen das Buch „Krankheit auf Rezept" erwirkt, in dem aus geheimen Medikamenten-Statistiken der Arzneimittelhersteller zitiert wird. Diese Verfügung verbietet unter Androhung eines Bußgeldes in Höhe von 500 000 Mark, daß das Werk verbreitet oder dafür geworben wird. Nach dem Spruch durfte die Öffentlichkeit gestern auf der in Bonn angesetzten Pressekonferenz nicht einmal über den Inhalt informiert werden. Bei dem in „Diskussionsveranstaltung" umbenannten Termin erklärte Verleger Reinhold Neven-Dumont, die einstweilige Verfügung grenze an eine Verletzung der Pressefreiheit. Der von der pharmazeutischen Industrie in Auftrag gegebene „Verschreibungsindex für Pharmazeutika" des IMS war kürzlich vom nordrhein-westfälischen Arbeitsminister Friedhelm Farthmann erstmals zitiert worden. Danach sollen Kindern im Alter bis zu elf Jahren im vergangenen Jahr fast eine Million Mal Psychopharmaka, Schlaf- und Beruhigungsmittel verschrieben worden sein. Der 3000 Seiten starke Verschreibungsindex, der jährlich erstellt wird, basiert auf der Auswertung der Verschreibungen und Diagnosen von 1800 repräsentativ ausgewählten Ärzten. Es wird vermutet, daß die Pharma-Industrie den Verschreibungsindex auch zur Erarbeitung von Verkaufsstrategien verwenden wird.

12 Lawinenopfer

AP, Chur

Zwölf Menschen sind am Wochenende in den Alpen durch Lawinen getötet worden. Allein im Wallis starben vier Skifahrer, als sich in 3500 Meter Höhe eine 400 m breite Schneewand löste. Die übrigen Unfälle ereigneten sich in Österreich.

Soul-Sänger erschossen

AP, Los Angeles

Am Vorabend seines 45. Geburtstages ist Sonntag der amerikanische Soul-Sänger Marvin Gaye in Los Angeles bei einem Streit von seinem 69jährigen Vater erschossen worden. Gaye war erst im vergangenen Jahr mit zwei Grammy-Preisen ausgezeichnet worden.

Luftiger Protest

dpa, London

Zahlreiche Mitglieder der Umweltschutz-Organisation Greenpeace haben gestern in mehreren Ländern Europas gegen die Verschmutzung durch Sauren Regen protestiert. In Vörde (Nordrhein-Westfalen) kletterten zwei Männer und eine Frau mit Transparent auf den 250 Meter hohen Schornstein eines Kohlekraftwerks.

Hilfe für Kleinkinder

SAD, Washington

Einer amerikanischen Spielzeugfirma ist es gelungen, einen Plastikstoff zu entwickeln, der auf dem Röntgenbild zu erkennen ist. Diese Erfindung könnte Hunderten von Kleinkindern in allen Teilen der Welt das Leben retten helfen. In den USA starben allein im vergangenen Jahr 300 Babies an dem verschluckten Plastikspielzeug.

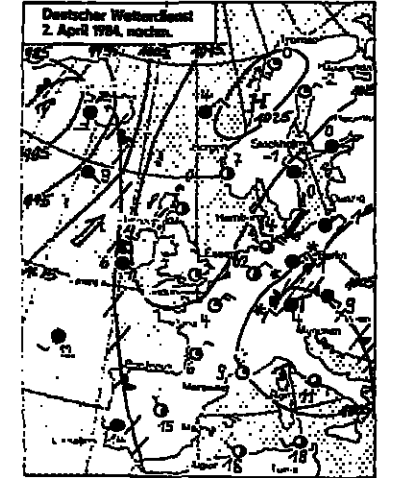
Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegt eine Spielscheinkombination Zahlenlotto 6 aus 49/mittwochslotto 7 aus 38 zur Frühlings-Sonderauslosung der Westdeutschen Lotterie GmbH & Co. bei.

ZU GUTER LETZT

„Runter mit den Winterreifen!" Der „Auto-Tip" in der gestrigen „Bild"-Zeitung.

WETTER: Naßkalt

Wetterlage: Eine von Oberitalien zur Ostsee reichende Tiefdruckrinne bestimmt mit wolkenreicher und kalter Luft das Wetter in Deutschland



Vorhersage für Dienstag:

Süden, Osten und Nordosten: Stark bewölkt bis bedeckt und meist länger andauernde Niederschläge, die auch im Flachland teilweise als Schnee, im Bergland durchweg als Schnee fallen. Höchsttemperaturen um 3 Grad.

Westen und Nordwesten: Bei wechselnder Bewölkung vereinzelt leichte Schneeregen – Schneeschauer, sonst weitgehend niederschlagsfrei. Nachmittagstemperaturen 4 bis 7 Grad. Nachts Abkühlung auf plus 1 bis minus 2 Grad.

Weitere Aussichten:

Abklingende Niederschläge, jedoch weiterhin für die Jahreszeit zu kalt.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	1°	Kairo	24°
Bonn	1°	Kopenh.	4°
Dresden	6°	Las Palmas	19°
Essen	2°	London	6°
Frankfurt	1°	Madrid	15°
Hamburg	4°	Mailand	6°
List/Sylt	5°	Mallorca	17°
München	4°	Moskau	4°
Stuttgart	4°	Nizza	12°
Algier	18°	Oslo	4°
Amsterdam	6°	Paris	4°
Athen	16°	Prag	7°
Barcelona	15°	Rom	11°
Brüssel	4°	Stockholm	–1°
Budapest	12°	Tel Aviv	22°
Bukarest	14°	Tunis	18°
Helsinki	0°	Wien	9°
Istanbul	16°	Zürich	3°

* Sonnenaufgang am Mittwoch: 4.51 Uhr, Untergang: 18.00 Uhr, Mondaufgang: 6.10 Uhr, Untergang: 21.25 Uhr. * in MEZ, zentraler Ort Kassel

Tours tritt gegen Dallas und Denver an

CONSTANCE KNITTER, Paris

Ein Schriftsteller, der mit dem „Prix Goncourt" ausgezeichnet wurde, zehn Drehbuchautoren, zwei Regisseure, 120 Schauspieler und „amerikanische Arbeitsmethoden". Mit solch üppigem Aufgebot wollte das zweite französische Fernsehprogramm „Antenne 2" dem amerikanischen „Dallas" Paroli bieten.

Der Erfolg von „Dallas", in Frankreich im ersten Programm ausgestrahlt, war dem Generaldirektor Pierre Desgraupes von „Antenne 2" seit langem ein Dorn im Auge. So beschloß er vor zwei Jahren, eine Konkurrenzserie in Szene zu setzen: nach amerikanischem Muster, aber mit französischen Vorzeichen. „Chauteauvallon" ist der Titel der französischen „Dallas"-Konkurrenz mit 52 geplanten Folgen, die längste und teuerste TV-Serie in der Geschichte des französischen Fernsehens.

Als Ideenspender für die Co-Produktion von „Antenne 2" und den privaten Produktionsgesellschaften Telecip und Telfrance wurde der mit dem „Prix Goncourt" ausgezeichnete Schriftsteller Georges Conchon engagiert. Er schrieb das Drehbuch für den Romy Schneider-Film „Die Bankiersfrau". „In Texas haben sie Öl. Deshalb sind die Amerikaner in 'Dallas' zu Hause. Wir haben Ideen – politische Ideen. Die Franzosen werden sich in der Auseinandersetzung der Linken und Rechten wiedererkennen. Das ist der Hintergrund unserer Serie", verspricht Conchon.

Als Drehort wurde das „Chateau de Mauvieres" in der Nähe von Paris gewählt. Die ersten sechs Folgen sind bereits im Kasten. Im Herbst sollen sie ausgestrahlt werden. In „Chateauvallon" geht es um die Rivalität zweier Familienclans in der französischen Provinz. Man könnte an Tours als Ort der Handlung denken. Da ist einerseits die alteingesessene Familie Retz, der die Regionalzeitung „La Depèche Republicaine" und das Krankenhaus gehört. Als Biest haben die Retz die schöne Erbin Florence. Auf der anderen Seite ist da die neureiche Emigrantenfamilie Meretic. Ihr Vermögen machten die Meretics mit Reinigungsunternehmen.

Für den erhofften Erfolg der Serie wurde nichts dem Zufall überlassen. Vom „Louis Harris Institut" ließ der Chef von „Antenne 2" eine Untersuchung über Hintergründe von Erfolg und Mißerfolg großer amerikanischer und französischer Fernseh-Serien beim Publikum vornehmen. So kamen Frankreichs TV-Macher zu der Erkenntnis: Eine gute Serie darf keine armen Leute zeigen, es sei denn, es handelt sich um Helden vergangener Epochen.

So sieht man in „Chateauvallon" wie in „Dallas" nur schöne reiche Menschen, mit schönen Häusern, schönen Autos, schönen Hobbys und schmutzigen Tricks. Doch das französische Fernsehpublikum braucht auch noch einen besonderen „Kitzel". Also fehlt es nicht an Morden, Hochzeiten und einer romantischen Liebe. Mit der Romanze wird die Verbindung zwischen den Retz und den Meretic hergestellt.

Wenn es denn soweit ist – bis dahin bietet allein die Realisierung der „Dallas"-Konkurrenz eine ganze Menge Drehbuch-Stoff. Die Teamarbeit nach amerikanischem Muster schmeckte den Franzosen nicht. Von den zehn Drehbuchautoren, die für jede Folge Hand in Hand arbeiten sollten, schrieb jeder seine Story in seiner eigenen Ecke. Bei den Dreharbeiten der ersten Folgen kam es zum Disaster: Die tragenden Figuren der Geschichte widersprachen sich fast in jeder Szene und wechselten in jeder Folge vollständig ihren Charakter. So blieben acht Drehbuchautoren auf der Strecke. Von 120 angekündigten Schauspielern wird man nur 40 agieren sehen, darunter nicht einen einzigen bekannten Star.

Schließlich mußten die Namen der Familien geändert werden. Eine Frau Retz meldete sich und erklärte, sie habe keine Lust, als französische Sue Ellen verkannt zu werden. Die Retz wurden in Berg umgetauft. Aus der Familie Meretic wurden die Kovalics, weil ein bekannter Pariser Fernsehjournalist Gabriel Meretik heißt. Nach den ersten 26 Folgen zum Preis von 1,8 Millionen Francs (600 000 Mark) pro Folge, will man nun die Reaktion des Publikums testen, bevor man an die Fortsetzung geht. Doch schon droht Georges Conchon das Handtuch zu werfen: „Für das Ende der Geschichte muß man sich einen neuen Autor suchen. In den 18 Monaten, die mich „Chateauvallon" gekostet haben, hätte ich ein Filmdrehbuch und einen Roman schreiben können und zweimal mehr verdient. Ich gehe in den Ruhestand", meint der 59jährige Schriftsteller. (SAD)

BILD EINES LANDES, DAS EIN KONTINENT IST

Unermeßlich in der Vielfältigkeit

Von M. WEIDENHILLER

Was verbinden Sie mit Indien? Mahatma Gandhi, Elend, Bevölkerungsexplosion, Entwicklungsland – so lauteten die Antworten einer „Umfrage" bei Kollegen und Bekannten. Ein einseitiges Bild.

Die Wirklichkeit umfaßt wesentlich mehr. Tatsache ist, daß Indien seine Hauptprobleme, Massenarmut und Hunger, nicht in den Griff bekommen hat. Dennoch: Schon allein durch seine Größe und seine Menschenmassen ist es nicht nur ein politisch wichtiges Land der Dritten Welt und innerhalb der Familie der Blockfreien, sondern auch ein Land von erheblicher Wirtschaftskraft und entsprechendem wirtschaftlichen Gewicht. Eingebettet in überkommene Sozialsstrukturen und eine statische Hindu-Gesellschaft leben die meisten Inder auf dem Lande, und sie prägen das Bild des Agrarlandes, das zugleich auch Spitzenpositionen in Einzelbereichen der Wirtschaft, der Industrie und der Wissenschaft erklommen hat.

Während etwa die Hälfte der 700 Millionen Menschen unter der Armutsgrenze lebt, kreisen indische Satelliten auf einer Erdumlaufbahn. Während so mancher Dorfbewohner sich außerstande sieht, mit einer Biogas-Anlage zurechtzukommen, experimentieren Wissenschaftler mit der Sonnenenergie. Während die Stromversorgung ständig zusammenbricht, beteiligen sich Inder an hochkomplizierten Monsunforschungsprogrammen. In den Bereichen der Atomenergie, der Luft- und Raumfahrt, stehen die Leistungen der Inder in vieler Hinsicht denen der führenden Nationen der Welt nicht mehr nach. Diese Beispiele verdeutlichen, daß Indien ein durchaus interessanter und nicht unbedeutender Wirtschaftspartner sein kann. Als solcher will es sich auf der Hannover-Messe präsentieren. Es wirbt dort, so die offizielle Darstellung, mit „dem größten Industrieförderungsprojekt, das Indien jemals außerhalb seiner Grenzen durchführt".

„Demokratischer Sozialismus"

Als Indien 1947 unabhängig wurde, waren sich die Politiker einig, daß der Staat demokratisch regiert, sozialistisch organisiert und neutral sein sollte. Das Schlagwort vom „demokratischen Sozialismus" sollte andeuten, daß Indien von Ost und West das beste zu vereinen gedachte. Entsprechend sollte die Wirtschaft sowohl dem freien Unternehmertum Raum geben, als auch seine Wirtschaftsplanung an das sowjetische Vorbild anlehnen. Entwickelt hat sich daraus eine gemischte Wirtschaftsform, in der ein privatwirtschaftlicher Sektor neben einem staatlichen steht, und in der über Lizenzvergaben, Restriktionen und Anreize einerseits und direkte wirtschaftliche Aktivität des Staates andererseits eine Steuerung der Gesamtwirtschaft seitens des Staates vorgenommen wird. Nehru ließ 1950 den ersten Fünfjahresplan – der sechste läuft 1985 aus – erarbeiten. Pläne bestimmen seither das Entwicklungsprofil Indiens. Sie stellten zunächst die Industrialisierung des Riesenlandes ganz an die Spitze – und der Sprung nach vorn gelang. Indien nimmt heute in der Weltrangliste der Industriestaaten den zehnten Platz ein.

Noch mehr Erfolg stellte sich im zweitwichtigsten Bereich ein, der Landwirtschaft. Indien ist heute in der Lage, sich trotz seiner rasch wachsenden Bevölkerung selbst zu ernähren. Wenn noch immer Hunger herrscht, so ist dies eher auf Mangel an Kaufkraft der Massen zurückzuführen.

Gerechtigkeit ist das Ziel

Neben der wirtschaftlichen Eigenständigkeit zählten auch eine hohe Wachstumsrate, Vollbeschäftigung und „soziale Gerechtigkeit" zu den ehrgeizigen Zielen. Man schuf ein umfangreiches Instrumentarium, um die gesamte Wirtschaft zu steuern und zu kontrollieren. Die Folge waren dann aber eher Produktionshindernisse und -verbote, und es entstand ein riesiger Schwarzgeldmarkt.

Die industrielle Produktion leidet noch immer unter schlechtem Management, infrastrukturellen Engpässen im Transportwesen und der Energieversorgung. Indische Waren erzielen nicht immer Topqualität, Lieferfristen werden nicht eingehalten, die Behörden arbeiten schleppend und die Bürokratie erschöpft zuweilen die Geduld auch des Geduldigsten. Diese Faktoren schrecken ausländische Investoren ab. Zudem wird den Behörden ein breiter Ermessensspielraum („merits on the case") eingeräumt. Die ausländische Beteiligung ist grundsätzlich auf 40 Prozent beschränkt; Ausnahmen sind aber möglich, wenn es sich um Spitzentechnologie oder exportorientierte Vorhaben handelt. Um den Export zu fördern, hat Indien schon vor Jahren den Import liberalisiert. Vorrangiges Interesse gilt dabei dem Kauf von Spitzentechnologie, aber auch einer an die Gegebenheiten des Landes „anpassungsfähigen" Technologie.

Für Indien ist die Bundesrepublik sowohl der fünftgrößte Lieferant als auch Abnehmer. Indien nimmt dagegen in der Rangfolge im deutschen Außenhandel den 43. Platz ein, und den 35. bei Einfuhren. Das zeigt, daß die Möglichkeiten noch lange nicht ausgeschöpft sind.

Das Ende März ausgelaufene Finanzjahr wurde insgesamt optimistisch beurteilt. Trotz Katastrophen und Dürren stieg die Nahrungsmittelproduktion auf 142 Millionen Tonnen, die Wachstumsrate erzielte 4,5 Prozent, die Abhängigkeit von Rohöl-Importen ging durch die Eigenförderung von 65 Prozent des Eigenbedarfs zurück. Die Regierung Gandhi kann im Wahljahr (bis Januar 1985 fällig) also Erfolge vorweisen.

INDIEN

Partnerland der Hannover-Messe '84



Schon auf der Hannover-Messe 1983 hatte Indien einen vielbeachteten Stand FOTO: A. W. UNGER

Junge Industrie als Partner

Die Hannover-Messe, die jedes Jahr im April in der Bundesrepublik Deutschland stattfindet, ist die größte und angesehenste Industrie- und Maschinenbautechnologie-Ausstellung der Welt. Die Zahl der Besucher aus der Wirtschaft beträgt mehr als eine halbe Million jedes Jahr, für 1984 werden eine dreiviertel Million Besucher erwartet. In den letzten Jahren ist es so gewesen, daß ein noch junges Industrieland als „Partnerland" im Brennpunkt stand.

Große indische Industrieunternehmen werden ebenso vertreten sein, wie mittelständische Betriebe und Kleinindustriebetriebe. Die indische Ausstellung wird alle Sektoren der Hannover-Messe abdecken, einschließlich Büro- und Datentechnologie; Elektro-Technik und Elektronik; Industrieanlagenbau, Verarbeitung und Materialien; Zulieferung, Oberflächenbehandlung; Fabrikausrüstung; Werkzeuge, Transport und Verkehr; Konstruktions-Technologie.

Die indische Ausstellung wird besonders stark vertreten sein auf dem Gebiet der Elektro-Technik, Elektronik, Zulieferung, Kraftübertragungstechnik, Werkzeugmaschinen, Schwerfahrzeuge und Kapitalgüter, und im Industrieprojekt- und Beratungsservice.

Die Anwesenheit wichtiger Förderungsorganisationen im indischen Pavillon (Halle 21, in der Nähe des Nordwest-Einganges des Messe-Geländes) soll sicherstellen, daß alle Anfragen ausländischer Besucher schnell beantwortet werden können.

Die Konzentration einer großen Zahl von leitenden Angestellten in einem großen Pavillon bietet dem Besucher die Gelegenheit, Diskussionen auf entscheidungsbefugter Ebene zu führen. Dies wird eine wohl einmalige Gelegenheit sein, denn die teilnehmenden Firmen sitzen in verschiedenen Teilen Indiens, ein Land von kontinentaler Größe, und für einen Wirtschaftsbesucher würde es normalerweise sehr schwierig sein, einen so großen Querschnitt aus der Industrie auf einem Erkundungsbesuch in Indien zu treffen. rx

INHALT

INDUSTRIEPROFIL / Hohes Niveau erlangt

Eigenständigkeit wird betont

Seine autarke Nahrungsmittelproduktion, sein expandierender Handel, der eindrucksvolle Fortschritt beim Ausbau der Infrastruktur, die einheimische Ölproduktion, die hohe internationale finanzielle Kreditwürdigkeit sowie seine schnellen technologischen und industriellen Fortschritte machen insgesamt gesehen die Leistungen Indiens einzigartig. Sie wurden erzielt dank einer vorausschauenden Planung in vorrangigen Bereichen, durch eine verantwortungsvolle Finanzpolitik, die Betonung der Eigenständigkeit und die über Jahre gereifte und gefestigte parlamentarisch-demokratische Staatsform.

Einen Einblick vermitteln

Führende indische Firmen werden auf einer Ausstellungsfläche von 17 000 qm in Halle 21 und 5000 qm im Freigelände der Messe einen Einblick in Indiens massiven Vorstoß in die industrielle Modernisierung vermitteln sowie Umfang, Entwicklungsstand und Exportfähigkeit aller wichtigen indischen Maschinenbau- und Technologiezweige veranschaulichen.

Indiens industrielles Profil hat im vergangenen Jahrzehnt eine ungeheure Wandlung durchgemacht. Die Zusammenarbeit mit weltbekannten Unternehmen und die heimische Entwicklung haben das Land in die Lage versetzt, Fertigerzeugnisse, Ausrüstungen und Maschinen herzustellen, die hinsichtlich ihrer vortrefflichen Ausführung und Präzision höchsten internationalen Maßstäben entsprechen. Die Beherrschung hochentwickelter Technologien, der Ausbau der notwendigen Infrastruktur, die Entwicklung fortschrittlichen Wissens und technischer Fertigkeiten, sowie regionale und sektorale Diversifizierung und Wachstum kennzeichnen die industrielle Entwicklung des Landes in den beiden letzten Jahrzehnten.

Es ist für viele überraschend, daß Indien heute die neuntgrößte Industriemacht der Welt ist. Nach den USA und der UdSSR steht Indien hinsichtlich der Anzahl seiner verfügbaren technischen Fachkräfte an dritter Stelle. Es gehört zu den sechs führenden Ländern auf dem Gebiet der Weltraum- und Kernforschung. Indiens Eisenerzvorkommen sind die größten der Welt. Es rangiert in der Produktion von Glimmer, Zucker und Baumwollgarn an erster Stelle, in der Herstellung von Motorrollern an zweiter, in der Kohleförderung an fünfter, in der Kunstseidenherstellung an achter und in der Zement- und Düngemittelproduktion an neunter Stelle. Es hat das viertgrößte Eisenbahnnetz und das fünftgrößte Wasserkraftpotential der Welt. Außerdem ist es zur Zeit der zwölftgrößte Stromerzeuger.

Fast 40 Prozent der indischen Industrieproduktion werden von der Investitionsgüterindustrie des Landes erbracht. Seine heimische Industrie erzeugt heute selbst die von den Hauptindustriezweigen – Baumwolltextilien, Jute, Zucker, Chemikalien, Papier, Zement, Tee, Bergbau usw. – benötigten Maschinen und Anlagen. Zu Indiens Industrieerzeugnissen gehören Schiffe, Kraftfahrzeuge, Lokomotiven, Werkzeugmaschinen, Generatoren, Umspannwerke, Turbinen, Traktoren, Lastkraftwagen, Boiler, Präzisionskugellager, schwere Stahlbauelemente, Verfahrens- und Verdichterpumpen, Dieselmotoren, Bohrgeräte, Getriebe und Getriebegehäuse, Bauausrüstungen, Industriekühlanlagen, hochentwickelte Präzisionsguß- und schmiedeprodukte, wissenschaftliche, chirurgische und elektro-medizinische Geräte.

Auch auf dem Computersektor und in der Satelliten- und Trägerraketenproduktion wurde ein eindrucksvoller Anfang gemacht. Unter Verwendung von Halbleiterbauelementen und peripheren Geräten haben indische Ingenieure Systementwürfe, Software und Anwenderpakete zur Unterstützung der heimischen Fertigung entwickelt.

Indien hat sich nach Erforschung, Adaption und Modifikation von Technologien verschiedener Herkunft zu einem bedeutenden Lieferanten von mittleren Technologien entwickelt. Diese Technologien sind in vielen Entwicklungsländern positiv aufgenommen worden. Der Technologietransfer vollzieht sich in Form von industriellen Gemeinschaftsunternehmen, Lieferungen schlüsselfertiger Betriebe und technischer Beratung. Rund 240 Gemeinschaftsunternehmen im Ausland wurden bereits genehmigt. Mehr als die Hälfte von ihnen sind schon in Betrieb, die übrigen befinden sich in verschiedenen Fertigstellungsstadien.

Fortschritte im Weltraum

Indien leistet ferner hochentwickelte Beratungsdienste in einer ganzen Reihe von Entwicklungsländern auf den Gebieten Metallurgie und Petrochemie, und zwar vom Entwurf über die Planung bis hin zur Inbetriebnahme der Anlagen. Auch eine Reihe von Gemeinschaftsunternehmen in Drittländern wurde von indischen Unternehmen durchgeführt.

Wesentliche Fortschritte wurden auch bei der Entwicklung von Kern- und Weltraumtechnologien für friedliche und entwicklungstechnische Zwecke erzielt. Seit dem Start des Satelliten Rohini (RS-I) mittels der eigenen Trägerrakete (SLV-3) von der eigenen Abschußrampe in Sriharikota im Jahre 1980 ist Indien das siebente Land der Welt, das seine eigenen Satelliten starten kann.

Einen Überblick über das neue Indien erhält man auf der Hannover-Messe 1984 in Halle 21. bsb



In einem indischen Industrieunternehmen: Moderne Maschinen prägen den Arbeitsablauf FOTO: DIE WELT

MESSEBETEILIGUNG

Erfolg mit Mut und Miete einer großen Fläche

Von KAMALESH SHARMA

Ich bin seit über drei Jahren mit diesem Vorhaben befaßt und weiß noch, wie ich mit dem leitenden Beamten der Trade Fair Authority of India (TFAI), der für Messebeteiligungen im Ausland zuständigen Behörde, die Halle 21 besuchte, die 17 000 Quadratmeter groß ist und mit ihm diskutierte, ob wir dieses große Unternehmen durchführen sollen oder nicht.

In meinen Augen hatte die Halle die Größe von mehreren Fußballplätzen. Aber, obgleich Indien bisher noch niemals den Versuch unternommen hatte, eine Industrie-Ausstellung von solchen Ausmaßen durchzuführen, beschlossen wir, großzügig zu denken und nicht auf Sicherheit zu setzen.

Und es hat sich herausgestellt, daß wir uns keine Sorgen zu machen brauchten.

Als sich die Nachricht erst einmal verbreitete und die Richtung bestimmt war, war die Hallenfläche sehr rasch belegt, so daß Nachzügler gar keinen Platz mehr erhalten konnten und viele andere Aussteller sich mit einer geringeren Standfläche zu begnügen haben werden, als sie sie erhofft hatten. Wir haben uns natürlich bemüht, auch ihnen gerecht zu werden und auch für sie eine geeignete Repräsentation zu finden.

Es sieht aber heute, nachdem die Vorbereitungen eigentlich abgeschlossen sind, so aus, als hätten wir noch eine weitere Halle nehmen können. Wir haben über 400 Ausstellerfirmen und 20 Service-Organisationen ebenfalls aus den auf der Hannover-Messe vertretenen Bereichen.

Dies ist keine geringe Leistung für ein Land, das buchstäblich erst vor rund 35 Jahren mit der Industrialisierung begonnen hat, nämlich nach erlangter politischer Unabhängigkeit.

Wir hoffen, durch unsere Beteiligung sowohl psychologisch wie auch geschäftlich etwas zu bewirken – beides ist gleichermaßen wichtig. Auf Grund seiner Größe, Vielfalt, Geschichte und Kultur ist Indien selbstverständlich ein Land mit vielen Facetten. Und es ist zugleich ein Land mit zahlreichen Entwicklungsstufen.

Leider hat die Hervorhebung unserer Bemühungen um die allmähliche Bezwingung der Armut und der damit verbundenen Probleme die Tatsache verdeckt, daß Indien zugleich auch eine moderne Industrie- und Technologie-Nation geworden ist, und daß es als Geschäftspartner langfristige Aussichten und Möglichkeiten zu wechselseitigem Nutzen anbietet. Gerade auf diese bislang nicht genügend bekannten Möglichkeiten hinzuweisen, ist der Sinn unserer Beteiligung.

Konkreter ausgedrückt: Unsere Firmen hoffen, die Messebesucher davon überzeugen zu können, daß Geschäftsbeziehungen auf vielfache Weise entwickelt werden können.

Zum Beispiel durch Importe von Qualitäts-Maschinenerzeugnissen aus Indien (unsere Maschinenbau-Exporte belaufen sich global zur Zeit auf über drei Milliarden Mark, und die Zuwachsrate betrug in den letzten zwei Jahren 20 Prozent), durch Kapitalgüter-Exporte nach Indien, Technologie-Export nach Indien – sei es durch Lizenzvergabe oder als finanzielles Gemeinschaftsunternehmen, durch andere Formen der geschäftlichen Zusammenarbeit, einschließlich der Einholung von Projekt- und Dienstleistungsverträgen in Ländern der Dritten Welt, für die Indiens technische Fachkräfte, Erfahrung und Wettbewerbsfähigkeit von großem Vorteil sein können.

Anhand seiner eigenen Kapazität ist Indien jetzt bereits im Nahen Osten, auf der arabischen Halbinsel, in Afrika und Südostasien vertreten. Aber gemeinsam mit einem entwickelten Land wie der Bundesrepublik könnten sehr attraktive Zusammenarbeitspakete geschnürt werden.

Auf einen Punkt möchte ich besonders aufmerksam machen:

Es ist der zunehmende Ruf nach moderner Technologie und die zunehmende Liberalisierung der politischen Einstellung zu Kollaboration und Investitionen und entsprechender Maßnahmen in unserem Lande. Sowohl der Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff als auch der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke, die Indien kürzlich erst besucht haben, waren darüber äußerst erstaunt.

1982 haben die Bundesrepublik und die USA die Rangliste der ausländischen Kollaborationen in Indien mit je 110 von insgesamt 591 anerkannten Kollaborationen angeführt. Von den im Jahr 1983 673 anerkannten ausländischen Kollaborationen waren die USA mit 135 führend, dicht gefolgt von der Bundesrepublik mit 129.

Die indische Ausstellungsfläche entspricht in etwa derjenigen, die die Bundesrepublik für sich auf der Tokio-Messe später im Jahr gebucht hat – selbst nach deutschen Maßstäben also recht ambitiös.

Kamalesh Sharma ist Gesandter der Indischen Botschaft in Bonn

WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN / Handel, Lizenzverträge und Joint ventures

Eine längere Anlaufphase ist besser vorher einzuplanen

Von G. KRÜGER

Handel, Lizenzverträge, Joint ventures – dies sind die drei wichtigsten Säulen, von denen die deutsch-indischen Wirtschaftsbeziehungen getragen werden. Handelsbeziehungen sind die traditionelle Form des Indiengeschäfts, Lizenzverträge die gebräuchlichste Kooperationsform und Joint venture die intensivste Art des Indienengagements. Allgemein gültige Rezepte für die günstigste Kooperationsform gibt es zwar nicht, doch Erfahrungen, die eine Entscheidung erleichtern.

Indien ist für den Handel sicherlich ein vergleichsweise schwieriger Markt. Zur Anbahnung von Geschäftskontakten reicht daher nicht ein kurzer „stopover" auf dem Weg zu anderen Kunden in Ostasien, oder eine flüchtig hergestellte Geschäftsbeziehung. Man sollte statt dessen eine längere Anlaufphase und einen gewissen Lernprozess einplanen. Umständliche Einfuhrbestimmungen, Infrastruktur- und Kommunikationsprobleme sowie eine andersartige Geschäftsmentalität sind Hürden.

Wer sich jedoch in Indien auskennt, findet interessante Geschäftsmöglichkeiten und ein vielfach nicht ausgeschöpftes Potential für Im- und Export. Ist dieses Potential erkannt, so ist auch bald die Erfahrung gewonnen, daß sich kontinuierliche Geschäfte nur selten von Deutschland aus steuern lassen.

Erst Export, dann Fertigung vor Ort

Man benötigt daher für den Export eine gute Vertretung oder gar ein Verbindungsbüro, das von einem Deutschen geleitet wird und für den Import eine Vertrauensperson, die sich um Einhaltung der Termine, Qualität, Verschiffung etc. verläßlich kümmert.

Ist das Exportgeschäft erfolgreich, so sollte man bald an eine Fertigung in Indien denken. Dieser paradox erscheinende Ratschlag erklärt sich aus einem Grundsatz der indischen Wirtschaftspolitik, wonach Importe im Prinzip nur dann genehmigt werden, wenn das Produkt nicht bereits auf dem indischen Markt erhältlich ist. Entsteht Konkurrenz für eine Fertigung, so geht der eigene Marktanteil verloren oder ist zumindest rückläufig.

Dennoch scheuen insbesondere mittelständische Unternehmen eine Fertigung in Indien auch auf die Gefahr hin, den Markt mittelfristig zu verlieren. Natürlich birgt eine Lizenzvergabe oder eine Joint venture-Gründung Risiken. Ein Indienengagement ist jedoch kein Abenteuer, wenn man sich nicht nur in Deutschland, sondern auch in Indien gut beraten läßt, sich einen eigenen Eindruck vom Potential des Partners verschafft und Verträge sorgfältig formuliert. Indische Anwaltskanzleien und die wegen der komplizierten Steuerfragen wichtigen Wirtschaftsprüfer haben vielfach hohes Niveau. Auch hier berät die Deutsch-Indische Handelskammer.

Lizenzvertrag, d. h. die Vergabe von Know-how an eine indische Firma, oder Joint venture, d. h. zusätzlich zum Know-how-Vertrag auch eine finanzielle Beteiligung am Unternehmen in Indien, ist die schwierige Frage, wenn man einen geeignet erscheinenden Partner gefunden hat. Lizenzverträge verlangen in der Regel ein geringeres Engagement des deutschen Partners als ein Joint venture, haben aber den Nachteil, daß sie grundsätzlich auf eine Laufzeit von 5 Jahren ab Aufnahme der kommerziellen Produktion begrenzt sind.

Längere Laufzeiten und Verlängerungen sind unter gewissen Voraussetzungen möglich. Das Entgelt besteht aus einer Pauschalsumme und/oder laufenden Lizenzgebühren (royalties). Faustregel der indischen Genehmigungsbehörden ist, daß die Gesamtzahlungen, bestehend aus Pauschale und Royalties, nicht höher sein sollen als 8 Prozent des insgesamt zu erwartenden Verkaufs, berechnet auf der Basis des Ex-Fabrik-Wertes über eine Zeitspanne von höchstens 10 Jahren.

Denkt man an ein langfristiges Engagement in Indien, so sollte dem Joint venture der Vorzug gegeben werden. Joint ventures sind zeitlich nicht begrenzt. Es ist zwar möglich, auch ohne einen starken indischen Partner ein Joint venture zu gründen, indem man Aktien auf dem indischen Markt breit streut. Dieses Vorgehen erscheint nur für größere Unternehmen sinnvoll, die eine eigene Lobby und ein Verbindungsbüro in New Delhi aufbauen können. Kleinere Unternehmen sind jedoch auf einen starken indischen Partner angewiesen, der im Genehmigungsverfahren und bei der Einholung der in Indien erforderlichen Lizenzen tätig wird. Das Niveau solcher Partner ist vielfach wesentlich höher als in anderen Schwellenländern, dennoch lehrt die Erfahrung, daß man bei einer Joint-venture-Gründung zumindest einen Deutschen in leitender Position langfristig nach Indien entsenden sollte.

Beteiligung mit Lizenz verbinden

In der Regel genehmigen die indischen Behörden nur eine ausländische Minderheit. Rund 20 Prozent der deutsch-indischen Gemeinschaftsunternehmen haben eine deutsche Beteiligung zwischen 50 und 60 Prozent, weitere 20 Prozent zwischen 40 und 50 Prozent und die Mehrheit weniger als 40 Prozent. Unter Nutzung des indischen Gesellschaftsrechts und der weitgehenden Freiheit in der Gestaltung der Verträge, besteht die Möglichkeit auch bei einer Minderheitsbeteiligung Kontrolle über das Unternehmen auszuüben.

Ist man weder geneigt, sich mit einer wesentlichen Beteiligung stark in Indien zu engagieren, noch bereit, den Markt nach Ablauf eines Lizenzvertrags aufzugeben, so bietet sich die Möglichkeit der Kombination eines Lizenzvertrags mit einer kleineren Beteiligung (z. B. 10 Prozent) am Unternehmen in Indien unter Verzicht auf den Anspruch auf Einfluß auf das Management. In diesem Fall beschränkt man sich also auf die Vergabe des Know-how und bekommt als Gegenleistung die Lizenzgebühr sowie die Dividende. Diese Kooperationsform erscheint insbesondere kleineren Unternehmen interessant.

Weitgehende Beratung erteilt die Deutsch-Indische Handelskammer mit ihren Büros in Bombay, New Delhi, Calcutta, Madras, Bangalore und Düsseldorf.

G. Krüger ist Hauptgeschäftsführer der Deutsch-Indischen Handelskammer.

DIREKTINVESTITIONEN / Attraktivität gewonnen

Niveau führte zu Spitzenstellung

Von F. SCHÜTTER

Indien hat in steigendem Maße wieder an Attraktivität als Zielland für ausländische Direktinvestitionen gewonnen. Jahrelang stagnierten die deutschen Investitionen in Indien auf einem relativ niedrigen Niveau. Bis Ende der sechziger Jahre stiegen sie auf rund 170 Millionen, bis 1979 auf rund 180 Millionen Mark. Erst in den letzten drei Jahren entwickelten sie sich positiv und betrugen Ende 1983 rund 250 Millionen Mark. Z. Zt. befinden sich circa 120 deutsch-indische Joint-Ventures in Produktion.

Im internationalen Vergleich nimmt die Bundesrepublik Deutschland eine Spitzenstellung ein: Sie ist nach den USA und Großbritannien der wichtigste Partner Indiens für partnerschaftliche Investitionen – und auch für sonstige unternehmerische Kooperationen.

Zu dieser Entwicklung haben wesentlich das hohe technologische Niveau und das positive Image der deutschen Industrie in Indien beigetragen. Von entscheidender Bedeutung

ist seitens Indien die Liberalisierungspolitik bei verschiedenen Verordnungen und Verfahren für ausländische Investitioenn. Sie wird begleitet durch eine verstärkte Promotionstätigkeit der indischen Regierung und Wirtschaft gegenüber ausländischen Investitions-interessierten Unternehmen und den Institutionen der Wirtschaft.

Lag in den vergangenen Jahren der Schwerpunkt der industriellen Zusammenarbeit in erster Linie auf dem Gebiet der technischen Kooperation ohne Kapitalbeteiligung des ausländischen Partners – insbesondere also bei Lizenzverträgen – wird nunmehr stärkeres Gewicht auf Gemeinschaftsinvestitionen mit dem damit verbundenen und ständigen Technologietransfer gelegt.

Der ausländische Kapitalanteil an einem Gemeinschaftsunternehmen ist im Normalfall auf 40 Prozent begrenzt. Wenn mit einer Direktinvestition jedoch eine hochentwickelte und im Lande noch nicht verfügbare Technologie transferiert wird, kann ein höherer ausländischer Kapitalanteil genehmigt werden. Bei exportorientierten Unternehmen richtet sich der ausländische Kapitalanteil nach dem Exportanteil – bei ausschließlich exportierenden Unternehmen kann das Kapital bis zu 100 Prozent in ausländischer Hand liegen.

Indien bietet der Investitionsinteressierten ausländischen Industrie eine Reihe von insbesonders steuerlichen Vergünstigungen sowie gewisse Zoll- und Abgabenbefreiungen und Finanzierungshilfen. Industriezonen wurden außerhalb industrieller Ballungszentren errichtet, um die Industrieansiedlung von mittleren und kleineren Betrieben zu erleichtern und zu fördern. Für exportorientierte Vorhaben wurden vollerschlossene Exportzonen, so z. B. in der Nähe von Bombay, geschaffen, die über besondere Vorteile verfügen.

Ein entscheidendes Motiv für eine eigene Fertigung in Indien ist jedoch der große und wachsende Inlandsmarkt sowie die zentrale Lage Indiens zu den Märkten Ostasiens, Australiens, Ostafrikas und den arabischen Ländern. Hinzu kommen der hohe Industrialisierungsgrad, eine leistungsfähige Zulieferindustrie sowie das große Potential qualifizierter Arbeitskräfte, die eine kostengünstige Produktion auf fast jedem technischen Niveau ermöglichen. Ausländische Investoren weisen auf das erfahrene lokale Management und ihre erfolgreichen Kooperationen mit indischen Partnern hin.

Kooperationsmöglichkeiten für ausländische Unternehmen werden jährlich vom indischen Industrieministerium beurteilt und in einer Publikation, die vom Indian Investment Centre oder der DEG bezogen werden kann, veröffentlicht. Aussichtsreiche Kooperationsfelder bestehen insbesondere in den Sektoren Industriemaschinen, im Maschinenbau, bei Werkzeugmaschinen, in bestimmten Bereichen der elektrotechnischen Industrie und der Elektroindustrie. Mit einer dynamischen Entwicklung und damit starkem Kooperationsinteresse ist auch im Bereich der Kraftfahrzeugzulieferindustrie zu rechnen. Für Konsumgüterindustrien wird eine Auslandskooperation nur in Ausnahmefällen aussichtsreich sein.

Diese Chancen für ein investives Engagement in Indien bieten sich nicht nur deutschen Großunternehmen, sie werden in steigendem Maße auch von mittleren Unternehmen erkannt. Ihnen stehen sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in Indien verschiedene Leistungsfähige Beratungs- und Informationseinrichtungen zur Verfügung, wie z. B. das Indian Investment Centre (IIC) in Delhi und Frankfurt, die deutsch-indische Handelskammer und die DEG – deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern GmbH in Köln, die über 20 Jahre Investitionserfahrung aus der Mitfinanzierung deutsch-indischer Joint-Ventures verfügt.

Zur Förderung der betrieblichen Kooperation führt die DEG seit kurzem ein Projekt in enger Zusammenarbeit mit dem IIC und der deutsch-indischen Handelskammer durch. Dieses vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) finanzierte Projekt hat insbesondere die Förderung deutsch-indischer Joint-Venture-Investitionen zum Ziel.

Die DEG-Promotionsabteilung und ihr Investitionsberater in Indien haben u. a. die Aufgabe, die Möglichkeiten für eine industrielle Zusammenarbeit zu erkunden, indische und mittlere deutsche Unternehmen zu finden, die Investitions- und Kooperations-interessiert sind, und den Partnern bei der Prüfung, Vorbereitung und Verwirklichung ihrer Vorhaben behilflich zu sein.



Bei der Tee-Erzeugung zeigten sich die Probleme einer (zu) raschen Industrialisierung FOTO: DIE WELT

TEE / Beispiel für die Probleme der Industrialisierung

Angebot zur Kooperation

Auf der Hannover Messe will sich Indien als Exporteur von Industrieprodukten und als verläßlicher Partner für eine wirtschaftliche Kooperation in breitestem Rahmen vorstellen. Und in der Tat rangieren Industriegüter an der Exportskala des Landes auf Nummer eins.

Aber nach wie vor ist Tee ein wichtiges indisches Exportgut (Platz 4) und nach wie vor nehmen die indischen Teesorten Darjeeling, Assam und Nilgiri eine bevorzugte Position auf den Weltmärkten ein.

Da könnte man meinen, daß diese gute Position beim Tee – immerhin wurden 1982 bald 200 Millionen Tonnen mit einem Gegenwert von 375 Millionen US-Dollar exportiert – von den Indern genutzt würde, auch den Export des Rohproduktes Tee durch Industrialisierung zu verbessern, um vor allem dadurch mehr Devisen zu bekommen.

Ronald Nissle, Präsident des Deutschen Teebüros und Geschäftsführer der Firma Teekanne, Düsseldorf, berichtet: „Die Inder haben Maschinen gekauft und sich darauf vorbereitet, verpackten Tee zu exportieren. Ja, die Inder haben praktisch eine eigene Packindustrie aufgebaut. Allerdings gab es Mißerfolge und die hatten Gründe."

Als Gründe nennt der Tee-Experte Nissle, daß der verpackte Tee, der in den Export ging, durch die Verpackung voluminöser wurde und damit die Fracht teurer. Zudem entsprach der Tee weder in seiner Mischung den Wünschen der Verbraucher, noch die Qualität des Verpackungsmaterials und damit die Haltbarkeit des Tees dem, was der Verbraucher gewohnt war.

Nissle weiter: „In Indien stehen etwa 30 bis vierzig Teebeutel-Maschinen ungenutzt herum, denn der Export verpackten Tees gestaltete sich schwieriger als geplant. Geschäfte machen die Inder heute mit abgepacktem Tee eigentlich nur noch in den arabischen Staaten, wo sehr viel Tee getrunken wird und wo Verträge über abgepackte Tees abgeschlossen wurden."

In Ceylon gibt es schon ein Projekt, eine gemeinsame Verpackungsindustrie mit der Firma Teekanne aufzubauen. Nissle: „Wenn die Inder auf uns zukämen und sagten, macht das auch mit uns, würden wir mit ihnen darüber reden. Wir müßten dann beraten, welche Maschinen man am besten nimmt, wir würden überlegen, wohin man den Tee am besten verkaufen kann."

Heute werden in der Bundesrepublik von rund 16 000 Tonnen, die importiert werden, lediglich 900 Tonnen abgepackt importiert, davon nur 18,6 aus Indien.

Im übrigen habe die Industrialisierung für die Inder, jedenfalls auf diesem Gebiet, noch eine weitere Kehrseite, sagt Nissle: „Sie machen vieles noch per Hand, weil sie genügend Arbeitskräfte haben und die Leute ja beschäftigen wollen und müssen. Bei uns dagegen ist alles technisch schon perfekt. Der Tee wird gar nicht mehr angefaßt. Wenn er aus der Kiste kommt, übernehmen direkt die Maschinen die Weiterverarbeitung und Verpackung. Die Inder meinten, aufgrund der niedrigen Löhne billiger manuell produzieren zu können. Das hat sich aber nicht bewahrheitet. Das Konzept mit Verpackungs-Anlagen, bei denen noch möglichst viel per Hand gemacht werden muß, war falsch."

Nissle zieht das Resümee: „Weil die Arbeitslosenzahl relativ hoch ist und dadurch die einzelne Arbeitskraft relativ billig, gibt es Hemmnisse gegen eine rasche Industrialisierung. Das Tempo, das man sich vorgestellt hat, ist nicht zu verwirklichen, und das Bevölkerungswachstum relativiert die Erfolge."

Nissle vertraut darauf, daß die Inder ihre gute Zusammenarbeit mit dem Deutschen Teebüro fortsetzen werden, um Fehler zu vermeiden.

Tee ist immer noch, wie schon vor Jahrhunderten, nicht nur das meistgetrunkene, sondern auch eines der bekömmlichsten Getränke dazu. Und für jeden erschwinglich ist es auch.

Was man damit machen kann, auch darüber wird man auf der Hannover Messe reden. J. C.

RAUMFAHRT / Zielstrebiger Ausbau einer eigenständigen Industrie

Für eine bessere Bildung und Kommunikation als strukturelle Basis der Industrialisierung

Für ein Land von kontinentalen Ausmaßen wie Indien sind mit dem Beginn des Weltraum-Zeitalters neue Möglichkeiten der Kommunikation eröffnet worden. Sie werden von Neu-Delhi für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der südasiatischen Nation zielstrebig genutzt.

Ein wichtiges Mitglied des Weltraum-Clubs

So zählt Indien heute schon zu den wenigen Mitgliedern des Weltraum-Clubs, die über eigene Nachrichten-Satelliten verfügen. Im Laufe der achtziger Jahre soll das Weltraum-Programm der Inder zügig ausgebaut werden. Der Weitblick der Regierung auf diesem Gebiet hat selbst ihre Kritiker überrascht.

Der erste Mehrzweck-Satellit Indiens wurde im April 1982 mit einer amerikanischen Rakete in eine Umlaufbahn um die Erde befördert. Nachdem eine Reihe technischer Defekte aufgetreten war, mußte dieser Satellit fünf Monate später aufgegeben werden. Doch die Inder ließen sich nicht entmutigen.

Auch andere Staaten mußten Lehrgeld im Weltraum zahlen. Für den indischen Steuerzahler war der Mißerfolg nicht einmal ein Verlust; denn das gesamte Projekt war durch Versicherungen abgedeckt. Das Insat-System (für Indian National Satellite) konnte ohne Unterbrechung weiterlaufen.

Am 31. August vorigen Jahres wurde der Insat-IB-Satellit von der amerikanischen Weltraumfähre „Challenger" ausgesetzt. Er erfüllt drei Funktionen – Wetterbeobachtung sowie Telefon- und Funk-Verbindungen – und stellt somit eine Novität im Weltraum dar. Seine Kosten lagen bei 50 Millionen Dollar.

Da das Insat-System aus zwei gleichartigen, mit weitem Abstand über Indien postierten Satelliten und einem Netz von Bodenstationen bestehen soll, muß der Fehlschlag mit Insat-IA durch einen dritten Start wettgemacht werden. Auch jener wird nach indischen Plänen in den USA gebaut.

Bisher sind mehr als 125 Millionen Dollar für die Insat-Serie aufgewendet worden. Wenn die nächste Generation (Insat-II) auf dem Reißbrett fertig ist, will man sich an die Produktion im eigenen Lande wagen. Für den Start in den Weltraum bleibt man vorerst auf fremde Hilfe angewiesen. Die Russen haben Neu-Delhi angeboten, Nutzlast nach oben zu transportieren.

Rund um die Uhr Wetter-Daten aus dem All

Als der Einsatz von Insat-IA scheiterte, wurden die 31 Bodenstationen (28 stationäre und drei mobile) auf den Nachrichtenstatelliten Intelsat ausgerichtet. Indien mietete von dem Intelsat-Konsortium, das 106 Staaten gegründet hatten, einige Kanäle. Inzwischen sind sie auf den eigenen Insat-IB eingepeilt.

Der Insat-IB stellt gleichzeitig über 8000 Telefon-Schaltungen her, die Indiens entfernteste Gebiete miteinander verbinden. Auf diese Weise wird das nationale Netz entlastet und eine sichere Kommunikationsbrücke für den Fall von Naturkatastrophen auf dem Subkontinent geschaffen.

Die meteorologischen Geräte an Bord von Insat-IB liefern rund um die Uhr Wetter-Daten. So kann das Entstehen von Taifunen frühzeitig erkannt und rechtzeitig vor Überschwemmugnen gewarnt werden. Man verspricht sich davon einen Zeitgewinn von zwölf bis zu 24 Stunden, die viele Menschenleben retten dürften. Bisher klaffte in der unsere Erde umgebenden Kette von Wetter-Satelliten noch eine Lücke über dem Indischen Ozean. Sie wird durch die beiden Insat-Satelliten geschlossen, so daß die indischen Ergebnisse auch anderen Gebieten zugute kommen.

Die wichtigste Aufgabe für die indischen Nachrichten-Satelliten ist die Übermittlung von Fernseh-Programmen. Gegenwärtig erreichen die Sendungen kaum 25 Prozent der gesamten Bevölkerung. Dank der Weltraum-Schaltung sollen es in diesem Jahr bereits 75 Prozent werden; auf lange Sicht will man jeden Ort mit TV versorgen.

Über Indien sind derzeit 42 Umsetzer für das Fernsehen verteilt. Davon arbeiten 28 in Verbindung mit Kanälen, die in sowjetischen Nachrichtensatelliten benutzt werden. Künftig will man Direktübertragungen via Satellit ermöglichen, um so die Alphabetisierung in entlegenen ländlichen Gebieten zu fördern.

Nicht nur für Bildungsaufgaben, sondern auch im Programm zur Familienplanung spielen die indischen Weltraum-Satelliten in Zukunft eine zunehmend wichtige Rolle.

Noch in diesem Jahr der zweite Schritt

Schließlich wird daran gedacht, auf diesem Wege die Landbevölkerung, die teilweise noch auf veraltete Weise ihren Boden bestellt, mit neuzeitlichen Produktionsmethoden vertraut zu machen.

In der zweiten Hälfte dieses Jahres planen die Inder ihren zweiten Schritt im Weltraum. Voraussichtlich in den Jahren 1986 und 1987 werden neuartige Satelliten zur geologischen Exploration aus dem All in eine Umlaufbahn entsandt. G. K.

Vom Economic Survey ein großes Lob zur rechten Zeit

Gerade rechtzeitig vor der Hannover Messe kommt eine gute Nachricht für die indische Wirtschaft. Der Economic Survey, der Anfang März dem Parlament in Neu-Delhi vorgelegt wird, lieferte eine optimistische Beurteilung für das Jahr. Mit einem erwarteten Wachstum des realen Bruttoinlandprodukts von sechs bis sieben Prozent im Finanzjahr 83/84 ist eine Steigerung im Vergleich zur Vorperiode (1,8 Prozent vorläufige Angabe) zu verzeichnen.

Das industrielle Wachstum hatte 1982/83 etwa 3,9 Prozent betragen, es dürfte in diesem Jahr 4,2 bis 4,5 Prozent betragen. Wobei zwischen den einzelnen Bereichen erhebliche Schwankungen bestehen. Mit einem Minus von 17,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr schnitt die Stahlindustrie auffallend schlecht ab, während die verschiedenen Bereiche des Maschinenbaus fast durchweg über dem Durchschnitt lagen.

Eine dauerhafte Besserung der Zahlungsbilanz erwartet man sich von der Erhöhung der Erdölproduktion im laufenden Jahr auf rund 26 Millionen Tonnen.

Dies hat mit dazu beigetragen, daß Indien auf den Beistandkredit des Internationalen Währungsfonds in Höhe von 1,1 Milliarden SZR (von insgesamt fünf Milliarden SZR) verzichten konnte. Das Ergebnis war eine Verbesserung der außenwirtschaftlichen Position.

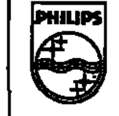
Auch die Export-Importrechnung dürfte sich verbessern. Die Steigerungsrate im Import wird niedriger ausfallen als im Vorjahr, als sie bei 5,5 Prozent lag, wozu wesentlich die vermutete Verminderung der Erdöleinführen im Werte von rund 11,2 Milliarden Mark auf etwa sechs Milliarden Mark beiträgt. Gesteigert hat sich die Einfuhr von Kapitalgütern, sie wird im laufenden Jahr sogar um ein Drittel über dem Vorjahr liegen. Bei der BfAI in Köln sieht man dies als „klare Zeichen für einen industriellen Aufschwung".

Auf der Exportseite wurde im ersten Halbjahr 83/84 mit einem Plus von 7,7 Prozent (unter Ausschluß der Ölexporte sind es bloß 9,9 Prozent), ein Aufschwung beobachtet, der Respekt heischt. Die Zunahme wurde überwiegend erzielt durch gesteigerte Ausfuhr von Kunstgewerbe, Schmuck, Edelsteine, Leder und anderen Produkten, während die Ausfuhr technischer Erzeugnisse zurückging. Hier wurde im Bereich des ersten Halbjahres 83/84 im Vergleich zur Periode des Vorjahres ein Rückgang von immerhin 20,7 Prozent verzeichnet.

Der dem Parlament vorgelegte Economic Survey deutet an, daß sich die „technische Industrie Indiens sowohl hinsichtlich des Preises als auch der Qualität und des technischen Standards gewisser Probleme gegenübersieht". Unter dem Strich wird für 84/85 eine weitere Verbesserung der Außenwirtschaftssituation des Landes erwartet. Der Survey empfiehlt gleichwohl die außenwirtschaftliche Anpassungspolitik des 6. Fünfjahresplanes, der am 31. März '85 abläuft, auch im 7. Plan fortzusetzen, da einige Problembereiche blieben.

Als solche Bereiche nennt der Survey Investitionen in Staatsunternehmen, die Preisentwicklung und den Schwarzgeldsektor. Nach seiner Ansicht müssen die Anstrengungen erheblich erweitert werden, will man die Zentralprobleme – Massenarmut und Arbeitslosigkeit – irgendwann einmal in den Griff bekommen. Denn habe sich 1983/84 die Energieerzeugung um fünf Prozent erhöht, habe sich die Lücke zwischen Bedarf und Angebot von 8,2 auf 11,8 Prozent beim Strombedarf, von zehn auf zwölf Prozent beim Energiebedarf erhöht.

Nach Angaben der Federation of Indian Chambers of Commerce and Industry führte dies zu einem Produktionsverlust von rund 100 Milliarden indischen Rand pro Jahr. nut



INDISCHE STAHLINDUSTRIE / Forcierter Ausbau nach dem Erlangen der Unabhängigkeit

Kooperation mit SMS als gutes Beispiel

Mit dem Aufbau der indischen Stahlindustrie wurde bereits Anfang des Jahrhunderts begonnen, als 1907 in Jamshedpur die Tata Iron and Steel Company (Tisco) den Betrieb aufnahm mit der Produktion von Rohstahl. 1918 folgten Indian Iron and Steel Co. (IISCO) in Burnpur und Mysore Iron and Steel Works in Bhadravati.

Nach der indischen Unabhängigkeit wurden Stahlwerke in Rourkela (gebaut von deutschen Unternehmen), Bhilai (unter russischer Hilfe) und Durgapur (unter britischer Regie) errichtet, zunächst mit Jahreskapazitäten von je 1 Million Tonnen Rohstahl, deren Ausstoß später aber auf 1,8 Millionen Tonnen (Rourkela), 2,5 Millionen Tonnen (Bhilai) und 1,6 Millionen Tonnen (Durgapur) erhöht wurde.

1972 ging eine weitere Anlage Bokaro in Betrieb, die derzeit über eine Produktionskapazität von 2,5 Millionen Tonnen verfügt und auf 4 Millionen Tonnen erweitert werden soll. Auch die Bhilai-Anlage soll vergrößert werden. Eine Modernisierung des Tisco-Werkes in Jamshedpur ist ebenfalls im Gespräch.

Gegenwärtig dürfte die Rohstahlerzeugung bei rund 10 Millionen Jato liegen (Bundesrepublik 1983 36 Millionen Tonnen).

Ein Beispiel für eine erfolgreiche Kooperation zwischen indischen und deutschen Unternehmen bei der Realisierung der Ausbaupläne der Stahlindustrie wird von der SMS Schloemann-Siemag AG berichtet. Es betrifft drei Walzstraßen in einem indischen Hüttenwerk, zunächst eine Feinstahlstraße mit vorgelagerter Knüppelstraße für 710 000 Jahrestonnen Endprodukte und 798 000 Jato Knüppel. Diese Knüppel werden in einer nachgelagerten Hochleistungsdrahtstraße weiterentwickelt, die rund 18 Monate später vergeben wurde. Auf der Feinstahlstraße wird Rundstahl, Winkelstahl, Betonstahl, Flachstahl und U-Eisen erzeugt.

Für diese Produkte besteht in Indien ein großer Eigenbedarf. Das erste Auftragspaket der Feinstahl- und Knüppelstraße wurde vom indischen Kunden Rashtriya Ispat Nigam Ltd. Visakhapatnam Steel Project an das indische Staatsunternehmen Mecon (Metallurgical & Engineering Consultants (India) Ltd.) als Generalunternehmer erteilt.

SMS ist Unterlieferant, hat aber durch Mitunterzeichnung des Auftrages gegenüber dem Kunden eine originäre technische Gesamtverantwortung mit übernommen. Neben SMS sind bei diesem Auftrag weitere Unterlieferanten eingeschaltet. Und zwar im Bereich der Elektrik die AEG Telefunken mit ihrem indischen Lizenznehmer NGEF, Bangalore, und für die Ofenanlagen Stein Heurtey aus Frankreich, die als Lizenznehmer die EPI Engineering Projects Ltd. aus Kalkutta hat. Der Gesamtauftragswert beträgt 460 Millionen DM, der SMS-Anteil liegt bei rund 147 Millione DM ohne Montageleistungen.

Bei der Feinstahlstraße hat Generalunternehmer Mecon immerhin einen Lieferanteil, der ungefähr 60 Prozent der mechanischen Ausrüstung umfaßt. Erhebliche indische Lieferungen gibt es auch bei der Elektrik und den Ofenanlagen. Für die technische Gesamtauslegung der Feinstahl- und Knüppelstraße ist SMS verantwortlich. Das indische Unternehmen Mecon ist aber bereits beim Detailengineering eingeschaltet. Darüber hinaus holt Mecon Angebote indischer Maschinenbaufirmen ein und vergibt die Aufträge für den indischen Fertigungsanteil. Bei der Qualitäts- und Terminkontrolle wird Mecon vor Ort von SMS unterstützt.

Das zweite Auftragspaket betrifft eine vieradrige Hochleistungsdrahtstraße mit einer Kapazität von 600 000 Jato. Der Kunde ist wieder die Rashtriya Ispat Nigam Ltd. Auftragnehmer ist ein Konsortium unter Führung von SMS, dem außerdem noch Mecon und die Bharat Heavy Electricals Ltd. aus Bangalore zusammen mit ihrem deutschen Lizenzgeber Siemens angehören. Für die Ofenanlagen haben sich wieder dieselben Partner wie beim ersten Auftrag zusammengefunden. Der Gesamtauftrag beträgt 335 Millionen DM, der SMS-Anteil 155 Millionen DM, ohne Montageleistungen.

Alle Ingenieurleistungen, inklusive des Detailengineerings, werden aus Deutschland geliefert, während der indische Partner Mecon hauptsächlich im Bereich der Werkstattzeichnungen eingeschaltet ist und für eine Übertragung auf die indischen Standards sorgt. Darüber hinaus koordiniert Mecon auch hier die Fertigung für diejenigen Anlagenteile der mechanischen Ausrüstungen, die aus Indien zugeliefert werden. Der indische Fertigungsanteil liegt auch hier bei knapp zwei Drittel des Gesamtgewichts der Anlage.

SMS hat in Mecon einen Partner, der lange Erfahrung im internationalen Anlagengeschäft hat und auch schon mit Erfolg Projekte außerhalb Indiens abgewickelt hat. Mecon untersteht als staatliches Unternehmen dem Ministery of Steel and Mines und feiert im April sein 25jähriges Bestehen.

Darüber hinaus wird von den staatlichen Auftraggebern ein hoher indischer Lieferanteil gern gesehen. Die Fertigung in Indien erspart zudem dem indischen Kunden die recht hohen Importzölle. Ein Alleingang der europäischen Firmen hätte in Indien steuerlich ungünstige Folgen gehabt.

Die weitgehende Kooperationsbereitschaft von SMS hat sicher zu einem gewissen Wettbewerbsvorteil bei der Auftragsvergabe geführt, wenn auch die Know-how-Übertragung nicht extra in Ansatz gebracht werden konnte.

Ergänzt werden die umfangreichen Kooperationsabkommen durch ein Bündel weiterer Ausführungsverträge, die die notwendige Sicherstellung von Planung, Betriebsaufbau und Produktion und insbesondere die Funktionsgarantien und Gewährleistungsfristen regeln.

Die vertragliche Gestaltung, wie in den beiden Walzstraßenvorhaben dargestellt, ist im Stahlbereich typisch. Die Bildung eines Joint ventures war in diesen beiden Fällen nicht gefragt, was von den europäischen Firmen auch begrüßt wurde. Beide Anlagen wurden finanziert über einen Exportkredit, der über die Kreditanstalt für Wiederaufbau vereinbart und von Hermes abgesichert wurde.

Alle Beteiligten sind optimistisch, daß die Anlagen ab Mitte 1986 bzw. zu Jahresbeginn 1987 laufen werden – in indischer Regie. S.H.

INDIEN AUF DER HANNOVER-MESSE / Vorstellung als verheißungsvoller Geschäftsfreund für die Bundesrepublik Deutschland

Ein expandierender Markt und ein kundiger Partner

Indien wird 1984 „Partnerland" auf der Hannover-Messe sein. Mit einer Ausstellungsfläche von 23 000 m² und etwa 400 teilnehmenden indischen Firmen, außerdem 20 Service- und Beratungsorganisationen, wird Indien der bei weitem größte Einzelaussteller in der Geschichte der Hannover-Messe sein und das größte jemals teilnehmende Partnerland. Die Dachorganisation dieses Ereignisses ist die Trade Fair Authority of India (TFAI/Indische Messebehörde). Die indische Teilnahme wird durch den indischen Industrieminister Narayan Dutt Tiwari eröffnet werden.

Es ist für viele überraschend, daß Indien heute die neuntgrößte Industriemacht der Welt ist. Nach den USA und der UdSSR steht Indien hinsichtlich der Anzahl seiner verfügbaren technischen Fachkräfte an dritter Stelle. Es gehört zu den sechs führenden Ländern auf dem Gebiet der Weltraum- und Kernforschung.

Indien präsentiert sich als verheißungsvoller, lohnender Geschäftspartner für Industrieländer. Es bietet Möglichekiten für neue Geschäftsideen, verschiedene Formen der Zusammenarbeit zu wechselseitigem Nutzen sowie zum Austausch von Gütern und Dienstleistungen.

Indien stellt sich den deutschen Unternehmen dar als:

– Partner mit ungemein großen, weitgreifenden Möglichkeiten der technologischen Zusammenarbeit und gemeinsamen Produktionsfinanzierung sowohl im Inland als auch im Ausland;

– Beschaffungsquelle für eine große Anzahl vielfältiger Qualitätsprodukte zu konkurrenzfähigen Preisen für den heimischen Verbrauch sowie für den Reexport;

– expandierender Markt für Investitionsgüter und Industrieprodukte;

– konkurrenzfähiger, erfahrener und kompetenter Partner für Zusammenarbeit bei Projekten in Drittländern;

– günstiger Standort für Exporte nach Asien und anderen Märkten durch Gemeinschaftsproduktion zu attraktiven Bedingungen.

Innerhalb der indischen Ausstellung werden folgende Sektoren und Produktionsbereiche vertreten sein:

– Antriebstechnik und Steuerung
– Elektrotechnik
– Büro- und Informationstechnik
– Elektronikindustrie
– Werkzeuge und Werkzeugmaschinen
– Betriebsausrüstung und Industrielle Fördertechnik
– Anlagenbau, Verarbeitungsmaterialien und Beratung
– Transport und Verkehr
– Tiefbau, Industriebau und Projekte
– Gebrauchsgüter
– Landwirtschaftsmaschinen
– Verschiedene Produkte
– Forschung und Technologie
– Industrielle Entwicklung und Handelsförderung

Während der Hannover-Messe sind folgende Konferenzen und Seminare mit voller Unterstützung betreffender Förderungsorganisationen geplant:

Donnerstag, 5. April 1984:
● Deutsch-Indische Unternehmerkonferenz

Donnerstag, 5. April 1984:
● Deutsch-Indischer Workshop für Schweiß-Technologie

Freitag, 6. April 1984:
● Unternehmergespräch Indien – Investitionen und industrielle Zusammenarbeit

Samstag, 7. April 1984:
● Deutsch-Indische Energiekonferenz

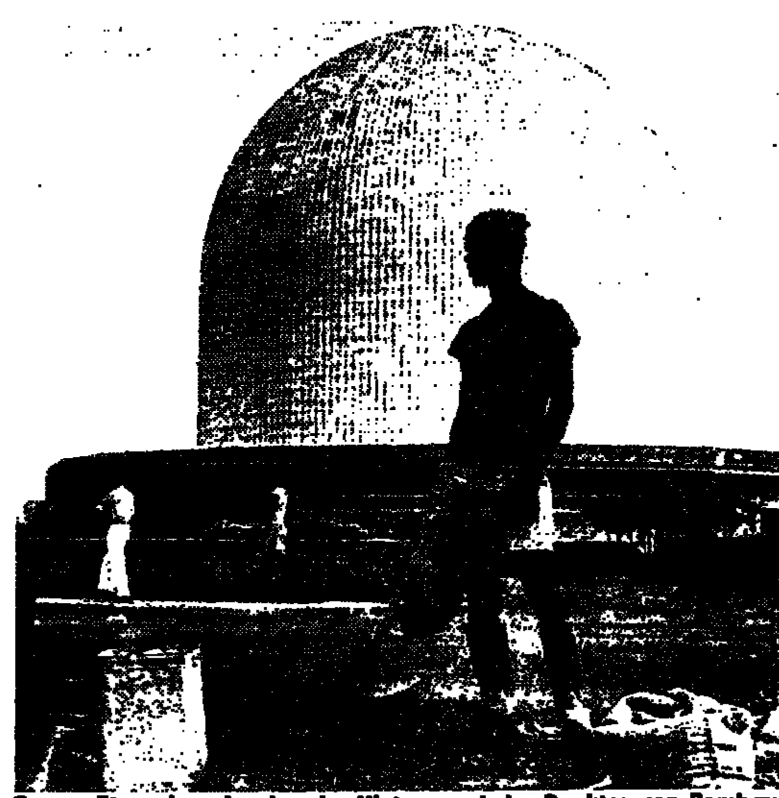
Montag, 9. April 1984:
● Intensivierung der Handelsbeziehungen in bestimmten Industriebereichen
● Seminar über deutsch-indische Zusammenarbeit in hochentwickelter Werkzeugmaschinentechnologie in Indien

Dienstag, 10. April 1984:
● Deutsch-Indische Konferenz für Computersysteme und Software

Für weitere Informationen bezüglich der indischen Teilnahme und der Konferenzen wenden sie sich bitte an:

Lal Dingliana
Erster Sekretär
(Handels- und Wirtschaftsabteilung)
Indische Botschaft
Adenauerallee 262-264
5300 Bonn 1
Tel.: 0228/ /5 405 107

M. S. Puri
Dritter Sekretär
Indische Botschaft
Adenauerallee 262-264
5300 Bonn 1
Tel.: 0228 / 54 050



Gegensätze eines Landes: Im Hintergrund der Reaktor von Bombay, vorne ein Arbeiter mit traditionellem Werkzeug FOTO: RUDI HERZOG

MOHAMMAD YUNUS / Der Mann im Hintergrund

„Probleme sind riesig – die Fähigkeiten auch“

Der Mann, der von Indien aus die Teilnahme seines Landes auf der Hannover Messe als Partnerland 1984 vorbereitete, ist Mohammad Yunus, der Präsident der Trade Fair Authority von Indien. Diese Behörde organisiert alle großen Messen Indiens im In- und Ausland.

Mohammad Yunus wurde am 26. Juni 1916 in der damaligen Nord-West Grenzprovinz des Subkontinents in der Nähe des heute zu Pakistan gehörenden Peshawar geboren. Er ist ein Pathan und dieser Stamm, der an der Grenze zu Afghanistan seine Heimat hat, ist dafür bekannt, daß er kämpferisch und stolz ist.

Bei der Teilung des Landes optierte Mohammad Yunus, obwohl als Muslim geboren und auf bedeutenden muslimischen Schulen wie der Aligarh Universität und dem islamischen College in Peshawar erzogen, für Indien. Er trat nach Erlangung der Unabhängigkeit in den Auswärtigen Dienst ein und war als Botschafter unter anderem in Ankara, Bagdad und Madrid tätig. 1974 wurde er zum Sonderbotschafter der Ministerpräsidentin ernannt. Auch nach dem Sturz Indira Gandhis im Jahre 1977 hielt er ihr die Treue und wurde im April 1980, nachdem Indira Gandhi drei Monate zuvor wieder zur Ministerpräsidentin gewählt worden war, zum Präsidenten der Trade Fair Authority ernannt.

Seiner Meinung nach fällt gerade den Messen eine große, auch kulturelle Aufgabe zu. Aus diesem Grund nahm er auch die Empfehlung der Hannover Messe und der indischen Botschaft in Bonn an, im Jahre 1984 Partnerland dieser großen deutschen Messe zu sein. Mohammad Yunus entschied auch über die Größe der Fläche und setzt auf Erfolg.

Gegenüber der Zeitschrift Indo Asia, veröffentlicht im soeben erschienenen Jubiläumsheft zum 25jährigen Bestehen, sagte Yunus: „Die Hannover Messe ist eine sehr populäre Messe und alle führenden Firmen, die kaufen und verkaufen wollen, kommen nach Hannover und mein Gefühl ist, daß die Inder ein ganz gutes Geschäft machen, da sie noch vernünftige und tragbare Preisvorstellungen haben.“

Für die Zukunft verspricht er sich für sein Land viel von diesem Engagement – wenn erst mal die Kapazitäten Indiens entdeckt werden, das immerhin schon zu den zehntgrößten Industrienationen gehört. Yunus: „Die Wahrheit ist, daß in Indien alles riesige Ausmaße hat. Die Armut ist riesig, Entwicklung und Unterentwicklung sind riesig. Die Bevölkerung ist riesig. Das Gesundheitsprogramm ist riesig in Bezug auf die Menschen, die in ihm beschäftigt sind, aber es mag nicht groß genug für das ganze Land sein. Das gleiche gilt für das Erziehungswesen. Das Indien von heute besitzt nach den USA und der Sowjetunion das drittgrößte Reservoir an Fachkräften, an geschultem Personal. Zu gleicher Zeit besitzen wir Millionen Menschen die weder erzogen noch geschult sind. Was immer wir tun, kann nur in der Relation gesehen werden zu unserer riesigen Bevölkerung, die heute über 720 Millionen Menschen ausmacht. Die Gegensätze zu überwinden ist bei einer solchen Menschenmasse eine fast unlösbare Aufgabe und doch ist sie uns gestellt, und wir haben damit fertig zu werden, wenn wir als Demokratie überleben wollen.“

Zu zeigen, was in Indien und seiner Bevölkerung drinsteckt, versucht Mohammad Yunus auch auf heimischem Boden zu realisieren. In dem Ausstellungsgelände am Pragati Maidan in Delhi zeigt Yunus in einem Modelldorf das Kunsthandwerk der einzelnen Regionen. Damit demonstriert er den Indern zweierlei: einmal, wie vielfältig die indische Welt ist und zum anderen, wozu der Inder fähig ist.

Zur ständigen Einrichtung gehört auch die Foto-Ausstellung „Son of India“, die aus seinem Privatarchiv gespeist wird. Zahlreiche Bilder zeigen Yunus als Freund der Nehru-Familie durch ein halbes Jahrhundert. Gezeigt wird auch das Leben von Sunjay Gandhi, dem jüngeren Sohn von Indira Gandhi, der im Frühsommer 1980 mit seinem Sportflugzeug tödlich verunglückte. Auch diese Ausstellung dokumentiert seine Loyalität gegenüber der Ministerpräsidentin. bb.

Indiens Wirtschaft

Land		
Gesamtfläche (in Mio. km²)		3,28
Landesgrenzen (in km)		15 200
Küstenlinie (in km)		6 100
Bewaldete Fläche (in Mio. ha)		74,8
Bevölkerung	**1961**	**1981**
Bevölkerung (in Mio.)	439,2	684
Dichte (pro km²)	144	221
Bodenschätze Geschätzte Vorräte (in Mio. Tonnen)		
Kohle		109 100
Braunkohle		3 390
Öl		281
Eisenerz		21 478
Mangan		183
Bauxit		200
Kupfer		255
Industrie-Produktion	**1960–61**	**1982–83**
Kohle (einschl. Braunkohle) (Mio. Tonnen)	55,7	130,6
Petroleum (roh) (Mio. Tonnen)	0,4	21,1
Eisenerz (Mio. Tonnen)	11,0	40,2
Stahlblöcke (Mio. Tonnen)	3,4	8,62
Aluminium (Tausend Tonnen)	18,3	209
Werkzeugmaschinen (Mio. Rupien)	70	2 700
Baumwoll-Textilmaschinen (Mio. Rupien)	104	3 650
Zementmaschinen (Mio. Rupien)	6	41
Eisenbahnwaggons (in Tausend)	11,9	15,4
Lastkraftwagen (in Tausend)	28,4	86
Autos und Jeeps (in Tausend)	28,6	65,4
Motorräder, -roller & Mopeds (in Tausend)	19,4	633,2

UdSSR
500 km
AFGHANISTAN
CHINA
TIBET
Kabul
Islamabad
Lhasa
Lahore
Amritsar
PAKISTAN
Ambala
Neu-Delhi
NEPAL
Katmandu
SIKKIM
BHUTAN
Bikaner
Agra
Jaipur
Kanpur
Gauhati
Imphal
Allahabad
Patna
Karatschi
INDIEN
Mirzapur
Asansol
Dacca
BURMA
Ahmadabad
Jabalpur
Kalkutta
Rourkela
BANGLA-DESCH
Jamnagar
Surat
Nagpur
Raipur
Cuttack
Rangun
Nasik
Bombay
Poona
Haidarabad
Kakinada
Arabisches Meer
Guntur
Golf von Bengalen
Hubli
Andamanen
Bangalore
Madras
Mangalor
Salem
Malediven
SRI LANKA
(CEYLON)
Nikobaren
Indischer Ozean
Colombo
DIE WELT

AUF EINEN BLICK

Wichtige Anschriften:
In der Bundesrepublik Deutschland

Botschaft der Republik Indien
Adenauer Allee 262/264
D-5300 Bonn 1
Tel. 0228/5 40 50

Deutsch-Indische Handelskammer
Oststraße 84
D-4000 Düsseldorf 84
Tel. 0211/36 05 98

Indian Investment Centre
Wilhelm-Leuschnerstr. 93
D-6000 Frankfurt/Main
Tel. 0611/25 22 54

Engineering Export Promotion Council of India
Immermannstr. 59
D-4000 Düsseldorf 1
Tel. 0211/35 90 11

Trade Development Authority of India
Europe Office
Wilhelm Leuschnerstr. 93
D-6000 Frankfurt/Main
Tel. 0611/931-38

State Trading Corporation of India
Wilhelm-Leuschnerstr. 93
D-6000 Frankfurt/Main
Tel. 0611/230 931-8

Handloom Handicrafts Export Corporation for material on carpets.
Magdeburger Str. 13-15
D-2000 Hamburg 11
Tel. 040/32 70 31

Staatliches Indisches Verkehrsbüro
Kaiserstr. 77
D-6ndien000 Frankfurt/Main
Tel. 0611/23 23 80, 23 23 96

Deutsch-Indische Gesellschaft e. V.
Charlottenplatz 17
D-7000 Stuttgart 1
Tel. 0711/29 70 78

Indien Institut e. V.
Schuchstr. 17
D-8000 München 71
Tel. 089/79 92 17

In Belgien
Office National Indien Du The Centre International Rogier 20, Passage International BTE 32
1000 Brüssels
Tel. 217 65 16

In Indien
Deutsche Botschaft New Delhi
New Delhi 11 00 o21
P. O. B. 613 New Delhi
Shanipath Chanakypuri
FS.: 312 570
Tel. 69 43 61/68

Deutsch-Indische Handelskammer
Bombay 400 20
P. O. B. 11092
Maker Tokwers E'Lst Floor,
Cuffe Parade
S.: 011-4254 IGCC In
Tel. 21 61 18

KONFERENZEN

Für Firmen mit Fragen

Am 5.April 1984 findet im Internationalen Treffpunkt eine Deutsch-Indische Unternehmerkonferenz statt (10.15–13.00 Uhr).

Veranstalter sind BDI/DEG/DIHT/IHK Hannover-Hildesheim/OAV *sowie* auf indischer Seite AIEI (Association of Indian Engineering Industry)/Deutsch-Indische Handelskammer/Indian Investment Centre (ICC).

Der Bundesminister für Wirtschaft, Otto Graf Lambsdorff, und der indische Industrieminister, N. D. Tiwari, haben ebenso Referate zugesagt wie der Präsident des BDI, Prof. Dr. Dr. Rodenstock sowie der Präsident der AIEI.

Die Konferenz schließt mit einem gemeinsamen Essen im Clarkes Pavillon neben Halle 21.

Konkrete Ideen

Folgende Veranstaltung wendet sich speziell an Unternehmen mit konkreten Projektideen und Fachfragen bezüglich Kooperationen und Joint Ventures:

Freitag, 6. April 1984

Unternehmergespräch Indien

Investitionen und industrielle Zusammenarbeit

9.45–16.00 Uhr im Internationalen Treffpunkt (IT)

Kongreßsaal 2

Veranstalter: DEG/Indian Investment Centre (IIC)/Deutsch-Indische Handelskammer

Deutsche Unternehmer berichten über ihre Investitions- und Kooperationserfahrungen in Indien; deutsche und indische Fachleute werden über Themen sprechen wie Investitionsförderung, Steuern, Gesellschaftsrecht, Finanzierung, Lizenzen.

In einer sich anschließenden Podiumsdiskussion können deutsche und indische Unternehmer ebenso wie die Experten zu Einzelfragen Stellung nehmen. Nach einem Arbeitsessen ist nachmittags Gelegenheit zu Gesprächen mit den Referenten gegeben. Gleichzeitig ist eine Kooperationsbörse geplant, auf der deutsche Unternehmer kooperationsinteressierte indische Unternehmer treffen können. bb.

DEUTSCH-INDISCHE BEZIEHUNGEN / Auf drei Säulen ruhend: Philosophie, Kunst und Wirtschaft

Stets kamen die Impulse vom Handel

Von INGO GREVE

Die jahrhundertealten Beziehungen zwischen Deutschland und Indien ruhen auf drei Säulen: „der weißen Säule", der Philosophie; „der schönen Säule", der Kunst; „der starken Säule", der Wirtschaft.

Schon früh haben sich deutsche und indische philosophische Systeme durchdrungen. Schopenhauer bestätigte das. Allerdings brachten die letzten Jahre einige Pervertierungen z. B. in manch einer Jugendsekte. Dieser Niedergang erfordert gemeinsame Anstrengungen, um „die Philosophen" vom Kopf auf die Füße zu stellen.

Schon mittelalterliche Darstellungen belegen frühe Kontakte mit Indien. Einflüsse in der Musik – auch der modernen Popmusik – sind allfällig. Doch die tragende Kraft geht von der Wirtschaft aus. Austausch von Waren, Dienstleistungen und Technologien ist der zwar prosaische, doch treibende Impuls der Beziehungen zwischen beiden Nationen.

Dabei sollte man jedoch nicht dem Irrglauben erliegen, Indien sei auf die Rolle des Importeurs hoher Technologie festgeschrieben. Schließlich zählt das Land zu den elf bedeutendsten Industrieländern der Erde, entwickelt Spitzentechnologien und weiß eine in die Millionen gehende Anzahl von hochqualifizierten Wissenschaftlern sowie Technikern in seinen Grenzen.

Wenn Indien sich jetzt auf der Hannover-Messe als „Partnerland" präsentieren kann, so ist das eine willkommene Gelegenheit, indische Leistungsfähigkeit zu zeigen. Vorteile bieten sich für Inder wie Deutsche.

Intensivierung der Zusammenarbeit

Die große Industrieausstellung dient in erster Linie der Intensivierung der technischen Zusammenarbeit und der indischen Ausfuhren. Doch kann auch die deutsche Exportindustrie angesichts indischer Exponate eigene Liefermöglichkeiten abschätzen und mit den in Hannover befindlichen indischen Vertretern erste Kontaktgespräche führen.

Dieser Kraftakt, die bisher unterschätzten Kooperationsmöglichkeiten auf das ihnen zukommende Niveau zu heben, war seit langem überfällig. Die Veranstaltung ist nicht nur angelegt, deutsch-indische Ehen zu stiften, sondern sollte durchaus zu Dreiecksverhältnissen führen können. Denn die Zeichen für Kooperation auf Drittmärkten insbesondere in Entwicklungsländern stehen gut.

Seit 1981 hat das Gesamtvolumen des deutsch-indischen Handels die Drei-Milliarden-Mark-Grenze überschritten. Indien nimmt damit unter allen außereuropäischen Märkten Deutschlands etwa die fünfzehnte Stelle ein. Allerdings weisen die Zahlen auch deutlich auf die Stagnation bei den Einfuhren aus dem Subkontinent seit 1981 hin. Hier liegt dann wohl offensichtlich einer der tieferen Gründe dafür, daß Indiens Regierung und Wirtschaft ca. 50 Mill. Mark für die Präsentation in Hannover aufwenden, um die Vertrauensbasis zu erweitern.

Auf der Lieferseite ist der deutsche Maschinenbau der bedeutendste *Partner Indiens. Im Jahre 1982 hatte* diese Branche einen Anteil von 34 Prozent an den Exportwerten; im ersten Semester 1983 waren es 42 Prozent. Im einzelnen wird die Liste von Werkzeugmaschinen, Textil- und Ledermaschinen, Pumpen sowie Druckluftmaschinen angeführt. Auch Fördermittel fallen ins Gewicht. Zu erwähnen sind weiterhin Bergbaumaschinen.

Dem Anlagenbau ist es gelungen, im ersten Halbjahr 1983 ein Projekt zur Bearbeitung von Steinen und für die chemische Industrie zu liefern. Im Jahre 1982 stellten deutsche Lieferanten die elektrische Ausrüstung für ein Kraftwerk.

Deutsche Unternehmen haben nicht allein mit marktkonformen Kräften wie den Wettbewerbern aus anderen Nationen zu kämpfen, sondern auch gegen hoheitliche Eingriffe. So kann es durchaus zu Verfahrensrichtlinien seitens der Regierung kommen, die der indischen Privatindustrie die Hände binden und Bieter bestimmter Nationen ausschließen. Deutsche Unternehmensvertreter vermuten, daß Anlagenaufträge von *Indien zunehmend nach politischen* Präferenzen vergeben werden.

Die deutsche Chemieindustrie liefert vornehmlich Vorprodukte, Kunststoffe, Halbwaren sowie Teerfarbstoffe. Indien, einer der bedeutendsten Abnehmer der deutschen Eisen- und Stahlindustrie in der Region östlich des Indus, bezieht von dieser Eisenbleche, Stab- und Formeisen sowie Stahlröhren.

Die deutsche Elektroindustrie stellt etwa 7–9 Prozent der Lieferungen in den Subkontinent. Sie versorgt die einschlägige indische Industrie mit Investitionsgütern und Teilen davon nebst Komponenten für elektrotechnische *Produkte*.

Japan Industrie ist angetreten

In jüngster Zeit wird deutlich, daß die japanische Industrie auch in Indien zu großangelegten Kampagnen angetreten ist. Von 1973 bis 1981 konnte die deutsche Exportwirtschaft ihren Marktanteil in Indien von 6,7 auf 7,2 Prozent ausbauen. Japan hatte 1981 eine Quote von 8,7 Prozent. Die neuerigen Bemühungen *des fernöstlichen Wettbewerbers* erschweren es, den Marktanteil zu halten oder gar auszubauen. Um so mehr sollten die betroffenen und interessierten Wirtschaftskreise darauf bedacht sein, die indische Industrieausstellung zu nutzen.

Auf der Bezugsseite hat sich die indische Warenstruktur seit vielen Jahren deutlich emanzipiert. Ölkuchen, Tee, Kaffee, Schellack, Glimmer sowie Rohstoffe für die chemische Industrie spielen als traditionelle Produkte immer noch eine gewichtige Rolle, doch haben sie relativ zu Gunsten der Fertigerzeugnisse an Bedeutung verloren. Mehr als drei Viertel der deutschen Bezüge aus Indien sind Fertigwaren.

Die Liste wird angeführt von geknüpften Teppichen, vornehmlich aus Wolle, wobei Indien die geschwächte Lieferposition von Persien und Afghanistan zugute gekommen ist. Baumwollkleidung, andere Textilien, Leder sowie -waren einschl. -schuhe und bearbeitete Edelsteine folgen in der Statistik. Zu wünschen übrig lassen die deutschen Bezüge von technischen Gütern, obwohl die indische Industrie durchaus Waren zu bieten hat, die keinen Vergleich mit anderen Provenienzen zu scheuen brauchen. Wenn auch Werkzeuge, Eisenwaren, Maschinen, elektro-technische und feinmechanische Erzeugnisse und Kfz-Teile in nicht unbeträchtlichen Umfängen aus Indien hereinkommen, so ist doch vor dem Hintergrund indischer Leistungsfähigkeit eine erhebliche Bedeutungszunahme technischer Güter denkbar.

Hierauf richtet sich das Konzept der Industrieausstellung Indiens nicht zuletzt. Neu-Delhi möchte nicht allein den deutschen Markt für bereits gefertigte Produkte erschließen, sondern auch Partner für neue Erzeugnisse finden, die einen guten Marktzugang in Deutschland finden. „Made in Germany" und deutsche Technologie genießen in Indien einen hohen Ruf. Deutschland gehört zu den wichtigsten Know-how-Gebern Indiens nach Großbritannien und den USA. So wäre es geradezu ideal, Deutsches für Deutsche mit Deutschen in Indien zu produzieren. Es muß nur angepackt werden.

Doch nicht allein auf die Tatkraft der Wirtschaft, der Unternehmer kommt es an. Regierungen, Verwal*tungen und Politiker müssen ein* übriges tun, um gesunde Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen der deutsch-indische Austausch gedeihen kann.

Im indischen Interesse wäre es, deutschen Importeuren z. B. die Errichtung eigener Niederlassungen bzw. Einkaufsbüros in Indien zu gestatten. Deutsche Exporteure könnten mit eigenen Büros wesentlich zum Technologietransfer beitragen.

Ein bewährtes Instrument der bilateralen Wirtschaftsförderung ist die Deutsch-Indische Kommission für Industrielle und Wirtschaftliche Zusammenarbeit, die jährlich zusammentritt – zuletzt Mitte Januar 1984. Diese Kommission dient als Transmissionsriemen bei der Lösung bilateraler Probleme und Anbahnung von Kontakten. Dieser Gedankenaustausch auf hoher Ebene hat zu bilateralen Arbeitsgruppengesprächen z. B. über den indischen Kohlebergbau beigetragen. Die Eigenarten der indischen Wirtschaftsordnung lassen es als geraten erscheinen, solche Initiativen auch in anderen Branchen zu ergreifen.

Da Deutschland in seiner Außenhandelspolitik nicht voll autonom, also auf Entscheidungen in Brüssel angewiesen ist, müssen sich jene Stellen veranlaßt sehen, indischen Wünschen gegenüber aufgeschlossener und liberaler als bisher zu sein.

INVESTITIONEN

Förderung, wo die eigene Technik fehlt



Die Entwicklung Indiens führt zu reizvollen Kontrasten, wie hier vor den Toren Bombays FOTO: WALTER VOGEL

Der Bedarf an ausländischen Privatinvestitionen und begleitender Technologie ist in Indien erkannt worden. Aus diesem Grunde wird eine klare Politik für nicht-indische Kapitalanlagen verfolgt, die die Bereiche definiert, in denen ausländische Privatinvestitionen und Technologieimport möglich sind. Dabei handelt es sich vor allem um solche Bereiche, in denen kaum Technologie vorhanden ist, oder wo sie einer Aufwertung bedarf. Dazu gehören Sektoren wie Elektronik, Metallurgie, Ingenieurwesen, Energie, so wie die Herstellung von Kraftfahrzeugen, Chemikalien, Arzneimitteln und Pharmazeutika (bei dieser Aufzählung handelt es sich nur um Beispiele).

Indien betrachtet ausländische Privatinvestitionen als Möglichkeit für den Transfer von ausländischer Technologie, die vom Land benötigt wird. Die Wirtschaftspolitik des Landes hat durchweg die freie Rückführung von Profiten und Dividenden erlaubt und hat inländische und ausländische Investitionen stets völlig gleich behandelt. Das Land hat den guten Ruf, seine Verpflichtungen stets zu erfüllen, und sogar während der ausgesprochen kritischen Devisenlage wurden fällige Zahlungen an ausländische Investoren nicht eingeschränkt. Normalerweise werden in Indien keinerlei Industrien verstaatlicht. Falls jedoch unter besonderen Umständen im allgemeinen Interesse des Landes eine Verstaatlichung notwendig erscheint, wird ausnahmslos eine angemessene Entschädigung gezahlt.

Normalerweise ist eine ausländische Beteiligung von 40 Prozent erlaubt. Jedoch werden auf den Gebieten höherer Technologie und bei exportorientierten Produktionsstätten auch höhere ausländische Beteiligungen genehmigt. Handelt es sich ausschließlich um exportorientierte Produktionsstätten, werden sogar ganze in ausländischem Besitz befindliche Investitionseinheiten in Betracht gezogen. Reine Konzessionserteilungen gelten normalerweise für einen Zeitraum von 10 Jahren. Die Bezahlung für Technologie ist sowohl in einmaliger Summe als auch in Form wiederkehrender Gewinnbeteiligungen erlaubt.

Die wichtigsten Vergünstigungen sind: zusätzliche Abschreibungen, Investitionsgenehmigungen, zeitlich begrenzte Steuerbefreiungen für neue Investitionen, sowie völlige Steuerbefreiung für Investitionen in Freihandelszonen. Durch einen fortgesetzten Ausbau dieser Vorteile im letzten Jahr sind die Abschreibungsraten für Fabrikanlagen und Maschinen ebenso wie der gesetzliche Höchstpreis für die vollständige Abschreibung kleinerer Bestandteile von Fabrik- und Maschinenanlagen weiter gestiegen. Darüber hinaus hat sich die Abschreibung für energiesparende Vorrichtungen von 30 auf 100 Prozent erhöht. Die Investitionsvergütung für Anlagen und Systeme zur Minimierung der Umweltverschmutzung und Konservierung natürlicher Rohstoffe ist von 25 auf 35 Prozent gestiegen.

In ähnlicher Weise ist die Besteuerungsrate für Zahlungen an ausländische Investoren mit denen vieler anderer Länder vergleichbar. Beispielsweise beträgt die Steuer für Dividendeneinkommen bei gleich hohen indischen und nicht-indischen Investitionen für ausländische Firmen nur 25 Prozent. Die Steuern für Pauschalsummen, die diese Firmen für die Lieferung von Designs, Plänen, Patenten, technischem Know-how etc. erhalten, variieren in Abhängigkeit von Ort, Art und Wesen der Transaktion zwischen 20 und 40 Prozent.

Im letzten Jahr wurden weitere Ermäßigungen für ausländische Firmen angekündigt. Dementsprechend sollen die Steuern, die eine indische Firma im Namen einer ausländischen Firma bzgl. des Einkommens zahlt, das der letzteren durch Gewinnbeteiligungen, Dividenden und Gebühren für technischen Service zukommt, der ausländischen Firma nicht zur Berechnung des versteuerbaren Einkommens angelastet werden. Weiterhin gibt es zwischen Indien und vielen Ländern, einschließlich der Bundesrepublik Übereinkünfte zur Vermeidung von doppelter Besteuerung.

Betrachtet man die verschiedenen Steuerermäßigungen, so sind die effektiven Steuersätze sehr viel niedriger. Viele Firmen in Indien, einschließlich vieler Gemeinschaftsunternehmen, sind durch den Nutzen dieser Steuerermäßigungen rapide gewachsen und haben ihre Steuerpflicht auf nahezu unbedeutendem Niveau gehalten. Zu diesen Firmen gehören beispielsweise BASF India, Tata Engineering and Locomotive Companies und Guest Keen Williams.

Die indische Regierung hat kürzlich eine Reihe von Maßnahmen für das weitere schnelle Wachstum und die Ermutigung von Investitionen und industrieller Zusammenarbeit ergriffen. Zu denen, die für ausländische Investoren von besonderem Interesse sind, gehört u.a. die Liberalisierung der industriellen Konzessionspolitik. Weiterhin sind einflußreiche Personen an die zuständigen Ministerien delegiert worden, um die ausländischen Beteiligungen zu genehmigen. Gerade in dieser Hinsicht wird ein großzügigerer Zugang eingeführt. Viele staatliche Verfahren sind vereinfacht und gekürzt worden. Besondere Steuerermäßigungen und andere Reize sind den exportorientierten Produktionsstätten gewährt worden. Darüber hinaus sollen vier weitere Freihandelszonen errichtet werden.

Über 7000 Kollaborationen zwischen indischen und ausländischen Firmen sind bis jetzt anerkannt worden; viele von ihnen schließen ausländische Investitionsbeteiligungen ein, bei anderen handelt es sich um technische Zusammenarbeiten. Die Anzahl der anerkannten Gemeinschaftsunternehmen steigt ständig. Allein 1982 wurden 591 Kollaborationsverträge (einschließlich 110 aus der Bundesrepublik) anerkannt, was ein Rekord bis zu dieser Zeit war. In den ersten neun Monaten des Jahres 1983 wurden 482 ausländische Kollaborationsabschlüsse (einschließlich 92 aus der Bundesrepublik) anerkannt, verglichen mit 435 in den ersten neun Monaten des Jahres 1982. Die Erfahrung der ausländischen Firmen hinsichtlich des Profits, der Verkaufssteigerung und der Steigerung der Aktiva ist gut.

Bis Ende 1983 gab es 1384 ausländische Kollaborationen zwischen Indien und der Bundesrepublik; das ist die drittgrößte Anzahl unter allen Ländern. Die meisten großen deutschen Firmen haben Gemeinschaftsunternehmen oder andere Kollaborationen in Indien. Mehrere mittlere Firmen haben sehr erfolgreiche Gemeinschaftsunternehmen. L. D.

TECHNISCHER SEKTOR / Gute Exporte trotz weltweiter Rezession

Das Portofolio schließt heute auch die hochtechnologischen Produkte ein

Der technische Sektor in Indien hat sich im letzten Wirtschaftsjahr als der größte ausländische Devisenbringer des Landes erwiesen. Indiens weltweite Exporte technischer Produkte während des Wirtschaftsjahres von April 1982 bis März 1983 betrugen nahezu 1,3 Milliarden US-Dollar. Trotz der akuten weltweiten Rezession während der letzten 2 Jahre hat die indische Maschinenbauindustrie weiterhin bemerkenswert gute Exportleistungen erzielt. Außerdem gelang es Indien, während dieses Zeitraumes ein durchschnittliches Exportwachstum im technischen Sektor in Höhe von nahezu 20 Prozent zu erreichen.

Der Exporterlös von 1,3 Milliarden US-Dollar im Finanzjahr 1982–83 ist mehr als das Doppelte verglichen mit unserer Leistung 5 Jahre zuvor, als sich Indiens weltweite Exporte technischer Produkte auf ca. 624 Millionen US-Dollar beliefen. Sowohl hinsichtlich der Bestimmungsorte als auch hinsichtlich der Zusammensetzung wurden die Maschinenexporte diversifiziert. Die Portofolio technischer Produkte, die sich früher aus einfachen und arbeitsintensiven Gütern zusammensetzte, schließt heute auch komplexere und hoch technologisierte Produkte ein. Die ständig wachsende Bandbreite umfaßt derzeit Industrieanlagen und Maschinen, elektrische Projekte einschließlich Übertragungsausstattungen, Verteilungsnetze, Elektronik- und Fernmeldeprojekte, Bauprojekte, Bürgerberatung sowie mechanische, elektrische und technische Beratung einschließlich Managementservice.

Heute ist Indien der zweitgrößte Produzent von Motorrollern, der sechstgrößte Produzent von Fahrrädern und der neuntgrößte Produzent unter den Herstellern von Roheisen, Eisenlegierungen und Mangan. In der Stromerzeugung steht das Land an zwölfter Stelle, während es in der Rohstahl- und Aluminiumerzeugung den 13. Platz einnimmt. Die Schlüssel- und Investitionsgüterindustrie erbringt mehr als 40 Prozent des Wertes, der aus dem Unternehmenssektor hinzukommt; auf die Herstellung von Halbfertigprodukten entfallen 28 Prozent, während die Produktion von haltbaren und verderblichen Verbrauchsgütern 30,9 Prozent ausmacht.

Die Hauptmärkte für indische Maschinenbauprodukte sind heute die USA, UdSSR, Großbritannien, die Bundesrepublik Deutschland und die südostasiatischen Länder. Die Mitglieder des Gemeinsamen Marktes sind zusammengenommen Indiens größter Abnehmer von Maschinenbauprodukten. Im Wirtschaftsjahr 1982 betrug der Gesamtimport des Gemeinsamen Marktes von Maschinenbauprodukten aus Indien nahezu 105 Millionen US-Dollar. Die Bundesrepublik war der zweitgrößte Importeur von Maschinenbauprodukten innerhalb des Gemeinsamen Marktes mit 28,7 Prozent des gesamten Maschinenimports, was einer Höhe von 32 Millionen US-Dollar entspricht. Jedoch machen Indiens Maschinenbauexportgüter in die Bundesrepublik noch nicht einmal 0,1 Prozent der weltweiten Importe in die BRD aus. Die Hauptprodukte unseres Exports in die BRDsind Dieselmaschinen, Pumpen, Kompressoren, Zubehör, elektronische Bauteile, Industrieventile, Adressiergeräte, verschiedene Arten von Trockenzellen etc.

In ähnlicher Weise haben Indiens Maschinenbaufirmen in den letzten Jahren mit westdeutschen Bauunternehmern zum Bau einer Wollmühle und Gertreidesilos mit einer Kapazität von 30 000 t in Libyen und eines Tiefbauprojekts in Irak zusammengearbeitet.

Nahezu in der ganzen Welt sind indische Firmen an der Herstellung von schlüsselfertigen Projekten beteiligt, einschließlich der Länder des Mittleren Ostens, wie Irak, Iran, Saudi-Arabien, Libyen, Kuwait, Syrien; Nigeria, Zambia, Ghana, Uganda, Liberien, Tansania, Kenia, Ägypten und Algerien in Afrika; Singapur, Malaysia, Indonesien, Thailand, Sri Lanka, Bangladesh und die Philippinen in Asien; Chile, Venezuela und Kolumbien in Südamerika sowie die europäischen Länder, die Vereinigten Staaten und Kanda.

Sogar in den letzten Monaten während eines substantiellen Schrumpfens des Marktes besonders in Ländern des Mittleren Ostens waren indische Unternehmen, die schlüsselfertige Projekte herstellen, in der Lage, gegen einen extrem sicheren internationalen Wettbewerb auf den Gebieten des planenden Ingenieurbaus, der Bereitstellung von Ausrüstungen und technischem Beratungsservice sowie Verträge auszuhandeln.

Die Entwicklung von Computer Software in Indien ist ein noch weitgehend unbekanntes Feld, obwohl Indien ein großes Potential für den Export von Software hat. Verglichen mit anderen Entwicklungsländern ist Indien auf dem Computer-Sektor ein guter Start gelungen. Beweis dafür ist, daß überall im Mittleren Osten zahlreiche Arbeitsplätze in Computer-Centren von Indern besetzt sind. Auch in den USA sind viele Inder in Computer-Centren beschäftigt.

Erwähnenswert sind auch die indischen Hilfsindustriezweige, die in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht haben, besonders die Automobilzulieferindustrie sowie die Zulieferindustrien für die Herstellung von Werkzeugmaschinen, Teilen und Zubehör, elektronischen Bauteilen, Baugruppen verschiedener Kategorien und Typen für Industrieanlagen und Maschinenteile, Bau- und Ersatzteilen für die Zweiradindustrie und Werkzeuge und Ausrüstungen für die Bauindustrie.

Sehr wichtig ist auch, daß Indien eine gründliche und hinreichende Schulung für Personal bietet. Heute hat Indien ein großes Reservoir (das drittgrößte der Welt) an hochqualifizierten Fachingenieuren und Technikern. Außerdem verfügt es über eine große Anzahl von Ingenieuren und Technokraten, die in Westeuropa und Amerika ausgebildet wurden und Zugang haben und vertraut sind mit westlicher Technologie auf den Gebieten der Projektplanung, Anlagentechnik, Herstellungsüberwachung und Instrumente-Technik sowie Beratungs- und Managementservice. L. D.

Internationale Sonderbeilage INDIEN
Partnerland der Hannover-Messe

DIE ● WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Redaktion und Gestaltung: H.-H. Holzamer, Bonn
Anzeigen: Hans H. Lange, Hamburg

Internationale Sonderbeilagen
Skala Gesellschaft mbH & Co. KG, Leo C. F. Bursky
W 185 6 84